A

Amtliche Urkunden

zum Vertrage zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen

vom 9. November 1920

Zusammengestellt und herausgegeben
beim Senat der Freien Stadt Danzig

Ia

Liw 2338

Amtliche Urkunden

zum Vertrage zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen

vom 9. November 1920

Zusammengestellt und herausgegeben
beim Senat der Freien Stadt Danzig

Wydz. Bibl. Prawnicza
1806147523

Ia

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung 5

Artikel 100—108 des Vertrages von Versailles 9

Erster polnischer Entwurf des Vertrages, der die wechselseitigen Beziehungen zwischen Danzig und Polen regelt 21

Danziger Entwurf des Vertrages 39

Schreiben der polnischen Delegation bei der Friedenskonferenz mit zweitem Entwurf des Vertrages 55

Note der Danziger Delegation an die Botschafterkonferenz über die Souveränität der Freien Stadt Danzig (8. Oktober 1920) 91

Schreiben der Botschafterkonferenz an die Danziger Delegation mit einem Entwurf des Danzig-polnischen Vertrages (16. Oktober 1920) 99

Bemerkungen der Danziger Delegation zum Vertragsentwurf der Botschafterkonferenz (18. Oktober 1920) 117

Schreiben des Vorsitzenden der Botschafterkonferenz an den Vorsitzenden der Danziger Delegation mit neuem Wortlaut des Danzig-polnischen Vertrages (19. Oktober 1920) 127

Schreiben der Friedenskonferenz an die Danziger Delegation, betreffend Abänderungen des Entwurfs zum Danzig-polnischen Vertrag (22. Oktober 1920) 149

Bericht über die Sitzung der Danziger Delegation in Paris (22. Oktober 1920) 150

Schreiben der Danziger Delegation an die Botschafterkonferenz, betreffend Unterzeichnung des Danzig-polnischen Vertrages (22. Oktober 1920) 152

Schreiben der Danziger Delegation an die Botschafterkonferenz, betreffend Ablehnung weiterer Verhandlungen über den Wortlaut des Danzig-polnischen Vertrages (24. Oktober 1920) 153

Urkunde über die Errichtung der Freien Stadt Danzig (27. Oktober 1920) 155

Schreiben des Vorsitzenden der Botschafterkonferenz an den Vorsitzenden der Danziger Delegation, betreffend Abänderungen des Entwurfs zum Danzig-polnischen Vertrag (28. Oktober 1920) 159

Seite

Schreiben der Deputation der polnischen Minderheit an die Danziger Delegation, betreffend die Interessen der polnischen Minderheit Danzigs (28. Oktober 1920) 160

Antwort der Danziger Delegation auf das vorstehende Schreiben (1. November 1920) 161

Schreiben der Deputation der polnischen Minderheit an die Danziger Delegation, betreffend Wahrnehmung der Rechte der polnischen Minderheit Danzigs (3. Novbr. 1920) 162

Schreiben der Danziger Delegation an den Vorsitzenden der Botschafterkonferenz, betreffend Rechte der polnischen Staatsangehörigen auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig (5. November 1920) 163

Antwort des Vorsitzenden der Botschafterkonferenz auf das vorstehende Schreiben (6. November 1920) 167

Bericht über die Sitzung der Danziger Delegation in Paris (8. November 1920) 168

Endgültiger Wortlaut des in Paris unterzeichneten Vertrages zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen zur Ausführung der Bestimmungen des Artikels 104 des Vertrages von Versailles (9. November 1920) 171

Protokoll, betreffend Artikel 108 des Vertrages von Versailles (9. November 1920) 207

Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reiche, Frankreich, Italien, Japan und Polen (Minderheitenvertrag. 28. Juni 1919) 209

Einleitung

Die nachstehende Sammlung stellt sich die Aufgabe, das Urkundenmaterial zu dem am 9. November 1920 in Paris auf Grund des Artikels 104 des Vertrages von Versailles abgeschlossenen Vertrage zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen in übersichtlicher Form einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Grundlage des Vertrages bildet der Artikel 104 des Vertrages von Versailles.

Kurz nachdem die Verfassunggebende Versammlung zu Danzig einen Ausschuß mit der Vorbereitung eines Entwurfes eines Vergemäß Art. 104 des Vertrages von Versailles betraut hatte, wurde in Danzig durch die Presse ein von der damaligen polnischen Regierung aufgestellter Vertragsentwurf bekannt.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten hatte inzwischen auch seinerseits für den Vertrag einen Danziger Entwurf aufgestellt, der durch den Hohen Kommissar der Botschafterkonferenz mitgeteilt wurde.

Durch die Presse und private Information wurde Ende September in Danzig bekannt, daß in Paris Erörterungen über die beiden Entwürfe im Gange seien. Die vom Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten gewählte und zum Abschluß des Vertrages bevollmächtigte Delegation trat darauf am 27. September 1920 die Reise nach Paris an und traf dort in der Nacht zum 30. September ein.

Die ersten Tage des Aufenthaltes der Delegation in Paris waren durch Erörterungen über das weitere Vorgehen, durch sachliche Erörterungen über verschiedene Gegenstände des Vertrages und durch die Anknüpfung von amtlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zu den Vertretungen der Hauptmächte und zur polnischen Delegation ausgefüllt.

Am 5. Oktober wurde durch ein Mitglied der polnischen Delegation der Danziger Delegation ein zweiter polnischer Entwurf für den Vertrag nach Art. 104 übergeben. Sein Inhalt und die zur Abwehr erforderlichen Maßnahmen bildeten den Gegenstand eingehender Erörterung. Da sich ergab, daß für die Entscheidung einer Reihe von Einzelfragen die grundsätzliche Auffassung über die staats- und völkerrechtliche Stellung der Freien Stadt Danzig maßgebend sei, stellte die Delegation die für die Souveränität Danzigs sprechenden geschichtlichen und rechtlichen Gründe in einer Denkschrift zusammen, die sie unter dem 8. Oktober der Botschafterkonferenz einreichte.

An einem der nächsten Tage setzte die Botschafterkonferenz einen Unterausschuß ein, bestehend aus den Herren Laroche, Direktor im französischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten,

Massigli (Frankreich) und Carr (England), mit dem Auftrage, einen Vermittlungsentwurf aufzustellen. Dieser ging mit Begleitnote vom 16. Oktober 1920 der Danziger Delegation zu. Die Note enthielt die Aufforderung, zu dem Entwurf binnen 48 Stunden schriftliche Bemerkungen der Botschafterkonferenz und zugleich den einzelnen Botschaftern zugehen zu lassen. In dem Entwurf war in Artikel 30 auf das am 28. Juni 1919 zwischen Polen und den Alliierten Hauptmächten geschlossene Abkommen verwiesen, das in der Hauptsache den Schutz der nationalen Minderheiten bezweckt. Da dieses Abkommen nach Art. 33 des endgültigen Vertrages für das Verhältnis von Danzig zu Polen in seinem wesentlichen Teile künftighin Anwendung findet, wird es an dieser Stelle gleichfalls mitgeteilt.

Die Delegation reichte ihre Bemerkungen zum Entwurf der Botschafterkonferenz dieser am 18. Oktober rechtzeitig ein. Bei der Abfassung der Bemerkungen hat sich die Delegation in Berücksichtigung der politischen Lage streng innerhalb der Grenzen des Erreichbaren gehalten und auf einen Widerspruch gegen solche Bestimmungen, deren Abänderung nicht mehr erreichbar schien, notgedrungen verzichtet.

Als Ergebnis der von Danzig und Polen gemachten Bemerkungen stellte die Botschafterkonferenz einen neuen Entwurf auf, den sie in ihrer Begleitnote vom 20. Oktober als endgültig und unabänderlich bezeichnete, und zu dessen Unterzeichnung am 23. Oktober sie gleichzeitig aufforderte. Eine Erläuterung des Begriffs „Konsularagenten" teilte die Botschafterkonferenz am 22. Oktober mit. Nachdem sich die Delegation überzeugt hatte, daß weder eine Frist zur Befragung der Verfassunggebenden Versammlung, noch die Einfügung der im Entwurf fehlenden Ratifizierungsklausel zu erreichen sei, entschloß sie sich zu unterzeichnen. Dies Ergebnis ist in dem Sitzungsprotokoll vom 22. Oktober 1920 und der daraufhin an die Botschafterkonferenz gerichteten Note niedergelegt.

Am Vormittag des zur Unterzeichnung bestimmten Tages, 23. Oktober 1920, wurde der Delegation mitgeteilt, daß Polen die Unterzeichnung ablehne, und daß daher auch eine Unterzeichnung Danzigs nicht stattfinden solle. Gleichzeitig wurde die Delegation auf den Nachmittag desselben Tages zu Verhandlungen mit der polnischen Delegation vor Beauftragten der Botschafterkonferenz eingeladen. In dieser Sitzung, die unter dem Vorsitz von Laroche stattfand, gaben Herr Sahm, der Führer der Danziger Delegation, sowie der Abgeordnete Schümmer mündlich die Erklärung ab, daß die Delegation zu Verhandlungen nicht bereit, jedoch erschienen sei, um die Begründung der polnischen Forderungen anzuhören. Der Vertreter der polnischen Delegation erklärte, daß diese Erklärung der Danziger Delegation seine Partei in eine sehr schwierige Lage

bringe, legte jedoch seine Forderungen und deren Begründung dar. Infolge der Stellungnahme der Danziger Vertreter verlief die Sitzung ergebnislos, der Vorsitzende schloß sie mit der Bitte an beide Parteien, einen Weg der Verständigung zu suchen.

Die Delegation legte ihren von den Herren Sahm und Schümmer mündlich vertretenen Standpunkt nochmals schriftlich in der Note vom 24. Oktober 1920 der Botschafterkonferenz dar. Hierauf empfing sie von der Botschafterkonferenz die Note vom 28. Oktober, die ausdrücklich die Richtigkeit der von der Danziger Delegation eingenommenen Stellung bestätigte.

Auf Grund der in dieser Note gegebenen Zusage trug die Delegation kein Bedenken, zuzulassen, daß persönliche mündliche Besprechungen zwischen Herrn Sahm und dem Beauftragten der Botschafterkonferenz, Herrn Dr. Fromageot, stattfänden. Dieser hatte gleichlaufend Besprechungen mit einem polnischen Vertreter.

In dieser Zeit fand ein Briefwechsel zwischen der Danziger Delegation und der Deputation der polnischen Minderheiten in Danzig statt, der, obwohl auf den Gang der Verhandlungen ohne Einfluß, wegen seines innerpolitischen Interesses hier mitgeteilt sei.

Nachdem die Besprechungen mit Dr. Fromageot, über deren Inhalt die Delegation durch Herrn Sahm fortlaufend unterrichtet wurde, zu einem gewissen Abschluß geführt hatten, richtete die Danziger Delegation an die Botschafterkonferenz die Note vom 5. November, worin sie darlegte, unter welchen Voraussetzungen sie geneigt sei, dem Ergebnis der Besprechungen einen Einfluß auf die Gestaltung des Textes des Vertrages einzuräumen. Hierauf empfing sie die Note der Botschafterkonferenz vom 6. November 1920 mit einem nach dem Ergebnis der Besprechungen geänderten Vertragstext.

Laut Protokoll vom 8. November 1920 erklärte sich die Delegation ohne weitere Bemerkungen bereit, den geänderten Vertragstext zu unterschreiben.

Gemäß Einladung der Botschafterkonferenz begaben sich am 9. November 1920, nachmittags 6.30 Uhr, Oberbürgermeister Sahm, Abgeordneter Schümmer, Stadtrat Dr. Schwartz und Dolmetscher Studienrat Dr. Knutowski in das französische Ministerium des Auswärtigen am Quai d'Orsay, wo im Uhrensaale die Unterzeichnung des Vertrages, sowie zugleich einer Urkunde über die Errichtung der Freien Stadt, sowie eines Zusatzprotokolls durch die hierzu von der Verfassunggebenden Versammlung gewählten Delegierten Sahm und Schümmer stattfand. Bei dem Akt der Unterzeichnung waren vertreten Frankreich durch die Herren Laroche und Massigli, England duch Herrn Carr, Italien duch den Grafen Vannutelli, Japan durch Herrn Ashida.

Extrait du Traité de Versailles.

SECTION XI.

VILLE LIBRE DE DANTZIG.

Article 100.

L'Allemagne renonce, en faveur des Principales Puissances alliées et associées, à tous droits et titres sur le territoire compris dans les limites ci-après:

de la mer Baltique, vers le Sud et jusqu'au point de rencontre des chenaux de navigation principaux de la Nogat et de la Vistule (Weichsel):

la frontière de la Prusse Orientale telle qu'elle est décrite à l'article 28 de la Partie II (Frontières d'Allemagne) du présent Traité;

de là, le chenal de navigation principal de la Vistule vers l'aval et jusqu'à un point situé à environ 6 kilomètres 5 du Nord du pont de Dirschau;

de là, vers le Nord-Ouest et jusqu'à la cote 5 située à 1 kilomètre 5 au Sud-Est de l'église de Güttland:

une ligne à déterminer sur le terrain;

de là, vers l'Ouest et jusqu'au saillant fait par la limite du cercle Berent, à 8 kilomètres 5 au Nord-Est de Schöneck:

une ligne à déterminer sur le terrain, passant entre Mühlbanz, au Sud, et Rambeltsch, au Nord;

Extract from the Treaty of Versailles.

SECTION XI.

FREE CITY OF DANZIG.

Article 100.

Germany renounces in favour of the Principal Allied and Associated Powers all rights and title over the territory comprised within the following limits:

from the Baltic Sea southwards to the point where the principal channels of navigation of the Nogat and the Vistula (Weichsel) meet:

the boundary of East Prussia as described in Article 28 of Part II (Boundaries of Germany) of the present Treaty;

thence the principal channel of navigation of the Vistula downstream to a point about 6½ kilometres north of the bridge of Dirschau;

thence north-west to point 5, 1½ kilometres south-east of the church of Güttland:

a line to be fixed on the ground;

thence in a general westerly direction to the salient made by the boundary of the *Kreis* of Berent 8½ kilometres north-east of Schöneck:

a line to be fixed on the ground passing between Mühlbanz on the south and Rambeltsch on the north;

Auszug aus dem Vertrag von Versailles.

Abschnitt XI.

Freie Stadt Danzig.

Artikel 100.

Deutschland verzichtet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Ansprüche auf das Gebiet, das von den nachstehend angegebenen Grenzen umschlossen wird:

von der Ostsee nach Süden bis zu dem Punkte, an dem die Hauptschiffahrtswege der Nogat und der Weichsel zusammentreffen:

die ostpreußische Grenze, wie sie im Artikel 28 Teil II (Deutschlands Grenzen) des gegenwärtigen Vertrags beschrieben ist;

von dort der Hauptschiffahrtsweg der Weichsel talwärts bis zu einem Punkt ungefähr 6½ km nördlich der Dirschauer Brücke;

von dort nach Nordwesten bis zur Höhe 5, 1½ km südöstlich der Kirche von Güttland:

eine im Gelände noch zu bestimmende Linie;

von dort nach Westen bis zu dem Vorsprung, die die Grenze des Kreises Berent 8½ km nordöstlich von Schöneck bildet:

eine im Gelände noch zu bestimmende Linie, die zwischen Mühlbanz im Süden und Rambeltsch im Norden verläuft;

de là, vers l'Ouest, la limite du cercle Berent jusqu'au rentrant qu'elle fait à 6 kilomètres au Nord-Nord-Ouest de Schöneck;

de là et jusqu'à nu point situé sur la ligne médiane du Lonkener See:
une ligne à déterminer sur le terrain, passant au Nord de Neu-Fietz et Schatarpi et au Sud de Barenhütte et Lonken;
de là, la ligne médiane du Lonkener See, jusqu'à son extrémité Nord;
de là, et jusqu'à l'extrémité Sud du Pollenziner See:
une ligne à déterminer sur le terrain;
de là, la ligne médiane du Pollenziner See jusqu'à son extrémité Nord;
de là, vers le Nord-Est et jusqu'au point situé à 1 kilomètre environ au Sud de l'église de Koliebken, où la voie ferrée Dantzig-Neustadt traverse un ruisseau:
une ligne à déterminer sur le terrain, passant au Sud-Est de Kamehlen, Krissau, Fidlin, Sulmin (Richthof), Mattern, Schäferei, et au Nord-Ouest de Neuendorf, Marschau, Czapielken, Hoch- et Klein-Kelpin, Pulvermühl, Renneberg et les villes de Oliva et Zoppot;
de là, le cours du ruisseau ci-dessus mentionné jusqu'à la mer Baltique.

Les frontières ci-dessus décrites sont tracées sur une carte allemande au 1/100,000, annexée au présent Traité sous le No 3.

Article 101.

Une Commission, composée de trois membres comprenant un Haut

thence the boundary of the *Kreis* of Berent westwards to the re-entrant which it forms 6 kilometres north-north-west of Schöneck;
thence to a point on the median line of Lonkener See:

a line to be fixed on the ground passing north of Neu Fietz and Schatarpi and south of Barenhütte and Lonken;
thence the median line of Lonkener See to its northernmost point;
thence to the southern end of Pollenziner See:
a line to bei fixed on the ground;

thence the median line of Pollenziner See to its northernmost point;
thence in a north-easterly direction to a point about 1 kilometre south of Koliebken church, where the Danzig-Neustadt railway crosses a stream:
a line to be fixed on the ground passing south-east of Kamehlen, Krissau, Fidlin, Sulmin (Richthof), Mattern, Schäferei, and to the north-west of Neuendorf, Marschau, Czapielken, Hoch- and Klein-Kelpin, Pulvermühl, Renneberg and the towns of Oliva and Zoppot;
thence the course of the stream mentioned above to the Baltic Sea.

The boundaries described above are drawn on a German map, scale 1/100,000, attached to the present Treaty (Map No. 3).

Article 101.

A Commission composed of three members appointed by the

von dort nach Westen die Grenze des Kreises Berent bis zu der Einbuchtung, die sie 6 km nordnordwestlich von Schöneck bildet;

von dort bis zu einem Punkte auf der Mittellinie des Lonkener Sees:

eine im Gelände noch zu bestimmende Linie, die nördlich von Neu-Fietz und Schatarpi und südlich von Barenhütte und Lonken verläuft;

von dort die Mittellinie des Lonkener Sees bis zu seinem Nordende;

von dort bis zum Südende des Pollenziner Sees:

eine im Gelände noch zu bestimmende Linie;

von dort die Mittellinie des Pollenziner Sees bis zu seinem Nordende;

von dort nach Nordosten bis zu dem ungefähr 1 km südlich der Kirche von Koliebken liegenden Punkt, wo die Eisenbahn Danzig—Neustadt einen Bach kreuzt:

eine im Gelände noch zu bestimmende Linie, die südöstlich von Kahmehlen, Krissau, Fidlin, Sulmin (Richthof), Mattern, Schäferei und nordwestlich von Neuendorf, Marschau, Czapielken, Hoch- und Klein-Kelpin, Pulvermühl, Renneberg und den Städten Oliva und Zoppot verläuft;

von dort der Lauf des oben erwähnten Baches bis zur Ostsee.

Die vorstehend beschriebenen Grenzen sind auf einer deutschen Karte im Maßstab 1 : 100 000, die dem gegenwärtigen Vertrag unter Nr. 3 als Anlage beigefügt ist, eingezeichnet.

Artikel 101.

Ein Ausschuß, der aus drei von den alliierten und assoziierten Hauptmächten ernannten Mitgliedern, darunter einem Hohen Kom-

Commissaire, président, nommés par les Principales Puissances alliées et associées, d'un membre nommé par l'Allemagne et un par la Pologne, sera constituée dans les quinze jours qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, pour fixer sur place la ligne frontière du territoire ci-dessus visé, en tenant compte autant que possible des limites communales existantes.

Article 102.

Les Principales Puissances alliées et associées s'engagent à constituer la ville de Dantzig, ensemble le territoire visé à l'article 100, en ville libre. Elle sera placée sous la protection de la Société des Nations.

Article 103.

La constitution de la Ville libre de Dantzig sera élaborée, d'accord avec un Haut Commissaire de la Société des Nations, par des représentants de la Ville libre, régulièrement désignés. Elle sera placée sous la garantie de la Société des Nations.

Le Haut Commissaire sera également chargé de statuer en première instance sur toutes les contestations qui viendraient à s'élever entre la Pologne et la Ville libre au sujet du présent Traité ou des arrangements et accords complémentaires.

Le Haut Commissaire résidera à Dantzig.

Article 104.

Une Convention, dont les Principales Puissances alliées et asso-

Principal Allied and Associated Powers, including a High Commissioner as President, one member appointed by Germany and one member appointed by Poland, shall be constituted within fifteen days of the coming into force of the present Treaty for the purpose of delimiting on the spot the frontier of the territory as described above, taking into account as far as possible the existing communal boundaries.

Article 102.

The Principal Allied and Associated Powers undertake to establish the town of Danzig, together with the rest of the territory described in Article 100, as a Free City. It will be placed under the protection of the League of Nations.

Article 103.

A constitution for the Free City of Danzig shall be drawn up by the duly appointed representatives of the Free City in agreement with a High Commissioner to be appointed by the League of Nations. This constitution shall be placed under the guarantee of the League of Nations.

The High Commissioner will also be entrusted with the duty of dealing in the first instance with all differences arising between Poland and the Free City of Danzig in regard to this Treaty or any arrangements or agreements made thereunder.

The High Commissioner shall reside at Danzig.

Article 104.

The Principal Allied and Associated Powers undertake to nego-

missar als Vorsitzenden und aus je einem von Deutschland und von Polen ernannten Mitgliede besteht, soll binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags gebildet werden, um unter möglichster Berücksichtigung der bestehenden Gemeindegrenzen die Grenzlinie für das vorstehend bezeichnete Gebiet an Ort und Stelle festzulegen.

Artikel 102.

Die alliierten und assoziierten Hauptmächte verpflichten sich, die Stadt Danzig nebst dem im Artikel 100 bezeichneten Gebiet als Freie Stadt zu errichten; sie soll unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden.

Artikel 103.

Die Verfassung der Freien Stadt Danzig soll im Einvernehmen mit einem Hohen Kommissar des Völkerbundes von ordnungsgemäß berufenen Vertretern der Freien Stadt ausgearbeitet werden. Die Verfassung soll unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden.

Der Hohe Kommissar wird ferner mit der erstinstanzlichen Entscheidung aller Streitigkeiten betraut, die zwischen Polen und der Freien Stadt aus Anlaß dieses Vertrags oder ergänzender Vereinbarungen und Abmachungen entstehen sollten.

Der Hohe Kommissar soll seinen Sitz in Danzig haben.

Artikel 104.

Die alliierten und assoziierten Hauptmächte verpflichten sich, ein Übereinkommen zwischen der polnischen Regierung und der

ciées s'engagent à négocier les termes et qui entrera en vigueur en même temps que sera constituée la Ville libre de Dantzig, interviendra entre le Gouvernement polonais et ladite Ville libre en vue:

1° De placer la Ville libre de Dantzig en dedans des limites de la frontière douanière de la Pologne, et de pourvoir à l'établissement d'une zone franche dans le port;

2° D'assurer à la Pologne, sans aucune restriction, le libre usage et le service des voies d'eau, des docks, bassins, quais et autres ouvrages sur le territoire de la Ville libre nécessaires aux importations et exportations de la Pologne;

3° D'assurer à la Pologne le contrôle et l'administration de la Vistule et de l'ensemble du réseau ferré dans les limites de la Ville libre, sauf les tramways et autres voies ferrées servant principalement aux besoins de la Ville libre, ainsi que le contrôle et l'administration des communications postales, télégraphiques et téléphoniques entre la Pologne et le port de Dantzig;

4° D'assurer à la Pologne le droit de développer et d'améliorer les voies d'eau, docks, bassins, quais, voies ferrées et autres ouvrages et moyens de communication ci-dessus visés, et de louer ou acheter, dans des conditions appropriées, les terrains et autres propriétés nécessaires à cet effet;

5° De pourvoir à ce qu'aucune discrimination soit faite, dans la

tiate a Treaty between the Polish Government and the Free City of Danzig, which shall come into force at the same time as the establishment of the said Free City, with the following objects:

(1) To effect the inclusion of the Free City of Danzig within the Polish Customs frontiers, and to establish a free area in the port;

(2) To ensure to Poland without any restriction the free use and service of all waterways, docks, basins, wharves and other works within the territory of the Free City necessary for Polish imports and exports;

(3) To ensure to Poland the control and administration of the Vistula and of the whole railway system within the Free City, except such street-and other railways as serve primarily the needs of the Free City, and of postal, telegraphic and telephonic communication between Poland and the port of Danzig;

(4) To ensure to Poland the right to develop and improve the waterways, docks, basins, wharves, railways and other works and means of communication mentioned in this Article, as well as to lease or purchase through appropriate processes such land and other property as may be necessary for these purposes;

(5) To provide against any discrimination within the Free

Freien Stadt Danzig zu vermitteln, das mit der Errichtung der Freien Stadt in Kraft treten und den Zweck haben soll:

1. die Freie Stadt Danzig in die Zollgrenzen Polens einzuschließen und die Einrichtung einer Freizone im Hafen in die Wege zu leiten;

2. Polen die freie Benutzung und den Gebrauch der Wasserstraßen, Docks, Binnenhäfen, Ladestraßen und der sonstigen im Gebiete der Freien Stadt belegenen, für die Ein- und Ausfuhr Polens notwendigen Anlagen ohne irgendwelche Einschränkung zu gewährleisten;

3. Polen die Überwachung und Verwaltung der Weichsel sowie des gesamten Eisenbahnnetzes innerhalb der Grenzen der Freien Stadt, mit Ausnahme der Straßenbahnen und der sonstigen in erster Linie den Bedürfnissen der Freien Stadt dienenden Bahnen, ferner die Überwachung und Verwaltung des Post-, Draht- und Fernsprechverkehrs zwischen Polen und dem Hafen von Danzig zu gewährleisten;

4. Polen das Recht zum Ausbau und zur Verbesserung der Wasserstraßen, Docks, Binnenhäfen, Ladestraßen, Eisenbahnen und der sonstigen vorerwähnten Anlagen und Verkehrsmittel zu gewährleisten, sowie das Recht zur Miete oder zum Ankauf des dazu erforderlichen Geländes und Eigentums zu angemessenen Bedingungen;

5. Vorsorge zu treffen, daß in der Freien Stadt Danzig kein Unterschied zum Schaden der polnischen Staatsangehörigen und

Ville libre de Dantzig, au préjudice des nationaux polonais et autres personnes d'origine ou de langue polonaise;

6° De faire assurer par le Gouvernement polonais la conduite des Affaires extérieures de la Ville libre de Dantzig, ainsi que la protection de ses nationaux dans les pays étrangers.

Article 105.

Dès la mise en vigueur du présent Traité, les ressortissants allemands domiciliés sur le territoire décrit à l'article 100 perdront, *ipso facto*, la nationalité allemande, en vue de devenir nationaux de la Ville libre de Dantzig.

Article 106.

Pendant les deux ans qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, les ressortissants allemands âgés de plus de 18 ans et domiciliés sur le territoire, décrit à l'article 100, auront la faculté d'opter pour la nationalité allemande.

L'option du mari entraînera celle de la femme et l'option des parents entraînera celle de leurs enfants âgés de moins de 18 ans.

Les personnes ayant exercé le droit d'option ci-dessus prévu devront, dans les douze mois qui suivront, transporter leur domicile en Allemagne.

Elles seront libres de conserver les biens immobiliers qu'elles possèdent sur le territoire de la Ville libre de Dantzig. Elles pourront emporter leurs biens meubles de toute nature. Il ne leur sera imposé, de ce chef, aucun droit, soit de sortie, soit d'entrée.

City of Danzig to the detriment of citizens of Poland and other persons of Polish origin or speech;

(6) To provide that the Polish Government shall undertake the conduct of the foreign relations of the Free City of Danzig as well as the diplomatic protection of citizens of that city when abroad.

Article 105.

On the coming into force of the present Treaty German nationals ordinarily resident in the territory described in Article 100 will *ipso facto* lose their German nationality in order to become nationals of the Free City of Danzig.

Article 106.

Within a period of two years from the coming into force of the present Treaty, German nationals over 18 years of age ordinarily resident in the territory described in Article 100 will have the right to opt for German nationality.

Option by a husband will cover his wife and option by parents will cover their children less than 18 years of age.

All persons who exercise the right of option referred to above must during the ensuing twelve months transfer their place of residence to Germany.

These persons will be entitled to preserve the immovable property possessed by them in the territory of the Free City of Danzig. They may carry with them their movable property of every description. No export or import duties shall be imposed upon them in this connection.

anderer Personen polnischer Herkunft oder polnischer Zunge gemacht wird;

6. der polnischen Regierung die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig sowie den Schutz ihrer Staatsangehörigen im Ausland zu übertragen.

Artikel 105.

Mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags verlieren die in dem im Artikel 100 bezeichneten Gebiete wohnhaften deutschen Reichsangehörigen von Rechts wegen die deutsche Reichsangehörigkeit und werden Staatsangehörige der Freien Stadt Danzig.

Artikel 106.

Zwei Jahre lang nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags sind die über achtzehn Jahre alten deutschen Reichsangehörigen, die in dem im Artikel 100 bezeichneten Gebiet ihren Wohnsitz haben, berechtigt, für die deutsche Reichsangehörigkeit zu optieren.

Die Option des Ehemanns erstreckt ihre Wirkung auf die Ehefrau, die Option der Eltern erstreckt ihre Wirkung auf Kinder unter achtzehn Jahren.

Personen, die von dem oben vorgesehenen Optionsrecht Gebrauch machen, müssen in den nächsten zwölf Monaten ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen.

Es steht ihnen frei, das unbewegliche Gut, das sie im Gebiete der Freien Stadt Danzig besitzen, zu behalten. Sie dürfen ihr gesamtes bewegliches Gut mitnehmen. Es wird dafür keinerlei Ausfuhr- oder Einfuhrzoll von ihnen erhoben.

Article 107.

Tous les biens appartenant à l'Empire ou à des États allemands et situés sur le territoire de la Ville libre de Dantzig seront transférés aux Principales Puissances alliées et associées pour être rétrocédés par elles à la Ville libre ou à l'État polonais, selon ce qu'elles jugeront équitable de décider.

Article 108.

La proportion et la nature des charges financières de l'Allemagne et de la Prusse que la Ville libre aura à supporter seront fixées conformément à l'article 254 de la Partie IX (Clauses financières) du présent Traité.

Des stipulations ultérieures détermineront toutes autres questions pouvant résulter de la cession du territoire visé à l'article 100.

Article 107.

All property situated within the territory of the Free City of Danzig belonging to the German Empire or to any German State shall pass to the Principal Allied and Associated Powers for transfer to the Free City of Danzig or to the Polish State as they may consider equitable.

Article 108.

The proportion and nature of the financial liabilities of Germany and of Prussia to be borne by the Free City of Danzig shall be fixed in accordance with Article 254 of Part IX (Financial Clauses) of the present Treaty.

All other questions which may arise from the cession of the territory referred to in Article 100 shall be settled by further agreements.

Artikel 107.

Alles Gut des Deutschen Reiches oder der deutschen Staaten, das im Gebiete der Freien Stadt Danzig belegen ist, soll auf die alliierten und assoziierten Hauptmächte übergehen, um von diesem nach gerechtem Ermessen an die Freie Stadt oder den polnischen Staat weiter abgetreten zu werden.

Artikel 108.

Umfang und Art der finanziellen Lasten, die die Freie Stadt vom Deutschen Reiche und von Preußen zu übernehmen hat, sollen nach Artikel 254 Teil IX (Finanzielle Bestimmungen) des gegenwärtigen Vertrags festgesetzt werden.

Alle anderen Fragen, die sich aus der Abtretung des in Artikel 100 bezeichneten Gebietes ergeben könnten, sollen durch spätere Bestimmungen geregelt werden.

Premier projet polonais.

Projet de Convention établissant les rapports mutuels entre la Ville Libre de Dantzig et la République Polonaise

CHAPITRE I.

Affaires extérieures.

Art. 1. La conduite des affaires extérieures de la Ville Libre de Dantzig, la représentation diplomatique et consulaire ainsi que la protection de ses nationaux dans les pays étrangers appartiendront à la République Polonaise. La protection des ressortissants de la Ville Libre de Dantzig sera assurée par les agents diplomatiques et consulaires polonaise dans les mêmes conditions et la même mesure que celle des ressortissants de la République Polonaise.

Art. 2. Un Résident de la République Polonaise à Dantzig nommé par le Chef de l'Etat polonais représentera le Gouvernement de la République et servira d'intermédiaire entre celui-ci et les autorités de la Ville Libre de Dantzig.

Art. 3. Les batiments marchands de la Ville Libre de Dantzig battront le pavillon de la marine marchande polonaise.

Art. 4. Les passeports à l'étranger, délivrés aux ressortissants dantzigois par les autorités de la Ville Libre de Dantzig seront visés par le Résident de la République Polonaise à Dantzig.

Art. 5. La police des étrangers sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig sera exercée par les autorités de la Ville Libre sous le haut contrôle du Résident de la République polonaise.

Art. 6. L'exéquatur pour tous les agent consulaires devant résider à Dantzig sera accordé par le Gouvernement polonais.

Art. 7. Les frais de la représentation diplomatique et consulaire de la Ville Libre de Dantzig et de la protection de ses nationaux en pays étrangers seront à la charge de la République Polonaise. Tous les droits et taxes perçus par le service diplomatique et consulaire appartiendront au Gouvernement polonais.

Art. 8 Les lois et règlements, arrêtés, ordonnances et instructions concernant le service diplomatique et consulaire, seront obligatoires de plein droit pour la Ville Libre de Dantzig lorsqu'ils seront promulgués par les autorités compétantes de la République Polonaise.

I. Polnischer Entwurf.

Entwurf eines Vertrages, der die wechselseitigen Beziehungen zwischen der Freien Stadt Danzig und der polnischen Republik regelt.

Kapitel I.

Auswärtige Angelegenheiten.

Art. 1. Die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig, die diplomatische und konsularische Vertretung sowie der Schutz ihrer Staatsangehörigen in den fremden Ländern liegen der polnischen Republik ob. Den Schutz der Staatsangehörigen der Freien Stadt Danzig gewährleisten die polnischen diplomatischen und konsularischen Vertreter unter denselben Bedingungen und in demselben Maße, wie denjenigen der Angehörigen der polnischen Republik.

Art. 2. Ein Resident der polnischen Republik in Danzig, den der polnische Staatschef ernennt, vertritt die Regierung der Republik und dient als Vermittler zwischen dieser und den Behörden der Freien Stadt Danzig.

Art. 3. Die Handelsschiffe der Freien Stadt Danzig führen die Flagge der polnischen Handelsmarine.

Art. 4. Die Pässe für das Ausland, die den Danziger Staatsangehörigen durch die Behörden der Freien Stadt Danzig ausgestellt werden, werden von dem Residenten der polnischen Republik in Danzig visiert.

Art. 5. Die Fremdenpolizei auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig wird durch die Behörden der Freien Stadt unter der hohen Kontrolle des Residenten der polnischen Republik ausgeübt.

Art. 6. Das Exequatur für alle konsularischen Agenten, die in Danzig ihren Wohnsitz nehmen müssen, wird von der polnischen Regierung verliehen.

Art. 7. Die Kosten für die diplomatische und konsularische Vertretung der Freien Stadt Danzig und für den Schutz ihrer Staatsangehörigen im Ausland fallen der polnischen Republik zur Last. Alle Gebühren und Abgaben, die durch den diplomatischen und konsularischen Dienst erhoben werden, erhält die polnische Regierung.

Art. 8. Die Gesetze und Vorschriften, Erlasse, Anordnungen und Instruktionen, die den diplomatischen und konsularischen Dienst betreffen, sind für die Freie Stadt Danzig voll verbindlich, wenn sie von den zuständigen Behörden der polnischen Republik verkündet sind.

CHAPITRE II.

Droits publics.

Art. 9. Tous les ressortissants de la Ville Libre de Dantzig sont égaux devant la loi. Ils ont le droit inviolable de maintenir et de cultiver leur nationalité et leur langue respectives.

Art. 10. Les ressortissants polonais, personnes physiques et morales sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig, et les ressortissants dantzigois sur le territoire de la République Polonaise auront le droit d'y entrer librement, d'y fixer leurs domiciles, d'y acquérir les immeubles, d'exercer une profession, commerce, métier, y compris le service sur les bateaux marchands ou d'être nommé à un emploi public, d'avoir libre accès aux tribunaux et de jouir de la plus complète protection des lois.

Art. 11. Les ressortissants polonais domiciliés depuis 6 mois dans une commune du territoire de la Ville Libre de Dantzig et les ressortissants dantzigois domiciliés depuis 6 mois dans une commune de la République polonaise jouiront des droits politiques.

Art. 12. Les ressortissants polonais sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig et les ressortissants dantzigois sur le territoire de la République Polonaise auront le droit de maintenir et de cultiver leur nationalité et leur langue. Ne pourront leur être interdites aucune organisation, aucune action collective ayant pour but de maintenir et de cultiver leur nationalité et leur langue respectives, pourvu que cette organisation et cette action collective ne portent par atteinte aux lois en vigueur et à l'ordre public.

Art. 13. La langue du service intérieur des autorités, des tribunaux et de tous les organes de la Ville Libre de Dantzig et de ses communes sera celle adoptée par les autorités compétentes respectives de la Ville Libre de Dantzig ou de ses communes. Toutefois, dans les débats des corps représentatifs et de ceux de ses communes ainsi qu'en général de tous les corps délibératifs les deux langues, polonaise et allemande, seront également admises.

Art. 14. Dans leurs rapports avec parties toutes les autorités sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig, aussi bien celles de la République Polonaise, que celles de la Ville Libre et de ses communes, se serviront de la langue polonaise ou allemande selon la langue de la partie interessée. Cette disposition obligera également les agents diplomatiques et consulaires polonais dans leurs rapports avec les ressortissants dantzigois. Les publications officielles seront faites dans les deux langues.

Kapitel II.

Öffentliche Rechte.

Art. 9. Alle Staatsangehörigen der Freien Stadt Danzig sind vor dem Gesetze gleich. Sie haben das unverletzliche Recht, ihre Nationalität und ihre Sprache zu wahren und zu pflegen.

Art. 10. Die polnischen Staatsangehörigen, physische und juristische Personen, haben auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig, und die Danziger Staatsangehörigen haben auf dem Gebiet der Republik Polen das Recht freien Zuzugs, wie auch das Recht, ihren Wohnsitz dort aufzuschlagen, Grundstücke dort zu erwerben, Handel zu treiben, einen Beruf, ein Handwerk, einbegriffen den Dienst auf Handelsschiffen, auszuüben oder ein öffentliches Amt zu bekleiden, das Recht freien Zugangs zu den Gerichtshöfen und den uneingeschränkten Schutz der Gesetze zu genießen.

Art. 11. Die polnischen Staatsangehörigen, die seit sechs Monaten in einer Gemeinde des Gebietes der Freien Stadt Danzig wohnen, und die Danziger Staatsangehörigen, die seit sechs Monaten in einer Gemeinde der polnischen Republik wohnen, genießen politische Rechte.

Art. 12. Die polnischen Staatsangehörigen auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig und die Danziger Staatsangehörigen auf dem Gebiete der polnischen Republik haben das Recht, ihre Nationalität und ihre Sprache zu wahren und zu pflegen. Es kann ihnen kein Zusammenschluß und keine gemeinsame Handlung mit dem Zweck, ihre Nationalität und ihre Sprache beizuhalten und zu pflegen, untersagt werden, vorausgesetzt, daß dieser Zusammenschluß und diese gemeinsame Handlung nicht die bestehenden Gesetze und die öffentliche Ordnung verletzen.

Art. 13. Im innern Dienst der Behörden, der Gerichtshöfe und aller Organe der Freien Stadt Danzig und ihrer Gemeinden wird die Sprache gebraucht, die von den zuständigen Behörden der Freien Stadt Danzig oder ihrer Gemeinden angenommen ist. Jedoch sind bei den Verhandlungen der vertretenden Körperschaften und denjenigen ihrer Gemeinden, sowie im allgemeinen aller beratenden Körperschaften beide Sprachen, deutsch und polnisch, gleicherweise zugelassen.

Art. 14. In ihrem Verkehr mit einzelnen Parteien bedienen sich alle Behörden auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig, sowohl diejenigen der polnischen Republik, wie diejenigen der Freien Stadt Danzig und ihrer Gemeinden, der polnischen oder der deutschen Sprache, gemäß der Sprache der interessierten Partei. Diese Verfügung verpflichtet gleicherweise die polnischen diplomatischen und konsularischen Agenten in ihrem Verkehr mit den Danziger Staatsangehörigen. Amtliche Bekanntmachungen werden in beiden Sprachen erlassen.

Art. 15. Dans leurs rapports mutuels les autorités de la République Polonaise et de la Ville Libre de Dantzig auront de droit d'employer la langue polonaise ou allemande.

Art. 16. La naturalisation ne pourra être accordée à aucun titre aux ressortissants polonais et étrangers par les autorités de la Ville Libre de Dantzig sans consentement préalable du Gouvernement polonais voire du Résident de la République à Dantzig.

Art. 17. A la Pologne appartiendra le contrôle des entreprises de transport, en transit aller et retour des émigrés à travers le territoire de la Ville Libre de Dantzig. Aucune compagnie de navigation ni autre organisation, société ou personne privés ne pourra organiser le trafic des émigrés sans autorisation du Gouvernement polonais.

CHAPITRE III.

Enseignement public.

Art. 18. Le Gouvernement de la République Polonaise aura le droit de fonder, à ses frais, sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig des établissements de l'instruction publique où l'enseignement sera donné en polonais. Il pourra de même fonder et entretenir des hopitaux, dispensaires, maisons et jardins ouvriers et autres oeuvres d'assistance publique et de prévoyance sociale.

Tous ces établissements relèveront des autorités polonaises.

Art. 19. Dans l'Institut Polytechnique et dans l'école de navigation de Dantzig les langues polonaise et allemande seront admises comme langue d'enseignement. Un accord ultérieur qui devra être conclu dans un delai d'un an à partir de la signature de la présente convention, réglera les détails de l'application de cette disposition.

Art. 20. La Ville Libre de Dantzig s'engage à fonder une école publique primaire polonaise partout où il se trouvera au moins 40 enfants dont les parents auront exprimé le désir de leur assurer l'enseignement en langue polonaise. Si le nombre des enfants polonais qui fréquentent l'école allemande n'atteint pas ce chiffre tout en restant supérieur à 12, l'enseignement de la religion et de leur langue maternelle sera donné par un instituteur polonais.

Le nombre maximum requis pour la fondation d'une école polonaise peut être atteint par l'inscription des enfants habitant les communes administratives ou scolaires différentes si les conditions locales leur permettent de suivre les cours d'une façon régulières. Les écoles polonaises seront fondées et entretenues dans les mêmes conditions que les écoles allemandes.

In ihrem Verkehr untereinander haben die Behörden der pol- Art. 15.
nischen Republik und der Freien Stadt Danzig das Recht, die polnische oder die deutsche Sprache zu gebrauchen.

Die Einbürgerung kann unter keinen Umständen polnischen Art. 16.
Staatsangehörigen oder Ausländern durch die Behörden der Freien Stadt Danzig gewährt werden ohne die vorherige Einwilligung der polnischen Regierung, beziehungsweise des Residenten der polnischen Republik in Danzig.

Polen übt die Aufsicht über die Unternehmungen für den Art. 17.
Durchgangstransport des hin- und rückwärtigen Verkehrs von Auswanderern durch das Gebiet der Freien Stadt Danzig aus. Keine Schiffahrtsgesellschaft noch irgendeine andere Organisation, Gesellschaft oder Privatperson darf den Auswandererverkehr ohne Ermächtigung der polnischen Regierung organisieren.

Kapitel III.

Öffentlicher Unterricht.

Die Regierung der polnischen Republik hat das Recht, auf ihre Art. 18.
Kosten auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig Anstalten für den öffentlichen Unterricht zu gründen, in denen die Unterweisung in polnischer Sprache erteilt wird. Sie kann ebenfalls Krankenhäuser, Heilanstalten, Arbeiterheime und Volksgärten und andere Anstalten öffentlicher Wohlfahrt und sozialer Fürsorge gründen und unterhalten.

Alle diese Anstalten unterstehen den polnischen Behörden.

In der Technischen Hochschule und der Navigationsschule von Art. 19.
Danzig werden die polnische und die deutsche Sprache als Unterrichtssprache zugelassen. Ein späteres Abkommen, das im Verlauf eines Jahres nach Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages getroffen werden muß, wird bestimmen, wie diese Verfügung im einzelnen gehandhabt werden soll.

Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, eine polnische Volks- Art. 20.
schule überall da zu gründen, wo mindestens 40 Kinder vorhanden sind, deren Eltern den Wunsch ausgesprochen haben, sie in polnischer Sprache unterrichten zu lassen. Wenn die Zahl der polnischen Kinder, welche die deutsche Schule besuchen, diese Höhe nicht erreicht, gleichwohl aber mehr als 12 beträgt, muß der Unterricht in Religion und in ihrer Muttersprache von einem polnischen Lehrer erteilt werden.

Die für die Gründung einer polnischen Schule notwendige Höchstzahl kann durch Eintragung der Kinder erreicht werden, welche verschiedene Verwaltungs- oder Schulbezirke bewohnen, wenn die örtlichen Bedingungen ihnen erlauben, die Kurse regelmäßig zu besuchen. Die polnischen Schulen werden unter denselben Bedingungen gegründet und unterhalten wie die deutschen Schulen.

L'existance dans une commune d'une école allemande ne peut être invoquée comme motif du refus de fonder une école polonaise.

Art. 21. La Ville Libre de Dantzig s'engage à fonder et à entretenir des écoles publiques secondaires polonaises. Le nombre de ces écoles ne peut être inférieur à 2, dont une pour garçons et une pour jeunes filles.

Dans les écoles techniques et professionelles des cours en langue polonaise devront être organisés dès que le nombre des élèves polonais atteindra un chiffre qui permettra le dédoublement.

Art. 22. Pour l'administration des écoles primaires et secondaires polonais fondées conformément aux articles 21 et 23 les autorités de la Ville Libre de Dantzig nommeront des personnes d'origine et de langue polonaises.

Art. 23. Aucune distinction ne sera faite entre les ressortissants polonais et dantzigois en ce qui concerne leur admission comme professeurs et élèves à tout établissement d'instruction publique y compris à l'institut polytechnique et à l'école de navigation de Dantzig. Un accord spécial déterminera les conditions dans les quelles les diplômes délivrées par les écoles dantzigoises seront reconnus en Pologne et réciproquement.

CHAPITRE IV.

Législation et procédure.

Art. 24. Les Hautes Parties contractantes sont d'accord pour reconnaitre les avantages de l'unification du droit civil, commercial et pénal en Pologne et dans la Ville Libre de Dantzig. A cet effet elles s'engagent à conclure, dès l'unification du droit civil, commercial ou pénal en Pologne, des arrangements forçant l'application de ladite législation sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig.

Art. 25. Jusqu'au moment de l'entrée en vigueur des arrangements prévus dans l'art. 24, la Ville Libre de Dantzig restera sous le régime du droit civil, commercial et pénal actuellement en vigueur. Les dispositions édictées en vue de l'état de guerre seront abrogées sur la demande du Gouvernement polonais.

Art. 26. Les lois polonaises concernant la protection de la propriété industrielle, littéraire et artistique deviendront obligatoires pour la Ville Libre de Dantzig dès la mise en vigueur de la présente convention.

Art. 27. Un arrangement spécial sera conclu dans le plus bref delai entre la République Polonaise et la Ville Libre de Dantzig qui réglera l'exécution en Pologne des verdicts et des jugements rendus par les tribunaux dantzigois et réciproquement et autres questions de procédure judiciaire.

Das Vorhandensein einer deutschen Schule in einer Gemeinde kann nicht als Grund angeführt werden, die Gründung einer polnischen Schule zu verwehren.

Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, polnische Mittel- Art. 21.
schulen zu gründen und zu unterhalten. Die Zahl dieser Schulen darf nicht geringer als zwei sein, eine für Knaben, die andere für Mädchen.

In den technischen und Fachschulen müssen Kurse in polnischer Sprache eingerichtet werden, sobald die Zahl der polnischen Schüler eine Höhe erreicht, die eine Parallelklasse zuläßt.

Für die Verwaltung der polnischen Volks- und Mittelschulen, Art. 22.
die gemäß Artikel 21 und 23 gegründet werden, ernennen die Behörden der Freien Stadt Danzig Personen polnischer Herkunft und Zunge.

Kein Unterschied darf zwischen den polnischen und Danziger Art. 23.
Staatsangehörigen betreffs ihrer Zulassung als Lehrer oder Schüler zu jeglicher öffentlichen Unterrichtsanstalt, die Technische Hochschule und die Navigationsschule in Danzig eingeschlossen, gemacht werden. Ein besonderes Abkommen wird die Bedingungen bestimmen, unter denen die durch die Danziger Schulen ausgestellten Abschlußzeugnisse in Polen anerkannt werden und umgekehrt.

Kapitel IV.

Gesetzgebung und Gerichtsverfahren.

Die hohen vertragschließenden Parteien stimmen darin überein, Art. 24.
die Vorteile einer einheitlichen Regelung des bürgerlichen, Handels- und Strafrechts in Polen und der Freien Stadt Danzig anzuerkennen. Zu diesem Zweck verpflichten sie sich, sobald die einheitliche Regelung des bürgerlichen, Handels- und Strafrechts in Polen erfolgt ist, Vereinbarungen zu treffen, welche die Anwendung der besagten Gesetze auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig beschleunigen.

Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die in Art 24 vorgesehenen Ver- Art. 25.
einbarungen in Kraft treten, behält die Freie Stadt Danzig das bürgerliche, Handels- und Strafrecht bei, das gegenwärtig in Kraft ist. Die für den Kriegszustand vorgesehenen Verfügungen werden auf Verlangen der polnischen Regierung aufgehoben.

Die polnischen Gesetze, die den Schutz des industriellen, litera- Art. 26.
rischen und künstlerischen Eigentums betreffen, werden für die Freie Stadt Danzig bindend, sobald das vorliegende Abkommen in Kraft tritt.

Eine besondere Vereinbarung wird in kürzester Zeit zwischen Art. 27.
der polnischen Republik und der Freien Stadt Danzig getroffen, um in Polen den Vollzug von Verdikten und Urteilen, welche die Danziger Gerichte gefällt haben und umgekehrt, und andere Fragen des Gerichtsverfahrens zu regeln.

Art. 28. Jusqu'à la conclusion de l'arrangement prévu dans l'article 24 des crimes et délits commis sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig et dirigés contre la sûreté de l'Etat polonais seront assimilés, quant à leur poursuite, juridiction et répression aux crimes et délits dirigés contre la sûreté de la Ville Libre; le Gouvernement Polonais aura le droit d'intervenir par ses délégués dans l'instruction de ces affaires et dans la procédure devant les tribunaux.

Art. 29. Les affaires judiciaires relevant de la compétance du Reichsgericht (Tribunal de l'Empire) à Leipzig seront dèsormais de la compétence de la Cour Suprême de la République Polonaise.

CHAPITRE V.

Affaires militaires et maritimes.

Art. 30. La Pologne aura le droit de prendre sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig toutes les mesures d'ordre militaire et naval nécessaires pour la défense de son territoire et de son accès à la mer ainsi qu'à la défense du territoire de la Ville Libre.

A cet effet la Pologne aura le droit d'entretenir sur ledit territoire des forces militaires et navales, d'occuper des fortifications et d'exécuter le contrôle militaire.

Art. 31. La Ville Libre de Dantzig n'a pas le droit d'organiser ni d'entretenir sur son territoire des forces militaires ou navales.

Aucune construction de caractère militaire ne pourra être exécutée par la Ville Libre de Dantzig sur son territoire. La fabrication des armes et des munitions ainsi que du matériel du guerre, avions, dirigeables et autres appareils militaires sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig est interdite, sauf le droit de la Pologne prévu par l'article 29.

Art. 32. La Ville Libre de Dantzig aura le droit d'entretenir un corps de police communale composé exclusivement des ressortissants dantzigois dont le nombre, y compris les officiers, sous-officiers et employés, ne pourra dépasser ½ % de la population totale de la Ville Libre.

Cette disposition n'affecte en rien le droit de la Pologne d'entretenir le personnel de police nécessaire pour assurer l'ordre dans le fonctionnement des services assignés à la Pologne par le Traité de Versailles et par les clauses de la présente convention.

Art. 33. La Pologne aura le droit de se servir du port de Dantzig et de ses installations pour le stationnement, la réparation et le ravitaillement de ses navires et bâtiments de guerre.

Bis zum Abschluß der in Art. 24 vorgesehenen Vereinbarung Art. 28.
werden Verbrechen und Vergehen, die auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig begangen und gegen die Sicherheit des polnischen Staates gerichtet sind, bezüglich ihrer Verfolgung, Rechtsprechung und Unterdrückung den Verbrechen und Vergehen gleichgeachtet, die gegen die Sicherheit der Freien Stadt Danzig gerichtet sind. Die polnische Regierung hat das Recht, durch ihre Bevollmächtigten in die Untersuchung dieser Angelegenheiten und in das Verfahren bei den Gerichten einzugreifen.

Die Gerichtssachen, die der Zuständigkeit des Reichsgerichts Art. 29.
in Leipzig unterliegen, gehören von nun an zur Zuständigkeit des obersten Gerichtshofes der polnischen Republik.

Kapitel V.

Militär- und Marine-Angelegenheiten.

Polen hat das Recht, auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig Art. 30.
alle notwendigen Maßnahmen in bezug auf Militär- und Marinewesen zu treffen, um sein Landgebiet und seinen Zugang zum Meere wie auch das Gebiet der Freien Stadt Danzig zu verteidigen.

Zu diesem Zweck hat Polen das Recht, auf besagtem Gebiet Militär- und Seestreitkräfte zu unterhalten, Befestigungswerke zu besetzen und militärische Aufsicht auszuüben.

Die Freie Stadt Danzig hat nicht das Recht, auf ihrem Gebiet Art. 31.
Militär- und Seestreitkräfte aufzustellen oder zu unterhalten.

Kein Bau militärischen Charakters darf von der Freien Stadt Danzig auf ihrem Gebiet aufgeführt werden. Die Herstellung von Waffen und Munition, sowie von Kriegsmaterial, Flugzeugen, Luftschiffen und anderen militärischen Vorrichtungen auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig ist untersagt, ausgenommen das Recht Polens nach Artikel 30.

Die Freie Stadt Danzig hat das Recht, eine kommunale Polizei- Art. 32.
truppe, ausschließlich aus Danziger Staatsangehörigen bestehend, aufzustellen, deren Zahl, Offiziere, Unteroffiziere und Beamten eingeschlossen, ½ vom Hundert der Gesamtbevölkerung der Freien Stadt nicht überschreiten darf.

Diese Bestimmung berührt in nichts das Recht Polens, das Polizeipersonal zu unterhalten, das notwendig ist, um ein geordnetes Arbeiten der Dienststellen zu gewährleisten, die Polen durch den Vertrag von Versailles und die Vereinbarungen des vorliegenden Vertrages zugewiesen sind.

Polen hat das Recht, den Danziger Hafen und seine Einrich- Art. 33.
tungen für den Aufenthalt, die Ausbesserung und Verproviantierung seiner Handels- und Kriegsschiffe zu benutzen.

Art. 34. La Pologne exercera les droits de contrôle et de police sur les eaux territoriales du littoral de la Ville Libre de Dantzig ainsi que sur les parties de la Vistule se trouvant sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig.

Art. 35. Les infractions aux lois, règlements et arrêtés édictés par les autorités polonaises en exécution du droit de contrôle et de police appartenant à la Pologne seront jugées, s'il y a lieu par un tribunal de police maritime polonais à Dantzig. L'organisation de ce tribunal ainsi que la procédure seront déterminées par les lois polonaises.

Art. 36. Le Gouvernement Polonais assurera les services de pilotage du port de Dantzig, des eaux territoriales de la mer Baltique ainsi que de la Vistule dans les limites de la Ville Libre de Dantzig. La Pologne assurera également le service hydrographique et météorologique du port de Dantzig.

Art. 37. La Pologne aura sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig le droit exclusif d'entretenir les stations de navigation aérienne et de contrôler les communications aériennes au-dessus du territoire de la Ville Libre et de ses eaux territoriales.

Art. 38. Les stations radiotélégraphiques et radiotéléphoniques sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig ne peuvent être entretenues et exploitées que par l'Etat polonais.

CHAPITRE VI.

Voies de Communication.

Art. 39. Les autorités polonaises seront chargées de l'administration et de la police du port de Dantzig avec toutes les voies d'accès, voies d'eau, docks, bassins, quais, rails, grues, moyens de traction et autres ouvrages souterrains.

Art. 40. La Pologne aura seule le droit d'exécuter, dans le port de Dantzig, et dans la partie de la Vistule située sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig, tous les travaux d'aménagement, de barrage et autres qu'elle jugera utiles pour l'entretien, le développement et l'amélioration des voies d'eau, docks, bassins, quais, voies ferrées et autres ouvrages et moyens de communication. A cette fin la Ville Libre s'engage à transférer à la Pologne la propriété de tous les terrains que le Gouvernement polonais jugera nécessaires à cette effet, même si elle était obligée de les acquérir par voie d'expropriation forcée.

Art. 41. Le droit maritime public, les règlements actuels de police du port et des eaux territoriales ainsi que ceux de la police fluviale resteront en vigueur jusqu'à ce que de nouvelles lois, règlements ou arrêtés ne soient édictés par les autorités compétentes polonaises.

Polen übt die Aufsichts- und Polizeirechte in den Küstengewässern der Freien Stadt Danzig, sowie auf den Teilen der Weichsel aus, die sich auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig befinden. Art. 34.

Die Übertretungen der Gesetze, Verordnungen und Verfügungen, die von den polnischen Behörden in Ausübung des Polen zukommenden Aufsichts- und Polizeirechts erlassen sind, werden gegebenenfalls vor einem polnischen Seepolizeigericht in Danzig entschieden. Die Zusammensetzung dieses Gerichts und das Verfahren werden durch die polnischen Gesetze bestimmt. Art. 35.

Die polnische Regierung sorgt für den Lotsendienst im Hafen von Danzig, in den Hoheitsgewässern der Ostsee, sowie auf der Weichsel innerhalb der Grenzen der Freien Stadt Danzig. Polen sorgt gleichfalls für den hydrographischen und meteorologischen Dienst im Hafen von Danzig. Art. 36.

Polen ausschließlich hat auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig das Recht, Stationen für Luftfahrzeuge zu unterhalten und die Flugzeugverbindungen über dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und über seinen Hoheitsgewässern zu überwachen. Art. 37.

Die radiotelegraphischen und radiotelephonischen Stationen im Gebiet der Freien Stadt Danzig dürfen nur vom polnischen Staat unterhalten und benutzt werden. Art. 38.

Kapitel VI.

Verbindungswege.

Die polnischen Behörden werden mit der Verwaltung und der Aufsicht des Danziger Hafens mit allen Zugangswegen, Wasserstraßen, Docks, Binnenhäfen, Ladestraßen, Schienensträngen, Kränen, Beförderungsmitteln und tiefbaulichen Anlagen beauftragt. Art. 39.

Polen allein hat das Recht, in dem Hafen von Danzig und auf dem Teile der Weichsel, der im Gebiet der Freien Stadt Danzig gelegen ist, alle Arbeiten zur Instandhaltung und Abdämmung und anderer Art, die es zum Unterhalt, zum Ausbau und zur Verbesserung der Wasserstraßen, Docks, Binnenhäfen, Ladestraßen, Schienenwege und anderen Anlagen und Verkehrsmittel für nützlich erachtet, auszuführen. Zu diesem Zweck verpflichtet sich die Freie Stadt, auf Polen das Eigentum aller Gelände zu übertragen, welche die polnische Regierung hierfür für notwendig erachtet, selbst wenn sie genötigt wäre, sie durch Zwangsenteignung zu erwerben. Art. 40.

Das öffentliche Seerecht, sowie die jetzt gültigen Bestimmungen über die Polizei für den Hafen und die Hoheitsgewässer und die Bestimmungen über die Strompolizei bleiben in Kraft, bis neue Gesetze, Bestimmungen oder Verordnungen von den zuständigen polnischen Behörden erlassen sind. Art. 41.

Art. 42. En raison du droit d'administration et de contrôle reconnu à la Pologne, les chemins de fer sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig, à l'exception des voies ferrées d'intérêt local seront inclus pour l'exploitation et la police dans le réseau des chemins de fer polonais et par conséquence seront soumis à toutes les lois, règlements et arrêtés en vigueur sur le réseau polonais.

La direction régionale des chemins de fer polonais pourra avoir son siège à Dantzig.

Art. 43. Le Gouvernement polonais aura le droit d'exécuter tous les travaux nécessaires pour le développement et l'amélioration du réseau des chemins de fer existant ainsi que pour la construction des nouvelles lignes qu'il jugera utiles. A la fin la Ville Libre de Dantzig s'engage à transférer à la Pologne la propriété de tous les terrains que le Gouvernement polonais jugera nécessaires à cet effet, même si elle était obligée de les acquérir par soin d'expropriation forcée.

Art. 44. Les dispositions des articles 42 et 43 seront appliqués aux chemins de fer soumis au régime de la loi prussienne du 28 juillet 1892 (Gesetz über Kleinbahnen) dont les lignes dépassent les frontières du territoire de la Ville Libre de Dantzig.

Art. 45. En ce qui concerne les voies ferrées servant principalement aux besoins de la Ville Libre et dont les lignes ne dépassent pas les frontières de son territoire, les droits d'administration, de contrôle et de police y compris le droit d'autoriser de nouvelles constructions appartiendront aux autorités de la Ville Libre de Dantzig.

Toutefois, les autorités compétentes de la Ville Libre s'entendront avec les autorités compétentes polonaises afin de faire concorder les règlements et les horaires des voies ferrées respectives. Les conditions sous lesquelles la construction de toutes les voies ferrées d'intérêt local a été autorisée ainsi que de comptes-rendus statistiques annuels de trafic desdites voies seront communiquées au Gouvernement Polonais.

Art. 46. Le réseau de communications postales, télégraphiques et téléphoniques de la Ville Libre de Dantzig sera inclus, quant à leur administration et police, dans le réseau des communications postales, télégraphiques et téléphoniques polonaises. Par conséquent les lois, règlements et arrêtés polonais seront appliqués aux administrations des postes, télégraphes et téléphones sur le territoire de la Ville Libre. Les droits et taxes ainsi que les timbres polonais seront introduits sur le territoire de la Ville Libre.

Auf Grund des Polen zuerkannten Verwaltungs- und Aufsichts- Art. 42.
rechtes werden die Eisenbahnen auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig mit Ausnahme der Bahnen von örtlichem Interesse hinsichtlich Betrieb und polizeilicher Aufsicht in das polnische Eisenbahnnetz eingeschlossen und infolgedessen allen Gesetzen, Bestimmungen und Verordnungen, die für das polnische Eisenbahnnetz gelten, unterworfen.

Die polnische Eisenbahnbezirksdirektion für das Danziger Gebiet darf ihren Sitz in Danzig haben.

Die polnische Regierung hat das Recht, alle Arbeiten aus- Art. 43.
zuführen, die für den Ausbau und die Verbesserung des jetzt bestehenden Eisenbahnnetzes nötig sind, und die sie für den Bau neuer Linien notwendig hält. Zu diesem Zwecke verpflichtet sich die Freie Stadt Danzig, Polen das Eigentum aller Gelände zu übertragen, welche die polnische Regierung hierfür für notwendig hält, selbst wenn sie genötigt wäre, sie durch Zwangsenteignung zu erwerben.

Die Bestimmungen von Art. 42 und 43 werden auf die Eisen- Art. 44.
bahnen angewendet, die der Geltung des preußischen Gesetzes vom 28. Juli 1892 (Gesetz über Kleinbahnen) unterworfen sind, und deren Linien die Grenzen des Gebietes der Freien Stadt Danzig überschreiten.

Was die Eisenbahnen anbetrifft, die hauptsächlich den Bedürf- Art. 45.
nissen der Freien Stadt dienen, und deren Linien nicht die Grenzen ihres Gebietes überschreiten, so verbleibt hierüber das Verwaltungs-, Überwachungs- und Polizeirecht, einschließlich des Rechts, neue Bauten aufzuführen, den Behörden der Freien Stadt Danzig.

Jedoch setzen sich die zuständigen Behörden der Freien Stadt mit den zuständigen polnischen Behörden ins Einvernehmen, um die Vorschriften und Fahrpläne für die beiderseitigen Eisenbahnen in Einklang zu bringen. Die Bedingungen, unter denen der Bau aller Bahnen von örtlichem Interesse zugelassen wird, sowie jährliche statistische Berichte über den Verkehr müssen der polnischen Regierung eingereicht werden.

Das Netz des Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs der Art. 46.
Freien Stadt Danzig wird hinsichtlich seiner Verwaltung und Beaufsichtigung dem polnischen Netz des Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs angeschlossen. Infolgedessen finden die polnischen Gesetze, Bestimmungen und Verordnungen ihre Anwendung auf die Verwaltung von Post, Telegraph und Fernsprecher im Gebiet der Freien Stadt. Die polnischen Gebühren und Abgaben sowie die polnischen Briefmarken werden im Gebiet der Freien Stadt eingeführt.

CHAPITRE VII.

Régime douanier.

Art. 47. Le territoire de la Ville Libre de Dantzig à l'exception de la zône franche sera placé en dedans des limites de la frontière douanière de la Pologne et sera soumis au régime douanier polonais.

Art. 48. Tous les droits de douane seront perçus sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig par les autorités polonaises.

Art. 49. Il ne sera perçu ni par la municipalité de la Ville Libre de Dantzig, ni par aucune des communes de la Ville Libre aucun droit, péage, taxe octroi sur les marchandises de provenance polonaise ainsi que sur les marchandise à destination de la Pologne.

Art. 50. La zône franche existant dans le port de Dantzig sera provisoirement maintenue dans ses limites actuelles. Seront également maintenus tous les règlements actuellement en vigueur ainsi que toutes les lois concernant le régime de la zône franche du port de Dantzig. Le Gouvernement Polonais aura le droit d'administrer et de contrôler la zône franche, d'introduire des changements de l'étendue de la zône franche et de son régime.

Art. 51. Les navires, bateaux et marchandises entrant dans la zône franche pourront être soumis aux taxes établies en vue de couvrir les dépenses d'administration, d'entretien et d'amélioration du port, ainsi qu'aux droits établis pour l'usage des diverses installations maritimes. Ces taxes seront perçues par les autorités polonaises.

CHAPITRE VIII.

Questions économiques.

Art. 52. Les contributions, taxes, accises, et en général tous les impôts indirects seront fixés, administrés et perçus sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig sur les mêmes bases, selon les mêmes principes et aux mêmes taux que sur le territoire de l'Etat polonais.

En cas où le Gouvernement Polonais établirait un monopole d'Etat sur une catégorie quelconque des marchandises un monopole identique sur la même catégorie des marchandises sera introduit en même temps sur le territoire de la Ville Libre.

Art. 53. La monnaie de la Ville Libre de Dantzig sera la monnaie polonaise.

Art. 54. En vertu de la présente convention le Gouvernement Polonais percevra dans le territoire de la Ville Libre les revenus provenant des divers services administratifs ainsi qu'il effectuera les dépenses pour assurer le fonctionnement et l'amélioration de certains services administratifs.

Kapitel VII.

Zollwesen.

Das Gebiet der Freien Stadt Danzig mit Ausnahme der Freizone wird in die Zollgrenze Polens eingeschlossen und der polnischen Zollverwaltung unterstellt. Art. 47.

Alle Zollgebühren auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig werden von den polnischen Behörden erhoben. Art. 48.

Weder die Gemeindeverwaltung der Freien Stadt Danzig noch irgendeine Gemeinde der Freien Stadt darf Gebühren, Brückengeld oder Akzise irgendwelcher Art von Waren polnischer Herkunft oder mit polnischem Bestimmungsort erheben. Art. 49.

Die im Danziger Hafen bestehende Freizone wird vorläufig in den jetzigen Grenzen beibehalten. Gleicherweise bleiben alle zur Zeit geltenden Bestimmungen in Kraft sowie alle Gesetze, welche die Verwaltung der Freizone des Danziger Hafens betreffen. Die polnische Regierung hat das Recht, die Freizone zu verwalten und zu beaufsichtigen und Änderungen in der Ausdehnung der Freizone und in ihrer Verwaltung zu treffen. Art. 50.

Die Schiffe, Kähne und Waren, welche in die Freizone einlaufen, dürfen den Gebühren unterworfen werden, welche vorgesehen sind, um die Verwaltungs-, Unterhaltungs- und Verbesserungskosten des Hafens zu decken, sowie den Gebühren, die für die Benutzung der verschiedenen Hafeneinrichtungen vorgesehen sind. Diese Abgaben werden von den polnischen Behörden erhoben. Art. 51.

Kapitel VIII.

Wirtschaftliche Fragen.

Die Abgaben, Gebühren, Akzisen und im allgemeinen alle indirekten Steuern werden auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig auf derselben Grundlage, nach denselben Grundsätzen und denselben Sätzen festgesetzt, verwaltet und erhoben, wie auf dem Gebiete des polnischen Staates. Art. 52.

Falls die polnische Regierung auf irgendeine Art Ware ein Staatsmonopol einführt, wird ein gleiches Monopol auf dieselbe Art Ware gleichzeitig im Gebiet der Freien Stadt eingeführt.

Die Freie Stadt Danzig hat polnische Währung. Art. 53.

Auf Grund des vorliegenden Vertrages wird die polnische Regierung in dem Gebiet der Freien Stadt die Einkünfte einnehmen, die aus den verschiedenen Verwaltungszweigen herrühren; ebenso wird sie die Unkosten decken, um die Tätigkeit und Verbesserung verschiedener Verwaltungszweige sicherzustellen. Art. 54.

De ces recettes et de ces dépenses il sera tenu par le Gouvernement Polonais un compte spécial, dont la solde après l'exercice budgétaire de chaque année sera répartie entre la Pologne et la Ville Libre de Dantzig d'après les bases et principes qui seront déterminés par un accord spécial à conclure entre la Pologne et la Ville Libre de Dantzig dans un délai d'un an à partir de la mise en vigueur de la présente convention.

Art. 55. La Ville Libre de Dantzig ne pourra contracter des emprunts extérieurs qu'avec l'assentiment et par intermédiaire du Gouvernement Polonais.

Art. 56. L'autorisation pour les Sociétés étrangères de faire leurs opérations sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig sera accordée par les autorités de la Ville Libre après l'entente avec le Gouvernement Polonais voire du Résident de la République Polonaise à Dantzig.

CHAPITRE X.

Arbitrage.

Art. 57. En cas de différend qui pourrait naître au sujet de l'interprétation de la présente convention générale ainsi que des arrangements ou accords prévus dans cette convention, les points contestés seront soumis à l'arbitrage si l'une ou l'autre des parties intéressées le demande.

A cette fin chacune des parties, le Gouvernement Polonaise et les autorités de la Ville Libre, nommeront deux arbitres. Si l'accord n'a pu se faire au sujet des points contestés les quatre arbitres ainsi nommés éliront un surarbitre. En cas où il serait impossible de tomber d'accord sur la personne du surarbitre, ce dernier sera nommé par le Président du Tribunal Fédéral Suisse.

Über diese Einnahmen und Ausgaben wird von der polnischen Regierung ein besonderes Konto geführt werden, dessen Saldo nach Abschluß jedes Rechnungsjahres zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig nach den Grundlagen und Grundsätzen verteilt wird, die durch ein besonderes Übereinkommen zu bestimmen sind, das zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig im Verlauf eines Jahres nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages zu treffen ist.

Die Freie Stadt Danzig darf äußere Anleihen nur mit Zustimmung und durch Vermittelung der polnischen Regierung aufnehmen. Art. 55.

Die Ermächtigung für ausländische Gesellschaften, im Gebiet der Freien Stadt Danzig Geschäfte zu betreiben, wird von den Behörden der Freien Stadt nach Zustimmung der polnischen Regierung bzw. des Residenten der polnischen Republik in Danzig erteilt. Art. 56.

Kapitel X.

Schiedsgericht.

Falls Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Auslegung des vorliegenden Vertrages und der Abmachungen und Vereinbarungen, die in dem Vertrag vorgesehen sind, entstehen, werden die strittigen Punkte einem Schiedsgericht unterbreitet, wenn einer der beiden vertragschließenden Teile es verlangt. Art. 57.

Zu diesem Zweck ernennt jeder der Teile, die polnische Regierung und die Behörden der Freien Stadt, zwei Schiedsrichter. Wenn keine Einigkeit über die strittigen Punkte erzielt werden kann, wählen die vier ernannten Schiedsrichter einen Oberschiedsrichter. Sollte es unmöglich sein, über die Person des Oberschiedsrichters Einigkeit zu erzielen, so wird dieser vom Präsidenten des Schweizer Bundesgerichts ernannt.

Entwurf eines Vertrages zwischen der Freien Stadt Danzig (Danzig) und der Republik Polen (Polen) gemäß Artikel 104 des Vertrages von Versailles vom 28. Juni 1919

Artikel I.

Danzig ist ein souveräner Staat, der unter dem Schutze des Völkerbundes steht.

Artikel II.

Zollwesen, Wirtschaftsverkehr, Freizone.

§ 1.

Polen und Danzig bilden ein gemeinsames Zollgebiet, trennen sich nicht durch eine Zollgrenze, schließen sich aber durch eine solche gegen die benachbarten Staaten und das Meer ab.

§ 2.

Bei allen aus der Gemeinsamkeit des Zollgebiets sich ergebenden Maßnahmen (insbesondere Gesetzen, Handelsverträgen, Verordnungen) sind beide Staaten einander gleichberechtigt. Nur durch gegenseitiges Einverständnis können gegenseitig bindende Bestimmungen getroffen werden. Die so vereinbarten gemeinsamen Bestimmungen werden in beiden Staaten rechtswirksam verkündet. Dies gilt insbesondere auch für alle Fragen des Zolltarifs.

§ 3.

Jeder der beiden vertragschließenden Staaten übt in seinem Gebiet die Zollgewalt selbständig mit eigenen Behörden aus.

§ 4.

Aus der Gesamtsumme der in den Gebieten beider Vertragsstaaten aufkommenden Zolleinkünfte sind vorweg die Verwaltungsausgaben beider Vertragsstaaten in Abzug zu bringen. Als Verwaltungsausgaben zählen die Verzinsung und Tilgung der in den Zolleinrichtungen liegenden Werte zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages und aller späterhin hinzutretenden Einrichtungen, ferner die laufenden sachlichen Ausgaben, sowie das Gehalt einschl. der zugehörigen Nebenbezüge aller Zollbeamten und

Zollangestellten. Der nach Abzug dieser Verwaltungsausgaben verbleibende Rest der Zolleinkünfte wird unter beide Vertragsstaaten verteilt nach dem Verhältnis der fünffachen Zahl der Bevölkerungsziffer Danzigs zu der Gesamtsumme der tatsächlichen Bevölkerungsziffern Polens und Danzigs.

§ 5.

Die Selbständgkeit beider Staaten in der Regelung der Verbrauchsabgaben und der sonstigen indirekten Steuern wird durch die Zolleinheit nicht berührt.

§ 6.

Ein- und Ausfuhrverbote gegen dritte Staaten können von jedem der beiden Vertragsstaaten erlassen werden.

Ein- und Ausfuhrverbote gegeneinander sind grundsätzlich unzulässig. Ausnahmen hiervon sind nur nach vorheriger Genehmigung durch den gemäß Artikel X eingesetzten Ausschuß zulässig.

Wenn, solange und soweit Ein- und Ausfuhrverbote im Verkehr der Vertragsstaaten miteinander oder Monopole oder sonstige Beschränkungen der freien Wirtschaft irgendwelcher Art bestehen, gelten folgende Einschränkungen:

a) Polen verpflichtet sich, an Danzig in Ergänzung der Ernte Danzigs einen solchen Zuschuß aus Pommerellen zu liefern, daß in Danzig Lebensmittelrationen von gleicher Größe verteilt werden können wie in Pommerellen. Der an Polen für diese Zuschußlebensmittel zu zahlende Preis darf nicht höher sein, als der in Pommerellen für den inneren Verbrauch jeweils bestehende Marktpreis (Großhandelspreis, Erzeugerpreis).

Soweit bestimmte Lebensmittel in Pommerellen oder in Danzig nicht rationiert sind, ist die Bestimmung des Absatzes 1 sinngemäß anzuwenden mit der Maßgabe, daß Danzig die ihm zugewiesenen Mengen freihändig in Pommerellen ankaufen oder ankaufen lassen darf. Soweit Einigung über die zu liefernden oder anzukaufenden Mengen nicht erfolgt, entscheidet der Ausschuß nach Artikel X.

b) Polen verpflichtet sich, Kohlen für die Versorgung Danzigs zu liefern. Die Belieferung Danzigs muß nach demselben Verteilungsmaßstab und zu denselben Preisen erfolgen, wie die Belieferung polnischer Städte; soweit bezüglich der Menge oder des Preises verschiedene Maßstäbe bestehen, kommt für Danzig der günstigte Maßstab zur Anwendung. Polen übernimmt die ordnungsmäßige Beförderung dieser Kohlen.

c) Polen verpflichtet sich, die Artikel des täglichen Lebens, des Industrie-, des gewerblichen und des landwirtschaftlichen Bedarfs in angemessenen Mengen und zu Inlandpreisen für den Bedarf Danzigs zu liefern, soweit sie in Polen selbst erzeugt werden und Polen Danzig nicht etwa den freien Einkauf im polnischen Gebiet gestattet. Dieses gilt insbesondere von Naphtha und Naphthaprodukten, Holz, Erzen, Webstoffen, Baustoffen, Leder, Düngemitteln, Soda, Spiritus, Papier, Saatgut, Zuchtvieh. Ergänzungen dieser Liste sowie Feststellung des Bedarfs und der Preise erfolgen durch den gemäß Artikel X eingesetzten Ausschuß.

d) Polen verpflichtet sich, den Danziger Fischern das Fischen in den polnischen Ostseegewässern zu gestatten und, soweit die eigenen Fänge zur Versorgung Danzigs nicht ausreichen, Danzig einen noch näher zu vereinbarenden Teil der Fänge polnischer Fischer in polnischen Gewässern käuflich zu überlassen. Die Feststellung des Bedarfs und der Preise erfolgt durch den gemäß Artikel X eingesetzten Ausschuß.

e) Polen verpflichtet sich ferner, bei Lieferungen gemäß a—d innere Verbrauchsabgaben, Monopolzuschläge, Valutazuschläge und ähnliche Abgaben von Danzig nicht zu erheben.

f) Polen verpflichtet sich, für die Beförderung der gemäß a—d zu liefernden Güter die jeweils für die betreffende Güterart günstigsten Tarife zu gewähren.

Beide Vertragsstaaten verpflichten sich, gegenseitig den Gütern des anderen Vertragsstaates die freie Durchfuhr durch ihr Gebiet für den Transport nach dem Ausland zu gestatten, auch wenn sie während der Durchfuhr abgeladen, eingelagert und wieder aufgeladen werden, jedoch unter Beachtung der polizeilichen Bestimmungen über Behandlung der Güter.

Die Boden-, Gewerbe- und sonstigen Erzeugnisse jedes der beiden Vertragsstaaten sollen, soweit sie in das Gebiet des anderen Vertragsstaates eingeführt werden, dort der nämlichen Behandlung wie die Erzeugnisse des Inlandes unterliegen, gleichviel, ob sie zum Verbrauch oder zur Lagerung oder Ausfuhr oder Durchfuhr bestimmt sind. In keinem Falle und aus keinem Grunde sollen sie höheren oder anderen Gebühren, Steuern oder Abgaben unterworfen sein oder mit Zuschlägen belegt werden, von denen nicht auch die gleichartigen Erzeugnisse des Inlandes betroffen werden.

Ein- und Ausfuhrabgaben werden in gegenseitigem Verkehr der beiden Vertragsstaaten nicht erhoben, ebenso nicht Durchgangsabgaben für Güter, welche aus dem einen Vertragsstaat

durch das Gebiet des anderen Vertragsstaates hindurch unter Zollverschluß oder im direkten Verkehr ins Ausland befördert werden.

Als Freizone im Sinne des Artikels 104 Ziffer 1 dienen das Gelände und die Anlagen des in Danzig zur Zeit bestehenden Freibezirks; soweit dies für die Bedürfnisse des künftigen Handels nicht ausreichen sollte, ist eine Erweiterung vorzunehmen oder eine neue Freizone zu schaffen. Die Freizone kann auch den Veredelungsverkehr, den industriellen, gewerblichen und den Handelsverkehr umfassen.

Welche Maßnahmen gemäß Absatz 1 zu treffen sind, entscheidet der gemäß Artikel X eingesetzte Ausschuß.

Artikel III.

Hafen.

§ 1.

Das Gebiet des Danziger Hafens erstreckt sich von der Schleuse bei Einlage bis zur Danziger Reede. Eine Erweiterung des Danziger Hafengebiets bei späterer Notwendigkeit bleibt vorbehalten.

§ 2.

Danzig darf als internationaler Welthafen keinerlei einseitige Begünstigungen einer Nation vor einer andern vornehmen und hat daher die Sicherheit zu gewähren, daß Polen bezüglich der Benutzung und des Dienstes der Wasserstraßen, Hafenbecken, Binnenhäfen, Kais und sonstiger im Hafengebiet belegener, für die Ein- und Ausfuhr von und nach Polen notwendiger Anlagen nicht irgendwie hinter irgendwelchem anderen Staat zurückgesetzt wird.

§ 3.

Der Danziger Hafen muß sich stets bezüglich der Beschaffenheit, der Art und des Umfanges seiner Anlagen in einem zur Erfüllung seiner nach § 2 gesetzten Aufgaben ausreichenden Zustand befinden.

§ 4.

Die Kontrolle und Verwaltung des Danziger Hafens liegt dem gemäß Artikel X gebildeten Ausschusse ob. Dieser Ausschuß hat insbesondere auch über die gemäß § 3 vorzunehmenden Maßnahmen zu beschließen. Die Verwaltung des Danziger Hafens erfolgt zu Nutzen und zu Lasten von Danzig.

§ 5.

Danzig ist verpflichtet, die vom Ausschuß gemäß §§ 3 und 4 beschlossenen Maßnahmen zur Ausführung zu bringen; es steht aber Danzig das Recht zu, Polen die Ausführung der Maßnahmen zu überlassen, und, falls Danzig von diesem Recht Gebrauch macht, hat es Sicherheit dafür zu schaffen, daß es Polen ermöglicht wird, das zur Ausführung dieser Maßnahmen notwendige Grundstücks- und sonstige Eigentum zu angemessenen Bedingungen zu mieten oder zu kaufen.

Alle Teile der Hafenanlagen, gleichviel, ob sie von Danzig oder Polen erbaut werden, bilden untrennbare Teile des einheitlichen Danziger Hafens und dienen gleichmäßig dem internationalen Verkehr gemäß § 2 unter Kontrolle und Verwaltung des im § 4 genannten Ausschusses.

Artikel IV.

Eisenbahnen.

§ 1.

Die Eisenbahnen im Danziger Gebiet bilden mit dem Hafen einen untrennbaren einheitlichen Organismus. Die Kontrolle und Verwaltung der Eisenbahnen liegt dem gemäß Artikel X gebildeten Ausschuß ob. Die Verwaltung der Danziger Eisenbahnen erfolgt zu Nutzen und Lasten Danzigs.

§ 2.

Die Eisenbahnen müssen sich nach Art und Umfang ihrer beweglichen und unbeweglichen Anlagen und ihrer Betriebsmittel jederzeit in einem solchen Zustand befinden, wie es im Interesse des Danziger Hafens und im Interesse der Verkehrsbeziehungen Danzigs zu Polen und zu den übrigen Ländern erforderlich ist. Die Entscheidungen über die erforderlichen Maßnahmen hat der nach Artikel X gebildete Ausschuß zu treffen.

§ 3.

Danzig ist verpflichtet, die vom Ausschuß gemäß § 2 beschlossenen Maßnahmen zur Ausführung zu bringen; es steht aber Danzig das Recht zu, Polen die Ausführung der Maßnahmen zu überlassen, und, falls Danzig von diesem Recht Gebrauch macht, hat es Sicherheit zu schaffen, daß es Polen ermöglicht wird, das zur Ausführung dieser Maßnahmen notwendige Grundstücks- und sonstige Eigentum zu angemessenen Bedingungen zu mieten oder zu kaufen.

Alle Teile der Eisenbahnanlagen, gleichviel, ob sie von Danzig oder Polen erbaut werden, bilden untrennbare Teile des einheitlichen Danziger Eisenbahnnetzes unter Kontrolle und Verwaltung des gemäß Artikel X eingesetzten Ausschusses.

§ 4.

Danzig ist verpflichtet, in seiner Eisenbahnhauptwerkstätte zu Danzig Arbeiten für die Eisenbahnen Polens auszuführen. Über die näheren Bedingungen, unter denen diese Ausführung zu erfolgen hat, sind besondere Vereinbarungen zu treffen.

§ 5.

Unbeschadet der Tarifhoheit beider Vertragsstaaten werden weder Danzig noch Polen im Verkehr miteinander wie im Verkehr mit anderen Staaten sich der Schaffung durchgerechneter direkter Tarife widersetzen. Die Frachtanteile aus den durchgehenden Tarifen werden nach Vorabzug der Abfertigungsgebühren auf kilometrischer Grundlage verteilt. Im Verkehr von und nach den Danziger Hafenstationen sollen bei der Anteilausscheidung die Entfernungen für die Anfangsbahn, soweit diese an der Beförderung mit weniger als 100 km beteiligt ist, um 30 km auf höchstens 100 km erhöht werden. Das Gleiche gilt für die Endbahn. Im übrigen ist bei der Gestaltung der Eisenbahntarife beider Vertragsstaaten neben dem Moment der Ertragsfähigkeit maßgebend das Interesse des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft und das Interesse, den Transitverkehr den polnischen und den Danziger Bahnen dadurch zuzuwenden, daß die polnischen Tarife für den Transitverkehr von der Ukraine, Rußland, Rumänien und den Gebieten des Schwarzen Meeres nach Danzig stets ein solches Maß innehalten, daß die Wettbewerbsfähigkeit Danzigs gegenüber anderen Häfen der Ostsee und gegenüber den Häfen des Schwarzen Meeres nicht leidet.

§ 6.

Über alle zur Wahrung der Verkehrs- und Wirtschaftsbeziehungen Danzigs zu Polen, zum Deutschen Reich und zu anderen Ländern notwendig werdenden Maßnahmen im Betrieb der Danziger und der polnischen Eisenbahnen sind besondere Vereinbarungen zu treffen, insbesondere über einen Vertrag betreffend gegenseitige Wagenbenutzung, Übergang der Lokomotiven, Personen-, Gepäck- und Güterwagen, Betriebsverträge für nicht selbständig betriebsfähige Streckenteile jenseits der Grenze des einen oder des anderen Vertragsstaates, Regelung des durchgehenden Personen und Güterverkehrs zwischen Danzig und Polen sowie zwischen Danzig und dem Deutschen Reich oder anderen Ländern, wobei durchgehende Abfertigung und Durchlauf der Züge als Grundsatz gelten soll.

Bis zu dem Zeitpunkt, in dem die in Absatz 1 genannten Vereinbarungen demnächst in Kraft treten, wird die Geltungsdauer des zwischen Danzig und Polen geschlossenen Vertrages vom 22. April 1920 Artikel 9—21 nebst den Zusatzbestimmungen verlängert.

§ 7.

Die §§ 1—6 beziehen sich nicht auf diejenigen Bahnen, welche in erster Linie den Bedürfnissen Danzigs dienen. Diese Bahnen verbleiben grundsätzlich Danzig. Zu diesen Bahnen gehören zur Zeit außer den Straßenbahnen alle im Besitz der Kleinbahngesellschaft befindlichen Eisenbahnen, ferner die Nebenbahn Tiegenhof—Simonsdorf und alle bereits vorhandenen oder im Bau begriffenen Anlagen des Danziger Vorortverkehrs einschl. des diesem Vorortverkehr dienenden Betriebsmittelparks.

§ 8.

Gleichfalls ausgeschlossen von der Regelung der §§ 1—6 sind die nicht zum öffentlichen Bahnnetz gehörigen, d. h. nicht dem uneingeschränkten öffentlichen Gebrauch gewidmeten „Privatanschlußbahnen", welche von Interessenten im Anschluß an ein öffentliches Bahnnetz als Privatanschlußstrecken gebaut sind.

Artikel V.

Weichsel.

§ 1.

Unter Weichsel ist zu verstehen die Stromweichsel bis zur Mündung in Schiewenhorst.

§ 2.

Die innerhalb des Danziger Gebietes liegenden Teile der Weichsel bilden gemeinsam mit Hafen und Eisenbahn einen untrennbaren einheitlichen Organismus. Kontrolle und Verwaltung dieser Weichselteile liegen ob dem gemäß Artikel X gebildeten Ausschuß. Die Verwaltung der Danziger Weichselstrecke erfolgt zu Nutzen und Lasten Danzigs.

§ 3.

Für die Erhaltung und den Ausbau der im Gebiet beider Vertragsstaaten liegenden bisherigen preußischen Weichselstrecke bleiben bis auf weiteres die Bestimmungen des Ausbauprogramms von 1879 maßgebend.

Falls der polnische Staat einen das bisherige Maß übersteigenden Ausbau der Weichsel innerhalb Polens in Angriff

nehmen sollte, ist auch der innerhalb des Danziger Gebiets liegende Weichselteil, soweit es technisch notwendig ist, gleichlaufend so auszubauen, wie es erforderlich ist, um das von Polen angestrebte Regulierungsziel für die ganze Stromstrecke einheitlich zu erreichen.

Die Entscheidung über die erforderlichen Maßnahmen hat der gemäß Artikel X eingesetzte Ausschuß zu treffen.

§ 4.

Danzig ist verpflichtet, die vom Ausschuß gemäß § 3 beschlossenen Maßnahmen zur Ausführung zu bringen. Es steht aber Danzig das Recht zu, Polen die Ausführung der Maßnahmen zu überlassen, und, falls Danzig von diesem Recht Gebrauch macht, hat es Sicherheit dafür zu schaffen, daß es Polen ermöglicht wird, das zur Ausführung dieser Maßnahmen notwendige Grundstücks- und sonstige Eigentum zu angemessenen Bedingungen zu mieten oder zu kaufen.

Alle Teile der Weichselanlagen, gleichviel ob sie von Polen oder von Danzig erbaut werden, bilden untrennbare Teile der einheitlichen Danziger Weichselstrecke unter Kontrolle und Verwaltung des gemäß Artikel X gebildeten Ausschusses.

§ 5.

Danzig ist verpflichtet, in seiner Weichselstrombauwerft zu Danzig-Krakau Arbeiten für die Verwaltung des in Polen liegenden Weichselteiles auszuführen. Über die näheren Bedingungen, unter denen die Ausführung zu erfolgen hat, sind besondere Vereinbarungen zu treffen.

Die Verwaltung des in Danzig liegenden Weichselteiles ist verpflichtet, mit den im Danziger Gebiet vorhandenen Eisbrechern der bisherigen Weichselstrombauverwaltung einheitlich den Eisbrecherdienst auf der Stromweichsel innerhalb des Danziger und des polnischen Gebietes im Bereich der bisherigen preußischen Weichselstrombauverwaltung und im Danziger Hafen zu versehen. Über das Nähere, insbesondere auch über die Verteilung der Kosten zwischen den uferanliegenden Staaten und den Deichverbänden sind besondere Vereinbarungen baldigst zu treffen.

§ 6.

Die Schiffahrt und die Flößerei auf der Weichsel innerhalb des Gebietes beider Vertragsstaaten ist für die Schiffe und die Traften beider Vertragsstaaten frei, ohne daß sie dem Angehörigen des einen Vertragsstaates durch Schiffahrts- oder sonstige Monopole oder andere Maßnahmen des anderen Vertragsstaates geschmälert werden darf, jedoch unter der Bedingung, daß die Vor-

PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO PUBLICZNEGO U. J.

schriften der Schiffahrts-, Strom- und Gesundheitspolizeiverordnungen beobachtet werden. Bei Ausübung der Schiffahrt und der Flößerei auf der Weichsel sind die Schiffe und Traften beider Vertragsstaaten und ihre Unternehmer, sowie deren Angestellte auf dem Fuß völliger Gleichheit zu behandeln; sie genießen alle Vergünstigungen, welche den einheimischen Schiffern und Unternehmern oder denen eines anderen Landes auf dem Strom oder in den Häfen oder in den damit verbundenen Anstalten gewährt werden.

Alle Zwangsrechte, welche bisher an der Weichsel etwa bestanden haben, als Stapel-, Niederlage-, Umschlags-, Vorkaufsrechte und dergleichen werden für immer aufgehoben. Es kann daher aus solchem Grunde kein Schiffer gezwungen werden, gegen seinen Willen in irgendeinem Hafen dieses Flusses anzulegen, aus- oder umzuladen oder eine bestimmte Zeit an einem Orte zu verweilen.

Von den Schiffen und Traften, welche die Weichsel befahren, oder von ihren Ladungen soll keine Gebühr erhoben werden, welche sich lediglich auf die Tatsache der Befahrung des Flusses gründet.

Abgaben dürfen von den Schiffen erhoben werden. Sie sollen ausschließlich dazu bestimmt sein, in angemessener Weise die Kosten für die Unterhaltung der Schiffbarkeit oder der Regulierung der Weichsel zu decken oder Unkosten zu bestreiten, die für die Zwecke der Schiffahrt gemacht sind. Von der Flößerei dürfen solche Abgaben nicht erhoben werden.

Zulässig sind Gebühren für die Benutzung von Werken und Einrichtungen, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, wie Schleusen, Häfen, Kränen und anderen Beladungs- oder Entladungsanlagen, Niederlagen, Wagen sowie Treidel-, Schlepp- oder Lotsendiensten. Jedoch sind diese Gebühren gleichmäßig nach bestimmten, öffentlich bekannt gemachten Tarifen und nur für die wirkliche Benutzung der Einrichtungen oder Dienste zu erheben. Die Gebühren für die Benutzung der gedachten Einrichtungen sollen in keinem Falle höher bemessen werden, als zur Deckung der Unterhaltungs- und Betriebskosten und zur Verzinsung und angemessenen Tilgung des Anlagekapitals erforderlich ist. Diese Gebühren dürfen von der Flößerei nur insoweit erhoben werden, als es sich um ein Entgelt für örtliche Einrichtungen handelt, welche der Erleichterung der Flößerei dienen und von ihr benutzt werden.

Von den auf der Weichsel ein- oder ausgehenden Gütern dürfen keine höheren Eingangs- oder Ausgangsabgaben erhoben werden als beim Eingang oder Ausgang über die Landgrenze. Was die Verbrauchsabgaben aller Art betrifft, welche etwa für die in den Gebrauch übergehenden Gegenstände zu entrichten sind, so sollen die auf der Weichsel beförderten Güter nicht ungünstiger behandelt werden als die auf dem Landwege beförderten Güter.

Über die Unterhaltung des Fahrwassers, die Fürsorge für ausreichende Häfen mit den nötigen Einrichtungen für Ein- und Ausladen und für Niederlage der Güter, über die Befugnis zur Führung eines Schiffes auf der Weichsel, über Weichselschiffahrtsgerichte, über Schiffsatteste werden die Vertragschließenden eine Weichselstromakte vereinbaren.

§ 7.

Danzig ist berechtigt, innerhalb seines Staatsgebietes Einrichtungen zur Ausnutzung der Wasserkräfte der Weichsel behufs Gewinnung elektrischer Kraft zu treffen und zu unterhalten mit der Maßgabe, daß hierdurch die Schiffbarkeit der Weichsel und der Abgang der Eismassen nicht beeinträchtigt werden. Polen verpflichtet sich, innerhalb seines Staatsgebietes keine Maßnahmen zu treffen, welche die Herstellung oder Ausnutzung der genannten Einrichtungen hindern.

Artikel VI.

Kostenlast und Eigentumsverhältnisse betr. den Hafen, die Eisenbahn und die Weichsel.

§ 1.

Die Kosten des Danziger Hafens, der Danziger Eisenbahn und Danziger Weichselstrecke hat Danzig zu bestreiten.

Soweit Polen Hafen-, Eisenbahn- oder Weichselanlagen auf Grund der Bestimmungen des Artikels III § 5 Abs. 1 Halbsatz 2, Artikels IV § 3 Abs. 1 Halbsatz 2, Artikels V § 4 Abs. 1 Halbsatz 2 erbaut, hat Polen die Kosten dieses Ausbaues zu tragen, und es ist alsdann zu vereinbaren, ob und welcher Anteil an den Einnahmen der betreffenden Verkehrsanlagen Polen mit Rücksicht hierauf zusteht.

§ 2.

Das Eigentum an allen zeitigen und künftigen beweglichen und unbeweglichen Anlagen und Betriebsmitteln des Danziger Hafens, der Danziger Eisenbahn sowie der Danziger Weichselstrecke einschließlich aller innerhalb des Hochwasserabflußgebietes befindlichen bisherigen staatlichen Grundstücke fällt Danzig zu. Unberührt hiervon bleiben die Eigentumsrechte, welche Polen auf Grund der Artikel III § 5 Abs. 1 Halbsatz 2, Artikel IV § 3 Abs. 1 Halbsatz 2, Artikel V § 4 Abs. 1 Halbsatz 2 nach den Bestimmungen privaten Rechts erwirbt.

Artikel VII.

Post, Telegraph und Fernsprecher.

Die Verwaltung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens innerhalb Danzigs und die Regelung seines Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs mit dem Ausland sind grundsätzlich Angelegenheiten Danzigs.

Polen erhält das Recht, im Hafen eine Post- und Telegraphenanstalt zu errichten, die mit Polen durch direkten Bahnpostverkehr (Bureaux ambulants) und durch Telegraphen- und Fernsprechleitungen unmittelbar verbunden ist. Diese Anstalt dient der Vermittelung des Verkehrs zwischen Polen und dem Hafen von Danzig in denjenigen Angelegenheiten, die mit der Benutzung des Hafens zusammenhängen.

Artikel VIII.

Rechte der beiderseitigen Staatsangehörigen.

§ 1.

Danzig ist verpflichtet, keinerlei Ausnahmegesetze zum Nachteile der polnischen Staatsangehörigen und anderer Personen polnischer Abstammung oder Sprache zu erlassen. Polen verbürgt hierfür Gegenseitigkeit.

Die Minoritätsrechte der Danziger Staatsangehörigen polnischer Abstammung oder Sprache werden durch die Verfassung Danzigs gewährleistet.

§ 2.

Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates haben das Recht, ohne besondere Erlaubnis und ohne irgendwelche Behinderung das Gebiet des anderen Vertragsstaates zu bereisen oder zu durchreisen. Ausgenommen hiervon sind bewaffnete Personen und Militärpersonen in Uniform, die das Gebiet des anderen Vertragsstaates nur mit besonderer Erlaubnis betreten dürfen. Es dürfen von ihnen keine anderen oder höheren Abgaben erhoben werden als von den eigenen Staatsangehörigen.

§ 3.

Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates sollen im anderen Vertragsstaat im Handels- und Gewerbebetrieb in jeder Beziehung die nämlichen Rechte genießen und keinen höheren oder anderen Abgaben oder Gebühren oder sonstigen Belastungen irgendwelcher Art unterworfen sein, als die Angehörigen des anderen Vertragsstaates.

§ 4.

Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich durch den Besitz einer von den Behörden des Heimatlandes ausgefertigten Legitimationskarte darüber ausweisen, daß sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, zum Gewerbebetrieb berechtigt sind, sollen befugt sein, persönlich oder durch die in ihren Diensten stehenden Reisenden in dem Gebiete des anderen vertragschließenden Teiles Geschäfte jeder Art und zwar auch unter Mitführung von Mustern zu machen. Die gedachten Kaufleute, Fabrikanten und anderen Gewerbetreibenden oder Handlungsreisenden sollen wechselseitig in den beiden Ländern hinsichtlich der den Handels- oder Gewerbebetrieb treffenden Abgaben wie die eigenen Staatsangehörigen behandelt werden.

Die vertragschließenden Teile werden sich gegenseitig Mitteilung darüber machen, welche Behörden zur Erteilung von Gewerbelegitimationskarten befugt sein sollen, nach welchem Muster diese Karten ausgefertigt werden und welche Vorschriften bei der Ausübung des Handels- oder Gewerbebetriebes zu beachten sind. Die Ausstellung der Gewerbescheine hat nach Vorlegung der Gewerbelegitimationskarten unverzüglich zu erfolgen. Über die Gebühren dieser Gewerbescheine sind besondere Vereinbarungen zu treffen.

Die Angehörigen des einen der vertragschließenden Teile, welche sich in das Gebiet des anderen zum Besuche der Messen und Märkte begeben, um dort Handel zu treiben oder ihre Erzeugnisse feilzuhalten, werden wechselseitig wie die Inländer behandelt und keinen höheren Abgaben als diese unterworfen werden.

§ 5.

Die Angehörigen des einen Vertragsstaates sollen im Gebiet des anderen Vertragsstaates gleich den Angehörigen des anderen Vertragsstaates berechtigt sein, jede Art von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen zu erwerben, zu besitzen und zu verwalten, sowie darüber durch Verkauf, Tausch, Schenkung, Eheschließung, letzten Willen oder auf andere Weise zu verfügen, auch Erbschaften vermöge letzten Willens oder kraft Gesetzes zu erwerben, ohne in einem der genannten Fälle unter irgendeiner Bezeichnung anderen oder höheren Auflagen, Steuern oder Abgaben unterworfen zu sein als die Angehörigen des anderen Vertragsstaates.

§ 6.

Die Angehörigen des einen Vertragsstaates sollen den Erlös aus dem Verkauf des Eigentums und ihr Vermögen überhaupt unter Beobachtung der Landesgesetze des anderen Vertragsstaates frei ausführen können, ohne als Ausländer zur Entrichtung anderer oder

höherer Abgaben verpflichtet zu sein, als die Angehörigen des anderen Vertragsstaates unter gleichen Verhältnissen zu entrichten haben würden.

§ 7.

Die Angehörigen des einen Vertragsstaates sollen unter Beobachtung der Landesgesetze des anderen Vertragsstaates freien Zutritt zu den Gerichten haben, um als Kläger oder Beklagter aufzutreten und sollen in dieser Hinsicht alle Rechte und Befreiungen der Angehörigen des anderen Vertragsstaates genießen und wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtssache der durch die Landesgesetze des anderen Vertragsstaates zugelassenen Anwälte, Sachwalter und Vertreter jeder Art zu bedienen.

§ 8.

Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften und andere ähnliche kommerzielle, industrielle, landwirtschaftliche oder finanzielle Gesellschaften, welche in dem einen Vertragsstaat nach den dort bestehenden Gesetzen Rechtsfähigkeit erlangt haben und dort ihren Sitz haben, sollen in dem anderen Vertragsstaat als gesetzlich bestehend anerkannt werden und zum Handels-, Gewerbe- und Geschäftsbetrieb unter denselben Bedingungen zugelassen werden wie inländische, gleichartige Gesellschaften, auch das Recht haben, vor Gericht als Kläger oder Beklagte oder in sonstiger Eigenschaft Prozesse zu führen. Die Bestimmungen der §§ 4—7 finden entsprechende Anwendung.

§ 9.

Auf Versicherungs- und Auswanderungsunternehmungen finden die Bestimmungen der §§ 4—8 keine Anwendung. Vielmehr bleiben hierfür besondere Vereinbarungen vorbehalten.

§ 10.

Die vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles zwischen den beiderseitigen Staatsangehörigen, Körperschaften und Behörden abgeschlossenen Verträge über Lieferungen und Leistungen aller Art behalten unverändert ihre volle Gültigkeit und Rechtsverbindlichkeit für die vereinbarte Dauer der Verträge.

§ 11.

Die Benutzung der Chausseen, sonstigen Straßen, Kanäle, Schleusen, Fähren, Brücken und Brückenöffnungen, der Häfen, Landungsplätze, Bassins, Reeden und Buchten, der Bezeichnung und Beleuchtung des Fahrwassers, des Lotsenwesens, der Kräne und Wiegeanstalten, der Niederlagen, der Anstalten zur Rettung und Bergung von Schiffsgütern, sowie alle anderen Anlagen irgendwelcher Art, soll, insoweit die Anlagen oder Anstalten für den

öffentlichen Verkehr, den Handel im allgemeinen oder den öffentlichen Gebrauch irgendwelcher Art bestimmt sind, den Angehörigen des anderen Vertragsstaates unter gleichen Bedingungen und gegen Zahlung gleicher Gebühren wie den Angehörigen des eigenen Staates gestattet sein.

Solche Gebühren dürfen vorbehaltlich der beim Beleuchtungs- und Lotsenwesen zulässigen abweichenden Bestimmungen nur bei wirklicher Benutzung solcher Anlagen oder Anstalten erhoben werden.

§ 12.

Auf den Eisenbahnen soll sowohl hinsichtlich der Beförderungspreise, als der Zeit und Art der Abfertigung kein Unterschied zwischen den Bewohnern der Gebiete der Vertragsstaaten gemacht werden, namentlich sollen die aus dem Gebiete des einen Vertragsstaates in das Gebiet des anderen Vertragsstaates übergehenden oder das letztere durchlaufenden Sendungen weder in bezug auf die Abfertigung noch hinsichtlich der Beförderungspreise ungünstiger als die in dem betreffenden Gebiet nach einem inländischen Bestimmungsort oder nach dem Ausland abgehenden Sendungen behandelt werden, sofern sie auf derselben Bahnstrecke und in derselben Verkehrsrichtung befördert werden. Die Vorschriften des Artikels IV § 5 werden hierdurch nicht berührt.

§ 13.

Die Nationalität der Fluß- und Seeschiffe des einen Vertragsstaates soll in dem anderen Vertragsstaat nach den gesetzlichen Verordnungen des einen Vertragsstaates auf Grund der an Bord befindlichen, durch die zuständigen Behörden ausgestellten Urkunden und Patente anerkannt werden. Die von dem einen Vertragsstaat ausgestellten Urkunden und Schiffsmeßbriefe werden nach Maßgabe noch zu treffender besonderer Vereinbarungen von dem anderen Vertragsstaat anerkannt.

Die Schiffe des einen Vertragsstaates und ihre Ladungen sollen im anderen Vertragsstaat ganz wie inländische Schiffe und Ladungen behandelt werden, gleichviel von wo die Schiffe auslaufen oder wohin sie bestimmt sind und woher die Ladungen stammen oder wohin sie bestimmt sind.

Die Fischer beider Vertragsstaaten haben gleichmäßig das Recht, in den Ostseegewässern, welche der Gebietshoheit des anderen Vertragsstaates unterstehen, zu fischen und ihren Fang zu behalten; eine unterschiedliche Behandlung irgendwelcher Art darf nicht stattfinden.

§ 14.

Im Falle des Strandens oder des Schiffbruches eines Schiffes eines Vertragsstaates an den Küsten oder Ufern des anderen Ver-

tragsstaates sollen Schiff, Besatzung, Passagiere und Ladung dieselben Vergünstigungen und Befreiungen genießen, welche die Gesetzgebung jedes der Vertragsstaaten den eigenen Schiffen in gleicher Lage bewilligt.

Artikel IX.

Auswärtige Vertretung.

Danzig hat das Recht der auswärtigen Vertretung, sowie des Schutzes seiner Staatsangehörigen im Ausland. Wenn und soweit Danzig darum ersucht, wird Polen die auswärtige Vertretung nach den Wünschen Danzigs sowie den Schutz der Danziger Staatsangehörigen im Ausland übernehmen.

Artikel X.

Verwaltungsausschuß.

Es wird ein Ausschuß mit dem Sitz in Danzig eingesetzt, in welchem Danzig und Polen mit je 5 Stimmen vertreten sind, dessen Vorsitzender der jeweilige Hohe Kommissar oder ein von ihm bestellter Vertreter ist, der keinem der beiden Staaten angehört.

Außer der ihm obliegenden Kontrolle und Verwaltung bezüglich des Danziger Hafens, der Danziger Eisenbahnen und der Danziger Weichselstrecke, sowie außer den Entscheidungen, die der Ausschuß gemäß Artikel II § 6 über Ein- und Ausfuhrverbote und gemäß Artikel II § 7 über die Freizone zu treffen hat, ist der Ausschuß ferner berufen, sowohl in allen ausdrücklich im Vertrag vermerkten, wie auch in allen sonstigen erforderlichen Fällen die ergänzenden Bestimmungen, Abmachungen und Vereinbarungen zwischen Polen und Danzig festzusetzen.

Lettre de la Délégation polonaise auprès de la Conférence de la Paix à Paris avec projet d'un Traité.

Délégation Polonaise
à la Conférence de la Paix. Paris, le 20 Septembre 1920.

Le projet ci-joint ne prétend pas à la perfection. Nulle oeuvre humaine, surtout de ce genre, ne peut être parfaite.

Le projet peut donc soulever des critiques, susciter des objections, inspirer des doutes. Ce qui pourtant est hors de doute c'est la bonne foi, la bonne volonté des hommes qui,en y travaïllant, n'ont eu d'autre souci que le bien commun de ceux qui désormais sont appelés à vivre en commun.

Se basant sur le Traité de Versailles, d'où découlent tous ses droits et tous ses devoirs envers la Ville Libre de Dantzig le Gouvernement Polonais entend défendre fidèlement la lettre et l'esprit du Traité, convaincu que la moindre brèche dans le monument pourrait faire crouler l'édifice érigé au prix de tant de vies humaines et de sacrifices matériels.

Si certaines clauses du projet semblent méticuleuses, d'autres paraissent par trop sévères, il ne faudrait y voir ni animosité de race ni désir de dominer. Connaissant les faiblesses de la nature humaine, les auteurs ont cherché à établir des principes équitables et solides permettant, à l'avenir, aux Dantzigois et aux Polonais, de collaborer paisiblement à l'oeuvre de la Paix et du bien-être général, de vivre, le uns à côté des autres, sans disputes, sans querelles, sans vexations qui ne manqueraient point de se produire si les conditions fondamentales n'étaient pas clairement définies.

signé: Paderewski.

Schreiben der polnischen Delegation bei der Friedenskonferenz in Paris nebst Entwurf eines Vertrags.

Polnische Delegation
bei der Friedenskonferenz. Paris, den 20. September 1920.

Der beigefügte Entwurf erhebt nicht Anspruch darauf, vollkommen zu sein. Kein menschliches Werk, besonders dieser Art, kann vollkommen sein.

Der Entwurf kann also eine Kritik nach sich ziehen, Einwendungen hervorrufen, Zweifel veranlassen. Was jedoch außer Zweifel steht, ist die Aufrichtigkeit und der gute Wille derjenigen Personen, die bei seiner Ausarbeitung nichts anderes im Auge hatten als das gemeinsame Wohl derjenigen, die von nun an beisammen leben müssen.

Die polnische Regierung will, indem sie sich auf den Vertrag von Versailles stützt, aus dem alle ihre Rechte und alle ihre Pflichten gegenüber der Freien Stadt Danzig herrühren, getreulich den Buchstaben und den Sinn des Vertrages verteidigen, indem sie davon überzeugt ist, daß der geringste Riß in dem Bauwerk das Gebäude einstürzen lassen könnte, das um den Preis so vieler Menschenleben und materieller Opfer errichtet ist.

Wenn gewisse Bestimmungen des Entwurfs peinlich, andere als zu scharf erscheinen, so darf man darin weder Rassenhaß noch Herrschsucht sehen. Die Verfasser haben, da sie die Schwächen der menschlichen Natur kennen, sich bemüht, billige und rechtliche Grundsätze aufzustellen, die in Zukunft den Danzigern und Polen erlauben, friedlich an dem Werke des Friedens und der allgemeinen Wohlfahrt zusammenzuarbeiten und nebeneinander ohne Streitigkeiten, ohne Zank, ohne Bedrückungen zu leben, die sich sicher einstellen würden, wenn die Grundbedingungen nicht klar festgelegt sind.

gez. Paderewski.

II. projet polonais.

Projet de Convention établissant les rapports mutuels entre la Ville Libre de Dantzig et la République Polonaise.

CHAPITRE I.

Affaires extérieures.

Article 1.

La conduite des affaires extérieures de la Ville Libre de Dantzig, la représentation diplomatique et consulaire ainsi que la protection de ses ressortissants dans les pays étrangers appartiennent à la République Polonaise.

La protection des ressortissants de la Ville Libre de Dantzig sera assurée dans les mêmes conditions et la même mesure que celle des ressortissants de la République Polonaise.

Le Résident de la République Polonaise à Dantzig servira d'intermédiaire entre le Gouvernement de la République et les autorités de la Ville Libre de Dantzig.

Article 2.

Les bâtiments (navires, bateaux, remorqueurs, chalands etc.) dantzigois battront le pavillon polonais.

Article 3.

Les pièces d'identité délivrées par les autorités de la Ville Libre de Dantzig aux ressortissants dantzigois se rendant a l'étranger seront visées par le Résident de la République polonaise à Dantzig.

Article 4.

La police des étrangers sur le territoire de Dantzig sera exercée par les autorités de la Ville Libre sous le haut contrôle du Résident de la République Polonaise.

Article 5.

L'exéquatur pour tous les agents consulaires devant résider à Dantzig sera accordé par le Gouvernement Polonais.

II. Polnischer Entwurf.

Entwurf
eines Vertrages, der die Beziehungen zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen festlegt.

Kapitel I.

Auswärtige Angelegenheiten.

Artikel 1.

Die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig, die diplomatische und konsularische Vertretung, sowie der Schutz ihrer Staatsangehörigen in den fremden Ländern liegen der Republik Polen ob.

Der Schutz der Staatsangehörigen der Freien Stadt Danzig wird unter denselben Bedingungen und in demselben Maße gesichert werden wie derjenige der Staatsangehörigen der Republik Polen.

Der Resident der Republik Polen in Danzig wird als Vermittler dienen zwischen der Regierung der Republik und den Behörden der Freien Stadt Danzig.

Artikel 2.

Die Wasserfahrzeuge (Schiffe, Dampfboote, Schleppschiffe, Transportschiffe usw.) Danzigs führen die polnische Flagge.

Artikel 3.

Die von den Behörden der Freien Stadt Danzig für die Danziger Staatsangehörigen, die sich ins Ausland begeben, ausgestellten Ausweise werden von dem Residenten der Republik Polen in Danzig visiert.

Artikel 4.

Die Fremdenpolizei auf dem Danziger Gebiete wird von den Behörden der Freien Stadt unter der hohen Kontrolle des Residenten der Republik Polen ausgeübt werden.

Artikel 5.

Das Exequatur für alle Konsularagenten, die in Danzig ihren Wohnsitz haben sollen, wird von der polnischen Regierung bewilligt.

Article 6.

Les frais de la représentation diplomatique et consulaire de la Ville Libre de Dantzig et de la protection de ses ressortissants en pays étrangers seront à la charge de la République Polonaise. Tous les droits et taxes perçus par le service diplomatique et consulaire appartiendront au Gouvernement polonais.

Article 7.

Les lois et règlements, arrêtés, ordonnances et instructions concernant le service diplomatique et consulaire seront obligatoires de plein droit pour les ressortissants de la Ville Libre de Dantzig lorsqu'ils seront promulgués par les autorités compétentes de la République Polonaise.

Article 8.

Le Gouvernement polonais s'engage à appeler les autorités de la Ville Libre de Dantzig à donner préalablement leur opinion au sujet des conventions qui intéressent particulièrement la Ville Libre.

Article 9.

La Ville Libre de Dantzig ne pourra contracter des emprunts extérieurs qu'avec l'assentiment du Gouvernement Polonais.

Article 10.

Les rapports directs entre les autorités locales, administratives et judiciaires, des territoires limitrophes de la Ville Libre de Dantzig et de la Prusse Orientale seront admis dans la même mesure et dans les mêmes formes que celles qui seront déterminées dans une convention à conclure entre la Pologne et l'Allemagne pour la communication analogue entre les autorités polonaises et allemandes.

CHAPITRE II.

Droits publics.

Article 11.

Tous les ressortissants de la Ville Libre de Dantzig sont égaux devant la loi. Ils ont le droit inviolable d'exercer leur culte, de maintenir et de cultiver leur nationalité et leur langue respectives.

Toute disposition exceptionnelle, législative ou administrative, dirigée contre une partie de la population de la Ville Libre, est déclarée dèsormais nulle et sans effet. Les clauses contenues dans

Artikel 6.

Die Kosten der diplomatischen und konsularischen Vertretung der Freien Stadt Danzig und des Schutzes ihrer Staatsangehörigen in fremden Ländern fallen der polnischen Republik zur Last. Alle Abgaben und Gebühren, welche von dem diplomatischen und konsularischen Dienst erhoben werden, gehören der polnischen Regierung.

Artikel 7.

Die Gesetze und Vorschriften, Bestimmungen, Anordnungen und Instruktionen, welche den diplomatischen und konsularischen Dienst betreffen, sind für die Staatsangehörigen der Freien Stadt Danzig voll rechtsverbindlich, wenn sie von den zuständigen Behörden der Republik Polen bekanntgegeben werden.

Artikel 8.

Die polnische Regierung verpflichtet sich, die Behörden der Freien Stadt Danzig aufzufordern, mit Bezug auf Verträge, die besonders die Freie Stadt interessieren, vorher ihre Meinung abzugeben.

Artikel 9.

Die Freie Stadt Danzig darf auswärtige Anleihen nur mit Zustimmung der polnischen Regierung aufnehmen.

Artikel 10.

Die direkten Beziehungen zwischen den örtlichen verwaltungstechnischen und gerichtlichen Behörden der Grenzgebiete der Freien Stadt Danzig und Ostpreußens werden unter denselben Bedingungen und in denselben Formen zugelassen, wie sie in einem Vertrag, der zwischen Polen und Deutschland abgeschlossen werden soll, mit Bezug auf den analogen Verkehr zwischen den polnischen und deutschen Behörden festgelegt werden.

Kapitel II.

Öffentliche Rechte.

Artikel 11.

Alle Staatsangehörigen der Freien Stadt Danzig sind vor dem Gesetz gleich. Sie haben das unverletzliche Recht, ihren Gottesdienst auszuüben, ihre Nationalität und ihre Sprache beizubehalten und zu pflegen.

Jede gesetzmäßige oder verwaltungstechnische Ausnahmebestimmung, die gegen einen Teil der Bevölkerung der Freien Stadt gerichtet ist, wird von nun an als nichtig und wirkungslos erklärt.

les actes juridiques passés entre particuliers et portant la restriction de la liberté de contrats avec les personnes de langue ou d'origine polonaises, sont déclarées nulle et non avenues.

Article 12.

La langue du service intérieur des autorités des tribunaux et de tous les organes de la Ville Libre de Dantzig et de ses communes sera celle adoptée par les autorités compétentes respectives de la Ville Libre de Dantzig et de ses communes. Toutefois, dans les débats des corps représentatifs de la Ville Libre de Dantzig et de ceux de ses communes ainsi qu'en général de tous les corps délibératifs, les deux langues, polonaise et allemande, seront également admises.

Article 13.

Dans leurs rapports avec les parties toutes les autorités de la Ville Libre de Dantzig et de ses communes se serviront de la langue polonaise ou allemande, selon la langue de la partie intéressée.

Les publications officielles seront faites dans les deux langues.

Article 14.

Les ressortissants polonais, personnes physiques et morales, sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig et les ressortissants dantzigois, personnes physiques et morales, sur le territoire de la République Polonaise seront traités sur un pied de parfaite égalité. Ils auront notamment le droit d'y entrer librement, d'y fixer leur domicile, d'y acquérir les biens meubles et immeubles, d'exercer une profession, commerce, métier, y compris le service sur les bateaux marchands, d'avoir libre accès aux tribunaux et de jouir de la plus complète protection des lois.

Le libre accès à tous les emplois publics polonais est assuré aux ressortissants dantzigois au même titre et dans les mêmes conditions qu'aux ressortissants polonais.

Article 15.

Les ressortissants polonais sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig et les ressortissants dantzigois sur le territoire de la République Polonaise auront le droit d'exercer leur culte, de maintenir et de cultiver leur nationalité et leur langue. Ne pourront leur être interdites aucune organisation, aucune action collective ayant pour but de maintenir et de cultiver leur nationalité et leur langue

Die Klauseln, die in den Gerichtsakten enthalten sind, die zwischen Privatpersonen abgeschlossen wurden, und die Einschränkung der Vertragsfreiheit mit den Personen polnischer Sprache oder polnischen Ursprunges betreffen, werden für null und nichtig erklärt.

Artikel 12.

Die Sprache im inneren Dienst der Behörden, der Gerichte und aller Organe der Freien Stadt Danzig und ihrer Gemeinden soll diejenige sein, welche von den zuständigen Behörden der Freien Stadt Danzig bzw. ihrer Gemeinden angenommen wird. Gleichwohl werden bei den Verhandlungen der repräsentativen Körperschaften der Freien Stadt Danzig und derjenigen ihrer Gemeinden, sowie im allgemeinen aller beratenden Körperschaften die polnische und deutsche Sprache in gleicher Weise zugelassen.

Artikel 13.

In ihren Beziehungen zu den Parteien werden sich die Behörden der Freien Stadt Danzig und ihrer Gemeinden der polnischen oder deutschen Sprache, je nach der Sprache der beteiligten Partei, bedienen.

Die amtlichen Veröffentlichungen werden in beiden Sprachen erfolgen.

Artikel 14.

Die polnischen Staatsangehörigen, natürliche und juristische Personen, auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig und die Danziger Staatsangehörigen, natürliche und juristische Personen, auf dem Gebiete der Republik Polen werden auf vollständig gleichmäßiger Grundlage behandelt. Sie werden namentlich das Recht haben, dort frei einzureisen, ihren Wohnsitz aufzuschlagen, bewegliche und unbewegliche Habe zu erwerben, einen Beruf, Handel und Gewerbe auszuüben, einschließlich des Dienstes auf den Handelsschiffen, freien Zutritt zu den Gerichten zu haben und den vollkommensten Schutz der Gesetze zu genießen.

Der freie Zutritt zu allen öffentlichen polnischen Ämtern wird den Danziger Staatsangehörigen mit demselben Anspruchsrecht und unter denselben Bedingungen gesichert wie den polnischen Staatsangehörigen.

Artikel 15.

Die polnischen Staatsangehörigen auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig und die Danziger Staatsangehörigen auf dem Gebiete der Republik Polen haben das Recht, ihren Gottesdienst auszuüben und ihre Nationalität und Sprache aufrechtzuerhalten und zu pflegen. Es darf ihnen keine Organisation, keine gemeinsame Handlung untersagt werden, die zum Ziele hat, ihre Nationalität und

respectives, pourvu que cette organisation et cette action collective ne portent pas atteinte aux lois en vigueur et à l'ordre public.

Article 16.

Dans leurs rapports avec les parties les autorités de la République Polonaise sur le territoire de la Ville Libre se serviront de la langue polonaise ou allemande selon la langue de la partie intéressée.

Cette disposition obligera également les agents diplomatiques et consulaires polonais dans leurs rapports avec les ressortissants dantzigois.

Article 17.

Dans leurs rapports mutuels les autorités de la République Polonaise et de la Ville Libre de Dantzig auront le droit d'employer la langue polonaise ou allemande.

Article 18.

La nationalité polonaise ne pourra être refusée aux ressortissants dantzigois domiciliés depuis un an en Pologne, ainsi que la nationalité dantzigoise aux ressortissants polonais domiciliés depuis un an sur le territoire de la Ville Libre.

Toutefois, ces derniers ne pourront obtenir la naturalisation dantzigoise qu'à condition d'avoir accompli leur devoir militaire; des certificats respectifs leur seront délivrés par le Résident de la République Polonaise à Dantzig.

Article 19.

La naturalisation sera conférée aux ressortissants étrangers par les autorités de la Ville Libre après accord préalable du Gouvernement polonais voire du Résident de la République à Dantzig.

Article 20.

L'autorisation pour les Sociétés étrangères de faire leurs opérations sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig sera accordée par les autorités de la Ville Libre avec l'assentiment du Gouvernement Polonais voire du Résident de la République Polonaise à Dantzig.

Article 21.

Vu que le mouvement d'émigration et de réémigration par le port de Dantzig porte le caractère presqu'exclusivement polonais, le contrôle des entreprises de transport en transit aller et retour des émigrés à travers le territoire de la Ville Libre de Dantzig appartien-

ihre Sprache aufrechtzuerhalten und zu pflegen, vorausgesetzt, daß diese Organisation und gemeinschaftliche Handlung den bestehenden Gesetzen und der öffentlichen Ordnung keinen Abbruch tun.

Artikel 16.

In ihrem Verkehr mit den Beteiligten werden sich die Behörden der Republik Polen auf dem Gebiet der Freien Stadt der polnischen oder deutschen Sprache, je nach der Sprache des im Einzelfall Beteiligten, bedienen. Dies gilt gleichermaßen für die polnischen diplomatischen und konsularischen Agenten in ihrem Verkehr mit den Danziger Staatsangehörigen.

Artikel 17.

Im wechselseitigen Verkehr sind die Behörden der Republik Polen und der Freien Stadt Danzig berechtigt, die polnische oder deutsche Sprache anzuwenden.

Artikel 18.

Die polnische Staatsangehörigkeit darf den Danziger Staatsangehörigen, die seit einem Jahre in Polen in Wohnsitz haben, nicht verweigert werden, ebenso nicht die Danziger Staatsangehörigkeit den polnischen Staatsangehörigen, die seit einem Jahre auf dem Gebiete der Freien Stadt ihren Wohnsitz haben. Gleichwohl können letztere in Danzig nur unter der Bedingung eingebürgert werden, daß sie ihrr Militärpflicht genügt haben. Diesbezügliche Bescheinigungen werden ihnen von dem Residenten der Republik Polen in Danzig ausgestellt werden.

Artikel 19.

Die Einbürgerung wird den fremden Staatsangehörigen von den Behörden der Freien Stadt nach vorhergehendem Einvernehmen mit der polnischen Regierung, d. h. dem Residenten der Republik in Danzig, bewilligt werden.

Artikel 20.

Die Ermächtigung fremder Gesellschaften, auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig ihre Geschäfte zu treiben, wird von den Behörden der Freien Stadt mit Zustimmung der polnischen Regierung, d. h. des Residenten der Republik Polen in Danzig, bewilligt werden.

Artikel 21.

Da die Auswanderung und Rückwanderung über den Hafen von Danzig fast ausschließlich polnischen Charakter trägt, kommt Polen die Überwachung der Unternehmungen für den Durchgangstransport der Auswanderer auf dem Hin- und Rückwege durch das

dra à la Pologne. Aucune compagnie de navigation ni autre organisation, société ou personne privée, ne pourra organiser le trafic des émigrés sans autorisation du Gouvernement Polonais.

CHAPITRE III.

Enseignement public.

Article 22.

Le Gouvernement de la République Polonaise aura le droit de fonder à ses frais, sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig des établissements de l'instruction publique où l'enseignement sera donné en polonais. Il pourra de même fonder et entretenir des oeuvres d'assistance publiques et de prévoyance sociale.

Article 23.

Les ressortissants polonais, personnes physiques et morales, auront également le droit de créer, sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig, d'y diriger et contrôler, à leurs frais, des institutions charitables, religieuses et sociales, des écoles et autres établissements d'éducation avec le droit d'y faire librement usage de la langue polonaise. Ces établissements seront soumis aux lois et règlements et au contrôle des autorités de la Ville Libre.

Article 24.

A l'institut polytechnique et à l'école de navigation de Dantzig les langues polonaises et allemandes seront admises comme langues d'enseignement.

Un accord ultérieur qui devra être conclu dans un délai d'un an à partir de la signature de la présente convention réglera les détails de l'application de cette disposition.

Article 25.

Le Gouvernement polonais et les autorités de la Ville Libre de Dantzig sont d'accord pour qu'une école publique primaire soit fondée pour les minorités polonaises et allemandes partout où il se trouvera au moins 40 enfants des ressortissants dantzigois dont les parents auront exprimé le désir de leur assurer l'enseignement en leur langue maternelle. Si le nombre des enfants de cette minorité n'atteint pas le chiffre de 40, tout en restant supérieur à 12, l'enseignement de la religion et de leur langue maternelle sera donné par un instituteur de leur nationalité.

Le nombre requis pour la fondation d'une école pour la minorité peut être atteint par l'inscription des enfants habitant les communes

Gebiet der Freien Stadt Danzig zu. Keine Schiffahrtsgesellschaft und keine andere Organisation, Gesellschaft oder Privatperson darf den Auswandererverkehr ohne Ermächtigung der polnischen Regierung organisieren.

Kapitel III.

Öffentlicher Unterricht.

Artikel 22.

Die Regierung der Republik Polen hat das Recht, auf ihre Kosten auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig Anstalten für den öffentlichen Unterricht zu gründen, in denen der Unterricht in polnischer Sprache gegeben wird. Sie darf ebenso Werke öffentlicher Wohlfahrt und sozialer Fürsorge begründen und unterhalten.

Artikel 23.

Die polnischen Staatsangehörigen, physische wie juristische Personen, haben gleichermaßen das Recht, auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig mildtätige, religiöse und soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten auf ihre Kosten zu schaffen, sie zu leiten und zu überwachen, mit dem Rechte des freien Gebrauchs der polnischen Sprache. Diese Einrichtungen werden den Gesetzen, Bestimmungen und der Überwachung der Behörden der Freien Stadt unterworfen.

Artikel 24.

In der Technischen Hochschule und der Danziger Navigationsschule werden die polnische und deutsche Sprache als Unterrichtssprachen zugelassen. Eine spätere Vereinbarung, die in einer Frist von einem Jahre, von der Unterzeichnung dieses Vertrages ab gerechnet, abgeschlossen werden soll, wird die Einzelheiten der Anwendung dieser Bestimmung regeln.

Artikel 25.

Die polnische Regierung und die Behörden der Freien Stadt Danzig sind sich einig darüber, daß eine öffentliche Volksschule für die polnischen bzw. deutschen Minderheiten überall begründet wird, wo sich wenigstens 40 Kinder von Danziger Staatsangehörigen vorfinden, deren Eltern den Wunsch ausgedrückt haben, ihnen den Unterricht in ihrer Muttersprache zu sichern. Wenn die Anzahl der Kinder dieser Minderheit nicht die Zahl 40 erreicht und doch über 12 bleibt, wird der Religionsunterricht und der Unterricht in der Muttersprache von einem Lehrer ihrer Nationalität gegeben. Die erforderliche Anzahl für die Gründung einer Minderheitsschule kann durch das Einschreiben der Kinder, welche verschiedene Verwal-

administratives ou scolaires différentes, si les conditions locales leurs permettent de suivre les cours d'une façon régulière. Les écoles pour les minorités seront fondées et entretenues dans les mêmes conditions que les écoles pour la majorité.

L'existence dans une commune d'une école ne peut être invoquée comme motif du refus de fonder une école pour la minorité nationale.

Article 26.

La Ville Libre de Dantzig procédera à la création d'une école publique secondaire avec la langue polonaise comme langue d'enseignement au moment où le nombre des candidats, ressortissants dantzigois, pour les trois premières classes atteindra le chiffre de 90.

Dans les écoles techniques professionelles et complémentaires des cours en langue polonaise seront organisés dès que le nombre des élèves polonais atteindra un chiffre qui permettra le dédoublement.

Article 27.

Le personnel de l'administration et de l'enseignement des écoles primaires et secondaires polonaises fondées conformément aux articles 25 et 26 sera choisi par les autorités de la Ville Libre de Dantzig parmi les personnes d'origine et de langue polonaises.

Article 28.

Aucune distinction ne sera faite entre les ressortissants polonais et les ressortissants dantzigois en ce qui concerne leur admission comme professeurs et élèves à tout établissement d'instruction publique de la Pologne et de la Ville Libre de Dantzig.

Un accord spécial déterminera les conditions dans lesquelles les certificats d'études et les diplômes délivrés par les écoles dantzigoises seront reconnus en Pologne et réciproquement.

CHAPITRE IV.

Législation et procédure.

Article 29.

La République polonaise et la Ville Libre de Dantzig sont d'accord pour reconnaître les avantages de l'unifikation du droit civil, commercial et pénal en Pologne et dans la Ville Libre de Dantzig. A cet effet elles s'engagent à conclure des arrangements ayant pour but l'application de ladite législation sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig.

tungs- oder Schulgemeinden bewohnen, erreicht werden, wenn die Ortsverhältnisse es ihnen erlauben, den Unterricht regelmäßig zu besuchen. Die Schulen für die Minderheiten werden unter denselben Bedingungen wie die Schulen für die Mehrheit gegründet und unterhalten.

Das Bestehen einer Schule in einer Gemeinde darf nicht als Weigerungsgrund angeführt werden, eine Schule für die nationale Minderheit zu gründen.

Artikel 26.

Die Freie Stadt Danzig wird zur Schaffung einer öffentlichen Mittelschule mit der polnischen Sprache als Unterrichtsprache in dem Augenblick schreiten, wo die Zahl der aufnahmesuchenden Danziger Staatsangehörigen für die drei ersten Klassen 90 erreicht hat.

In den technischen, Berufs- und Fortbildungsschulen werden Kurse in polnischer Sprache eingerichtet, sobald die Zahl der polnischen Schüler eine Höhe erreicht, welche die Teilung zuläßt.

Artikel 27.

Das Verwaltungs- und Unterrichtspersonal der polnischen Volks- und Mittelschulen, die gemäß Art. 25 und 26 gegründet sind, wird von den Behörden der Freien Stadt Danzig unter den Personen polnischer Herkunft und polnischer Sprache gewählt.

Artikel 28.

Zwischen den polnischen und Danziger Staatsangehörigen darf, soweit ihre Zulassung als Lehrer und Schüler einer öffentlichen Unterrichtsanstalt Polens und der Freien Stadt Danzig in Frage kommt, kein Unterschied gemacht werden.

Eine besondere Abmachung wird die Bedingungen bestimmen, unter welchen die Zeugnisse und die Diplome, die von den Danziger Schulen ausgefertigt werden, in Polen anerkannt werden und umgekehrt.

Kapitel IV.

Gesetzgebung und Gerichtsverfahren.

Artikel 29.

Die polnische Republik und die Freie Stadt Danzig stimmen darin überein, die Vorteile einer einheitlichen Regelung des Zivilrechts, Handelsrechts und Strafrechts in Polen und der Freien Stadt Danzig anzuerkennen. Zu diesem Zweck verpflichten sie sich, Vereinbarungen zu treffen, die die Anwendung der erwähnten Gesetze auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig zum Ziel haben.

Article 30.

Les dispositions édictés en vue de l'état de guerre et encore en vigueur sur le territoire de la Ville Libre seront abrogées sur la demande du Gouvernement polonais.

Article 31.

Un arrangement spécial sera conclu dans le plus bref délai entre la République Polonaise et la Ville Libre de Dantzig qui réglera l'exécution en Pologne des verdicts et des jugements rendus par les tribunaux dantzigois et réciproquement, les modalités de la poursuite, par les autorités polonaises, des criminels réfugiés sur le territoire de laVille Libre et réciproquement ainsi que leur extradition et les autres questions d'assistance et de procédure judiciaires.

Article 32.

Jusqu'à la conclusion de l'arrangement prévu dans l'art. 31, des crimes et délits commis sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig et dirigés contre la sûreté de l'Etat polonais seront assimilés, quant à leur poursuite, juridiction et répression, aux crimes et délits contre la sûreté de la Ville Libre. Le Gouvernement Polonais aura le droit d'intervenir, par des fonctionnaires délégués à cet effet, dans l'instruction de ces affaires et dans la procédure devant les tribunaux.

CHAPITRE V.

Clauses militaires, navales et aériennes.

Article 33.

Vu que la défense du libre accès de la Pologne à la mer se confond avec la défense du territoire de la Ville Libre, la Pologne aura le droit et le devoir d'exercer le contrôle militaire sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig et d'y prendre toutes les mesures d'ordre militaire, naval et aérien nécessaires à cet effet.

Article 34.

Aucuns travaux de caractère militaire ne pourront être exécutés sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig sans l'autorisation préalable du Gouvernement Polonais. Cette règle s'applique également à la fabrication des armes et des munitions ainsi que du matériel de guerre, avions dirigeables et autres appareils militaires sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig.

Artikel 30.

Die mit Rücksicht auf den Kriegszustand getroffenen und noch bestehenden Verordnungen im Gebiete der Freien Stadt werden auf Antrag der polnischen Regierung beseitigt.

Artikel 31.

Eine besondere Vereinbarung wird in kürzester Frist zwischen der Republik Polen und der Freien Stadt Danzig abgeschlossen, welche die Ausführung der von den Danziger Gerichten gefällten Straf- und Zivilurteile in Polen und umgekehrt regelt, welche die Art und Weise der Verfolgung flüchtiger Verbrecher durch die polnischen Behörden auf dem Gebiete der Freien Stadt und umgekehrt, sowie ihre Auslieferung und die anderen Fragen der Rechtshilfe und des Gerichtsverfahrens regelt.

Artikel 32.

Bis zum Abschluß der im Art. 31 vorgesehenen Vereinbarung werden Verbrechen und Vergehen, die auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig begangen und gegen die Sicherheit des polnischen Staates gerichtet sind, hinsichtlich ihrer Verfolgung, Rechtsprechung und Unterdrückung den Verbrechen und Vergehen gegen die Sicherheit der Freien Stadt gleichgestellt. Die polnische Regierung hat das Recht, sich in dieser Hinsicht durch Bevollmächtigte in die Untersuchung dieser Angelegenheiten und in das Verfahren vor den Gerichten einzumischen.

Kapitel V.

Militär-, Marine- und Luftschiffahrts-Bestimmungen.

Artikel 33.

Da die Verteidigung des freien Zutritts Polens zum Meere mit der Verteidigung des Gebiets der Freien Stadt Danzig zusammenfällt, hat Polen das Recht und die Pflicht, die militärische Überwachung auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig auszuüben und dort alle Maßnahmen betr. Militär-, Marine- und Luftschiffahrtsfragen, soweit sie in dieser Hinsicht nötig sind, zu treffen.

Artikel 34.

Keine Arbeiten militärischen Charakters dürfen auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig ohne die vorherige Ermächtigung der polnischen Regierung ausgeführt werden. Diese Vorschrift wird auch auf die Herstellung von Waffen und Munition, sowie von Kriegsmaterial, Luftfahrzeugen, lenkbaren Luftschiffen und anderen militärischen Vorrichtungen auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig angewandt.

Article 35.

La Ville Libre de Dantzig aura le droit d'entretenir un corps de police communale composé exclusivement des ressortissants dantzigois et organisé d'après le type normal de police municipale dont le nombre, y compris les officiers, sous-officiers, employés et dépots, me pourra dépasser 1 % de la population totale de la Ville Libre.

Tout ce personnel devra s'engager à faire au minimum 12 ans de service. Dans le corps de police ne seront pas admis les anciens officiers et sous-officiers d'une armée quelconque.

Cette disposition n'affecte en rien le droit de la Pologne d'entretenir le personnel de police nécessaire pour assurer l'ordre dans le fonctionnement des services assignés à la Pologne par l'art. 104 du Traité de Versailles et par les clauses de la présente convention.

Article 36.

La Pologne aura le droit de se servir du port de Dantzig et de ses installations pour le stationnement, la réparation et le ravitaillement de ses navires et bâtiments de guerre.

Article 37.

La Pologne s'engage à exercer le contrôle et la police sur les eaux territoriales de la Ville Libre de Dantzig dans la même mesure que sur ses propres eaux territoriales.

Article 38.

Le Gouvernement polonais assurera le service de pilotage du port de Dantzig, des eaux territoriales de la Mer Baltique ainsi que de la Vistule en dedans des limites de la Ville Libre de Dantzig. La Pologne assurera également le service hydrographique et météorologique du port de Dantzig.

Article 39.

L'établissement des câbles télégraphiques, sous-marins et souterrains, sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig sera subordonné à l'autorisation préalable du Gouvernement polonais et à son contrôle.

Article 40.

La Pologne aura, sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig, le droit d'entretenir les stations de navigation aérienne et de contrôler les communications aériennes au dessus du territoire de la Ville Libre de Dantzig et de ses eaux territoriales conformément à la Convention aérienne du 13 Octobre 1919.

Artikel 35.

Die Freie Stadt Danzig hat das Recht, eine Ortspolizeitruppe, die sich ausschließlich aus Danziger Staatsangehörigen zusammensetzt und nach dem Normaltyp der Stadtpolizei organisiert ist, zu unterhalten; ihre Zahl, einschließlich der Offiziere, Unteroffiziere, Angestellten und des Ersatzes darf 1 % der Gesamtbevölkerung der Freien Stadt nicht übersteigen.

All dies Personal muß sich verpflichten, wenigstens 12 Jahre Dienst zu tun. Zur Polizeitruppe werden die ehemaligen Offiziere und Unteroffiziere, gleichviel welcher Armee, nicht zugelassen.

Diese Bestimmung berührt in keiner Weise das Recht Polens, das Polizeipersonal zu unterhalten, das notwendig ist, um die Ordnung in dem Betriebe der Dienstzweige zu sichern, welche Polen auf Grund des Art. 104 des Versailler Vertrages und durch die Bestimmungen dieses Vertrages zugewiesen sind.

Artikel 36.

Polen hat das Recht, sich des Danziger Hafens und seiner Anlagen für das Anlegen, die Reparaturen und die Verproviantierung seiner Kriegsschiffe und Kriegsfahrzeuge zu bedienen.

Artikel 37.

Polen verpflichtet sich, die Aufsicht und die Polizei auf den Territorialgewässern der Freien Stadt Danzig in demselben Maße wie auf seinen eigenen Territorialgewässern auszuüben.

Artikel 38.

Die polnische Regierung wird den Lotsendienst des Danziger Hafens, der Territorialgewässer der Ostsee, sowie der Weichsel innerhalb der Grenzen der Freien Stadt Danzig sicherstellen. Polen wird auch den hydrographischen und meteorologischen Dienst des Danziger Hafens sicherstellen.

Artikel 39.

Die Anlage von See- und Landkabeln auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig wird der vorherigen Genehmigung der polnischen Regierung und ihrer Aufsicht unterworfen sein.

Artikel 40.

Polen hat auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig das Recht, Flugplätze zu unterhalten und die Luftverbindungen über dem Gebiete der Freien Stadt Danzig und ihren Territorialgewässern entsprechend dem Luftschiffahrtsabkommen vom 13. Oktober 1919 zu überwachen.

Article 41.

La Pologne aura le droit d'établir et d'entretenir des stations radio-télégraphiques et radio-téléphoniques sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig. L'établissement d'autres stations radio-télégraphiques et radio-téléphoniques et leur utilisation seront subordonnées à l'autorisation préalable du Gouvernement Polonais et à son contrôle.

CHAPITRE VI.

Chemins de fer.

Article 42.

La Pologne exercera le droit de contrôle et d'administration, de développement et d'amélioration de l'ensemble du réseau ferré dans les limites de la Ville Libre de Dantzig, sauf les tramways et autres voies ferrées qui ne dépassent pas les frontières de la Ville Libre et les voies ferrées privées qui n'étaient pas soumises à l'administration des chemins de fer de l'Etat.

Article 43.

Le réseau ferré du territoire de la Ville Libre, ayant, ensemble avec le réseau ferré des territoires avoisinants attribués à la Pologne, son centre technique à Dantzig, la direction régionale des chemins de fer sera maintenue à Dantzig.

Article 44.

Indépendamment des droits à accorder à tous les ressortissants dantzigois dans l'article 14 de la présente convention, le Gouvernement Polonais s'engage à maintenir au service tous les fonctionnaires des chemins de fer sus-mentionnés, ressortissants dantzigois, *qui auront demandé d'entrer au service polonais*, et à leur conserver tous les droits acquis dans leur service antérieur.

Article 45.

Un Conseil régional des chemins de fer sera adjoint à la direction des chemins de fer polonaise à Dantzig, avec voix consultative, composé des représentants du commerce, de l'industrie, de l'agriculture et des autres organisations dantzigoises intéressées sur un pied de parfaite égalité avec les représentants des organisations polonaises analogues.

Le Conseil sera appelé à donner son opinion sur les questions suivantes:

1. Coordination du trafic des chemins de fer avec les communications maritimes et fluviales.

Artikel 41.

Polen hat das Recht, auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig radiotelegraphische und radiotelephonische Stationen einzurichten und zu unterhalten. Die Einrichtung anderer radiotelegraphischer und radiotelephonischer Stationen und ihre Benutzung sind der vorherigen Ermächtigung der polnischen Regierung und ihrer Überwachung unterstellt.

Kapitel VI.

Eisenbahnen.

Artikel 42.

Polen übt das Recht der Überwachung, Verwaltung, Entwicklung und Verbesserung des gesamten Eisenbahnnetzes in den Grenzen der Freien Stadt Danzig aus, abgesehen von den Straßenbahnen und anderen Schienenwegen, die nicht über die Grenzen der Freien Stadt hinausgehen, und abgesehen von Privatbahnen, die nicht der Staatsbahnverwaltung unterworfen waren.

Artikel 43.

Da das Eisenbahnnetz des Gebiets der Freien Stadt sowie das Eisenbahnnetz der benachbarten Gebiete, die Polen zugeteilt sind, ihr technisches Zentrum in Danzig haben, bleibt die Bezirksdirektion der Eisenbahnen in Danzig aufrechterhalten.

Artikel 44.

Unabhängig von den Rechten, die allen Danziger Staatsangehörigen im Art. 14 des gegenwärtigen Vertrages bewilligt sind, verpflichtet sich die polnische Regierung, alle Beamten der oben genannten Eisenbahnen, die Danziger Staatsangehörige sind und darum ersuchen, in polnischen Dienst einzutreten, im Dienst zu behalten und ihnen alle in ihrem früheren Dienst erworbenen Rechte zu erhalten.

Article 45.

Ein Eisenbahnbezirksrat wird der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig beigegeben, er hat beratende Stimme und setzt sich aus Vertretern des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und anderer Danziger interessierter Organisationen unter vollständiger Gleichberechtigung mit den Vertretern entsprechender polnischer Organisationen zusammen. Der Rat wird herangezogen, um seine Ansicht über folgende Fragen zu äußern:

1. Zusammenwirken des Eisenbahnverkehrs mit den See- und Flußverbindungen,

2. Coordination du trafic des chemins de fer, administrés respectivement par la Pologne et la Ville Libre de Dantzig.
3. Améliorations techniques et administratives du service.
4. Conventions et arrangements ferroviaires à conclure avec les Etats étrangers.
5. Tarifs.

Article 46.

La coordination du trafic des chemins de fer administrés respectivement par la Pologne et la Ville Libre de Dantzig ainsi que les relations entre l'administration polonaise des chemins de fer sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig et les autorités de la Ville Libre, feront l'objet d'un arrangement spécial qui sera conclu dans un délai de 6 mois à partir de la signature de la présente convention.

CHAPITRE VII.

Postes, Télégraphes, Téléphones.

Article 47.

Le Gouvernement Polonais aura le droit d'organiser et d'administrer le trafic postal sur les lignes de communication de toutes sortes qui traversent le territoire de la Ville Libre de Dantzig pour relier, par ses propres ambulants et à l'aide de son propre personnel, la Pologne au port de Dantzig, la Pologne et le port aux pays d'outremer ainsi que les territoires de la Pologne, séparés par celui de la Ville Libre, entre eux; il pourra de même, dans la mesure des nécessités du trafic postal désigné ci-dessus, utiliser toutes les lignes secondaires desservant les lignes de communication principales susmentionnées.

Article 48.

Le Gouvernement Polonais pourra, dans le port de Dantzig et dans les stations et les haltes des lignes de communication sus-mentionnées, organiser et administrer:

1. les stations de transbordement et les magasins pour les envois postaux de toute sorte.
2. les bureaux de poste de plein rendement à l'usage de tous les services de communication, des institutions et agences polonaises situées sur le territoire de la Ville Libre, de même qu'à celui des particuliers, ressortissants polonais et dantzigois.

2. Zusammenwirken des Verkehrs der Eisenbahnen, die von Polen bzw. von der Freien Stadt Danzig verwaltet werden,
3. technische und verwaltungstechnische Verbesserungen des Dienstes,
4. eisenbahntechnische Abkommen und Vereinbarungen, die mit fremden Staaten abzuschließen sind,
5. Tarife.

Artikel 46.

Das Zusammenwirken des Verkehrs der Eisenbahnen, die von Polen bzw. der Freien Stadt Danzig verwaltet werden, sowie die Beziehungen zwischen der polnischen Eisenbahnverwaltung auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig und den Behörden der Freien Stadt werden den Gegenstand einer besonderen Abmachung bilden, welche in einer Frist von sechs Monaten, von der Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages an gerechnet, abgeschlossen wird.

Kapitel VII.

Post, Telegraph, Telephon.

Artikel 47.

Die polnische Regierung hat das Recht, den Postverkehr auf den Verbindungslinien aller Art, welche das Gebiet der Freien Stadt Danzig durchschneiden, zu organisieren und zu verwalten, um durch ihre eigene Bahnpost und mit Hilfe ihres eigenen Personals Polen mit dem Hafen von Danzig, Polen und den Hafen mit den überseeischen Ländern, sowie die Gebiete Polens, die durch das Gebiet der Freien Stadt getrennt sind, miteinander zu verbinden. Es kann ebenso, soweit notwendig, für den obengenannten Postverkehr alle Sekundärbahnen benutzen, welche die obengenannten Hauptverbindungslinien entlasten.

Artikel 48.

Die polnische Regierung kann im Danziger Hafen und auf den Stationen und Haltestellen der obenerwähnten Verbindungslinien organisieren und verwalten:

1. die Umladestationen und die Speicher für die Postsendungen aller Art,
2. die vollwertigen Postämter für den Gebrauch aller Verbindungsstellen, der polnischen Einrichtungen und Agenturen, die auf dem Gebiete der Freien Stadt gelegen sind, ebenso wie für den Gebrauch der Privatleute, die polnische und Danziger Staatsangehörige sind.

Article 49.

Le Gouvernement polonais aura le droit d'organiser et d'administrer des lignes télégraphiques et téléphoniques ainsi que des bureaux de télégraphe et téléphone pour relier la Pologne au port de Dantzig, la Pologne et le port aux pays d'outre-mer ainsi que les territoires de la Pologne séparés par celui de la Ville Libre, entre eux; il pourra également organiser et administrer le réseau télégraphique et téléphonique à l'usage des installations polonaises publiques et privées dans le port et de tous les bureaux polonais des postes, magasins, entrepôts et bureaux de transport situés sur le territoire de la Ville Libre.

Article 50.

Le Gouvernement polonais aura le droit de poser des câbles sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig.

Article 51.

Le Gouvernement Polonais aura le droit d'organiser sur le territoire de la Ville Libre des services techniques, dépôts et magasins nécessaires à l'établissement, à l'organisation, à la conservation et au fonctionnement normal des communications visées par l'article 47 et 50 de la présente convention.

Article 52.

La République Polonaise et la Ville Libre de Dantzig s'assurent mutuellement l'usage de leurs installations postales, télégraphiques et téléphoniques de toute sorte situées sur le territoire de la Ville Libre et s'engagent à créer des correspondences directes entre leurs services de communications respectifs.

Article 53.

L'organisation des postes, télégraphes et télélphones de la province de Poméranie ayant Dantzig pour centre administratif et technique, le gouvernement polonais est autorisé à maintenir à Dantzig sa direction générale des postes, télégraphes et téléphones.

Article 54.

La République Polonaise et la Ville Libre de Dantzig s'engagent à conclure dans un délai de 6 mois à partir de la signature de la présente convention un arrangement spécial ayant pour but d'établir dans leurs services de communications respectifs des tarifs postaux, télégraphiques et téléphoniques uniformes et de régler les détails de l'application de la présente convention.

Artikel 49.

Die polnische Regierung hat das Recht, Telegraphen- und Telephonlinien sowie Telegraphen- und Telephonämter zu organisieren und zu verwalten, um Polen mit dem Danziger Hafen, Polen und den Hafen mit den überseeischen Ländern, sowie die Gebiete Polens, die durch das Gebiet der Freien Stadt getrennt sind, miteinander zu verbinden; sie kann gleichfalls das Telegraphen- und Telephonnetz für den Gebrauch der polnischen öffentlichen und privaten Einrichtungen im Hafen und für den Gebrauch aller polnischen Postämter, Magazine, Niederlagen und Transportbüros, die auf dem Gebiete der Freien Stadt liegen, organisieren und verwalten.

Artikel 50.

Die polnische Regierung hat das Recht, auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig Kabel zu legen.

Artikel 51.

Die polnische Regierung hat das Recht, auf dem Gebiete der Freien Stadt technische Dienstzweige, Depots und Magazine zu organisieren, welche für die Einrichtung und Organisation, für die Erhaltung und den normalen Betrieb der Verbindungen, die in Art. 47 und 50 des gegenwärtigen Vertrages bezeichnet sind, notwendig sind.

Artikel 52.

Die Republik Polen und die Freie Stadt Danzig sichern sich gegenseitig den Gebrauch ihrer Post-, Telegraphen- und Telephoneinrichtungen jeder Art, die auf dem Gebiete der Freien Stadt gelegen sind, zu und verpflichten sich, direkten Verkehr zwischen ihren Verbindungsstellen zu schaffen.

Artikel 53.

Da die Organisation des Post-, Telegraphen- und Telephonverkehrs der Provinz Pommerellen Danzig als Mittelpunkt des Verwaltungsbetriebes und des technischen Betriebes hat, ist die polnische Regierung ermächtigt, in Danzig ihre Oberpostdirektion und ihre Hauptdirektion für Telegraph und Telephon zu haben.

Artikel 54.

Die Republik Polen und die Freie Stadt Danzig verpflichten sich, in einer Frist von sechs Monaten von der Unterzeichnung dieses Vertrages ab, eine besondere Vereinbarung abzuschließen, die zum Ziele hat, in ihren beiderseitigen Verbindungsdienstzweigen einheitliche Post-, Telegraphen- und Telephontarife einzuführen und die Einzelheiten der Anwendung dieses Vertrages zu regeln.

Article 55.

Le Gouvernement Polonais se déclare prêt à assumer à tout moment et à ses frais, sur la demande des autorités de la Ville Libre l'administration de l'ensemble des services des postes, télégraphes et téléphones sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig. Dans ce cas, les fonctionnaires dantzigois des postes, télégraphes et téléphones qui voudront entrer au service polonais seront maintenus à leur poste et conserveront tous les droits acquis dans leur service antérieur.

CHAPITRE VIII.

Port et navigation.

Article 56.

Vu que Dantzig est l'unique débouché de la Pologne sur la mer et que les exportations et les importations polonaises prédominent dans le trafic du port, la direction et le développement du port, ainsi que l'administration des eaux territoriales de la Ville Libre seront exercées par la Pologne.

Article 57.

Le système fluvial de la Vistule est administré par le Gouvernement Polonais.

Article 58.

Auprès de la direction du port sera constitué avec voix consultative un Conseil de port composé des représentants du commerce, de l'industrie et de l'agriculture et d'autres groupes d'intérêts polonais et dantzigois en parties égales qui collaborera avec la direction du port dans les questions concernant l'exploitation et le développement du port.

Article 59.

Indépendamment des droits accordés à tous les ressortissants dantzigois par l'article 14 de la présente Convention, le Gouvernement Polonais s'engage à maintenir au service tous les fonctionnaires des administrations sus-mentionnées, ressortissants dantzigois, qui auront demandé d'entrer au service polonais, et à leur conserver tous les droits acquis dans leur service antérieur.

Article 60.

Des taxes et redevances seront établies en vue de couvrir les dépenses d'administration, d'entretien et de développement du port.

Artikel 55.

Die polnische Regierung erklärt sich bereit, in jedem Augenblick und auf ihre Kosten auf den Antrag der Behörden der Freien Stadt die Verwaltung des gesamten Post-, Telegraphen- und Telephonwesens auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig zu übernehmen. In diesem Falle werden die Danziger Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten, die in polnischen Dienst eintreten wollen, auf ihrem Posten belassen, und behalten alle Rechte, die sie in ihrem früheren Dienst erworben haben.

Kapitel VIII.

Hafen und Schiffahrt.

Artikel 56.

Da Danzig der einzige Ausgang Polens nach dem Meere ist, und da die polnische Ausfuhr und Einfuhr im Hafenverkehr vorherrschen, wird die Leitung und die Entwicklung des Hafens, sowie die Verwaltung der territorialen Gewässer der Freien Stadt durch Polen ausgeübt.

Artikel 57.

Das Stromsystem der Weichsel wird von der polnischen Regierung verwaltet.

Artikel 58.

Bei der Hafenverwaltung wird ein Hafenausschuß mit beratender Stimme eingerichtet, der aus Vertretern des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft und anderer polnischer und Danziger Interessengruppen zu gleichen Teilen zusammengesetzt ist, und der mit der Leitung des Hafens in den Fragen, welche die Ausnutzung und Entwicklung des Hafens betreffen, zusammenarbeitet.

Artikel 59.

Unabhängig von den Rechten, die allen Danziger Staatsangehörigen durch Art. 14 dieses Vertrages bewilligt sind, verpflichtet sich die polnische Regierung, alle Beamten der oben erwähnten Verwaltungen, die Danziger Staatsangehörige sind und darum ersuchen, in den polnischen Dienst einzutreten, im Dienste zu belassen und ihnen alle Rechte, die in ihrem früheren Dienst erworben worden sind, zu erhalten.

Artikel 60.

Gebühren und Abgaben werden eingeführt, um die Ausgaben der Verwaltung, Unterhaltung und Entwicklung des Hafens zu decken.

Article 61.

Le droit maritime, administratif et commercial, les réglements actuels de la police du port et des eaux territoriales, ainsi que ceux de la police fluviale, resteront en vigueur autant qu'ils ne sont pas en contradiction avec les clauses de la présente convention, jusqu'à ce que des nouvelles lois, réglements ou arrêtés ne soient édictés par les autorités compétentes polonaises, après entente avec les autorités de la Ville Libre de Dantzig.

CHAPITRE IX.

Régime douanier.

Article 62.

Le territoire de la Ville Libre de Dantzig, étant placé en dedans des limites de la frontière douanière de la Pologne, sera soumis au régime douanier polonais.

Article 63.

L'exportation, l'importation, le transit ainsi que l'administration des douanses et la garde douanière des frontières seront réglées par les lois et réglements polonais.

Article 64.

L'exportation et l'importation du territoire de la Ville Libre en Pologne et réciproquement seront libres de toute prohibition, restriction et de tous droits de douane et autres taxes analogues; le trafic des marchandises entre la Pologne et la Ville Libre de Dantzig sera traité d'après les mêmes principes que le trafic intérieur polonais.

Article 65.

L'administration des douanes et la garde de toute la frontière douanière seront effectuées par les organes de la République Polonaise. Le territoire de la Ville Libre de Dantzig constituera une unité administrative douanière. Le Gouvernement Polonais s'engage à maintenir au service les fonctionnaires et employés de l'administration des douanes, ressortissants dantzigois qui auront demandé d'entrer au service polonais et de leur conserver tous les droits acquis dans leur service antérieur.

Article 66.

Les représentants des groupes d'intérêts économiques de la Ville Libre de Dantzig prendront part à l'élaboration du tarif des

Artikel 61.

Das Seerecht, Verwaltungsrecht und Handelsrecht, die gegenwärtigen Bestimmungen der Polizei für den Hafen und die Territorialgewässer, sowie diejenigen der Flußpolizei bleiben in Kraft, soweit sie nicht mit den Klauseln dieses Vertrages in Widerspruch stehen, bis neue Gesetze, Bestimmungen und Verordnungen von den zuständigen polnischen Behörden nach Einvernehmen mit den Behörden der Freien Stadt Danzig erlassen werden.

Kapitel IX.

Zollwesen.

Artikel 62.

Da das Gebiet der Freien Stadt Danzig in die Zollgrenze Polens aufgenommen ist, wird es der polnischen Zollordnung unterworfen.

Artikel 63.

Die Ein- und Ausfuhr aus dem Gebiet der Freien Stadt nach Polen und umgekehrt wird von jedem Verbot, jeder Einschränkung von allen Zollabgaben und anderen entsprechenden Gebühren frei sein. Der Warenverkehr zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig wird nach denselben Grundsätzen behandelt, wie der innere polnische Warenverkehr.

Artikel 64.

Die Ausfuhr, die Einfuhr, der Durchgangsverkehr sowie die Verwaltung der Zölle und der Grenzzollschutz werden durch die polnischen Gesetze und Bestimmungen geregelt.

Artikel 65.

Die Verwaltung der Zölle und die Überwachung der ganzen Zollgrenze werden von den Organen der polnischen Republik bewerkstelligt. Das Gebiet der Freien Stadt Danzig wird verwaltungstechnisch eine Zolleinheit darstellen. Die polnische Regierung verpflichtet sich, Beamte und Angestellte der Zollverwaltung, die Danziger Staatsangehörige sind, wenn sie darum nachsuchen, in polnischen Dienst einzutreten, im Dienste zu belassen und ihnen alle Rechte, die in ihrem früheren Dienst erworben worden sind, zu erhalten.

Artikel 66.

Die Vertreter der wirtschaftlichen Interessengruppen der Freien Stadt Danzig nehmen an der Ausarbeitung des Zolltarifs und der

douanes et des principes de réglementation du commerce extérieur, ainsi qu' à la préparation des conventions commerciales avec les pays étrangers, au même titre que les ressortissants des organisations analogues polonaises.

Article 67.

Les droits de douane seront perçus dans la même unité monétaire sur toute la ligne de la frontière douanière.

L'administration des douanes et la garde de la frontière douanière seront à la charge du trésor polonais. Le produit des droits de douane et des taxes sera encaissé par le Gouvernement polonais. La Ville Libre de Dantzig participera aux revenus des douanes dans la proportion établie par l'article 77.

Article 68.

Afin de rendre possible l'application du tarif des douanes et des dispositions réglant le commerce extérieur, la Ville Libre de Dantzig s'engage à assimiler, dans un délai le plus bref possible, sa législation des monopoles, contributions, taxes, accises et en général de tous les impôts indirects à la législation correspondante de la République Polonaise.

Article 69.

La zone franche existant dans le port de Dantzig sera provisoirement maintenue dans ses limites actuelles. Seront également maintenus tous les réglements actuellement en vigueur ainsi que toutes les lois concernant le régime de la zone franche au port de Dantzig. Le Gouvernement Polonais aura le droit d'administrer et de contrôler la zone franche et d'introduire des changements de l'étendue de la zone franche et de son régime.

CHAPITRE X.

Clauses économiques.

Article 70.

La République Polonaise et la Ville Libre de Dantzig étant d'accord pour reconnaître la nécessité de l'unification du système monétaire dans leurs territoires respectifs, s'engagent à conclure, dans un délai le plus bref possible, un arrangement portant l'introduction d'un système monétaire unique. En attendant le Gouvernement Polonais s'engage à fonder à Dantzig une succursale de la Banque Polonaise d'Emission (Caisse Polonaise des prêts) et de la Caisse Postale d'Epargne.

Grundsätze der Regelung des auswärtigen Handels, sowie an der Vorbereitung der Handelsverträge mit den fremden Ländern mit demselben Rechte teil, wie die Angehörigen der entsprechenden polnischen Organisationen.

Artikel 67.

Die Zollgebühren werden an der ganzen Zollgrenze in derselben Münzeinheit erhoben.

Die Verwaltung der Zölle und Überwachung der Zollgrenze ist Sache des polnischen Fiskus. Der Ertrag der Zollabgaben und der Gebühren wird von der polnischen Regierung eingezogen. Die Freie Stadt Danzig wird an den Zolleinnahmen in dem durch Art. 77 festgesetzten Verhältnis teilnehmen.

Artikel 68.

Um die Anwendung des Zolltarifs und der Bestimmungen, die den auswärtigen Handel regeln, möglich zu machen, verpflichtet sich die Freie Stadt Danzig, in der kürzesten Frist ihre Gesetzgebung hinsichtlich der Monopole, Abgaben, Gebühren, Verbrauchssteuern und im allgemeinen aller indirekten Steuern der entsprechenden Gesetzgebung der Republik Polen anzupassen.

Artikel 69.

Die Freizone, die im Danziger Hafen besteht, wird in den gegenwärtigen Grenzen vorläufig beibehalten. Alle gegenwärtig bestehenden Bestimmungen, sowie alle Gesetze, betreffend die Verwaltung der Freizone im Danziger Hafen, bleiben gleichfalls bestehen. Die polnische Regierung hat das Recht, die Freizone zu verwalten und zu überwachen und Veränderungen in der Ausdehnung der Freizone und ihrer Verwaltung einzuführen.

Kapitel X.

Wirtschaftliche Bestimmungen.

Artikel 70.

Die Republik Polen und die Freie Stadt Danzig sind darin einig, die Notwendigkeit der Vereinheitlichung des Münzsystems in ihren Gebieten anzuerkennen, und verpflichten sich, so schnell wie möglich ein Abkommen abzuschließen, das die Einführung eines einheitlichen Münzsystems betrifft. Inzwischen verpflichtet sich die polnische Regierung, in Danzig eine Filiale der Polnischen Emissionsbank (Polnische Darlehnskasse) und der Postsparkasse zu gründen.

Article 71.

En cas où le Gouvernement Polonais établirait un monopole d'Etat sur une catégorie quelconque des marchandises, un monopole identique sur la même catégorie des marchandises sera introduit en même temps sur le territoire de la Ville Libre.

Article 72.

Afin d'assurer à la Pologne l'exécution effective des droits prévus par l'article 104 du Traité de Versailles, la Ville Libre de Dantzig s'engage à transférer à l'Etat Polonais, contre payment, les terrains et autres propriétés nécessaires à cet effet.

En cas d'expropriation nécessaire le Gouvernement Polonais prendra part à la procédure et jouira du droit d'appel prévu dans la loi. Le Gouvernement Polonais aura en outre le droit de soumettre la question du prix à payer pour les immeubles expropriés au Tribunal d'arbitrage polono-dantzigois prévu dans l'article 80 de la présente Convention.

Article 73.

Tant que subsistera une réglementation par l'Etat de la répartition et de la consommation des denrées alimentaires, du combustible et des autres articles de première nécessité, le Gouvernement Polonais s'engage à fournir à la Ville Libre de Dantzig le charbon, les produits pétroliers, les denrées alimentaires ainsi que les matières premières au même titre et dans les mêmes conditions qu'aux villes polonaises.

CHAPITRE XI.

Clauses budgétaires et générales.

Article 74.

La Pologne s'engage à diriger et administrer les divers services dont elle assume sur les territoires de la Ville Libre de Dantzig le contrôle et l'administration, en tenant compte dans la mesure la plus large possible, des intérêts légitimes de la Ville Libre de Dantzig et de ses ressortissants.

Article 75.

Vu que Dantzig, en tant que port maritime, est par la présente convention étroitement réuni, au point de vue économique, à la Pologne et que le développement et le perfectionnement du port et des communications entre la Pologne et la Ville Libre sont également

Artikel 71.

Falls die polnische Regierung ein Staatsmonopol für irgend eine Kategorie von Waren einrichtet, wird ein gleiches Monopol für dieselbe Kategorie von Waren gleichzeitig auf dem Gebiete der Freien Stadt eingeführt.

Artikel 72.

Um Polen die wirksame Durchführung der im Art. 104 des Versailler Vertrages vorgesehenen Rechte zu sichern, verpflichtet sich die Freie Stadt Danzig, dem polnischen Staat gegen Bezahlung Gelände und anderes Eigentum zu übertragen, das zu diesem Zweck notwendig ist.

Falls eine Enteignung notwendig ist, nimmt die polnische Regierung an dem Gerichtsverfahren teil und genießt das im Gesetz vorgesehene Berufungsrecht. Die polnische Regierung hat außerdem das Recht, die Frage des Preises, der für die enteigneten Grundstücke zu zahlen ist, dem im Art. 80 dieses Vertrages vorgesehenen Danzig-polnischen Schiedsgericht zu unterbreiten.

Artikel 73.

Solange eine Regelung der Verteilung und des Verbrauchs der Lebensmittel, des Brennmaterials und anderer Artikel größter Notwendigkeit durch den Staat besteht, verpflichtet sich die polnische Regierung, der Freien Stadt Danzig Kohle, Petroleumprodukte, Lebensmittel, sowie Rohstoffe unter denselben Anspruchsrechten und unter denselben Bedingungen zu liefern wie den polnischen Städten.

Kapitel XI.

Budget-Bestimmungen und allgemeine Bestimmungen.

Artikel 74.

Polen verpflichtet sich, die verschiedenen Dienstzweige, deren Überwachung und Verwaltung es auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig übernimmt, zu leiten und zu verwalten, indem es soweit wie möglich den berechtigten Interessen der Freien Stadt Danzig und ihrer Staatsangehörigen Rechnung trägt.

Artikel 75.

Da Danzig, soweit es Seehafen ist, durch diesen Vertrag in wirtschaftlicher Hinsicht mit Polen eng verbunden ist, und da die Entwicklung und der Ausbau des Hafens und der Verbindungswege zwischen Polen und der Freien Stadt für das Gedeihen der

indispensables à la prospérité de la Ville Libre et de la Pologne, le Gouvernement Polonais s'engage à employer le revenu net des chemins de fer, postes, télégraphes et téléphones administrés par lui sur le territoire de la Ville Libre aux améliorations techniques de ces services, indépendamment des mises en fonds qu'il jugera nécessaires.

Le port de Dantzig avec ses installations, la zone franche et la Vistule seront administrés d'après les mêmes principes financiers.

Pour établir les droits, taxes et redevances dans les divers services administratifs dirigés par la Pologne, le Gouvernement Polonais consultera les organisations et groupes d'intérêts dantzigois au même titre que les organisations polonaises.

Article 76.

Si la Pologne et la Ville Libre de Dantzig venaient à s'entendre pour donner aux revenus nets d'un des services susmentionnés une autre destination que celle prévue par l'article précédent, la Ville Libre participera à ces revenus dans la proportion qui sera établie dans un accord spécial.

Dans ce but il sera tenu par le Gouvernement polonais un compte spécial des recettes et des dépenses des services administratifs sus-mentionnés; ce compte servira de base pour la répartition du revenu net entre la Pologne et la Ville Libre de Dantzig.

Article 77.

Le revenu net des droits et taxes perçus en douane sera réparti entre la Pologne et la Ville Libre en raison du double du chiffre proportionnel de la population de la Ville Libre comparée à la population totale — de la Ville Libre et de la Pologne réunies.

Pour le cas où il serait établi que la moyenne par tête de la production et de la consommation fût pour la Ville Libre supérieure au double du chiffre analogue pour la Pologne, la Pologne s'engage à augmenter le chiffre proportionnel pour lequel la Ville Libre participera à la répartition des bénéfices nets.

La proportion de la population sera établie sur la base du dernier recensement général pour toute la période jusqu'à un nouveau recensement, et en tout cas pour une période de 5 ans au moins.

Freien Stadt und Polens in gleicher Weise unerläßlich sind, verpflichtet sich die polnische Regierung, den Reinertrag der Eisenbahnen, Post, Telegraphen und Telephon, die von ihr auf dem Gebiet der Freien Stadt verwaltet werden, auf die technischen Verbesserungen dieser Dienstzweige anzuwenden, unabhängig von den Kapitalseinlagen, die es für notwendig erachtet.

Der Danziger Hafen mit seinen Anlagen, die Freizone und die Weichsel werden nach denselben finanziellen Grundsätzen verwaltet.

Um die Abgaben, Gebühren und Lasten in den verschiedenen Verwaltungsdienstzweigen, die von Polen geleitet werden, festzusetzen, zieht die polnische Regierung die Danziger Organisationen und Interessengruppen in gleicher Weise wie die polnischen Organisationen zu Rate.

Artikel 76.

Wenn Polen und die Freie Stadt Danzig sich dahin verständigen, den Reinerträgen eines der oben erwähnten Dienstzweige eine andere Bestimmung zu geben als diejenige, die im vorhergehenden Artikel vorgesehen ist, nimmt die Freie Stadt an diesen Erträgen in dem Verhältnis teil, welches in einer besonderen Vereinbarung festgelegt wird.

Zu diesem Zweck wird von der polnischen Regierung über die Einnahmen und Ausgaben der obenerwähnten Verwaltungsdienstzweige ein besonderes Konto geführt. Dieses Konto dient als Grundlage für die Verteilung des Reinertrages zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig.

Artikel 77.

Der Reinertrag der Abgaben und Gebühren, die als Zoll erhoben werden, wird zwischen Polen und der Freien Stadt auf Grund der doppelten Verhältniszahl der Bevölkerung der Freien Stadt, verglichen mit der Gesamtbevölkerung der Freien Stadt und Polens zusammengenommen, verteilt.

Falls festgestellt wird, daß der Durchschnitt der Produktion und des Verbrauchs für die Freie Stadt pro Kopf höher ist als das Doppelte der entsprechenden Ziffer für Polen, verpflichtet sich Polen, die Verhältniszahl, in welcher die Freie Stadt an der Verteilung der Reingewinne teilnimmt, zu erhöhen.

Das Verhältnis der Bevölkerung wird auf Grund der letzten allgemeinen Zählung, und zwar für den ganzen Zeitraum bis zu einer neuen Zählung, und in jedem Falle für einen Zeitraum von mindestens 5 Jahren festgesetzt.

Article 78.

La Pologne s'engage à fournir, à la demande de la Ville Libre, aux caisses d'assurance sociales dantzigoises les mêmes garanties financières qu'aux caisses polonaises, à condition de participer au contrôle administratif de ces assurances.

Article 79.

Portant un vif intérêt à la prospérité de la Ville Libre de Dantzig la Pologne s'engage à lui accorder des dotations annuelles dont le chiffre ne sera pas inférieur au 25 % du chiffre établi pour la participation de la Ville Libre au revenu net des douanes. La Ville Libre s'engage à destiner cette dotation aux institutions d'utilité publique de la commune de Dantzig et des autres communes voisines du port.

CHAPITRE XII.

Arbitrage.

Article 80.

En cas de différences qui pourraient naître au sujet de l'interprétation et de l'application de la présente convention générale, ainsi que des arrangements ou accords prévus dans cette convention, les points contestés seront soumis à l'arbitrage, si l'un ou l'autre des parties intéressées le demande.

A cette fin chacune des parties, le Gouvernement Polonais et les autorités de la Ville Libre, nommeront deux arbitres; si l'accord n'a pu se faire au sujet des points contestés, les quartre arbitres ainsi nommés éliront un surarbitre. Au cas où il serait impossible de tomber d'accord sur la personne du surarbitre, ce dernier sera nommé par le Président du Comité Exécutif de la Ligue des Nations.

Artikel 78.

Polen verpflichtet sich, auf Antrag der Freien Stadt den Danziger sozialen Versicherungskassen dieselben finanziellen Garantien zu gewähren wie den polnischen Kassen, unter der Bedingung, daß Polen an der Verwaltungskontrolle dieser Versicherungsanstalten teilnimmt.

Artikel 79.

Da Polen ein lebhaftes Interesse am Gedeihen der Freien Stadt Danzig hat, verpflichtet es sich, ihm jährliche Zuwendungen zu gewähren, deren Summe nicht geringer als 25 % der Summe ist, die als Anteil der Freien Stadt an dem Reinertrag der Zölle festgesetzt ist. Die Freie Stadt verpflichtet sich, diese Zuwendung für Einrichtungen öffentlichen Nutzens in der Gemeinde Danzig und den andern dem Hafen benachbarten Gemeinden zu bestimmen.

Kapitel XII.

Schiedsspruch.

Artikel 80.

Falls Streitigkeiten in bezug auf Auslegung und Anwendung dieses Vertrages, sowie hinsichtlich von Vereinbarungen und Abmachungen, die in diesem Vertrag vorgesehen sind, aufkommen, werden die strittigen Punkte, falls die eine oder andere der beteiligten Parteien es wünscht, einem Schiedsspruch unterworfen.

Zu diesem Zweck ernennt jede der Parteien, die polnische Regierung und die Behörden der Freien Stadt, 2 Schiedsrichter; wenn ein Einvernehmen hinsichtlich der strittigen Punkte nicht herbeigeführt werden kann, wählen die 4 ernannten Schiedsrichter einen Oberschiedsrichter. Falls eine Einigung hinsichtlich der Person dieses Oberschiedsrichters nicht möglich ist, wird er von dem Präsidenten des Vollzugsausschusses des Völkerbundes ernannt.

Note der Danziger Delegation an die Botschafterkonferenz über die Souveränität der Freien Stadt Danzig.

Vom 8. Oktober 1920.

Die Danziger Delegation beehrt sich, nachstehend der Hohen Konferenz der Botschafter der Alliierten und Assoziierten Hauptmächte Ausführungen über die staats- und völkerrechtliche Stellung Danzigs, wie sie sich nach ihrer Auffassung aus dem Friedensvertrage von Versailles ergibt, zu unterbreiten. Die Vertreter der Freien Stadt Danzig sind von der Überzeugung durchdrungen, daß eine getreue Beobachtung der im Versailler Friedensvertrage aufgestellten Grundsätze für Danzig und Polen oberste Pflicht ist, und daß nur so eine gedeihliche Entwicklung und ein friedliches Zusammenleben beider vertragschließenden Staaten für die Zukunft gewährleistet erscheint.

Die von Danzig und Polen gemäß Artikel 104 des Friedensvertrages aufgestellten Vertragsentwürfe weichen in fast sämtlichen Einzelheiten erheblich voneinander ab. Es beruht dies offensichtlich in einer verschiedenartigen Auffassung des staats- und völkerrechtlichen Grundcharakters der neu gegründeten Freien Stadt Danzig, wie er durch den Friedensvertrag von Versailles gewollt ist. Dieser staats- und völkerrechtliche Grundcharakter ist maßgebend für die nähere Gestaltung der Einzelbestimmungen und bedarf daher vorweg einer Klärung. Nur aus diesem Grunde haben wir in Artikel 1 gesagt: „Danzig ist ein souveräner Staat, der unter dem Schutze des Völkerbundes steht."

Wir haben dies getan, obwohl wir uns bewußt sind, daß nicht durch die Danzig-polnische Konvention die Souveränität des Danziger Staates und seine Unterstellung unter den Schutz des Völkerbundes erst geschaffen wird, sondern daß sie hervorgeht aus dem Friedensvertrag selbst und den ihm zugrunde liegenden Absichten der Alliierten und Assoziierten Mächte, wie sie in deren Noten an die deutschen Delegierten vom 16. Juni 1919 klar zu Tage treten. Unsere Beweisgründe sind folgende:

Die „lettre d'envoi" der Alliierten und Assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919 Abschnitt 2 sagt: „La Ville de Dantzig recevra la constitution d'une ville libre; ses habitants seront autonomes, ils ne passeront pas sous la domination de la Pologne et ne feront pas partie de l'Etat polonais. La Pologne obtiendra certains droits économiques à Dantzig, la ville même a été retranchée de l'Allemagne parce qu'il n'y avait pas d'autre moyen possible de fournir

ce „libre et sûr accès à la mer" que l'Allemagne avait promis de céder." Klar wird hier gesagt, daß Danzig von Deutschland abgetrennt worden ist, nicht um dem polnischen Staat einen Gebiets- oder Hoheitszuwachs zu gewähren, sondern allein, um ihm den freien und sicheren Zugang zur See zu verschaffen. Aus diesem Grunde werden dem polnischen Staate auch nur die für diesen Zweck erforderlichen *wirtschaftlichen* Rechte innerhalb des Gebietes der Freien Stadt Danzig in Aussicht gestellt. Diese sollen aber ihrerseits erst wieder durch eine besondere zwischen Danzig und Polen zu schließende Konvention im einzelnen vereinbart werden.

Dieser Vertrag ist nach Artikel 104 des Friedensvertrages ein solcher zwischen zwei gleichstehenden Kontrahenten, bei dem die Alliierten und Assoziierten Hauptmächte sich verpflichtet haben, über den Wortlaut zu verhandeln. Für die Absicht der Alliierten und Assoziierten Hauptmächte spricht auch deutlich die Ausführung der „lettre d'envoi", daß die Einwohner der Stadt Danzig nicht unter die Herrschaft Polens kommen sollen, und daß Danzig kein Teil des polnischen Staates sein werde.

Auch Artikel 105 des Friedensvertrages geht offensichtlich von demselben Gedanken aus, indem er von einer eigenen Nationalität der Einwohner der Freien Stadt Danzig spricht.

Der Friedensvertrag ist des ferneren von schwerwiegenden historischen und ethnographischen Erwägungen ausgegangen, wie sie in folgenden Sätzen der „Réponse des Puissances alliées et associées" niedergelegt sind: Section XI „La solution proprosée pour Dantzig a été élaborée avec le soin le plus scrupuleux et consacrera le caractère que la ville de Dantzig a eu durant des siècles, jusqu'au jour où par la force et contrairement à la volonté de ses habitants, elle a été annexée à l'Etat prussien. La population de Dantzig est et a été depuis longtemps en grande majorité allemande, c'est pour cette raison même qu'on ne propose pas de l'incorporer à la Pologne."

An Stelle weitläufiger Untersuchungen über die hier bezeichneten Verhältnisse Danzigs überreichen wir die Denkschrift eines hervorragenden Danziger Historikers*). Hier sind namentlich auf Seite 10 ff. die Rechte Danzigs in vergangenen Jahrhunderten näher dargelegt. Für die Zeit vor der Einverleibung Danzigs in Preußen können wir ferner auf die zweifellos authentische Interpretation verweisen, die dieser staatsrechtliche Zustand in jener Zeit durch Napoleon I. gefunden hat. Als nach dem Zusammenbruch Preußens im Jahre 1807 eine Neuordnung der östlichen Verhältnisse erforderlich wurde, schuf Napoleon, um die Stadt Danzig wieder in ihren alten Stand zurückzuversetzen, ein unabhängiges Staatswesen: „La

*) Des Archivrats Dr. Kaufmann: Das staats- und völkerrechtliche Verhältnis Danzigs zu Polen; Heft 5 der Schriften der Stadt Danzig.

ville de Dantzig avec un territoire de deux lieues de rayon autour de son enceinte, sera *rétablie* dans son indépendance, sous la protection de S. M. le Roi de Prusse et de S. M. le Roi de Saxe et gouvernée par les lois qui la régissaient à l'époque où elle cessa de se gouverner elle-même." Offenbar hat dieses geschichtliche Vorbild auch den Verfassern des Friedensvertrages von Versailles zur Richtschnur gedient, als sie zugleich mit dem Namen auch den Charakter der einstigen Freien Stadt Danzig wieder aufleben ließen. Die damalige Unterstellung des unabhängigen Danzig unter den Schutz zweier Könige findet im gegenwärtigen Friedenvertrag ihre Analogie in der Unterstellung der Freien Stadt Danzig unter den Schutz des Völkerbundes.

In dieser Unterstellung Danzigs unter den Schutz des Völkerbundes erblicken wir den stärksten Beweis für die von uns in Anspruch genommene Souveränität Danzigs und *gegen* die im polnischen Vertragsentwurf erstrebte politische Abhängigkeit von Polen. Die Verfassung Danzigs wird vom Völkerbund gewährleistet (Artikel 103 des Friedensvertrages). Der Völkerbund ist es, der Danzig seinen besonderen Schutz angedeihen läßt (Artikel 102). Man kann daher mit Recht sagen, daß Danzig das erste Kind des Völkerbundes ist. Mit diesem Schutz des Völkerbundes sind alle über die Ausübung wirtschaftlicher Rechte hinausgehenden Herrschaftsansprüche Polens über oder in Danzig unvereinbar.

Nicht bloß beim Abschluß der gegenwärtigen Konvention, sondern auch künftighin, werden nach der Absicht des Friedensvertrages Polen und Danzig als zwei staats- und völkerrechtlich einander gleichberechtigte, mithin souveräne Faktoren einander gegenüberstehen. Artikel 103 Absatz 2 des Friedensvertrages betraut einen vom Völkerbund zu bestellenden Oberkommissar mit der erstinstanzlichen Entscheidung aller Streitigkeiten, die zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig im Hinblick auf diese Konvention oder aus den ergänzenden Abmachungen entstehen sollten.

Dies schließt aus, daß jemals der Wille Polens allein gegenüber einem entgegenstehenden Willen Danzigs maßgebend sein könnte. Der polnische Vertragsentwurf trägt diesem Gedanken keine Rechnung. Das kommt besonders deutlich dadurch zum Ausdruck, daß der Oberkommissar des Völkerbundes in ihm überhaupt keine Erwähnung gefunden hat. Es kann aber nicht die Absicht der Signatarmächte des Friedensvertrages gewesen sein, Danzig zu einem mit Polen gleichberechtigten und freien Staatswesen zu machen, damit es sich alsbald durch seinen ersten Vertragsschluß dieser Gleichberechtigung und Freiheit entkleide. Ebensowenig darf der im Friedensvertrage festgesetzte Schutz des Völkerbundes durch eine Vormundschaft Polens über Danzig ersetzt oder verdrängt werden.

Zur Feststellung der Souveränität der Freien Stadt Danzig führt auch folgende Erwägung: Nach der „lettre d'envoi" sollen die Einwohner der Stadt Danzig nicht unter die Herrschaft Polens kommen. Andererseits hat Deutschland *nur* zugunsten der Alliierten und Assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Ansprüche auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig gemäß Artikel 100 des Friedensvertrages verzichtet. Die Alliierten und Assoziierten Mächte wollen aus diesem Gebiete eine Freie Stadt konstituieren. Die Gegenüberstellung dieser drei Tatsachen läßt nur den zwingenden Schluß zu, eine eigene Souveränität der Freien Stadt Danzig unter dem Schutze des Völkerbundes anzunehmen.

Die einzige Bestimmung des Friedensvertrages, die so aussehen könnte, als ob sie auf eine Beschränkung der Souveränität Danzigs durch Polen hinausliefe, und die von Polen auch entsprechend ausgelegt wird, ist Artikel 104 Ziffer 6. Nach Auffassung des polnischen Entwurfs soll die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig sowie der Schutz ihrer Staatsangehörigen im Auslande *als ein Recht* dem Staate Polen zugesprochen worden sein. Diese Auslegung ist unvereinbar mit der Bestimmung des Friedensvertrages, nach welcher Danzig unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden soll. Der Völkerbund kann doch wohl nicht den Schutz eines Staates übernehmen, dessen auswärtige Beziehungen von einem anderen souveränen Staate bestimmt werden.

Auch der Wortlaut des Friedensvertrages verleiht den Ansprüchen Polens, die auf das Recht zur diplomatischen und konsularischen Vertretung Danzigs gerichtet sind, keine Stütze. Der maßgebende französische Text des Artikels 104 Ziffer 6 ist von Polen mißverstanden worden. Er besagt: „De faire assurer par le Gouvernement polonais la conduite des affaires extérieures de la Ville libre de Dantzig ainsi que la protection", was heißt: „Der Vertrag hat den Zweck, seitens der polnischen Regierung die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig ebenso wie den Schutz ihrer Staatsangehörigen im Auslande zu sichern (sicherstellen zu lassen)".

Zur Erläuterung und Bestätigung möge auch noch der englische Text der Ziffer 6 des Artikels 104 verglichen werden, er lautet: „To provide that the Polish Government shall *undertake* the conduct of the foreign relations of the Free City of Danzig as well as the diplomatic protection of citizens of that city when abroad."

„Vorsorge zu treffen, daß die polnische Regierung die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig sowie den Schutz ihrer Staatsangehörigen im Auslande auf sich nimmt."

Also auch der englische Text bringt in seinem „undertake" die Last, nicht ein Recht Polens zum Ausdruck. Die Berechtigungen der Polen sind in Artikel 104, abgesehen von den Ziffern 1 und 5, stets eingeleitet mit den Worten: „d'assurer à la Pologne", es wäre natürlich ein leichtes gewesen, auch bei Ziffer 6 zu bestimmen: „d'assurer à la Pologne la conduite des Affaires étrangères" usw., bei Ziffer 6 heißt es aber im scharfen Gegensatz dazu und mit weisem Vorbedacht: „de faire assurer par le Gouvernement Polonais" usw.

Danzig wird sich als kleines Staatswesen nicht in allen Ländern Vertretungen halten können und deswegen von der ihm durch Artikel 104 Nr. 6 gegebenen Möglichkeit, sich durch Polen vertreten zu lassen, gegebenenfalls gern Gebrauch machen.

In diesem Falle werden die polnischen auswärtigen Vertretungen ihre besonderen Instruktionen von Danzig erhalten, nach denen sie handeln müssen. Denn nur Danzig allein ist in der Lage, zu beurteilen, was seine Interessen erfordern. Auch in früheren Zeiten ist dies so gewesen. Es sei erinnert an die Mission des polnischen Generalleutnants Jordan im Jahre 1700 am Hofe Ludwigs XIV. Jordan war als polnischer diplomatischer Vertreter auch von Danzig mit seiner Interessen-Vertretung betraut worden, wurde dafür besonders honoriert und erstattete Danzig unmittelbar Bericht.

Daneben aber muß es Danzig freistehen, in allen Staaten, wo es besondere Interessen hat, auch eigene Vertreter zu beglaubigen oder in besonders wichtigen Anlässen Sondermissionen zu entsenden. Auch dieses Recht Danzigs ist geschichtlich aufs beste begründet. Denn es liegen die Berichte der Danziger Gesandten bei auswärtigen Staaten und die Instruktionen und Schreiben der Danziger Regierung an diese in mehr als 800 Bänden im Stadtarchiv noch heute vor. Ständige Residenten unterhielt die Danziger Regierung in den größeren Staaten, insbesondere in London, in Petersburg, im Haag und in Berlin.

Auch Napoleon gab Danzig sein altes Recht, Gesandtschaften zu schicken und fremde Gesandte bei sich zu empfangen, zurück, indem er an seinem Hofe einen ständigen diplomatischen Vertreter Danzigs zuließ und seinerseits nach Danzig einen Residenten und Generalkonsul, Herrn Massias, entsandte, dessen Beglaubigungsschreiben, von Napoleon unter Gegenzeichnung des Ministeriums unterschrieben, noch heute im Stadtarchiv vorhanden ist.

Dieses Beispiel beweist gleichzeitig das Recht Danzigs, fremde Gesandte bei sich zu empfangen, wofür auch zahlreiche andere urkundliche Zeugnisse im Stadtarchiv vorhanden sind. Wir führen aus der großen Menge der Beglaubigungsschreiben insbesondere solche der Königin Elisabeth von England und verschiedener anderer englischer Souveräne an.

Der Danziger Entwurf hält sich an die ihm durch den Friedensvertrag gegebenen Richtlinien. Er glaubt als die wichtigste Bestimmung die im Vorstehenden begründete an den Anfang stellen zu müssen. Wir sind der festen Zuversicht, daß die Feststellung dieses unseres Fundamentalsatzes die Weiterführung der Verhandlungen aufs günstigste beeinflussen und fördern wird, und daß sie darüber hinaus für alle Zukunft die Aussicht eröffnet, daß die beiden Staaten im friedlichen Zusammenwirken den hohen Idealen des Völkerfriedens und des allgemeinen Wohlergehens werden dienen können.

Im Namen der Danziger Delegation:

gez. Sahm.

Lettre de la Conférence des Ambassadeurs, adressée à la Délégation dantzigoise, avec un projet du Traité.

Conférence des Ambassadeurs
Secrétariat Général

Quai d'Orsay
Paris, le 16 Octobre 1920

Le Secrétariat Général de la Conférence des Ambassadeurs a l'honneur de faire tenir ci-joint au Secrétariat Général de la Délégation Dantzigoise 4 exemplaires du projet de Convention entre la Pologne et la Ville Libre de Dantzig, prévue par l'article 104 du Traité de Versailles.

Le Secrétariat Général de la Conférence des Ambassadeurs prie la Délégation Dantzigoise de vouloir bien lui faire tenir ses observations sur ce projet lundi matin au plus tard, et de les communiquer en même temps, pour éviter tout retard, directement aux Délégations britannique, italienne, japonaise et américaine.

L. S.

Délégation Dantzigoise.

Schreiben der Botschafterkonferenz an die Danziger Delegation mit einem Entwurf des Vertrages.

Botschafterkonferenz.
Generalsekretariat.

Quai d'Orsay.
Paris, den 16. Oktober 1920.

Das Generalsekretariat der Botschafterkonferenz hat die Ehre, anliegend dem Generalsekretariat der Danziger Delegation vier Stücke des Entwurfs des durch Artikel 104 des Vertrages von Versailles vorgesehenen Vertrages zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig zugehen zu lassen.

Das Generalsekretariat der Botschafterkonferenz bittet die Danziger Delegation, ihm ihre Bemerkungen zu diesem Entwurf spätestens Montag vormittag zukommen zu lassen und sie zur Vermeidung jeglicher Verzögerung gleichzeitig den Delegationen von England, Italien, Japan und Amerika mitzuteilen.

(Siegel des Generalsekretariats der Friedenskonferenz.)

An die Danziger Delegation.

Projet du 16 Octobre 1920.

Projet de Convention entre la Ville Libre de Dantzig et la Pologne.

CHAPITRE I.

Article 1.

Un représentant diplomatique du Gouvernement polonais en résidence à Dantzig, servira d'intermédiaire entre le Gouvernement Polonais et le Gouvernement de la Ville Libre.

Article 2.

Il appartiendra au Gouvernement polonais d'assurer la conduite des affaires extérieures de la Ville Libre de Dantzig, ainsi que la protection des nationaux de Dantzig dans les pays étrangers. Cette protection sera assurée dans les mêmes conditions que celles des nationaux polonais.

Le visa des passeports, délivrés aux citoyens de Dantzig se rendant en pays étrangers, sera donné par le représentant du Gouvernement polonais à Dantzig.

Article 3.

Un ou plusieurs nationaux de la Ville Libre de Dantzig, mis par la Ville Libre à la disposition du Gouvernement Polonais, feront partie du personnel des consulats polonais établis dans les places étrangères où la Ville Libre de Dantzig aura des intérêts économiques importants.

Ces fonctionnaires ressortiront au Gouvernement polonais et seront, sous la direction et l'autorité du consul polonais, chargés des affaires concernant spécialement les intérêts des nationaux de la Ville Libre de Dantzig.

Article 4.

L'exéquatur sera donnée aux agents consulaires étrangers en résidence à Dantzig par le Gouvernement polonais après entente avec les autorités de la Ville Libre.

Article 5.

Les frais de la représentation diplomatique et consulaire de la Ville Libre de Dantzig, ainsi que les frais de protection de ses ressortissants à l'étranger, seront supportés par la Pologne.

Entwurf vom 16. Oktober 1920.

Entwurf des Vertrages zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen.

Kapitel I.

Artikel 1.

Ein diplomatischer Vertreter der polnischen Regierung mit dem Sitz in Danzig soll zwischen der polnischen Regierung und der Regierung der Freien Stadt als Vermittler dienen.

Artikel 2.

Es soll Sache der polnischen Regierung sein, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig, sowie den Schutz der Staatsangehörigen Danzigs in fremden Ländern sicherzustellen. Dieser Schutz wird unter denselben Bedingungen, wie sie für die polnischen Staatsangehörigen gelten, sichergestellt.

Das Visum der Pässe, die den Bürgern Danzigs, welche sich in fremde Länder begeben, ausgestellt werden, wird von dem Vertreter der polnischen Regierung in Danzig gegeben.

Artikel 3.

Ein oder mehrere Staatsangehörige der Freien Stadt Danzig, welche von der Freien Stadt zur Verfügung der polnischen Regierung gestellt werden, sollen dem Personal der polnischen Konsulate zugeteilt werden, die an fremden Orten eingerichtet werden, wo die Freie Stadt Danzig bedeutende wirtschaftliche Interessen hat.

Diese Beamten sollen der polnischen Regierung verantwortlich sein und sollen unter der Leitung und Oberaufsicht des polnischen Konsuls mit den Angelegenheiten betraut werden, welche besonders die Interessen der Staatsangehörigen der Freien Stadt Danzig betreffen.

Artikel 4.

Das Exequatur soll den fremden Konsularagenten mit dem Sitz in Danzig von der polnischen Regierung nach Einvernehmen mit den Behörden der Freien Stadt erteilt werden.

Artikel 5.

Die Kosten der diplomatischen und konsularischen Vertretung der Freien Stadt Danzig, sowie die Kosten für den Schutz ihrer Staatsangehörigen im Auslande sollen von Polen getragen werden.

Tous les droits et taxes prélevés par le service diplomatique ou consulaire seront acquis au Gouvernement polonais.

Article 6.

Aucun Traité ou Acte international intéressant la Ville Libre de Dantzig ne sera conclu par le Gouvernement polonais sans une entente préalable avec la Ville Libre; cette entente sera portée à la connaissance du Haut Commissaire de la Société des Nations; à défaut d'entente, la question sera soumise audit Commissaire, à qui il appartiendra de décider.

Dans tous les cas, le Haut Commissaire de la Société des Nations aura le droit d'opposer son veto à tout Traité ou Acte international dans la mesure où il s'appliquerait à la Ville Libre de Dantzig, si le Conseil de la Société des Nations estime qu'il est en contradiction avec le statut de la Ville Libre.

Article 7.

La Ville Libre ne pourra contracter des emprunts extérieurs qu'avec l'assentiment du Gouvernement polonais, sauf, en cas de contestation, son recours au Haut Commissaire dans les conditions prévues à l'article 35 du présent Traité.

Article 8.

Le droit de porter le pavillon commercial de Dantzig sera réservé aux navires dont la propriété appartient exclusivement à des ressortissants de la Ville Libre, y compris des sociétés ou associations qui sont enrégistrées dans la Ville Libre et dans lesquelles des ressortissants de la Ville Libre ont des intérêts prédominants.

Article 9.

Les rapports directs entre les autorités locales, administratives et judiciaires, de la Ville Libre de Dantzig et des territoires limitrophes de la Prusse orientale seront admis dans les mêmes conditions que les rapports directs entre les autorités polonaises et les autorités allemandes, ainsi qu'il sera réglé par une convention à conclure entre la Pologne et l'Allemagne.

Article 10.

Sous réserve des droits appartenant à la Pologne et visés à l'article 2, la police des étrangers sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig sera exercée par les autorités de la Ville Libre.

Alle Gebühren und Abgaben, die im diplomatischen oder konsularischen Dienst erhoben werden, sollen der polnischen Regierung gehören.

Artikel 6.

Kein internationaler Vertrag oder Akt, der die Freie Stadt Danzig interessiert, soll von der polnischen Regierung ohne vorheriges Einvernehmen mit der Freien Stadt abgeschlossen werden; dieses Einvernehmen soll zur Kenntnis des Hohen Kommissars des Völkerbundes gebracht werden; ist ein Einvernehmen nicht zustandegekommen, so wird die Frage dem erwähnten Kommissar unterbreitet, dessen Sache es ist, zu entscheiden.

In allen Fällen soll der Hohe Kommissar des Völkerbundes das Recht haben, bei jedem internationalen Vertrag oder Akt, soweit er die Freie Stadt Danzig betrifft, sein Veto einzulegen, wenn der Rat des Völkerbundes glaubt, daß er der Rechtsstellung der Freien Stadt widerspricht.

Artikel 7.

Die Freie Stadt Danzig darf nur mit Zustimmung der polnischen Regierung auswärtige Anleihen aufnehmen, vorbehaltlich ihrer Berufung an den Hohen Kommissar unter den im Artikel 35 dieses Vertrages vorgesehenen Bedingungen im Falle einer Meinungsverschiedenheit.

Artikel 8.

Das Recht, die Danziger Handelsflagge zu führen, wird den Schiffen vorbehalten, deren Eigentum ausschließlich Staatsangehörigen der Freien Stadt Danzig zusteht, einschließlich der Genossenschaften oder Gesellschaften, die in der Freien Stadt eingetragen sind, und bei welchen Staatsangehörige der Freien Stadt vorherrschende Interessen haben.

Artikel 9.

Die direkten Beziehungen zwischen den örtlichen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden der Freien Stadt Danzig und der angrenzenden Gebiete Ostpreußens sollen unter denselben Bedingungen zugelassen werden, wie die direkten Beziehungen zwischen den polnischen und deutschen Behörden, wie sie durch einen Vertrag geregelt werden, der zwischen Polen und Deutschland abgeschlossen werden soll.

Artikel 10.

Unter Vorbehalt der Rechte, welche Polen zustehen und im Artikel 2 genannt sind, soll die Fremdenpolizei auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig von den Behörden der Freien Stadt ausgeübt werden.

CHAPITRE II.

Article 11.

La Pologne et la Ville Libre de Dantzig constitueront un seul territoire douanier, soumis à la législation et au tarif douanier polonais.

Article 12.

Le territoire de la Ville Libre de Dantzig constituera au point de vue douanier, une unité administrative confiée à des fontionnaires de la Ville Libre.

Article 13.

L'administration douanière dantzigoise sera, envers l'administration des douanes polonaises, comptable des recettes douanières et responsable de leur perception.

Les comptes seront apurés une fois par mois et la Pologne remettra à la Ville Libre un pourcentage fixe des recettes brutes, déterminé conformément aux stipulations de l'article 15.

Article 14.

Les dispositions du présent chapitre seront mises en vigueur dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité et, en attendant, l'arrangement provisoire du 22 Avril 1920 restera appliquée.

Article 15.

Dans le délai d'un mois à partir de la mise en vigueur du présent Traité, des négociations auront lieu entre la Pologne et la Ville Libre à l'effet:

a) d'examiner les mesures à prendre en vue de l'application à la Ville Libre de la législation et du tarif douanier polonais, et pour adapter autant que possible, à la législation polonaise la législation dantzigoise concernant les monopoles, et en général, tous droits et impots indirects. La Ville Libre s'engage à prendre et à assurer l'exécution desdites mesures.

b) de fixer des régles concernant le taux de change pour la perception dans le port de Dantzig des droits de douane en monnaie dantzigoise, suivant un tarif équivalent au tarif polonais, aussi longtemps que les deux Etats posséderont des systèmes monétaires distincts.

c) de fixer le pourcentage des recettes brutes, devant être attribué à Dantzig conformément à l'article 13. Ce pour-

Kapitel II.

Artikel 11.

Polen und die Freie Stadt Danzig bilden ein einziges Zollgebiet, welches der polnischen Zollgesetzgebung und dem polnischen Zolltarif unterstellt ist.

Artikel 12.

Das Gebiet der Freien Stadt Danzig bildet hinsichtlich der Zölle eine Verwaltungseinheit, welche Beamten der Freien Stadt anvertraut ist.

Artikel 13.

Die Danziger Zollverwaltung ist gegenüber der Verwaltung der polnischen Zölle für die Zolleinnahmen rechnungspflichtig und für ihre Erhebung verantwortlich.

Die Abrechnungen werden einmal monatlich vorgenommen, und Polen soll der Freien Stadt Danzig einen festen Prozentsatz der Bruttoeinnahmen überweisen, welcher entsprechend den Bestimmungen des Artikels 15 festgesetzt werden soll.

Artikel 14.

Die Bestimmungen dieses Kapitels sollen binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages wirksam werden, und inzwischen soll das vorläufige Abkommen vom 22. April 1920 in Anwendung bleiben.

Artikel 15.

In der Frist eines Monats vom Inkrafttreten dieses Vertrages sollen Verhandlungen zwischen Polen und der Freien Stadt stattfinden, die zum Ziele haben:

a) die Maßnahmen zu prüfen, die zu treffen sind, um die polnische Zollgesetzgebung und den polnischen Zolltarif auf die Freie Stadt anzuwenden und, soweit möglich, der polnischen Gesetzgebung die Danziger Gesetzgebung anzupassen, soweit sie sich auf die Monopole und im allgemeinen auf alle Gebühren und indirekten Steuern bezieht. Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, die Ausführung besagter Maßnahmen zu übernehmen und sicherzustellen,

b) Richtlinien festzusetzen, welche den Verrechnungskurs für die Erhebung der Zollabgaben in Danziger Geld im Hafen von Danzig betreffen gemäß einem dem polnischen entsprechenden Tarif, solange die beiden Staaten verschiedene Währungen besitzen,

c) den Prozentsatz der Bruttoeinnahmen festzusetzen, der gemäß Artikel 13 Danzig zugeteilt werden muß. Dieser

centage sera déterminé en tenant compte des dépenses de l'administration douanière supportées par Dantzig, et de la proportion des droits de douane perçus sur les marchandises respectivement destinées à être consommées en Pologne et sur le territoire de la Ville Libre.

Article 16.

La zone franche existant actuellement dans le port de Dantzig sera maintenue.

Cette zone sera placée sous le controle et l'administration du Conseil qui est prévu à l'article 17 et qui aura pleins pouvoirs pour modifier ou étendre les limites de ladite zone franche et modifier son régime intérieur.

CHAPITRE III.

Article 17.

Il sera créé, sous le nom de *Conseil du Port et des Voies d'Eau de Dantzig*, un Conseil composé, par parties égales, de commissaires polonais et de commissaires dantzigois, dont le nombre, de part et d'autre, n'excédera pas cinq, et qui seront choisis respectivement par le Gouvernement polonais et par la Ville Libre parmi les représentants des intérêts économiques des deux pays.

Le Président de ce Conseil sera choisi d'accord entre le Gouvernement polonais et le Gouvernement de la Ville Libre. A défaut d'accord dans le mois qui suivra la mise en vigueur du présent Traité, le Conseil de la Société des Nations sera sollicité par le Haut Commissaire de la Société à Dantzig, de désigner un président de nationalité suisse. Il sera procédé de même en cas de vacance de la Présidence, dans le mois qui suivra la cessation des fonctions du précédent Président.

Le Président dirigera les débats en s'efforçant de provoquer un accord entre les parties; il ne prendra part au vote qu'après avoir épuisé tous les moyens pour réaliser cet accord, sa voix en portant la décision en cas de partage.

Les frais et dépenses du Conseil seront couverts par les recettes provenant des services administrés par ledit Conseil.

Prozentsatz soll festgesetzt werden, indem man den Ausgaben der Zollverwaltung, die von Danzig getragen werden, und dem Verhältnis der Zollgebühren Rechnung trägt, die von den Waren erhoben werden, welche dazu bestimmt sind, in Polen bzw. auf dem Gebiet der Freien Stadt verbraucht zu werden.

Artikel 16.

Der gegenwärtig in dem Danziger Hafen bestehende Freihafen soll aufrechterhalten bleiben.

Dieser Freihafen soll unter die Überwachung und Verwaltung des Ausschusses gestellt werden, der in Artikel 17 vorgesehen ist, und welcher Vollmachten hat, die Grenzen des besagten Freihafens zu verändern oder auszudehnen und seine innere Verwaltung zu verändern.

Kapitel III.

Artikel 17.

Unter dem Namen „Ausschuß für den Hafen und die Wasserwege von Danzig" soll ein Ausschuß geschaffen werden, der zu gleichen Teilen aus polnischen und Danziger Vertretern zusammengesetzt ist, deren Anzahl auf beiden Seiten fünf nicht überschreiten darf, und die von der polnischen Regierung bzw. von der Freien Stadt unter den Vertretern der wirtschaftlichen Interessen der beiden Länder gewählt werden.

Der Präsident dieses Ausschusses soll in Übereinstimmung zwischen der polnischen Regierung und der Regierung der Freien Stadt gewählt werden. Kommt ein Einvernehmen innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Vertrages nicht zustande, so soll der Rat des Völkerbundes von dem Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig ersucht werden, einen Präsidenten schweizerischer Nationalität zu bestimmen. Falls die Stelle des Präsidenten frei wird, soll innerhalb eines Monats nach Beendigung der Tätigkeit des letzten Präsidenten ebenso verfahren werden.

Der Präsident soll die Verhandlungen leiten, indem er sich bemüht, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen, er soll an der Abstimmung erst teilnehmen, nachdem er alle Mittel erschöpft hat, dieses Einvernehmen zu erreichen, wobei seine Stimme die Entscheidung herbeiführt, falls Stimmengleichheit vorliegt.

Die Unkosten und Ausgaben des Ausschusses sollen durch die Einnahmen gedeckt werden, die aus den von dem Ausschuß verwalteten Betrieben herrühren.

Article 18.

Le Conseil exercera dans les limites de la Ville Libre de Dantzig la direction, l'administration et l'exploitation du port, des voies d'eau et de l'ensemble des voies ferrées se rattachant au port, ainsi que de tous biens et établissements servant à leur exploitation.

Il appartiendra au Conseil de déterminer celles des voies ferrées qui doivent être considérées comme se rattachant au port.

Article 19.

Les voies ferrées qui ne sont pas visées à l'article 18, seront administrées par la Pologne sauf les tramways et autres voies ferrées servant principalement aux besoins de la Ville Libre.

Article 20.

Des accords ultérieurs entre la Pologne et la Ville Libre décideront toutes questions auxquelles pourrait donner lieu l'exécution des articles 18 et 19.

A défaut d'accord la décision sera prise par le Haut Commissaire de la Société des Nations.

Article 21.

Le Conseil percevra tous droits, taxes et revenus provenant de l'administration du port, des voies d'eau et des voies ferrées visée à l'article 18 et fera face à tous les frais d'entretien, de direction, d'exploitation, d'amélioration et de développement. Les bénéfices et les pertes seront partagées entre la Pologne et la Ville Libre de Dantzig, suivant une proportion à fixer dans une convention financière à intervenir entre elles.

Article 22.

Le Conseil prendra toutes les mesures utiles pour assurer, d'accord avec le Gouvernement polonais, le libre trafic l'émigration et d'immigration, en provenance ou à destination de la Pologne.

Article 23.

La propriété de tous les biens ayant appartenu à l'ancien Empire Allemand ou à tout Etat allemand et faisant partie du port ou se rattachant à l'administration ou à l'exploitation de celui-ci ainsi qu'à celles des voies d'eau et des voies ferrées visées à l'article 18, sera transférée au Conseil.

Artikel 18.

Der Ausschuß soll innerhalb der Grenzen der Freien Stadt Danzig die Leitung, Verwaltung und Ausnutzung des Hafens, der Wasserwege und der gesamten Schienenwege ausüben, die mit dem Hafen in Zusammenhang stehen, sowie aller Güter und Einrichtungen, die ihrem Betrieb dienen.

Es ist Sache des Ausschusses, diejenigen Schienenwege zu bestimmen, die als mit dem Hafen in Zusammenhang stehend angesehen werden sollen.

Artikel 19.

Die Schienenwege, die im Artikel 18 nicht erwähnt sind, werden von Polen verwaltet, außer den Straßenbahnen und anderen Schienenwegen, die hauptsächlich den Bedürfnissen der Freien Stadt dienen.

Artikel 20.

Spätere Vereinbarungen zwischen Polen und der Freien Stadt sollen alle Fragen entscheiden, zu denen die Ausführung der Artikel 18 und 19 Anlaß geben könnte.

Falls eine Einigung nicht erfolgt, soll die Entscheidung von dem Hohen Kommissar des Völkerbundes getroffen werden.

Artikel 21.

Der Ausschuß soll alle Abgaben, Gebühren und Einnahmen erhalten, die sich aus der Verwaltung des Hafens, der Wasserwege und der Schienenwege ergeben, die im Artikel 18 erwähnt ist, und soll alle Unkosten der Unterhaltung, Leitung, Ausnutzung, Verbesserung und Entwickelung bestreiten. Die Gewinne und die Verluste sollen zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig in einem Verhältnis geteilt werden, das in einem Finanzvertrag festgesetzt wird, der zwischen ihnen abzuschließen ist.

Artikel 22.

Der Ausschuß soll alle zweckdienlichen Maßnahmen treffen, um in Übereinstimmung mit der polnischen Regierung den freien Auswanderer- und Rückwandererverkehr aus Polen und nach Polen sicherzustellen.

Artikel 23.

Das Eigentum aller Güter, welche dem früheren Deutschen Reiche oder einem deutschen Staate gehört haben und einen Teil des Hafens bilden oder mit der Verwaltung oder Ausnutzung desselben in Zusammenhang stehen, sowie mit der Verwaltung und Ausnutzung der Wasserwege und Schienenwege, die im Artikel 18 bezeichnet sind, soll dem Ausschuß übertragen werden.

Le Conseil aura le droit de prendre à bail ou d'acquérir tous autres biens, meubles ou immeubles, situés sur le territoire de la Ville Libre, selon que le Conseil le jugera nécessaire à la direction, à l'administration ou à l'exploitation du port, des voies d'eau et des voies ferrées, dont il a la charge, ou à leur développement ou amélioration. La Ville Libre de Dantzig s'engage à prendre toutes mesures nécessaires pour donner effet aux décisions du Conseil et, notamment, à procéder aux expropriations qu'il y aurait lieu d'effectuer à cet effet.

Article 24.

Le Conseil aura l'obligation d'assurer à la Pologne le libre usage et le service des moyens de communication visés au présent chapitre, sans aucune restriction et dans la mesure nécessaire, pour assurer le trafic d'importation ou d'exportation à destination ou en provenance de la Pologne; le Conseil aura l'obligation de prendre toutes les mesures nécessaires pour assurer le développement et l'amélioration de ces voies de communications afin de faire face à tous les besoins de ce trafic.

Dans le cas où les dispositions ci-dessus viendraient à n'être pas observées, la Pologne aura le droit d'exercer le recours prévu à l'article 35.

Article 25.

En tout temps et en toutes circonstances la Pologne aura le droit d'importer et d'exporter par Dantzig des marchandises de quelque nature qu'elles soient non prohibées par les lois polonaises.

CHAPITRE IV.

Article 26.

La Pologne aura le droit d'installer dans le port de Dantzig un bureau de poste, télégraphe et téléphone communiquant directement avec la Pologne. Ce bureau aura dans ces attributions les communications postales et télégraphiques, empruntant le port de Dantzig, entre la Pologne et les pays étrangers, ainsi que les communications entre la Pologne et le port de Dantzig.

Article 27.

La Ville Libre de Dantzig s'engage à donner à bail ou à vendre à la Pologne, dans des conditions équitables, les terrains ou les bâtiments nécessaires à l'installation ainsi qu'au fonctionnement du bureau prévu à l'article 26. La Ville Libre s'engage à donner au Gouvernement polonais toutes les facilités requises en vue de

Der Ausschuß soll das Recht haben, alle anderen beweglichen oder unbeweglichen Güter, die auf dem Gebiete der Freien Stadt gelegen sind, zu pachten oder zu erwerben, soweit der Ausschuß es für die Leitung, Verwaltung oder Ausnutzung des Hafens, der Wasserwege und Schienenwege, die ihm anvertraut sind, oder für ihre Entwickelung oder Verbesserung für notwendig erachtet. Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Entscheidungen des Ausschusses auszuführen und namentlich zu Enteignungen zu schreiten, deren Durchführung zu diesem Zwecke erforderlich ist.

Artikel 24.

Der Ausschuß ist verpflichtet, Polen die freie Benutzung und den Gebrauch der in diesem Kapitel bezeichneten Verbindungsmittel ohne jede Einschränkung und in dem für die Sicherstellung des Ein- und Ausfuhrverkehrs nach und von Polen notwendigen Maße zu gewährleisten. Der Ausschuß ist verpflichtet, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, die die Entwickelung und die Verbesserung dieser Verbindungswege sicherstellen, um allen Bedürfnissen dieses Verkehrs nachzukommen.

Falls die obigen Bestimmungen nicht beachtet werden sollten, hat Polen das Recht, den in Artikel 35 vorgesehenen Antrag auf Entscheidung zu stellen.

Artikel 25.

Jederzeit und unter allen Umständen hat Polen das Recht, über Danzig Waren, gleichviel welcher Art, einzuführen und auszuführen, sofern dies nicht durch die polnischen Gesetze verboten ist.

Kapitel IV.

Artikel 26.

Polen hat das Recht, im Danziger Hafen zur unmittelbaren Verbindung mit Polen ein Post-, Telegraphen- und Telephonamt einzurichten. Zu den Befugnissen dieses Amtes werden die Post- und Telegraphen-Verbindungen zwischen Polen und dem Ausland über den Hafen von Danzig sowie die Verbindungen zwischen Polen und dem Hafen von Danzig gehören.

Artikel 27.

Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, Polen unter angemessenen Bedingungen die Gelände oder Gebäude zu verpachten oder zu verkaufen, die für die Einrichtung sowie den Betrieb des in Artikel 26 vorgesehenen Amtes notwendig sind. Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, der polnischen Regierung alle erforderlichen

l'établissement des lignes télégraphiques et téléphoniques nécessaires à l'application dudit article.

Article 28.

Toutes autres communications postales, télégraphiques et téléphoniques sur le territoire de la Ville Libre, ainsi que les communications entre la Ville Libre et les pays étrangers, seront du ressort de la Ville Libre.

Article 29.

La Pologne et la Ville Libre de Dantzig s'engagent à conclure dans un délai de six mois, à dater de l'entrée en vigueur du présent Traité, une convention spéciale à l'effet d'établir des tarifs postaux, télégraphiques et téléphoniques uniformes pour les communications entre les deux Etats; cette convention réglera en même temps les détails d'application du présent chapitre.

CHAPITRE V.

Article 30.

La Ville Libre de Dantzig s'engage à appliquer aux minorités de race, de religion ou de langue, des dispositions identiques à celles qui sont appliquées par la Pologne sur le territoire polonais, en exécution du Chapitre I du Traité conclu à Versailles, le 28 Juin 1919, entre la Pologne et les Principales Puissances alliées et associées, à l'effet notamment d'assurer l'application des dispositions prévues à l'article 104, § 5 du Traité de Versailles avec l'Allemagne.

Les stipulations des articles 14 à 19 du Traité conclu à Versailles entre les Principales Puissances alliées et associées et la Pologne le 28 Juin 1919 ainsi que les stipulations de l'article 89 du Traité de Versailles avec l'Allemagne s'appliqueront également à la Ville Libre de Dantzig.

Article 31.

Les conditions de naturalisation dans la Ville Libre de Dantzig ainsi que les conditions auxquelles les sociétés étrangères pourront se constituer en sociétés dantzigoises seront fixées d'accord entre la Ville Libre et la Pologne.

Article 32.

Un arrangement spécial sera conclu, dans le plus bref délai, entre la Pologne et la Ville Libre de Dantzig pour régler l'exécution en Pologne et, respectivement l'exécution sur le territoire de la Ville

Erleichterungen zur Einrichtung der Telegraphen- und Telephonlinien zu gewähren, die zur Ausführung des genannten Artikels notwendig sind.

Artikel 28.

Alle anderen Post-, Telegraphen- und Telephonverbindungen auf dem Gebiet der Freien Stadt, sowie die Verbindungen zwischen der Freien Stadt und dem Auslande sollen Sache der Freien Stadt sein.

Artikel 29.

Polen und die Freie Stadt Danzig verpflichten sich, in einer Frist von sechs Monaten, vom Inkrafttreten dieses Vertrages an gerechnet, eine besondere Vereinbarung zu treffen zur Festsetzung einheitlicher Post-, Telegraphen- und Telephontarife für den Verkehr zwischen den beiden Staaten; diese Vereinbarung soll gleichzeitig die Einzelheiten der Anwendung dieses Kapitels regeln.

Kapitel V.

Artikel 30.

Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, auf die Minderheiten der Rasse, Religion oder Sprache Bestimmungen anzuwenden, die denjenigen gleich sind, die von Polen auf dem polnischen Gebiete in Ausführung des Kapitels I des Vertrages, der am 28. Juni 1919 zwischen Polen und den alliierten und assoziierten Hauptmächten in Versailles abgeschlossen worden ist, angewandt werden, namentlich um die Anwendung der im Artikel 104 § 5 des Vertrages von Versailles mit Deutschland vorgesehenen Bestimmungen sicherzustellen.

Die Bestimmungen der Artikel 14—19 des Vertrages, der in Versailles zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Polen am 28. Juni 1919 abgeschlossen worden ist, sowie die Bestimmungen des Artikels 89 des Vertrages von Versailles mit Deutschland werden auf die Freie Stadt Danzig in gleicher Weise angewandt.

Artikel 31.

Die Einbürgerungsbedingungen in der Freien Stadt Danzig sowie die Bedingungen, unter welchen ausländische Gesellschaften sich als Danziger Gesellschaften umbilden können, sollen in Übereinstimmung zwischen der Freien Stadt und Polen festgesetzt werden.

Artikel 32.

Ein besonderes Abkommen soll in kürzester Frist zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig abgeschlossen werden, um die Vollstreckung der Urteile, die von den polnischen bzw. den Danziger

Libre, des jugements respectivement rendus par les tribunaux polonais et dantzigois, la poursuite des criminels réfugiés sur le territoire de l'une ou l'autre des Hautes Parties Contractantes, ainsi que leur extradition et toutes autres questions d'ordre judiciaire.

Article 33.

La Pologne et la Ville Libre de Dantzig s'engagent respectivement à entrer en négociations sur la demande de l'une ou de l'autre, en vue d'unifier leurs systèmes monétaires.

Article 34.

Des arrangements ultérieurs seront conclus entre la Pologne et la Ville Libre sur toutes les questions qui ne sont pas traités dans le présent traité.

Article 35.

Tout différend qui viendrait à s'élever entre la Pologne et la Ville Libre au sujet du présent traité ou de tous autres accords, arrangements et conventions ultérieurs ou de toutes questions touchant aux relations de la Pologne et de la Ville Libre sera soumis par l'une ou l'autre partie à la décision du Haut Commissaire, qui, s'il l'estime nécessaire, renverra l'affaire au Conseil de la Société des Nations.

Gerichten gefällt worden sind, in Polen bzw. auf dem Gebiete der Freien Stadt zu regeln, ferner die Verfolgung von Verbrechern, die sich auf das Gebiet der einen oder der anderen der hohen vertragschließenden Parteien flüchten, sowie ihre Auslieferung und alle anderen gerichtlichen Fragen.

Artikel 33.

Polen und die Freie Stadt Danzig verpflichten sich, auf Antrag der einen oder der anderen Partei in Verhandlungen einzutreten, um ihre Währungen zu vereinheitlichen.

Artikel 34.

Spätere Vereinbarungen sollen zwischen Polen und der Freien Stadt über alle Fragen, die in diesem Vertrage nicht behandelt werden, abgeschlossen werden.

Artikel 35.

Jede zwischen Polen und der Freien Stadt entstehende Meinungsverschiedenheit in bezug auf diesen Vertrag oder alle anderen späteren Abmachungen, Vereinbarungen und Abkommen oder alle Fragen, welche die Beziehungen Polens und der Freien Stadt berühren, soll von der einen oder anderen Partei der Entscheidung des Hohen Kommissars unterbreitet werden, der die Angelegenheit an den Rat des Völkerbundes verweist, falls er es für notwendig erachtet.

Bemerkungen der Danziger Delegation zum Vertragsentwurf der Botschafterkonferenz.

Abgesandt Paris am 18. Oktober 1920.

Zu Artikel 2. Der Artikel 2 spricht Polen das Recht zu, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig sicherzustellen. Polen hat nach dem Entwurf sich bei Ausübung dieses Rechtes nach den Wünschen zu richten, die ihm von der Regierung der Freien Stadt Danzig zugehen. Trotz engster wirtschaftlicher Beziehungen wird Polen nicht immer in der Lage sein, die Interessen Danzigs ausreichend zu beurteilen und zu vertreten. Wir bitten daher, um jeden Zweifel auszuschließen, die Verpflichtung Polens, nach Danziger Wünschen zu handeln, auch ausdrücklich in den Vertrag aufzunehmen.

Der Absatz II des Artikels bedeutet eine unerträgliche Beeinträchtigung des gesamten kulturellen und wirtschaftlichen Lebens Danzigs, indem Polen nach völlig freiem Belieben die Paßvisa für die Danziger, die ausreisen wollen, erteilen oder versagen kann. Es ergeben sich dabei folgende drei Fragen, die der Entwurf offen läßt:

a) Soll für Danziger, die ins Ausland reisen, dauernd ein Paßzwang eingeführt werden?
b) Sind für die Danziger auch Pässe für die Einreise nach Polen erforderlich?
c) Hat Polen die Möglichkeit, die Ausstellung von Paßvisen für Danziger Staatsangehörige ohne Angabe von Gründen überhaupt abzulehnen?

Zur ersten Frage. Für ein kleines Staatswesen wie Danzig, bei dem schon das einfachste Geschäft in der Regel den Kaufmann über die Grenzen hinausführt, und das ausschließlich auf den Handel angewiesen ist, ist die Erleichterung des Verkehrs über seine Grenzen hinaus eine Lebensfrage. Wir beantragen daher die Aufhebung des Paßzwanges und die Streichung des Absatzes II des Artikels 2.

Zur zweiten Frage. Polen ist für Danzig Ausland, wird aber gleichwohl in engsten wirtschaftlichen Beziehungen zu Danzig stehen und für Danzig Zollinland sein. Nach dem Wortlaut des Artikels 2 Absatz II müßten aber auch für Reisen nach Polen für Danziger Staatsangehörige visierte Pässe ausgestellt werden, was schon durch einen bereits bestehenden Vertrag ausgeschlossen ist.

Zur dritten Frage. Die Möglichkeit Polens, die Ausstellung von Paßvisen für Danziger Staatsangehörige gänzlich abzulehnen, ist nicht von der Hand zu weisen. Der Entwurf sieht keine

Verpflichtung Polens zur Ausstellung der Visen vor. Danzig kann, wie die Bestimmung vorgeschlagen ist, die Ausstellung der Paßvisen in keiner Weise beeinflussen. Das Beschwerderecht an den Oberkommissar schlägt hier nicht durch, weil die Abhilfe stets zu spät kommen würde.

Es wird also eine Quelle ständiger Mißhelligkeiten geschaffen, die nicht zur Vertiefung des gegenseitigen Verhältnisses beitragen wird. Wir müssen noch darauf hinweisen, daß der Entwurf die Möglichkeit zu einer dauernden Besteuerung der Danziger durch Polen bietet. Polen ist in der Höhe der Gebühren, die es für die Ausstellung seiner Paßvisen erhebt, durch keinerlei Vorschriften gebunden. Der Paßzwang kann daher zu einer Kopfsteuer für alle diejenigen Danziger werden, die sich ins Ausland begeben müssen und dazu gezwungen sind, das polnische Visum nachzusuchen. Diese Konsequenz ist für Danzig und seinen Wirtschaftsverkehr von außerordentlicher Bedeutung und kann dazu führen, den Danziger Verkehr völlig zu unterbinden.

Zu Artikel 3. Wir bitten um Aufnahme einer Bestimmung, wonach alle Angelegenheiten, die Danziger Staatsangehörige betreffen, bei den Konsulaten, denen Danziger Beauftragte beigeordnet sind, auch den Danziger Beauftragten zur Bearbeitung überwiesen werden müssen.

Was diese Beauftragten selbst anbelangt, so dürfte es nicht möglich sein, sie der polnischen Regierung gegenüber verantwortlich zu machen. Es muß vielmehr eine Abhängigkeit dieser Beauftragten von der Danziger Regierung gegeben sein, wenn anders sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Danziger Interesse angehalten werden sollen. Danzig muß auch die Möglichkeit besitzen, ihnen unmittelbare Weisungen zu erteilen, von ihnen Berichte zu fordern und sie auch eventuell abzuberufen.

Zu Artikel 4. Der Artikel spricht von Konsularagenten, die in Danzig ihren Sitz haben sollen. Danzig ist bereits der Sitz von Berufskonsuln von England, Frankreich, Amerika, Spanien und Griechenland. Wir bitten daher, um jeden Zweifel auszuschließen, neben den Konsularagenten auch die Konsuln zu erwähnen.

Zu Artikel 5. Unter den Voraussetzungen, die wir zu Artikel 3 aufgestellt haben, wird die Freie Stadt Danzig bereit sein, die von ihr den polnischen Konsulaten zugeteilten Beauftragten und die aus ihrer Tätigkeit entstehenden Kosten selbst zu tragen. Wir bitten, dem Artikel einen entsprechenden Zusatz zu geben, der gleichzeitig ausspricht, daß entsprechend auch die Abgaben und Gebühren, die aus dem Dienst der Danziger Beauftragten erwachsen, der Freien Stadt Danzig zufallen.

Zu Artikel 7. Auswärtige Anleihen. Wir bitten, den Artikel 7 zu streichen. Die Bestimmung würde den sofortigen Zusammenbruch der freistaatlichen Finanzwirtschaft herbeiführen.

Da die Kapitalmassen in Danzig für den Kreditbedarf des Wirtschaftslebens und der Freien Stadt Danzig nicht ausreichen, so ist die Freie Stadt für ihre Kreditbedürfnisse auf das Ausland notwendig angewiesen. Die Aufgaben der Freien Stadt erfordern eine jederzeit bereite und schmiegsame Finanzwirtschaft. Da das Hereinkommen der laufenden Einnahmen des Haushalts sich nicht deckt mit der Fälligkeit der einzelnen laufenden Ausgaben, so benötigt die Freie Stadt zur Abwicklung ihrer laufenden Ausgaben ein großes Betriebskapital; daneben hat aber die Freie Stadt eine Reihe großer außerordentlicher Ausgaben zu leisten — namentlich infolge der besonderen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Krieges herbeigeführten Lage — die außerhalb des ordentlichen Haushalts durch Anleihen zu decken sind und zunächst aus kurzfristig aufzunehmenden Krediten bestritten werden. Diese Ausgaben treten an die Staatskassen häufig so unvermutet heran, daß die Eindeckung der erforderlichen Betriebsgelder oft innerhalb weniger als innerhalb eines Tages erfolgen müssen. Die weitere wichtige Aufgabe der Finanzverwaltung ist es, die für die außerordentlichen Ausgaben aufgenommenen kurzfristigen Kredite in Daueranleihen zu verwandeln, um die dringende Gefahr zu beseitigen, daß die kurzfristigen Kredite aufgekündigt werden und die Aufnahme neuer deckender kurzfristiger Kredite scheitert. Das in Artikel 7 vorgeschriebene Genehmigungsverfahren hat nicht nur die Schlagfertigkeit der Finanzwirtschaft beeinträchtigt, sondern schließt überhaupt aus, Geldgeber zu finden. Denn es ist bisher im öffentlichen Finanzleben einem Staat eine solche Genehmigungspflicht nicht auferlegt worden und die Kapitalisten werden nicht gewillt sein, ihre mit der Freien Stadt etwa abzuschließenden Geschäfte einer genehmigenden Instanz offenzulegen und zu unterbreiten; auch werden sie die mit der Genehmigungspflicht belastete Freie Stadt nicht als kreditwürdig ansehen, und sie werden ihre Gelder anderweitig anlegen. Danzigs Ansehen in der Finanzwelt wird durch Artikel 7 vernichtet, es würde in kürzester Frist die Zahlungseinstellung Danzigs erfolgen.

Zu Artikel 8. Flaggen. Wir bitten, dem Satz des Artikels 8 folgenden Zusatz zu geben: „und ferner eingeschlossen diejenigen Miteigentumsgemeinschaften (Partenreedereien), bei denen die Mehrheit der Eigentumsanteile in den Händen Danziger Staatsangehöriger oder obengenannter „sociétés“ oder „associations“ liegt, sofern das Schiff beim Inkrafttreten dieses Vertrages im Schiffsregister des Amtsgerichts Danzigs eingetragen ist“. Außer den Handelsgesellschaften kommt noch der Fall der sogenannten Partenreedereien in Betracht.

Kapitel II. Zollverwaltung.

Zu Artikel 12. Wir dürfen dieser Bestimmung entnehmen, daß die Freie Stadt Danzig als freie Stadt eine eigene staatliche Zollverwaltung einführt.

Zu Artikel 13. Den Absatz 2 des Artikels 13 bitten wir zu ersetzen durch folgende Bestimmung:

„Aus der Gesamtsumme der in den Gebieten beider Vertragsstaaten aufkommenden Zolleinkünfte sind vorweg die Verwaltungsausgaben beider Vertragsstaaten in Abzug zu bringen. Nach welchem Maßstab der nach Abzug dieser Verwaltungsausgaben verbleibende Rest der Zolleinkünfte zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig verteilt wird, ist entsprechend der Bestimmung des Artikels 15 zwischen beiden Staaten zu vereinbaren."

Danzig hat als der Ein- und Ausfuhrhafen für Polen beträchtliche Lasten auf sich zu nehmen. Diese bestehen zunächst unmittelbar in den Zuschüssen, welche Danzig auf Grund des Artikels 21 zu den Kosten des Hafens, der Eisenbahn und des Wasserweges zu leisten hat. Nach den bisherigen Erfahrungen ist für absehbare Zeiten sicher mit einem solchen Zuschuß zu rechnen. Ferner sind aber mittelbar als Lasten des Hafens jene Millionenbeträge anzusprechen, welche Danzig an Erwerbslosenfürsorge, Wohnungsfürsorge und anderen sozialen Fürsorgemaßnahmen für die Arbeiterschaft Danzigs aufzubringen hat, denn die Arbeiterschaft Danzigs ist für den ordnungsmäßigen Betrieb des Hafens und seiner Verkehrseinrichtungen notwendige Voraussetzung. Die Zolleinnahmen bilden einen der Gegenwerte für das Bereitstellen der Verkehrseinrichtungen und des Hafens. Die Finanzwirtschaft der Freien Stadt muß damit rechnen, daß sich dieser Gegenwert in gewissen erfaßbaren Grenzen bewegt. Dies ist aber nicht der Fall, wenn für die Berechnung der Zollanteile der Freien Stadt Danzig zugrunde gelegt werden die durch die Zollerhebung in Danzig örtlich aufkommenden Gelder. Denn nach den in allen Ländern geltenden Bestimmungen haben die in Polen wohnenden Empfänger der Güter es jederzeit in der Hand, ob die Güter unter Zollverschluß bis zum Empfangsort durchlaufen und erst am Empfangsort in Polen, z. B. Warschau, verzollt werden. Alle diese am polnischen Bestimmungsort erhobenen Zollgelder würden bei dem durch den Artikel 13 Absatz 2 vorgesehenen Verfahren der Verteilungsmasse verloren gehen. Um dies zu verhüten und eine sichere Verteilungsgrundlage zu schaffen, schlagen wir vor, als Verteilungsmasse die Gesamtsumme der in Polen und Danzig überhaupt aufkommenden Zollgelder zu nehmen. Es wird Sache der nach Artikel 15 späterhin zu führenden Verhandlungen sein, auf dieser Verteilungsgrundlage denjenigen Verteilungsmaßstab zu finden, welcher beiden Staaten einen in angemessenen Grenzen gehaltenen Anteil an den Zolleinnahmen gewährt.

Zu Artikel 15 zu a):

1. Es scheint insofern ein Schreibfehler vorzuliegen, als statt „douaniers" „douanier" gesetzt ist.

2. Bei der Regelung der Zollgesetzgebung und der Zolltarife werden stets die besonderen Interessen Danzigs als Handels-, Indu-

strie- und Hafenstadt berücksichtigt werden müssen, um so mehr als Danzig auf wesentlich anderer wirtschaftlicher Grundlage beruht als Polen. Es wird u. E. erforderlich sein, daß Danzig in die Lage versetzt wird, rechtzeitig vor dem Erlaß von Zollgesetzen und Zolltarifen, sowie von abändernden Bestimmungen sich zu äußern und seine Interessen zur Geltung zu bringen, und daß Danzig das Recht eingeräumt wird, die Entscheidung des Oberkommissars anzurufen, wenn in dem polnischen Gesetz oder Zolltarifen die von Danzig geltend gemachten Interessen nicht berücksichtigt sind. Wir glauben zwar, daß durch die Eingangsworte des Artikels 15 zu a) „d'examiner les mesures à prendre en vue de l'application à la Ville Libre de la législation et du tarif douanier polonais" in Verbindung mit Artikel 35 diese unsere Auffassung bereits bestätigt wird. Jedoch ist die Sachlage nicht zweifelsfrei. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Frage und der Gefahr späterer Mißverständnisse und Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Staaten bitten wir, der erwähnten Bestimmung eine solche Fassung geben zu wollen, daß die vorhandenen Zweifel beseitigt werden.

3. Wir bitten im Artikel 15a) die Worte: „et pour adapter autant que possible à la législation polonaise la législation dantzikoise concernant les monopoles, et en général, tous droits et impôts indirects" zu streichen und dem Artikel 15 folgenden 2. Absatz zu geben: „Polen und die Freie Stadt Danzig sind in der Gestaltung ihrer indirekten Steuern, Gebühren, Abgaben und Monopole ein jeder Staat selbständig. Beide vertragschließenden Teile werden bemüht sein, soweit es die eigenen besonderen Interessen zulassen, ihre Gesetzgebungen bezüglich der indirekten Steuern, Gebühren, Abgaben und Monopole möglichst einander anzupassen."

Für den Haushalt der Freien Stadt werden gerade die indirekten Steuern, Abgaben und Monopole in den nächsten Zeiten von entscheidender Bedeutung sein. Es kann den Zusammenbruch der Staatsfinanzen bedeuten, wenn die Einnahmen Danzigs aus den indirekten Steuern, Abgaben und Monopolen sich automatisch regeln nach den Maßnahmen, welche Polen mit Rücksicht auf seine ganz anders gearteten wirtschaftlichen Verhältnisse trifft. Diese Gefahr wird auch nicht dadurch ausgeschlossen, daß Polen vor Einführung oder Abänderung solcher Steuern und Monopole der Freien Stadt Gelegenheit zur Äußerung geben wird; denn bei einer gemeinschaftlichen Gesetzgebung Polens und Danzigs über die indirekten Steuern werden naturgemäß die Interessen Polens als des größeren Staates den Ausschlag geben. Auch mittelbar würden bei Einführung einer solchen Bindung Danzigs in der Regelung der indirekten Steuern, Abgaben und Monopole die Finanzen der Freien Stadt schwersten Schaden erleiden. Das Wirtschaftsleben Danzigs als einer Handels- und Industriestadt ist wesentlich verschieden von der Eigenart des polnischen Wirtschaftslebens. Steuergesetze, welche unter Würdi-

gung polnischer Wirtschaftsinteressen zweckmäßig sind, können die wichtigsten Zweige des Danziger Wirtschaftslebens im Innersten erschüttern und die Steuerkraft Danzigs schwer schädigen. Ebenso können durch die polnische Gesetzgebung Danzig Monopole auferlegt werden, die für die besonderen Danziger Verhältnisse völlig ungeeignet sind, den staatlichen Finanzen ungeheuerliche Verwaltungskosten auferlegen, ohne irgendwelchen Nutzen oder Ertrag zu bringen. Im übrigen sind in der Finanztechnik die indirekten Steuern, Abgaben und Monopole als innere Abgaben von den Zöllen wesentlich verschieden, und es bedeutet eine verschiedene Gesetzgebung über die indirekten Steuern, Abgaben und Monopole in den einzelnen Teilen eines Zolleinheitsgebiets und keine Verletzung des Begriffs der Zolleinheit, wie sogar in den verschiedenen Städten desselben Staates die indirekten Steuern, z. B. die Brausteuer und Fleischsteuer, verschieden gestaltet wird. Durch eine Verschiedenheit der indirekten Steuern und Monopole in einzelnen Teilen wird nicht eine der Zollgrenze gleichartige Schranke errichtet, sondern nach dem bisherigen Verfahren der Finanztechnik wickelt sich der Handelsverkehr durchaus glatt und ohne Schwierigkeiten ab.

Zu c) bitten wir, den Satz 2 zu streichen. Wir beziehen uns auf das in Artikel 13, Abs. 2 Gesagte.

Kapitel III. Hafen, Eisenbahn- und Wasserwege.

Zu Artikel 18.

I. Aus Artikel 18 in Verbindung mit Artikel 35 entnehmen wir, daß die Freie Stadt Danzig das Recht hat, gegen Maßnahmen des Rates in der in Artikel 35 vorgesehenen Art die Entscheidung des Oberkommissars anzurufen. Dieses Berufungsrecht ist u. E. Danzig nicht dadurch verwehrt, daß Artikel 24 Abatz 2 für Polen ein gleiches Berufungsrecht noch einmal ausdrücklich hervorhebt. Wir wollen hiermit nur die Rechtslage klarstellen.

II. Im Absatz 1 bitten wir folgenden Satz 2 hinzuzusetzen: „Der Rat wird die zur Zeit im Dienste der Eisenbahn, des Hafens und der Wasserwege beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter in dem für die Verwaltung und den Betrieb erforderlichen Umfang unter Aufrechterhaltung der ihnen durch ihr Angestelltenverhältnis und ihre Verträge gewährten Rechte übernehmen." Diese Bestimmung ist notwendig, um Unruhen zu verhüten.

Zu Artikel 20. Wir bitten, dem Satz 1 folgenden Zusatz zu lassen: „Insbesondere auch die Frage der Übernahme der zur Zeit im Eisenbahndienst beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter, unter Aufrechterhaltung der ihnen durch ihr Anstellungsverhältnis und ihre Verträge zustehenden Rechte."

Zur Begründung beziehen wir uns auf das zu Artikel 18 unter II Gesagte.

Zu Artikel 21. Wir bitten, den Bestimmungen des Artikels 21 Satz 1 und 2 rückwirkende Geltung vom 10. Januar 1920 ab zu geben, da Danzig seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages im Auftrag der Alliierten Hauptmächte zur Aufrechterhaltung des Verkehrs die Geschäfte des Hafens, der Wasserwege und der Eisenbahnen als Treuhänder „für Rechnung wen es angeht" geführt hat.

Zu Artikel 22. In Artikel 22 bitten wir die Worte: d'accord avec le gouvernement polonais" fortfallen zu lassen. Nach der allgemeinen Bestimmung des Artikels 24 hat der Rat die ihm im Interesse Polens obliegenden Verpflichtungen in freier Selbstverwaltung zu erfüllen vorbehaltlich des Appellationsrechts beider Staaten. Durch die obenerwähnten Worte des Artikels 22 würde jedoch der Ausschuß bezüglich der Auswanderung ausführendes Organ der polnischen Regierung sein.

Zu Artikel 25. In Artikel 25 bitten wir den Zusatz zu machen: „jedoch mit der Maßgabe, daß die polizeilichen Bestimmungen über Behandlung der Güter zu beachten sind." Diese Bestimmung ist in allen Handelsverträgen üblich, um die sanitätspolizeilichen Interessen des Durchfuhrlandes sicherzustellen, insbesondere Seuchen zu vermeiden.

Zu Artikel 25a. Wir bitten, einen neuen Artikel 25a einzufügen:

„Die Bestimmungen des Kapitels II Artikel 17—24 werden in Kraft gesetzt drei Monate nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages. Bis dahin gelten die entsprechenden Bestimmungen des vorläufigen Abkommens vom 22. April 1920."

Die Umstellung der Verwaltung auf den Ausschuß einschließlich einer geordneten Personalübernahme und aller erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen kann nicht sofort mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages erfolgen. Es würde sonst Verwirrung eintreten. Die zur Zeit beschäftigten Beamten würden unter Umständen ihren Dienst verlassen und der Betrieb des Hafens, der Eisenbahn und der Wasserwege könnte ins Stocken geraten. Eine angemessene Frist zur geordneten Überleitung ist dringend erforderlich.

Kapitel V.

Zu Artikel 31. Der Artikel 31 bedeutet einen Eingriff in die Selbständigkeit der Freien Stadt. Es ist nach unserem Dafürhalten lediglich eine innere Angelegenheit Danzigs, wie es seine Staatsangehörigkeit vergeben und Naturalisationen und Konstituierungen von Danziger Gesellschaften in seinem Gebiete regeln will. Wir können aus den Bestimmungen des Friedensvertrages kein Recht

Polens für diese Befugnisse herleiten und bitten daher um Streichung des Artikels.

Zu Artikel 32. Wir gehen wohl in der Annahme nicht fehl, daß bei Durchführung der gerichtlichen Urteile, die Polen und Danzig sich wechselseitig in ihrem Gebiet zugestehen sollen, entsprechend der internationalen Praxis nur Zivilurteile und nicht auch Strafurteile gemeint sind. Es scheint uns das auch einwandfrei aus der zweiten Hälfte des Artikels, die von Verfolgung und Auslieferung der Verbrecher handelt, hervorzugehen. Wir bitten jedoch, unsere Auffassung durch den Wortlaut des Artikels noch ausdrücklich hervorzuheben. Wir fügen hieran ferner die Bitte, auch bei der Bestimmung der Auslieferung und Verfolgung von Verbrechern gemäß der internationalen Gepflogenheit die politischen Verbrecher auszunehmen.

Zu Artikel 33. Währung. Wir bitten, dem Artikel 33 folgende abgeänderte Fassung zu geben: „Verhandlungen über Münzvereinheitlichung miteinander zu führen, ist Sache der freien Entschließung beider Vertragsstaaten." Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Danzig können künftig sehr wohl eine Münzvereinheitlichung den Interessen beider Staaten nahelegen. U. E. liegt jedoch die Währungsfrage außerhalb der Grenzen des Artikels 104 des Friedensvertrages und ist daher lediglich Sache der freien Entschließung jedes Vertragsstaates. Auch folgende praktische Gründe bestimmen uns zu der Bitte um Abänderung des Artikels 33: Seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles hat das Gerücht der unmittelbar bevorstehenden Einführung der polnischen Währung in Danzig nicht geruht. Immer wieder haben sich Ängstlichkeit und Spekulation der Angelegenheit bemächtigt, und es sind wiederholt Runs auf Banken und Sparkassen erfolgt, die das wirtschaftliche Leben Danzigs und seinen Handelskredit schwer geschädigt haben. Bleibt der Artikel 33 unverändert bestehen, so wird nach unseren bisherigen Erfahrungen mit unfehlbarer Gewißheit eine allgemeine Panik in Danzig einsetzen. Alle Kapitalien und Guthaben werden bei den Sparkassen und Banken abgehoben werden, auch die Gläubiger der Freien Stadt werden die kurzfristigen schwebenden Schulden aufkündigen, neue Gelder wird der Staat nicht erhalten, und es wird die Zahlungseinstellung der öffentlichen Kassen unvermeidlich sein. Nur bei der gewünschten Abänderung des Artikels 33 werden wir überhaupt in der Lage sein, die gewaltigen Schwierigkeiten für unser neues Staats- und Wirtschaftsleben zu überwinden.

Zu Artikel 34. Im Kapitel V sind einige Sonderfragen behandelt. Die Sicherstellung der Ernährung Danzigs und seiner Rohstoffversorgung ist in dem Entwurf nicht vorgesehen. Offensichtlich ist daran gedacht, sie nachträglich nach Artikel 34 des Kapitels V zu regeln.

Danzig ist nach dem Friedensvertrag lediglich deshalb vom Deutschen Reiche abgetrennt worden, um Polen den freien Hafen zu sichern. Dies darf jedoch nicht dazu führen, daß Danzig, das im eigenen Gebiet nur etwa $^2/_5$ seines Nahrungsbedürfnisses für Menschen und Tiere erzeugt, von seiner früheren Versorgungsbasis — Pommerellen — derartig losgelöst wird, daß es nicht in irgendeiner Weise Ersatz dafür findet. Auf dem Auslandsmarkt kann Danzig nicht kaufen, weil die dort geforderten Preise für die Danziger Bevölkerung und für den Danziger Staat völlig unerschwinglich sind. Muß Danzig Weltmarktpreise für Lebens- und Futtermittel und für Rohstoffe anlegen, so müssen die Löhne und Gehälter für Danzig eine Höhe erreichen, die zur völligen Stillegung von Handel und Industrie führt. Auch sind die außerordentlichen Unterschiede in der Ernährung und in den Preisen zwischen Danzig und Pommerellen eine dauernde Quelle der Beunruhigung und Erregung der Danziger Bevölkerung. Es wird daher in Kapitel V eine Bestimmung aufzunehmen sein, wonach Polen grundsätzlich die Verpflichtung zur Sicherstellung der Ernährung Danzigs nach dem Maßstab für Pommerellen auferlegt wird, soweit diese nicht aus dem eigenen Gebiet Danzigs gegeben ist, und wonach die näheren Ausführungsbestimmungen hierzu innerhalb eines Monats nach Vertragsunterzeichnung zu erfolgen haben. Eine entsprechende Bestimmung ist für die Rohstoffversorgung aufzunehmen. Die seit langem unterernährte Bevölkerung Danzigs muß endlich in der schweren Sorge um das tägliche Brot eine Erleichterung finden. Wir dürfen darauf hinweisen, daß der polnische Entwurf selbst eine Bestimmung über die Ernährung enthält.

Zu Artikel 35 bitten wir, alle Streitigkeiten, die sich aus diesem Vertrage oder den auf Grund desselben abgeschlossenen Verträgen ergeben, auch unsererseits in 2. Instanz dem Rate des Völkerbundes unterbreiten zu dürfen. Auch Polen müßte das gleiche Recht zugestanden werden. Gegenüber dem Friedensvertrage bedeutet die im Artikel 35 vorgeschlagene Fassung eine Einschränkung, indem uns die 2. Instanz, nämlich der Völkerbundsrat, abgeschnitten wird und nur dem Oberkommissar das Recht zustehen soll, wenn er es für notwendig erachtet, an den Völkerbund zu appellieren.

Lettre de la Conférence des Ambassadeurs adressée à la Délégation dantzigoise avec un nouveau projet du Traité dantzigois = polonais. (19. X. 1920).

Conférence des Ambassadeurs.

Le Président.

Paris, le 20. Octobre 1920.

Monsieur le Président,

La Conférence des Ambassadeurs a soumis à un examen attentif les observations que la Délégation Dantzikoise a bien voulu lui présenter au sujet du projet de Convention entre la Pologne et la Ville Libre de Dantzig qui vous avait été communiqué.

La Conférence a tenu compte de ces observations dans toute la mesure où il lui a paru possible de la faire. Le projet dont vous avez eu connaissance a donc été remanié et vous trouverez ci-joint le texte définitif qui a reçu l'approbation de la Conférence.

Les Puissances estiment que telle qu'elle est maintenant rédigée, la Convention préparée par elles concilie les intérêts des deux parties et assure à la Pologne comme à la Ville Libre l'exercice des droits que leur reconnaît le Traité. La Conférence ne pourrait donc accepter d'apporter à ce document de nouvelles modifications.

En conséquence et en vertu des droits que reconnaît aux Principales Puissances l'article 104 du Traité de Versailles, je vous serais obligé de faire connaître à la Conférence que vous êtes prêt à signer le présent projet. La signature aura lieu le Samedi 23 Octobre, à 16 heures. Il sera procédé en même temps à la signature de la Décision constituant la ville de Dantzig en Ville Libre.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, les assurances de ma haute considération

(gez.): Jules Cambon.

Monsieur le Président de la
Delegation Dantzikoise.

Schreiben der Botschafterkonferenz an die Danziger Delegation mit neuem Wortlaut zum Danzig = polnischen Vertrage. (19. X. 1920)

Botschafterkonferenz.

Der Präsident.

Paris, den 20. Oktober 1920.

Herr Präsident!

Die Botschafterkonferenz hat die Anmerkungen, welche die Danziger Delegation hinsichtlich des Vertragsentwurfs zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig, der Ihnen mitgeteilt worden war, überreicht hat, einer aufmerksamen Prüfung unterworfen.

Die Konferenz hat diesen Anmerkungen im vollen Umfange, wo es ihr möglich erschien, Rechnung getragen. Der Entwurf, von dem Sie Kenntnis gehabt haben, ist also umgearbeitet worden, und Sie finden anbei den endgültigen Text, der die Billigung der Konferenz erhalten hat.

Die Mächte glauben, daß der von ihnen vorbereitete Vertrag in seiner jetzigen Fassung die Interessen der beiden Parteien vereinigt und Polen wie der Freien Stadt die Ausübung der Rechte zusichert, die ihnen der Friedensvertrag zuerkennt. Die Konferenz könnte also neue Änderungen an diesem Schriftstück nicht vornehmen. Infolge und auf Grund der Rechte, welche Artikel 104 des Vertrages von Versailles den Hauptmächten zuerkennt, wäre ich Ihnen verbunden, wenn Sie der Konferenz mitteilten, daß Sie bereit sind, den vorliegenden Entwurf zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung findet am Sonnabend, den 23. Oktober um 4 Uhr nachmittags statt. Es wird gleichzeitig zur Unterzeichnung der Bestimmung geschritten werden, welche die Stadt Danzig als Freie Stadt errichtet.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner Hochachtung.

(gez.) Jules Cambon.

19 Octobre 1920.

Projet de Convention entre la Ville Libre de Dantzig et la Pologne.

La Pologne et la Ville Libre de Dantzig, considérant la Convention négociées par les Principales Puissances alliées et associées, ainsi qu'il est prévu à l'article 104 du Traité de Paix signé à Versailles par les Puissances alliées et associées et l'Allemagne,

et désirant voir cette Convention intervenir entre elles conformément audit article dudit Traité,

ont, à cet affet, désigné pour leurs plénipotentiaires respectifs. savoir:

La République Polonaise:

. . . . . .

La Ville Libre de Dantzig:

. . . . . .

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et dûe forme, ont respectivement agréé les stipulations suivantes:

CHAPITRE I.

Article 1.

Un Représentant diplomatique du Gouvernement polonais, en résidance à Dantzig, servira d'intermédiaire entre le gouvernement polonais et le Gouvernement de la Ville Libre.

Article 2.

Il appartiendra au Gouvernement Polonais d'assurer la conduite des affaires extérieures de la Ville Libre de Dantzig, ainsi que la protection des nationaux de Dantzig dans les pays étrangers. Cette protection sera assurée dans les mêmes conditions que celle des nationaux polonais.

Les passeports, délivrés aux nationaux de Dantzig, ne pourront leur assurer la protection polonaise à l'étranger que s'ils ont été visés par le Représentant du Gouvernement polonais à Dantzig.

Article 3.

Un ou plusieurs nationaux de la Ville Libre de Dantzig, mis par la Ville Libre à la disposition du Gouvernement polonais, feront

19. Oktober 1920.

Entwurf des Vertrags zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen.

Polen und die Freie Stadt Danzig haben hinsichtlich des Vertrags, der gemäß Artikel 104 des in Versailles von den Alliierten und Assoziierten Mächten und Deutschland am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrages von den alliierten und assoziierten Hauptmächten vermittelt werden sollte, und in dem Wunsche, daß dieser Vertrag zwischen ihnen entsprechend dem besagten Artikel des genannten Vertrages abgeschlossen werde, zu diesem Zwecke als ihre Bevollmächtigten bezeichnet:

Die Republik Polen:

. . . . . .

die Freie Stadt Danzig:

. . . . . .

welche, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht haben, die als gut und in gehöriger Form befindlich anerkannt worden sind, die folgenden Bestimmungen beiderseits genehmigt haben.

Kapitel I.

Artikel 1.

Ein diplomatischer Vertreter der polnischen Regierung, mit dem Sitz in Danzig, soll zwischen der polnischen Regierung und der Freien Stadt als Vermittler dienen.

Artikel 2.

Es soll Sache der polnischen Regierung sein, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig, sowie den Schutz der Staatsangehörigen Danzigs in fremden Ländern sicherzustellen. Dieser Schutz soll unter denselben Bedingungen wie derjenige der polnischen Staatsangehörigen sichergestellt werden.

Die Pässe, welche den Staatsangehörigen Danzigs ausgestellt werden, können ihnen den polnischen Schutz im Auslande nur sichern, wenn sie von dem Vertreter der polnischen Regierung in Danzig visiert worden sind.

Artikel 3.

Ein Staatsangehöriger oder mehrere Staatsangehörige der Freien Stadt Danzig, welche von der Freien Stadt zur Verfügung der pol-

partie du personnel des Consulats polonais établis dans les places étrangères où la Ville Libre de Dantzig aura des intérêts économiques importants.

Ces fonctionnaires ressortiront au Gouvernement polonais et seront, sous la direction et l'autorité du Consul polonais, chargés des affaires concernant spécialement les intérêts des nationaux de la Ville Libre de Dantzig.

Article 4.

L'exéquatur sera donnée aux Consuls et Agents consulaires étrangers en résidence à Dantzig par le Gouvernement Polonais après entente avec les autorités de la Ville Libre.

Article 5.

Les frais de la représentation diplomatique et consulaire de la Ville Libre de Dantzig, ainsi que les frais de protection de ses ressortissants à l'étranger, seront supportés par la Pologne.

Tous les droits et taxes prélevés par le service diplomatique ou consulaire seront acquis au Gouvernement polonais.

Article 6.

Aucun Traité ou Accord international intéressant la Ville Libre de Dantzig ne sera conclu par le Gouvernement polonais sans une consultation préalable avec la Ville Libre; le résultat de cette consultation sera porté à la connaissance du Haut Commissaire de la Société des Nations.

Dans tous les cas, le Haut Commissaire aura le droit d'opposer son veto à tout Traité ou Accord international dans la mesure où il s'appliquerait à la Ville Libre de Dantzig, si le Conseil de la Société des Nations estime qu'il est en contradiction avec le statut de la Ville Libre.

Article 7.

La Ville Libre ne pourra contracter des emprunts extérieurs qu'après consultation préalable du Gouvernement polonais qui devra faire connaître sa réponse dans un délai de quinze jours. En cas d'objection de la part du Gouvernement polonais, la question pourra être soumise par la Ville Libre à l'appréciation du Haut Commissaire à qui il appartiendra de décider dans les conditions prévues à l'article 36 du présent Traité.

Le Haut Commissaire aura pour devoir de s'assurer que les conditions de l'emprunt ne sont pas en contradiction avec les stipulations du présent Traité, ni avec le statut de la Ville Libre.

nischen Regierung gestellt werden, sollen dem Personal der polnischen Konsulate zugeteilt werden, die an den fremden Orten eingerichtet werden, wo die Freie Stadt Danzig wichtige wirtschaftliche Interessen hat.

Diese Beamten sind der polnischen Regierung verantwortlich und sollen unter der Leitung und Oberaufsicht des polnischen Konsuls mit den Angelegenheiten betraut werden, welche besonders die Interessen der Freien Stadt betreffen.

Artikel 4.

Das Exequatur soll den fremden Konsuln und Konsularagenten, die in Danzig ihren Sitz haben, von der polnischen Regierung nach Einvernehmen mit den Behörden der Freien Stadt erteilt werden.

Artikel 5.

Die Kosten der diplomatischen und konsularischen Vertretung der Freien Stadt Danzig, sowie die Kosten für den Schutz ihrer Staatsangehörigen im Auslande sollen von Polen getragen werden.

Alle Gebühren und Abgaben, die im diplomatischen und konsularischen Dienst erhoben werden, sollen der polnischen Regierung gehören.

Artikel 6.

Kein internationaler Vertrag oder Vereinbarung, der die Freie Stadt Danzig interessiert, soll von der polnischen Regierung ohne vorherige Beratung mit der Freien Stadt abgeschlossen werden; das Ergebnis dieser Beratung soll zur Kenntnis des Hohen Kommissars des Völkerbundes gebracht werden.

In allen Fällen hat der Hohe Kommissar das Recht, jedem internationalen Vertrag oder Abkommen sein Veto entgegenzusetzen, soweit er die Freie Stadt Danzig betrifft, wenn der Rat des Völkerbundes glaubt, daß er der Rechtsstellung der Freien Stadt widerspricht.

Artikel 7.

Die Freie Stadt darf nur nach vorheriger Befragung der polnischen Regierung ausländische Anleihen aufnehmen; die polnische Regierung muß ihre Antwort in einer Frist von vierzehn Tagen bekanntgeben. Falls die polnische Regierung einen Einspruch erhebt, kann die Frage von der Freien Stadt der Beurteilung des Hohen Kommissars unterbreitet werden, dessen Sache es sein soll, unter den im Artikel 36 des vorliegenden Vertrages vorgesehenen Bedingungen zu entscheiden.

Der Hohe Kommissar hat die Pflicht, sich zu vergewissern, daß die Bedingungen der Anleihe nicht mit den Bestimmungen des vorliegenden Vertrages und der Rechtsstellung der Freien Stadt im Widerspruch stehen.

Article 8.

Le droit de porter le pavillon commercial de Dantzig sera réservé aux navires dont la propriété appartient exclusivement à des ressortissants de la Ville Libre, y compris des sociétés ou associations qui sont enregistrées dans la Ville Libre et dans lesquelles des ressortissants de la Ville Libre ont des intérêts prédominants.

La Ville Libre s'engage à accorder, dans le port de Dantzig, aux navires battant pavillon polonais et enregistrés en territoire polonais, le même traitement qu'aux navires battant pavillon de la Ville Libre.

Article 9.

Les rapports directs entre les autorités locales, administratives et judiciaires de la Ville Libre de Dantzig et les territoires limitrophes de la Prusse orientale seront admis dans les mêmes conditions que les rapports directs entre les autorités polonaises et les autorités allemandes, ainsi qu'il sera réglé par une Convention à conclure entre la Pologne et l'Allemagne.

Article 10.

Sous réserve des droits appartenant à la Pologne et visés à l'article 2, la police des étrangers sur le territoire de la Ville Libre de Dantzig sera exercée par les autorités de la Ville Libre.

CHAPITRE II.

Article 11.

La Ville Libre de Dantzig est placée en dedans des limites de la frontière douanière de la Pologne; la Pologne et la Ville Libre constituent un seul territoire douanier soumis à la législation et au tarif douanier polonais.

Article 12.

Le territoire de la Ville Libre de Dantzig constituera, au point de vue douanier, une unité administrative confiée à des fonctionnaires de la Ville Libre et fonctionnant sous le contrôle général de l'administration centrale des douanes de Pologne.

Article 13.

L'administration douanière dantzigoise sera, envers l'administration des douanes polonaises, comptable des recettes douanières et responsable de leur perception.

Artikel 8.

Das Recht, die Danziger Handelsflagge zu führen, wird den Schiffen vorbehalten, deren Eigentum ausschließlich Staatsangehörigen der Freien Stadt zusteht, einschließlich der Gesellschaften oder Vereinigungen, die in der Freien Stadt eingetragen sind und bei welchen Staatsangehörige der Freien Stadt überwiegende Interessen haben.

Die Freie Stadt verpflichtet sich, im Hafen von Danzig den Schiffen, welche die polnische Flagge führen und auf polnischem Gebiet eingetragen sind, dieselbe Behandlung zu gewähren, wie den Schiffen, welche die Flagge der Freien Stadt führen.

Artikel 9.

Die unmittelbaren Beziehungen zwischen den örtlichen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden der Freien Stadt Danzig und der Nachbarbezirke Ostpreußens sollen unter denselben Bedingungen zugelassen werden, wie die unmittelbaren Beziehungen zwischen den polnischen und deutschen Behörden, wie sie durch einen Vertrag geregelt werden, der zwischen Polen und Deutschland abgeschlossen werden soll.

Artikel 10.

Unter Vorbehalt der Rechte, welche Polen zustehen und in Artikel 2 benannt sind, soll die Fremdenpolizei auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig von den Behörden der Freien Stadt ausgeübt werden.

Kapitel II.

Artikel 11.

Die Freie Stadt Danzig wird in die Zollgrenze Polens eingeschlossen.

Polen und die Freie Stadt bilden ein einziges Zollgebiet, welches der polnischen Zollgesetzgebung und dem polnischen Zolltarif unterstellt ist.

Artikel 12.

Das Gebiet der Freien Stadt Danzig soll hinsichtlich der Zölle eine Verwaltungseinheit bilden, welche Beamten der Freien Stadt anvertraut ist und unter der allgemeinen Überwachung der Zentralzollverwaltung Polens tätig ist.

Artikel 13.

Die Danziger Zollverwaltung soll der Verwaltung der polnischen Zölle gegenüber für die Zolleinnahmen rechnungspflichtig und für ihre Erhebung verantwortlich sein.

Les dépenses d'administration supportées de ce chef par la Ville Libre seront prélevées sur la somme totale des recettes douanières perçues sur le territoire de la Ville Libre.

Les comptes seront apurés à la fin de chaque trimestre et la Pologne remettra à la Ville Libre un pourcentage fixe des recettes nettes, déterminé conformément aux stipulations de l'article 15.

Article 14.

Les dispositions du présent chapitre seront mises en vigueur dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité et, en attendant, l'arrangement provisoire du 22 Avril 1920 restera appliqué.

Article 15.

Dans le délai d'un mois à partir de la mise en vigueur du présent Traité, des négociations auront lieu entre la Pologne et la Ville Libre, à l'effet:

a) d'examiner les mesures à prendre en vue de l'application à la Ville Libre de la législation et du tarif douanier polonais, et pour adapter autant que possible, à la législation polonaise la législation Dantzigoise concernant les monopoles et en général, tous droits et impôts indirects. La Ville Libre s'engage à prendre et à assurer l'exécution desdites mesures.

b) de fixer des règles concernant le taux du change pour la perception dans le port de Dantzig des droits de douane en monnaie dantzigoise, suivant un tarif équivalent au tarif polonais, aussi longtemps que les deux Etats possèderont des systèmes monétaires distincts;

c) de fixer le pourcentage des recettes nettes devant être attribué à Dantzig, conformément à l'article 13. Ce pourcentage sera déterminé en tenant compte de la proportion des droits de douane perçus sur les marchandises respectivement destinées à être consommés en Pologne et sur le territoire de la Ville Libre.

Article 16.

La zone franche existant actuellement dans le port de Dantzig sera maintenue.

Cette zone sera placée sous le contrôle et l'administration du Conseil qui est prévu à l'article 17 et qui aura pleins pouvoirs pour modifier ou étendre les limites de ladite zone franche et modifier son régime intérieur.

Die Verwaltungsausgaben, welche aus diesem Grunde von der Freien Stadt gemacht werden, sollen von der Gesamtsumme der Zolleinnahmen, die auf dem Gebiet der Freien Stadt erhoben werden, vorweggenommen werden.

Die Abrechnungen sollen am Ende jedes Vierteljahres vorgenommen werden und Polen soll der Freien Stadt einen festen Prozentsatz von den Nettoeinnahmen belassen, der entsprechend den Bestimmungen des Artikels 15 festgesetzt werden soll.

Artikel 14.

Die Bestimmungen dieses Artikels sollen binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages wirksam werden, und bis dahin soll das vorläufige Abkommen vom 22. April 1920 in Anwendung bleiben.

Artikel 15.

Innerhalb eines Monats vom Inkrafttreten dieses Vertrages sollen Verhandlungen zwischen Polen und der Freien Stadt stattfinden, die zum Ziele haben:

a) die Maßnahmen zu prüfen, die zu treffen sind, um die polnische Gesetzgebung und den polnischen Zolltarif auf die Freie Stadt anzuwenden und soweit möglich, der polnischen Gesetzgebung die Danziger Gesetzgebung anzupassen, welche sich auf die Monopole und im allgemeinen alle Gebühren und indirekten Steuern bezieht. Die Freie Stadt verpflichtet sich, die Ausführung besagter Maßnahmen zu übernehmen und sicherzustellen,

b) Richtlinien festzusetzen, die den Verrechnungskurs für die Erhebung der Zollabgaben in Danziger Geld im Hafen von Danzig betreffen, einem Tarif zufolge, der dem polnischen Tarif entsprechend ist, solange die beiden Staaten verschiedene Währungen besitzen,

c) den Prozentsatz der Nettoeinnahmen festzusetzen, der gemäß Artikel 13 Danzig zugeteilt werden muß. Bei Festsetzung dieses Prozentsatzes soll dem Verhältnis der Zollgebühren Rechnung getragen werden, die von den Waren erhoben werden, welche dazu bestimmt sind, in Polen bzw. auf dem Gebiet der Freien Stadt verbraucht zu werden.

Artikel 16.

Die gegenwärtig im Danziger Hafen vorhandene Freizone soll bestehen bleiben.

Diese Zone soll unter die Kontrolle und Verwaltung des Ausschusses gestellt werden, der in Artikel 17 vorgesehen ist und Vollmacht haben soll, die Grenzen der besagten Freizone zu verändern oder zu erweitern und ihre innere Verwaltung zu verändern.

CHAPITRE III.

Article 17.

Il sera créé sous le nom *de Conseil du Port et des voies d'eau de Dantzig*, un Conseil composé par parties égales, de Commissaires polonais et de Commissaires dantzigois, dont le nombre, de part et d'autre, n'excédera pas cinq, et qui seront choisis respectivement par le gouvernement polonais et par la Ville Libre parmi les représentants des intérêts économiques des deux pays.

Le Président de ce Conseil sera choisi d'accord entre le gouvernement polonais et le gouvernement de la Ville Libre. A défaut d'accord dans le mois qui suivra la mise en vigueur du présent Traité, le Conseil de la Société des Nations sera sollicité par le Haut Commissaire de la Société à Dantzig, de désigner un Président de nationalité suisse. Il sera procédé de même en cas de vacance de la Présidence, dans le mois qui suivra la cessation des fonctions du précédent Président.

Le Président dirigera les débats en s'efforçant de provoquer un accord entre les Parties; il ne prendra part au vote qu'après avoir épuisé tous les moyens pour réaliser cet accord, sa voix en portant la décision en cas de partage.

Les frais et dépenses du Conseil seront couverts par les recettes provenant des services administrés par ledit Conseil.

Article 18.

Le Conseil exercera dans les limites de la Ville Libre, la direction, l'administration et l'exploitation du port, des voies d'eau et de l'ensemble des voies ferrées qui desservent spécialement le port, ainsi que de tous biens et établissements servant à leur exploitation mais à l'exclusion des biens et des établissements servant à l'exploitation générale des chemins de fer.

Il appartiendra au Conseil de déterminer celles des voies ferrées qui doivent être considérées comme desservant spécialement le port.

Le Conseil maintiendra autant que possible en fonctions, les fonctionnaires, employés et ouvriers, actuellement affectés au service du port ou des voies d'eau ou voies ferrées qui ressortissent à sa compétence. L'introduction de nouveaux fonctionnaires ou ouvriers dans l'administration dépendant du Conseil ne devra donner lieu à aucune discrimination au détriment des nationaux polonais.

Kapitel III.

Artikel 17.

Unter dem Namen „Ausschuß für den Hafen und die Wasserwege von Danzig" soll ein Ausschuß geschaffen werden, der zu gleichen Teilen aus polnischen und Danziger Vertretern zusammengesetzt ist, deren Anzahl auf beiden Seiten fünf nicht überschreitet, und welche von der polnischen Regierung bzw. von der Freien Stadt unter den Vertretern der wirtschaftlichen Interessen der beiden Länder gewählt werden.

Der Präsident dieses Ausschusses soll in Übereinstimmung zwischen der polnischen Regierung und der Regierung der Freien Stadt gewählt werden. In Ermangelung eines Einvernehmens innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Vertrages soll der Rat des Völkerbundes von dem Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig ersucht werden, einen Präsidenten schweizerischer Nationalität zu bestimmen. Falls die Stelle des Präsidenten frei wird, soll innerhalb eines Monats nach Beendigung der Tätigkeit des letzten Präsidenten ebenso verfahren werden.

Der Präsident soll die Verhandlungen leiten, indem er sich bemüht, zwischen den Parteien eine Einigung herbeizuführen; er nimmt an der Abstimmung erst teil, nachdem er alle Mittel erschöpft hat dieses Einvernehmen zu erreichen, wobei seine Stimme die Entscheidung herbeiführt, falls Stimmengleichheit vorliegt.

Die Unkosten und Ausgaben des Ausschusses sollen durch die Einnahmen gedeckt werden, die aus den von dem besagten Ausschuß verwalteten Dienstzweigen sich ergeben.

Artikel 18.

Der Ausschuß soll in den Grenzen der Freien Stadt die Leitung, Verwaltung und Ausnutzung des Hafens, der Wasserwege und der gesamten Schienenwege ausüben, die besonders den Zwecken des Hafens dienen, sowie aller Güter und Einrichtungen, die ihrer Ausnutzung dienen, aber mit Ausschluß der Güter und Einrichtungen, die der allgemeinen Ausnutzung der Eisenbahnen dienen.

Es wird Sache des Ausschusses sein, diejenigen Schienenwege zu bestimmen, die als solche angesehen werden müssen, die besonders dem Zwecke des Hafens dienen.

Der Ausschuß wird, soweit als möglich, die Beamten, Angestellten und Arbeiter im Dienste behalten, welche gegenwärtig im Dienste des Hafens oder der Wasserwege oder Schienenwege beschäftigt sind, welche seiner Zuständigkeit unterstehen. Die Annahme neuer Beamter oder Arbeiter bei der Verwaltung, welche dem Ausschuß untersteht, muß ohne irgendwelche unterschiedliche Behandlung zum Schaden polnischer Staatsangehöriger vorgenommen werden.

Article 19.

Les voies ferrées qui ne sont pas visées à l'article 18 seront administrées par la Pologne sauf les tramways et autres voies ferrées servant principalement aux besoins de la Ville Libre.

Article 20.

Des accords ultérieurs entre la Pologne et la Ville Libre décideront toutes questions auxquelles pourraient donner lieu l'exécution des articles 18 et 19, notamment en ce qui concerne les questions relatives au maintien des fonctionnaires, employés et ouvriers actuellement en service sur les chemins de fer, sur la base du respect des droits acquis.

A défaut d'accord la décision sera prise par le Haut Commissaire de la Société des Nations.

Article 21.

Le Conseil percevra tous droits, taxes et revenus provenant de l'administration du port, des voies d'eau et des voies ferrées visée à l'article 18 et fera face à tous les frais d'entretien, de direction, d'exploitation, d'amélioration et de développement. Les bénéfices et les pertes seront partagés entre la Pologne et la Ville Libre de Dantzig suivant une proportion à fixer dans une convention financière à intervenir entre elles.

Il sera tenu compte à la Ville Libre des dépenses qu'elle aura supportées depuis le 10 Janvier 1920 pour l'entretien des services visés à l'article 18.

Article 22.

Le Conseil prendra toutes les mesures utiles pour assurer, d'accord avec le Gouvernement polonais, le libre trafic d'émigration et d'immigration, en provenance ou à destination de la Pologne.

Aucune compagnie de navigation ni autre organisation, société ou personne privée ne pourra se livrer à une entreprise d'émigration ou d'immigration en provenance ou à destination de la Pologne sans l'autorisation du gouvernement polonais.

Article 23.

La propriété de tous les biens ayant appartenu à l'ancien Empire allemand ou à tout Etat allemand et faisant partie du port se rattachant à l'administration ou à l'exploitation de celui-ci ainsi qu'à celle des voies d'eau et des voies ferrées visées à l'article 18, sera transférée au Conseil.

Artikel 19.

Die Schienenwege, die im Artikel 18 nicht erwähnt sind, sollen außer den Straßenbahnen und anderen Schienenwegen, die hauptsächlich den Bedürfnissen der Freien Stadt dienen, von Polen verwaltet werden.

Artikel 20.

Spätere Vereinbarungen zwischen Polen und der Freien Stadt werden alle Fragen regeln, zu denen die Ausführung der Artikel 18 und 19 Anlaß geben könnte, namentlich soweit die Fragen in Betracht kommen, die sich auf die Beibehaltung der Beamten, Angestellten und Arbeiter beziehen, die gegenwärtig im Dienste der Eisenbahnen stehen, und zwar auf der Grundlage der Achtung erworbener Rechte.

Falls eine Einigung nicht erfolgt, wird die Entscheidung von dem Hohen Kommissar des Völkerbundes getroffen.

Artikel 21.

Der Ausschuß soll alle Abgaben, Gebühren und Einkünfte erhalten, die sich aus der in Artikel 18 und 19 vorgesehenen Verwaltung des Hafens, der Wasserwege und der Schienenwege ergeben, und wird alle Kosten der Unterhaltung, Leitung, Ausnutzung, Verbesserung und Entwickelung bestreiten. Die Gewinne und Verluste werden zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig in einem Verhältnis geteilt, das in einem Finanzvertrag festgesetzt wird, der zwischen ihnen abzuschließen ist.

Es soll den Ausgaben Rechnung getragen werden, welche die Freie Stadt seit dem 10. Januar 1920 für die Aufrechterhaltung der im Artikel 18 genannten Dienstzweige gemacht hat.

Artikel 22.

Der Ausschuß soll alle zweckdienlichen Maßnahmen treffen, um in Übereinstimmung mit der polnischen Regierung den freien Auswanderer- und Rückwandererverkehr aus Polen und nach Polen sicherzustellen.

Keine Schiffahrtsgesellschaft und keine andere Organisation, Gesellschaft oder Privatperson darf sich mit einem Auswanderer- oder Rückwandererunternehmen von oder nach Polen ohne die Ermächtigung der polnischen Regierung befassen.

Artikel 23.

Das Eigentum aller Güter, welche dem früheren Deutschen Reich oder irgendeinem deutschen Staate gehört haben, einen Teil des Hafens bilden und mit der Verwaltung und Ausnutzung des Hafens sowie mit der Verwaltung und Ausnutzung der Wasserwege und Schienenwege, die im Artikel 18 bezeichnet sind, in Zusammenhang stehen, wird dem Ausschuß übertragen.

Le Conseil aura le droit de prendre à bail ou d'acquérir tous autres biens, meubles ou immeubles, situés sur le territoire de la Ville Libre, selon que le Conseil le jugera nécessaire à la direction, à l'administration ou l'exploitation du port, des voies d'eau et des voies ferrées, dont il a la charge, ou à leur développement ou amélioration. La Ville Libre de Dantzig s'engage à prendre toutes mesures nécessaires pour donner effet aux décisions du Conseil et, notamment à procéder aux expropriations qu'il y aurait lieu d'effectuer à cet effet.

La propriété de tous les biens ayant appartenu à l'ancien Empire allemand ou à tout Etat allemand et se rattachant à l'administration ou à l'exploitation des voies ferrées visées à l'article 19 sera transférée à la Pologne.

La Ville Libre s'engage à ne pas refuser à la Pologne l'expropriation, dans les conditions équitables, des terrains et autres propriétés nécessaires à l'exploitation des services visés à l'article 19.

Article 24.

Le Conseil aura l'obligation d'assurer à la Pologne le libre usage et le service du port et des moyens de communications visés à l'article 18, sans aucune restriction et dans la mesure nécessaire, pour assurer le trafic d'importation ou d'exportation à destination ou en provenance de la Pologne; le Conseil aura l'obligation de prendre toutes les mesures nécessaires pour assurer le développement et l'amélioration du port et des voies de communication afin de faire face à tous les besoins de ce trafic.

Dans le cas où les dispositions ci-dessus viendraient à n'être pas observées, la Pologne aura le droit d'exercer le recours prévu à article 36.

Article 25.

En tout temps et en toutes circonstances, la Pologne aura le droit d'importer et d'exporter par Dantzig des marchandises de quelque nature qu'elles soient, non prohibées par les lois polonaises.

CHAPITRE IV.

Article 26.

La Pologne aura le droit d'installer, dans le port de Dantzig, un service des postes, télégraphes et téléphones, communiquant directement avec la Pologne. Ce service aura dans ses attributions

Der Ausschuß hat das Recht, alle anderen beweglichen oder unbeweglichen Güter, die auf dem Gebiete der Freien Stadt belegen sind, zu pachten oder zu erwerben, soweit der Ausschuß es für die Leitung, Verwaltung oder Ausnutzung des Hafens, der Wasser- und Schienenwege, die ihm anvertraut sind, oder für ihre Entwickelung oder Verbesserung für notwendig erachtet. Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Entscheidungen des Ausschusses auszuführen und namentlich zu Enteignungen zu schreiten, deren Durchführung zu diesem Zwecke erforderlich ist.

Das Eigentum aller Güter, die dem früheren Deutschen Reiche oder irgendeinem deutschen Staate gehört haben und mit der Verwaltung oder Ausnutzung der im Artikel 19 genannten Schienenwege im Zusammenhange stehen, soll Polen übertragen werden.

Die Freie Stadt verpflichtet sich, Polen die Enteignung des Geländes und anderen Eigentums, das für die Ausnutzung der im Artikel 19 bezeichneten Dienstzweige notwendig ist, unter angemessenen Bedingungen nicht zu versagen.

Artikel 24.

Der Ausschuß hat die Verpflichtung, Polen die freie Benutzung und den Gebrauch des Hafens und der im Artikel 18 bezeichneten Verbindungsmittel ohne jede Einschränkung und in dem für die Sicherstellung der Einfuhr oder Ausfuhr nach Polen oder von Polen notwendigen Maße zu gewährleisten; der Ausschuß hat die Verpflichtung, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Entwickelung und Verbesserung des Hafens und der Verbindungswege sicherzustellen, um allen Bedürfnissen dieses Verkehrs nachzukommen.

Falls die obigen Bestimmungen nicht beachtet werden sollten, hat Polen das Recht, den im Artikel 35 vorgesehenen Antrag auf Entscheidung zu stellen.

Artikel 25.

Jederzeit und unter allen Umständen hat Polen das Recht, über Danzig Waren, gleichviel welcher Art, einzuführen und auszuführen, sofern sie nicht durch die polnischen Gesetze verboten sind.

Kapitel IV.

Artikel 26.

Polen hat das Recht, im Hafen von Danzig einen Post-, Telegraphen- und Telephondienst einzurichten, der mit Polen unmittelbar in Verbindung steht. Zu den Befugnissen dieses Dienstes ge-

les communications postales et télégraphes, empruntant le port de Dantzig, entre la Pologne et les pays étrangers, ainsi que les communications entre la Pologne et le port de Dantzig.

Article 27.

La Ville Libre de Dantzig s'engage à donner à bail ou à vendre à la Pologne, dans des conditions équitables, les terrains ou les bâtiments nécessaires à l'installation ainsi qu'au fonctionnement du service prévu à l'article 26. La Ville Libre s'engage à donner au gouvernement polonais toutes les facilités requises en vue de l'établissement deslignes télégraphiques et téléphoniques nécessaires à l'application dudit article.

Article 28.

Toutes autres communications postales, télégraphiques et téléphoniques sur le territoire de la Ville Libre, ainsi que les communications entre la Ville Libre et les pays étrangers, seront du ressort de la Ville Libre.

Article 29.

La Pologne et la Ville Libre de Dantzig s'engagent à conclure dans un délai de six mois, à dater de l'entrée en vigueur du présent Traité, une Convention spéciale à l'effet d'établir des tarifs postaux, télégraphiques et téléphoniques uniformes pour leurs communications réciproques; cette convention réglera en même temps les détails d'application du présent chapitre.

CHAPITRE V.

Article 30.

La Ville Libre s'engage à appliquer aux minorités de race, de religion ou de langue, des dispositions identiques à celles qui sont appliquées par la Pologne sur le territoire polonais, en exécution du chapitre I du Traité conclu à Versailles, le 28 Juin 1919, entre la Pologne et les Principales Puissances alliées et associées, à l'effet notamment d'assurer l'application des dispositions prévues à l'article 104 § 5 du Traité de Versailles avec l'Allemagne.

Les stipulations des articles 14 à 19 du Traité conclu à Versailles entre les Principales Puissances alliées et associées et la Pologne, le 28 Juin 1919, ainsi que les stipulations de l'article 89 du Traité de Versailles avec l'Allemagne s'appliqueront également à la Ville Libre de Dantzig.

hören die Post- und Telegraphenverbindungen zwischen Polen und dem Auslande über den Hafen von Danzig, sowie die Verbindungen zwischen Polen und dem Hafen von Danzig.

Artikel 27.

Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, Polen unter angemessenen Bedingungen das Gelände oder die Gebäude zu verpachten oder zu verkaufen, die für die Einrichtung sowie den Betrieb des im Artikel 26 vorgesehenen Dienstes notwendig sind. Die Freie Stadt verpflichtet sich, der polnischen Regierung alle erforderlichen Erleichterungen zur Einrichtung der Telegraphen- und Telephonlinien zu gewähren, welche zur Ausführung des genannten Artikels notwendig sind.

Artikel 28.

Alle anderen Post-, Telegraphen- und Telephonverbindungen auf dem Gebiet der Freien Stadt sowie die Verbindungen zwischen der Freien Stadt und dem Auslande, sollen Sache der Freien Stadt sein.

Artikel 29.

Polen und die Freie Stadt Danzig verpflichten sich, binnen sechs Monaten, vom Inkrafttreten dieses Vertrages an gerechnet, eine besondere Vereinbarung zu treffen hinsichtlich der Festsetzung einheitlicher Post-, Telegraphen- und Telephontarife für ihren gegenseitigen Verkehr; diese Vereinbarung soll gleichzeitig die Einzelheiten der Anwendung dieses Kapitels regeln.

Kapitel V.

Artikel 30.

Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, auf die Minderheiten der Rasse, Religion oder Sprache Bestimmungen anzuwenden, die denjenigen gleich sind, die von Polen auf dem polnischen Gebiete angewandt werden in Ausführung des Kapitels I des Vertrages, der am 28. Juni 1919 zwischen Polen und den alliierten und assoziierten Hauptmächten in Versailles abgeschlossen worden ist, namentlich, um die Anwendung der im Artikel 104 § 5 des Vertrages von Versailles mit Deutschland vorgesehenen Bestimmungen sicherzustellen.

Die Bestimmungen der Artikel 14—19 des Vertrages, der in Versailles zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Polen am 28. Juni 1919 abgeschlossen worden ist, sowie die Bestimmungen des Artikels 89 des Vertrages von Versailles mit Deutschland werden auf die Freie Stadt Danzig in gleicher Weise angewandt.

Article 31.

Les conditions de naturalisation dans la Ville Libre de Dantzig ainsi que les conditions auxquelles les sociétés étrangères pourront se constituer en sociétés dantzigoises seront fixées d'accord entre la Ville Libre et la Pologne.

Article 32.

Un arrangement spécial sera conclu, dans le plus bref délai, entre la Pologne et la Ville Libre de Dantzig pour régler l'exécution en Pologne et respectivement l'exécution sur le territoire de la Ville Libre, des jugements respectivement rendus par les tribunaux polonais et dantzigois, la poursuite des criminels réfugiés sur le territoire de l'une ou l'autre des Hautes Parties Contractantes, ainsi que leur extradition et toutes autres questions d'ordre judiciaire.

Article 33.

La Pologne et la Ville Libre de Dantzig s'engage respectivement à entrer en négociations dès que les circonstances le permettront, sur la demande de l'une ou de l'autre, en vue d'unifier leurs systèmes monétaires.

Article 34.

Le gouvernement polonais s'engage à entrer en négociations avec la Ville Libre en vue de faciliter à celle-ci, de toutes manières, son ravitaillement en denrées alimentaires et en combustibles.

Article 35.

Des arrangements ultérieurs seront conclus entre la Pologne et la Ville Libre sur toutes les questions qui ne sont pas traitées dans le présent Traité.

Article 36.

Tout différend qui viendrait à s'élever entre la Pologne et la Ville Libre au sujet du présent Traité ou de tous autres accords, arrangements et conventions ultérieurs ou de toutes questions touchant aux relations de la Pologne et de la Ville Libre sera soumis par l'une ou l'autre Partie à la décision du Haut Commissaire, qui, s'il l'estime nécessaire, renverra l'affaire au Conseil de la Société des Nations.

Les deux Parties conservent la liberté de faire appel au Conseil de la Société des Nations.

Artikel 31.

Die Bedingungen der Einbürgerung in der Freien Stadt Danzig, sowie die Bedingungen, unter welchen ausländische Gesellschaften sich als Danziger Gesellschaften umbilden können, sollen in Übereinstimmung zwischen der Freien Stadt und Polen festgesetzt werden.

Artikel 32.

Ein besonderes Abkommen soll in kürzester Frist zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig abgeschlossen werden, um die Ausführung der Urteile, die von den polnischen bzw. den Danziger Gerichten gefällt worden sind, in Polen bzw. auf dem Gebiet der Freien Stadt zu regeln, ferner die Verfolgung von Verbrechern, die sich auf das Gebiet der einen oder der anderen der hohen vertragschließenden Parteien flüchten, sowie ihre Auslieferung und alle anderen gerichtlichen Fragen.

Artikel 33.

Polen und die Freie Stadt Danzig verpflichten sich, sobald es die Umstände erlauben, auf den Antrag der einen oder anderen Partei in Verhandlungen einzutreten, um ihre Währungen zu vereinheitlichen.

Artikel 34.

Die polnische Regierung verpflichtet sich, mit der Freien Stadt Danzig in Verhandlungen einzutreten, um dieser auf jede Weise ihre Versorgung mit Lebensmitteln und Brennmaterial zu erleichtern.

Artikel 35.

Spätere Abmachungen werden zwischen Polen und der Freien Stadt über alle Fragen getroffen werden, die in diesem Vertrag nicht behandelt sind.

Artikel 36.

Jeder Streit, der zwischen Polen und der Freien Stadt hinsichtlich dieses Vertrages oder aller anderen späteren Abmachungen, Vereinbarungen und Abkommen oder aller Fragen entstehen sollte, die die Beziehungen Polens und der Freien Stadt berühren, soll von der einen oder anderen Partei der Entscheidung des Hohen Kommissars unterbreitet werden, der die Angelegenheit, falls er es für notwendig erachtet, an den Rat des Völkerbundes verweist.

Die beiden Parteien behalten die Freiheit, beim Rat des Völkerbundes Berufung einzulegen.

Article 37.

Aucune modification ne pourra être apportée à la présent Convention que par accord entre la Pologne et la Ville Libre de Dantzig.

La présente Convention, dont les textes français et anglais feront foi, entre en vigueur en même temps qu'est constituée la Ville Libre de Dantzig.

En foi de quoi les Plènipotentiaires susnommés ont signé la présente Convention.

Fait à Paris, le . . . . . en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement de la République Française et dont les expéditions authentiques seront remises à chacune des Hautes Parties Contractantes.

Artikel 37.

Eine Änderung an diesem Vertrage darf nur in Übereinstimmung zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig vorgenommen werden.

Dieser Vertrag, dessen französischer und englischer Wortlaut maßgebend ist, tritt gleichzeitig mit der Errichtung der Freien Stadt Danzig in Kraft.

Urkundlich dessen haben die obengenannten Bevollmächtigten den vorliegenden Vertrag unterzeichnet.

Gegeben zu Paris, den . . . . in einem einzigen Exemplar, das in den Archiven der Regierung der französischen Republik niedergelegt bleibt, und dessen authentische Ausfertigungen jeder der hohen vertragschließenden Parteien ausgehändigt werden.

Lettre de la Conférence de la Paix à la Délégation dantzigoise concernant des modifications dans le projet du Traité dantzigois = polonais.

Conférence de la Paix
Secrétariat Général.

Quai d'Orsay
Paris, le 22 Octobre 1920.

Le Secrétariat Général de la Conférence des Ambassadeurs a l'honneur d'attribuer l'attention de la Délégation dantzigoise sur la modification suivante qui a été apportée au Projet de Convention entre la Pologne et Dantzig.

Dans le texte qui a été communiqué le 20 Octobre à la Délégation dantzigoise, l'article 4 est ainsi conçu: „L'exéquatur sera donnée aux consuls et agents consulaires étrangers en résidence à Dantzig par le Gouvernement polonais après entente avec les autorités de la Ville Libre."

Il est apparu que ce texte prêtait à équivoque. L'expression „agents consulaires" a en effet une double signification: au sens étroit, elle s'applique à des agents nommés par les consuls et non directement par les gouvernements; dans un sens plus large, elle comprend tous les fonctionnaires de rang consulaire: consuls généraux, vice-consuls, etc. Employée avec le mot „consuls" l'expression „agents consulaires" devrait être entendue au sens étroit et elle serait impropre étant donné que les „agents consulaires" au sens étroit ne reçoivent pas l'exéquatur.

En conséquence il a été décidé d'adopter le texte primitif de l'article, en supprimant les mots „consuls et", l'expression „agents consulaires" doit être alors entendue au sens large; cela résulte d'ailleurs du texte anglais qui porte „consular officers".

Délégation dantzigoise.

L. S.

Schreiben der Friedenskonferenz an die Danziger Delegation betr. Abänderung des Entwurfs zum Danzig-polnischen Vertrage.

Friedenskonferenz.
Generalsekretariat.

Quai d'Orsay
Paris, den 22. Oktober 1920.

Das Generalsekretariat der Botschafterkonferenz hat die Ehre, die Aufmerksamkeit der Danziger Delegation auf folgende Abänderung zu lenken, welche in den Entwurf des Vertrages zwischen Polen und Danzig aufgenommen ist:

In dem Text, der am 20. Oktober 1920 der Danziger Delegation mitgeteilt ist, ist der Artikel 4 folgendermaßen gefaßt:

„Das Exequatur wird den fremden Konsuln und Konsularagenten, die in Danzig ihren Sitz haben, von der polnischen Regierung nach Einvernehmen mit den Behörden der Freien Stadt erteilt."

Es hat sich herausgestellt, daß dieser Text zu Mißverständnissen Anlaß gibt. Der Ausdruck „Konsularagenten" hat tatsächlich eine doppelte Bedeutung: Im engeren Sinne bezieht er sich auf Agenten, die durch die Konsuln ernannt sind und nicht direkt durch die Regierungen; in einem weiteren Sinne umfaßt er alle Beamten von konsularischem Rang: Generalkonsuln, Vizekonsuln usw. Zusammengestellt mit dem Worte „Konsul" muß der Ausdruck „Konsularagenten" im engeren Sinne verstanden werden, und er erscheint ungeeignet im Hinblick darauf, daß die Konsularagenten im engeren Sinne nicht das Exequatur erhalten.

Infolgedessen ist entschieden worden, den ursprünglichen Text des Artikels anzunehmen, der die Worte „Konsuln und" ausläßt; der Ausdruck Konsularagenten muß dann im weiteren Sinne verstanden werden; das folgt übrigens auch aus dem englischen Texte, welcher lautet „Consular officers".

(Siegel des Generalsekretariats der Friedenskonferenz.)

Sitzung der Danziger Delegation.

Paris, den 22. Oktober 1920.

Anwesend:

Oberbürgermeister Sahm, Vorsitzender,
Abgeordneter Schümmer,
„ Schwegmann,
„ Wieler,
„ Dr. Zint,
Stadtrat Dr. Evert,
Stadtrat Dr. Grünspan,
„ Dr. Schwartz,
Stadtsyndikus Briesewitz,
Abgeordneter Jewelowski,
Archivrat Dr. Kaufmann,
Dolmetscher Dr. Knutowski.

Am gestrigen und heutigen Tage haben in der Danziger Delegation lange und eingehende Beratungen darüber stattgefunden, ob die von der Botschafterkonferenz zur Unterzeichnung vorgelegte Konvention zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen unterschrieben werden soll oder nicht. Am heutigen Tage fand über die Frage die Schlußberatung statt. Nachdem nochmals fast sämtliche obenstehend aufgeführten Herren das Wort ergriffen hatten und nochmals alle für und gegen die Unterzeichnung sprechenden Gründe einer genauen Erörterung unterzogen hatten, kommt die Delegation zu dem Ergebnis, daß die Folgen einer Nichtunterzeichnung für die Freie Stadt Danzig und ihre Bewohner nach menschlichem Ermessen schwerer sein würden, als die Folgen einer Unterzeichnung.

Die Delegation beschließt daher einstimmig, am 23. Oktober 1920, nachmittags 4 Uhr, die von der Botschafterkonferenz vorgelegte Konvention zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen gemäß Artikel 104 des Friedensvertrages von Versailles namens der Freien Stadt Danzig zu unterzeichnen und das abschriftlich in der Anlage beigefügte Schreiben noch heute an die Botschafterkonferenz abzusenden.

Es wird nach weiterer Beratung, bei der insbesondere auch die letzthin von der Verfassunggebenden Versammlung zu Danzig übermittelten Erwägungen in Betracht gezogen werden, Einstimmigkeit

darüber festgestellt, daß gleichzeitig auch die Urkunde über die Errichtung der Freien Stadt Danzig, sowie über die Tragung der Kosten der Verwaltung und der Besatzung der alliierten Mächte unterschrieben werden soll.

Auch diejenigen anwesenden Herren, die in der Beratung nicht das Wort ergriffen hatten, haben zu erkennen gegeben, daß sie mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden sind.

gez.: Sahm. Dr. Schwartz. Wieler.
Dr. Kaufmann. Schwegmann. Dr. Grünspan.
Jewelowski. Dr. Zint. Briesewitz.
Dr. Evert. Schümmer. Dr. Knutowski.

Schreiben der Danziger Delegation an die Botschafterkonferenz betr. Unterzeichnung des Danzig-polnischen Vertrags.

Danziger Delegation.

Paris, den 22. Oktober 1920.

An

den Herrn Generalsekretär der Botschafterkonferenz Paris.

Herr Generalsekretär!

In Beantwortung des Schreibens des Herrn Präsidenten der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1920 habe ich die Ehre, im Auftrage der Danziger Delegation mitzuteilen, daß die von der Verfassunggebenden Versammlung bevollmächtigten beiden Mitglieder der Delegation, Oberbürgermeister Sahm und Abgeordneter Schümmer, bereit sind, am Sonnabend, den 23. Oktober 1920, nachmittags 4 Uhr, die Konvention zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen, gemäß Artikel 104 des Friedensvertrages von Versailles, sowie die Erklärung zu unterzeichnen, welche die Stadt Danzig nebst dem im Artikel 100 des Friedensvertrages bezeichneten Gebiet als Freie Stadt konstituiert.

Trotz schwerwiegender Bedenken, sowohl gegen den Inhalt der Konvention, wie der obenbezeichneten weiteren Erklärung, hat sich die Delegation entschlossen, die Unterschriften zu geben. Sie geht dabei von der Voraussetzung und Hoffnung aus, daß der Völkerbund und der vom Völkerbund eingesetzte Oberkommissar der Freien Stadt den zugesicherten Schutz gewähren und bei Durchführung der Konvention, sowie bei Regelung der noch offenstehenden Fragen die Lebensinteressen der Freien Stadt und ihrer Bewohner in gerechter Weise berücksichtigen werden.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner Hochachtung.

Im Namen der Danziger Delegation:

gez. Sahm.

Schreiben der Danziger Delegation an die Botschafterkonferenz betr. Ablehnung weiterer Verhandlungen über den Wortlaut des Danzig = polnischen Vertrags.

Paris, den 24. Oktober 1920.

Die Hohe Botschafterkonferenz hat in ihrer an die Danziger Delegation gerichteten Begleitnote vom 20. Oktober 1920 mitgeteilt, daß der gleichzeitig übersandte Text der zwischen der Freien Stadt Danzig und der polnischen Republik abzuschließenden Konvention beiden vertragschließenden Teilen die Rechte zusichere, die der Friedensvertrag von Versailles ihnen zuerkenne. Die Hohe Botschafterkonferenz hat weiter erklärt, daß sie keine neuen Modifikationen zu diesem Dokument annehmen könne, daß die Konvention den Observationen beider Teile soweit als möglich Rechnung trage und daß der Wortlaut (termes) des Dokuments ein endgültiger und unabänderlicher sei. Demgemäß hat die Delegation im Vertrauen auf die Autorität der Hohen Botschafterkonferenz und auf deren Aufforderung hin sich entschlossen, den vorgelegten Vertragsentwurf zu unterzeichnen. Sie hat auch den Wortlaut der Konvention und der lettre d'envoi inzwischen in Danzig veröffentlicht. Daher sieht sich die Delegation zu ihrem größten Bedauern nicht in der Lage, dem ihren Vertretern in der gestrigen Sitzung gemachten Vorschlag, in weitere Verhandlungen über den Text der Konvention einzutreten, zu entsprechen. Sie zieht hierbei auch in Rechnung, daß in dieser Sitzung von dem Herrn Vertreter der Botschafterkonferenz ausdrücklich bestätigt worden ist, daß die von der polnischen Delegation gestern vorgetragenen Wünsche bereits in den polnischen Observationen zum Entwurf der Konvention enthalten gewesen und daher, wie die Begleitnote ergibt, sorgfältig geprüft worden sind. Die Danziger Delegation ist nach wie vor bereit, den Text der Konvention morgen, wie vorgeschlagen, zu unterzeichnen.

Im Namen der Danziger Delegation:

gez.: Sahm.

Décision
Constituant la ville de Dantzig en Ville Libre.

L'empire Britannique, la France, l'Italie et le Japon, Signataires avec les États-Unis d'Amérique, comme principales puissances alliées et associées, du traité de Paix de Versailles,

Considérant que, par l'article 102 du Traité de Paix conclu à Versailles le 28 juin 1919 avec l'Allemagne, les Principales Puissances alliées et associées se sont engagées à constituer la Ville de Dantzig ensemble le territoire visé à l'article 100 dudit Traité en Ville libre,

sont tombées d'accord, pour procéder à cette constitution; en conséquence la Conférence des Ambassadeurs a décidé ce qui suit:

I.

La Ville de Dantzig, ensemble le territoire compris dans les limites ci-après, telles qu' elles sont ou seront déterminées sur place par la Commission prévue à l'article 101 du Traité de Paix de Versailles du 28 juin 1919, est déclarée constituer une Ville libre dans les termes et conditions prévus par ledit Traité:

De la mer Baltique, vers le Sud et jusqu'au point de rencontre des chenaux de navigation principaux de la Nogat et de la Vistule (Weichsel):

La frontière de la Prusse orientale telle qu'elle est décrite à l'article 28 de la Partie II (frontières d'Allemagne) du Traité de Paix de Versailles, savoir: — d'un point situé sur la côte de la mer Baltique à environ 1 kilomètre 5 au Nord de l'église du village de Pröbbernau et dans une direction approximative de 159° (à compter du Nord vers l'Est): une ligne d'environ 2 kilomètres, à déterminer sur le terrain; — de là, en ligne droite sur le feu situé au coude du chenal d'Elbing au point approximatif: latitude 54° 19′ ½ Nord, longitude 19° 26′ Est de Greenwich; — de là, jusqu'à l'embouchure la plus orientale de la Nogat dans une direction approximative de 209° (à compter du Nord vers l'Est); — de lá, vers l'amont, le cours de la Nogat jusqu'au point où cette rivière quitte la Vistule (Weichsel);

de là, le chenal de navigation principal de la Vistule vers l'aval et jusqu'à un point situé à environ 6 kilom. 5 du Nord du pont de Dirschau;

de là, vers le Nord-Ouest et jusqu'à la cote 5 située à 1 kilom. 5 au Sud-Est de l'église de Güttland:

une ligne à déterminer sur le terrain;

Die Errichtungs-Urkunde der Freien Stadt.

Entscheidung, die die Stadt Danzig als Freie Stadt errichtet.

Das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan, die mit den Vereinigten Staaten von Amerika als Alliierte und Assoziierte Hauptmächte den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben, sind in der Erwägung, daß durch Artikel 102 des am 28. Juni 1919 mit Deutschland zu Versailles abgeschlossenen Friedensvertrages die Alliierten und Assoziierten Hauptmächte sich verpflichtet haben, die Stadt Danzig nebst dem in Artikel 100 des besagten Vertrages bezeichneten Gebiet als Freie Stadt zu errichten, übereingekommen, zu dieser Errichtung zu schreiten. Infolgedessen hat die Botschafterkonferenz folgendes beschlossen:

I.

Die Stadt Danzig nebst dem Gebiet innerhalb nachstehender Grenzen, wie sie an Ort und Stelle durch die im Artikel 101 des Friedensvertrages von Versailles vom 28. Juni 1919 vorgesehene Kommission festgesetzt sind oder werden, wird als Freie Stadt errichtet unter den Bestimmungen und Bedingungen, die in dem besagten Artikel vorgesehen sind:

Von der Ostsee nach Süden bis zu dem Punkte, wo sich die Hauptschiffahrtswege der Nogat und der Weichsel treffen:

Die Grenze Ostpreußens, wie sie im Artikel 28 des Teiles II (Grenzen Deutschlands) des Vertrages von Versailles beschrieben ist, nämlich: Von einem Punkt an der Küste der Ostsee ungefähr 1½ Kilometer nördlich der Kirche des Dorfes Pröbbernau und in einer ungefähren Richtung von 159 Grad (von Nord nach Ost gerechnet): eine noch im Gelände zu bestimmende Linie von ungefähr 2 Kilometern; von dort in gerader Linie auf das Leuchtfeuer, das am Knie des Elbinger Fahrwassers auf ungefähr 54 Grad, 19½ Min. nördlicher Breite und 19 Grad 26 Min. östlicher Länge von Greenwich gelegen ist; von da bis zur östlichsten Mündung der Nogat in einer ungefähren Richtung von 209 Grad (von Nord nach Ost gerechnet); von da die Nogat aufwärts bis zu dem Punkte, wo dieser Fluß die Weichsel verläßt.

Von da den Hauptschiffahrtsweg der Weichsel stromabwärts bis zu dem Punkte, der ungefähr 6½ Kilometer nördlich der Brücke von Dirschau liegt. Von hier nach Nordwesten bis zur Höhe 5, die 1½ Kilometer südöstlich der Kirche von Güttland liegt: eine im Gelände festzulegende Linie; von hier nach Westen bis zu dem Vorsprung, den die Grenze des Kreises Berent 8½ Kilometer nordöst-

de là, vers l'Ouest et jusqu'au saillant fait par la limite du cercle Berent à 8 kilomètres 5 au Nord-Est de Schöneck:

une ligne à déterminer sur le terrain, passant entre Mühlbanz, au Sud, et Rambeltsch, au Nord;

de là, vers l'Ouest, la limite du cercle Berent jusqu'au rentrant qu'elle fait à 6 kilomètres au Nord-Nord-Ouest de Schöneck;

de là et jusqu'à un point situé sur la ligne médiane du Lonkener See:

une ligne à déterminer sur le terrain, passant au Nord de Neu Fietz et Schatarpi et au Sud de Barenhütte et Lonken;

de là, la ligne médiane du Lonkoner See, jusqu'à son extrémité Nord;

de là, et jusqu'à l'extrémité Sud du Pollenziner See:

une ligne à déterminer sur le terrain;

de là, la ligne médiane du Pollenziner See jusqu'à son extrémité Nord;

de là, vers le Nord-Est et jusqu'au point situé à 1 kilomètre environ au Sud de l'église de Koliebken, où la voie ferrée Dantzig-Neustadt traverse un ruisseau:

une ligne à déterminer sur le terrain passant au Sud-Est de Kamehlen, Krissau, Fidlin, Sulmin (Richthof), Mattern, Schäferei, et au Nord-Ouest de Neuendorf, Marschau, Czapielken, Hoch- et Klein-Kelpin, Pulvermühle, Renneberg et les villes de Oliva et Zoppot;

de là, le cours du ruisseau ci-dessus mentionné jusqu'à la mer Baltique.

II.

La présente décision prendra effet à la date du quinze novembre mil neuf cent vingt.

III.

La Ville Libre de Dantzig devra supporter les dépenses engagées par les Principales Puissances Alliées et Associées pour d'administration et l'occupation militaire de son territoire, dans une proportion équitable à fixer par lesdites Puissances.

FAIT à Paris, le vingt-sept octobre mil neuf cent vingt.

signé: Derby. Jules Cambon. Bonin. Ishii.

Les Représentants soussignés, dûment autorisés, de la Ville libre de Dantzig déclarent, au nom de la Ville libre, accepter les dispositions qui précèdent.

FAIT à Paris, le 9 Novembre mil neuf cent vingt.

signé: Heinrich Sahm. W. Schümmer.

lich von Schöneck bildet: eine im Gelände festzulegende Linie, die zwischen Mühlbanz im Süden und Rambeltsch im Norden verläuft.

Von hier nach Westen die Grenze des Kreises Berent bis zu der Einbuchtung, die sie 6 Kilometer nordnordwestlich von Schöneck bildet; von hier bis zu einem Punkt auf der Mittellinie des Lonkener Sees: eine im Gelände festzulegende Linie, die nördlich von Neu-Fietz und Schatarpi und südlich von Barenhütte und Lonken verläuft.

Von hier die Mittellinie des Lonkener Sees bis zu seinem Nordende.

Von hier bis zu dem Südende des Pollenziner Sees: eine im Gelände festzulegende Linie.

Von hier die Mittellinie des Pollenziner Sees bis zu seinem Nordende.

Von hier nach Nordosten bis zu dem ungefähr 1 Kilometer südlich der Kirche von Koliebken gelegenen Punkte, wo die Eisenbahn Danzig—Neustadt einen Bach überschreitet: eine im Gelände festzulegende Linie, die südöstlich von Kamehlen, Krissau, Fidlin, Sulmin (Richthof), Mattern, Schäferei und nordwestlich von Neuendorf, Marschau, Czapielken, Hoch- und Klein-Kelpin, Pulvermühle, Renneberg und den Städten Oliva und Zoppot verläuft; von hier der Lauf des obenerwähnten Baches bis zur Ostsee.

II.

Diese Entscheidung tritt mit dem 15. November 1920 in Kraft.

III.

Die Freie Stadt Danzig muß die von den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten für die Verwaltung und militärische Besetzung ihres Gebietes aufgewendeten Kosten in einem von den besagten Mächten festzusetzenden angemessenen Verhältnisse tragen.

Gegeben zu Paris, den 27. Oktober 1920.

gez. Derby. gez. Jules Cambon. gez. Bonin. gez. Ishii.

Die unterzeichneten gebührend bevollmächtigten Vertreter der Freien Stadt Danzig erklären im Namen der Freien Stadt, die vorstehenden Bestimmungen anzunehmen.

Gegeben zu Paris, den 9. November 1920.

gez. Heinrich Sahm. gez. W. Schümmer.

Lettre de la Conférence des Ambassadeurs à la Délégation dantzigoise concernant des modifications dans le projet du Traité dantzigois = polonais.

Conférence des Ambassadeurs.
Le Président.

Paris, le 28. Octobre 1920.

Monsieur le Président,

J'ai l'honneur de vous accuser réception de votre lettre du 24 Octobre courant concernant le Projet de Traité avec la Pologne.

La Conférence des Ambassadeurs regrette vivement qu'un certain malentendu ait, semble-t-il, entravé les négociations qu'elle avait souhaité voir intervenir entre les Représentants de la Ville Libre de Dantzig et les Représentants du Gouvernement polonais.

Il n'a jamais été dans l'intention de la Conférence des Ambassadeurs de remettre en discussion les solutions essentielles consacrées par le Projet de Traité qui vous a été adressé par ma lettre du 20 Octobre courant. La Conférence avait estimé et estime encore qu'il y aurait de grands avantages à ce que, sans remettre en question aucune desdites solutions, les deux parties se missent d'accord pour apporter au texte telles additions ou modifications de détail qui tendraient, soit à mieux préciser la portée de certaines dispositions, soit à en faciliter l'exécution, et à faire disparaître ainsi certaines causes d'hésitation propres à compromettre l'accord des deux parties. Mais il reste bien entendu qu'il ne sera apporté au texte communiqué le 20 Octobre aucune modification, quelle qu'elle soit, qui n'aurait pas l'agrément des deux parties appelées à donner leur signature au Traité.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, les assurances de ma haute considération

(gez.) Jules Cambon.

Monsieur le Président de la
Délégation Dantzikoise.

Schreiben der Botschafterkonferenz an die Danziger Delegation betr. Abänderung des Entwurfs zum Danzig = polnischen Vertrag.

Botschafterkonferenz.
Der Präsident.

Paris, den 28. Oktober 1920.

Herr Präsident!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 24. Oktober d. J., betreffend den Vertragsentwurf mit Polen, zu bestätigen.

Die Botschafterkonferenz bedauert lebhaft, daß, wie es scheint, ein gewisses Mißverständnis die Verhandlungen verhindert hat, die sie zwischen den Vertretern der Freien Stadt Danzig und den Vertretern der polnischen Regierung gewünscht hatte.

Es hat niemals in der Absicht der Botschafterkonferenz gelegen, die wesentlichen Lösungen wieder zur Diskussion zu stellen, die durch den Vertragsentwurf festgelegt worden sind, der Ihnen durch meinen Brief vom 20. Oktober d. J. zugestellt worden ist. Die Konferenz hatte geglaubt und glaubt es noch, daß, ohne irgendeine der besagten Lösungen wieder in Frage zu stellen, große Vorteile darin liegen würden, daß die beiden Parteien sich darin einigen würden, solche Zusätze oder Veränderungen im einzelnen im Texte vorzunehmen, die darauf hinausgehen würden, die Tragweite gewisser Bestimmungen besser zu präzisieren, oder deren Ausführung zu erleichtern und so gewisse Ursachen zu Bedenken zu beseitigen, die dazu angetan wären, das Einvernehmen der beiden Parteien aufs Spiel zu setzen. Aber es bleibt selbstverständlich bestehen, daß in dem Texte, der am 20. Oktober mitgeteilt worden ist, keine Veränderung, welche es auch sein möge, vorgenommen wird, die nicht die Genehmigung der beiden Parteien findet, die zur Unterzeichnung des Vertrages aufgefordert worden sind.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner Hochachtung.

gez. Jules Cambon.

An
den Herrn Präsidenten der
Danziger Delegation.

Schreiben der Deputation der polnischen Minderheit an die Danziger Delegation betr. die Interessen der polnischen Minderheit in Danzig.

Paris, den 28. Oktober 1920.

An

die Delegation der künftigen Freien Stadt Danzig

zu Händen des Herrn Vorsitzenden.

Die polnische Rada Ludowa in Danzig als Vertreterin der gesamten polnischen Bevölkerung der künftigen Freien Stadt Danzig hat die Unterzeichneten nach Paris entsandt zur Wahrnehmung der Interessen der polnischen Minderheit Danzigs.

Die Botschafterkonferenz hat die von den polnischen Abgeordneten der Verfassunggebenden Versammlung vertretene Auffassung bestätigt, wonach die Sicherung der Rechte der polnischen Minderheit zu den Fragen gehört, welche im Sinne des Artikels 104 Ziffer 5 des Friedensvertrages von Versailles durch die Danzig-polnische Konvention zu regeln sind. Die polnische Bevölkerung Danzigs besteht darauf, daß die Lösung der Frage nicht erfolgt, ohne daß sie durch ihre Vertreter unmittelbar Gelegenheit erhält, ihre Auffassung und ihre Wünsche klarzulegen. Die Unterzeichneten sind bereit, im Einvernehmen mit der Danziger Delegation in dem oben gekennzeichneten Sinne an dem Abschluß der Konvention mitzuwirken, und bitten ergebenst, bei der Botschafterkonferenz die hierfür erforderlichen Anträge zu stellen. Die Unterzeichneten bitten um diesbezüglichen Bescheid.

Hochachtungsvoll

Die polnische Delegation.

(gez.) Dr. Kubacz. Langowski. Jedwabski.

Antwort
der Danziger Delegation auf das vorstehende Schreiben.

Danziger Delegation.

Paris, den 1. November 1920.

An

den Abgeordneten Herrn Dr. Kubacz

Paris

Zum gefl. Schreiben vom 28. Oktober 1920.

Die Danziger Delegation zum Abschluß des Vertrages zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen ist von der Verfassunggebenden Versammlung gewählt und mit der Vertretung der Freien Stadt beauftragt. Sie hat nicht das Recht, sich nach eigenem Ermessen durch andere Persönlichkeiten, insbesondere durch Vertreter einer einzelnen Partei oder Bevölkerungsgruppe, zu ergänzen. Die Delegation kann daher dem dortigen Wunsche nicht entsprechen. Wir bitten, den beiden übrigen Herren Unterzeichnern des obenerwähnten Schreibens von dieser Antwort Kenntnis zu geben.

Schreiben der Deputation der polnischen Minderheit an die Danziger Delegation betr. Wahrnehmung der Rechte der polnischen Minderheit in Danzig.

Die Deputation
der polnischen Minderheit
der Freien Stadt Danzig.

Paris, den 3. November 1920.

An

die Danziger Delegation
zu Händen des Herrn Vorsitzenden

in Paris.

Wir bestätigen den Eingang des gefl. Schreibens vom 28. v. M. Nachdem unsere Mitarbeit für die Regelung der Frage der nationalen Minderheit aus formellen Zuständigkeitsgründen abgelehnt worden ist, erklären wir folgendes:

Auf Grund der Vollmacht der Nacelna Rada Ludowa in Danzig, der legitimierten Vertreterin der polnischen Minderheit Danzigs, halten wir es für unzulässig, daß die Frage ohne Mitwirkung der Bevölkerungskreise entschieden wird, zu deren Schutze die entsprechenden Bestimmungen erlassen werden sollen. Wir fühlen uns nunmehr für berechtigt und verpflichtet, die Rechte der polnischen Minderheit selbständig wahrzunehmen.

Informatorisch stehen wir auch weiterhin zur Verfügung.

(gez.) Dr. Kubacz. Langowski. Jedwabski.

Schreiben der Danziger Delegation an die Botschafterkonferenz betr. Rechte der polnischen Staatsangehörigen auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig.

Danziger Delegation.

Paris, den 5. November 1920.

An

den Herrn Präsidenten der Hohen Botschafterkonferenz

Paris.

Herr Präsident!

Die Hohe Botschafterkonferenz hat in ihrer Note vom 28. Oktober 1920 zum Ausdruck gebracht, daß sie nach wie vor die wesentlichen Lösungen, wie sie in der am 20. Oktober mitgeteilten Konvention enthalten sind, als dem Friedensvertrage entsprechend und unabänderlich anerkenne, daß sie jedoch eine Verständigung der beiden Parteien über solche Zusätze und Veränderungen für zweckmäßig halte, welche die Tragweite gewisser Bestimmungen näher präzisieren. Die Hohe Botschafterkonferenz hat ferner betont, daß an dem Texte vom 20. Otober auch innerhalb dieser Grenze keine Veränderung vorgenommen werden könne, die nicht die Genehmigung beider Parteien finde. Hiermit hat die Hohe Botschafterkonferenz den in ihrer Note vom 20. Oktober verkündeten Grundsatz erneut bestätigt (consacré).

Um die oben erwähnte Verständigung herbeizuführen, hat Herr Fromageot im Auftrage der Botschafterkonferenz mit Herrn Sahm die in Frage kommenden Bestimmungen der Konvention erörtert. Diese Verhandlungen haben einen nicht offiziellen Charakter getragen, und Herr Sahm hat wiederholt und klar zum Ausdruck gebracht, daß seine Vorschläge unter dem Vorbehalt der Billigung der Danziger Delegation geschähen. Als Ergebnis dieser Besprechungen und gleichlaufender Unterredungen mit Mitgliedern der polnischen Delegation hat Herr Fromageot Änderungen und Zusätze des ursprünglichen Textes redigiert, um diese der Hohen Botschafterkonferenz zu unterbreiten.

Beseelt von dem Wunsche, im Sinne der Botschafterkonferenz eine friedliche Lösung zu ermöglichen, hat die Danziger Delegation von diesen Vorschlägen Kenntnis genommen.

Bei der Prüfung der vorgeschlagenen Abänderungen hat sich für die Delegation die Notwendigkeit ergeben, über folgende Frage die Stellung der Hohen Botschafterkonferenz zu erfahren.

I. In dem früheren Artikel 30 ist in allerletzter Stunde auf polnischen Vorschlag eine Bestimmung eingefügt, welche besagt „et notamment à assurer que dans la législation et dans la conduite de l'administration aucune discrimination soit faite au préjudice des nationaux Polonais et autres personnes d'origine ou de langue Polonaise." Gegenüber dieser Fassung sind bei uns aus dem Grunde Bedenken entstanden, weil bei den Erörterungen in Danzig über die Tragweite des Art. 104 Ziffer 5 des Friedensvertrages von Mitgliedern der polnischen Fraktion der Verfassunggebenden Versammlung dieser Bestimmung die Auslegung gegeben worden ist, daß den Staatsangehörigen der Republik Polen in der Freien Stadt Danzig ipso facto auch die politischen Rechte zustehen, die, wie das aktive und passive Wahlrecht zu den öffentlichen Körperschaften, den Staatsangehörigen der Freien Stadt Stadt vorbehalten bleiben müssen.

Eine solche Auslegung, wie sie von polnischer Seite erfolgt ist, würde uns die Annahme des Abänderungsantrages unmöglich machen. Wir bitten daher die Hohe Botchafterkonferenz, uns zu bestätigen, daß die neue Fassung des Art. 30 die von der polnischen Fraktion in Danzig vertretene Auslegung nicht zuläßt.

II. Die besprochenen Abänderungen würden nach Auffassung der Danziger Delegation in den Polen zugestandenen Veränderungen das Höchstmaß dessen darstellen, was Danzig Polen gewähren könnte, und andererseits in den zu unseren Gunsten vorgesehenen Bestimmungen das Mindestmaß dessen, was Danzig zu seiner Lebensfähigkeit bedarf. Demgemäß möchten wir die Hohe Botschafterkonferenz um Feststellung bitten, daß die von Herrn Fromageot aufgestellten Veränderungen das letzte Wort darstellen, und daß der Danziger Delegation nicht zugemutet werden wird, irgendwelchen Veränderungen des Textes zuzustimmen. Die Danziger Delegation würde dadurch in eine unmögliche Lage versetzt werden.

Die Delegation bittet daher dringend (instamment), daß es ihr — da die oben erwähnten Vorschläge die äußerste Grenze darstellen, zu der sie bereit ist zu gehen — jetzt gestattet sein möge, den Vertrag entweder in seiner alten Form oder mit den vorgeschlagenen Abänderungen zu unterschreiben.

Die Delegation gestattet sich, die Aufmerksamkeit der Hohen Botschafterkonferenz auf die Notlage der Freien Stadt Danzig hinzuweisen. Jede Hinausschiebung der Konstituierung muß die Notlage aufs höchste steigern und die Schaffung geordneter Verhältnisse aufs äußerste erschweren.

Die Delegation richtet daher an die Hohe Botschafterkonferenz die dringende Bitte, **in jedem Falle** die Konstituierung der Freien Stadt unter den im Briefe der Hohen Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1920 näher dargelegten Voraussetzungen vorzunehmen.

Im Namen der Danziger Delegation:

gez. Sahm.

Réponse de la Conférence des Ambassadeurs à la lettre de la Délégation dantzigoise, datée le 5 Novembre 1920.

Conférence des Ambassadeurs.
Le Président.

Paris, le 6 Novembre 1920.

Monsieur le Président.

En réponse à votre lettre du 5 Novembre, j'ai l'honneur de vous faire connaître que la disposition de l'article 33 (ancien article 30) du Projet de Convention entre la Pologne et la Ville Libre de Dantzig, visée par vous n'a nullement pour objet de donner aux ressortissants de la République Polonaise à Dantzig des droits politiques qui ne peuvent appartenir qu'aux citoyens dantzikois: il ne peut exister à ce sujet aucun doute et la Conférence n'a aucune difficulté à vous donner sur ce point les assurances que vous demandez.

Dans ces conditions, la Conférence compte que la Délégation dantzikoise se déclarera prête à signer le Projet de Convention qui est joint à la présente lettre et dont vous avez déjà connaissance. Il est clairement entendu qu'aucun changement ne sera désormais apporté à ce texte, sauf le cas où postérieurement à son entrée en vigueur et conformément aux dispositions de l'article 40, un accord interviendrait à ce sujet entre la Pologne et la Ville Libre.

La Conférence a décidé que la Convention serait signée à la date du 15 Novembre; en même temps, prendra effet la Décision constituant la Ville Libre de Dantzig.

La Délégation dantzikoise aura d'ailleurs la faculté de signer ces deux documents dés le 9 Novembre.

Agréez, Monsieur le Président, les assurances de ma haute considération.

(gez.) Jules Cambon.

Monsieur le Président de la
Délégation Dantzikoise.

Antwort der Botschafterkonferenz auf das vorstehende Schreiben der Danziger Delegation vom 5. November 1920.

Botschafterkonferenz.
Der Präsident.

Paris, den 6. November 1920.

Herr Präsident!

Als Antwort auf Ihren Brief vom 5. November habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Bestimmung des Artikels 33 (früher Artikel 30) des Vertragsentwurfs zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig, auf die von Ihnen hingewiesen wird, keineswegs das Ziel verfolgt, den Staatsangehörigen der polnischen Republik in Danzig politische Rechte zu geben, die nur den Danziger Bürgern zustehen dürfen: Es kann in dieser Hinsicht kein Zweifel bestehen, und die Konferenz sieht keine Schwierigkeit, Ihnen in diesem Punkte die Zusicherungen zu geben, die Sie wünschen.

Unter diesen Umständen rechnet die Botschafterkonferenz darauf, daß die Danziger Delegation sich bereit erklären wird, den Vertragsentwurf, der diesem Schreiben beigefügt ist, und von dem Sie bereits Kenntnis haben, zu unterzeichnen. Es ist klar, daß an diesem Wortlaut von nun an keine Änderung vorgenommen wird, abgesehen von dem Fall, wo nach seinem Inkrafttreten entsprechend den Bestimmungen des Artikels 40 eine diesbezügliche Abmachung zwischen Polen und der Freien Stadt getroffen wird.

Die Konferenz hat beschlossen, daß der Vertrag am 15. November unterzeichnet werden soll; gleichzeitig soll die Entscheidung betr. Errichtung der Freien Stadt Danzig in Kraft treten.

Die Danziger Delegation wird übrigens die Befugnis haben, diese beiden Dokumente vom 9. November an zu unterzeichnen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner Hochachtung.

gez. Jules Cambon.

An
den Herrn Präsidenten
der Danziger Delegation.

Bericht über die Sitzung der Danziger Delegation.

Paris, den 8. November 1920.

Anwesend:

Oberbürgermeister Sahm, Vorsitzender,
Abgeordneter Schümmer,
„ Schwegmann,
„ Wieler,
„ Dr. Zint,
Stadtrat Dr. Evert,
„ Dr. Grünspan,
„ Dr. Schwartz,
Archivrat Dr. Kaufmann,
Stadtsyndikus Briesewitz.

Nachdem an den letzten Tagen in langen und eingehenden Beratungen nochmals der Text der auf Grund des Artikels 104 des Versailler Friedensvertrages zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen abzuschließenden Konvention zugleich mit den von der Botschafterkonferenz auf Grund der Besprechungen des Herrn Fromageot mit Herrn Sahm und polnischen Vertretern getroffenen Abänderungen durchberaten worden ist, beschließt die Danziger Delegation einstimmig, der Botschafterkonferenz mitzuteilen, daß die Delegation bereit ist, die Konvention in der jetzt vorliegenden Fassung am 9. November 1920, nachmittags 5 Uhr, zu unterzeichnen.

(gez.) Sahm.
Wieler. Schwegmann. Schümmer. Dr. Zint.
Dr. Schwartz. Dr. Grünspan. Dr. Kaufmann.
Dr. Evert. Briesewitz.

Texte définitif

du Traité entre la Ville Libre de Dantzig et la Pologne en exécution de l'article 104 du Traité de Versailles, signé à Paris, le 9 Novembre, 1920.

LA POLOGNE ET LA VILLE LIBRE DE DANTZIG.

Considérant la Convention négociée par les Principales Puissances alliées et associées, ainsi qu'il est prévu à l'Article 104 du Traité de Paix signé à Versailles, le 28 juin 1919, par les Puissances alliées et associées et l'Allemagne,

Et désirant voir cette Convention intervenir entre elles conformément audit article dudit Traité,

Ont, à cet effet, désigné pour leurs Plénipotentiaires respectifs, savoir:

LA RÉPUBLIQUE POLONAISE:

M. *Ignace J. Paderewski*, ancien Président du Conseil des Ministres:

LA VILLE LIBRE DE DANTZIG:

M. le Premier Bourgmestre *Sahm*,

M. le Député *Schümmer;*

Lesquels, aprés avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, ont respectivement agréé les stipulations suivantes:

Final text

of the Treaty between the Free City of Danzig and Poland in execution of article 104 of the Versailles Treaty, signed at Paris, November 9th, 1920.

POLAND AND THE FREE CITY OF DANZIG,

Taking into consideration the Treaty negotiated by the Principal Allied and Associated Powers in accordance with Article 104 of the Treaty of Peace signed at Versailles on June 28, 1919, by the Principal Allied and Associated Powers and Germany,

And desiring to see this Treaty concluded between them in accordance with the said Article of the said Treaty,

Have for this purpose appointed their Plenipotentiaries as follows:

THE POLISH REPUBLIC

M. *Ignace J. Paderewski*, formerly President of the Council of Ministers;

THE FREE CITY OF DANZIG

Oberbürgermeister *Sahm*,

Deputy *Schümmer;*

Who, having communicated their full powers, found in good and due form, have respectively agreed to the following stipulations:

Endgültiger Wortlaut

des in Paris am 9. November 1920 unterzeichneten Vertrags zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen zur Ausführung der Bestimmungen des Artikels 104 des Vertrags von Versailles.

Polen und die Freie Stadt Danzig

haben hinsichtlich des Vertrages, der gemäß Artikel 104 des in Versailles von den alliierten und assoziierten Mächten und Deutschland am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrages von den alliierten und assoziierten Hauptmächten vermittelt werden sollte,

und in dem Wunsche, daß dieser Vertrag zwischen ihnen entsprechend dem besagten Artikel des genannten Vertrages abgeschlossen werde, als ihre Bevollmächtigten bezeichnet:

DIE REPUBLIK POLEN:

Herrn Ignace J. Paderewski, ehemaligen Ministerpräsidenten,

DIE FREIE STADT DANZIG:

Herrn Oberbürgermeister Sahm,

Herrn Abgeordneten Schümmer.

Diese haben, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht haben, die als gut und richtig befunden worden sind, die folgenden Bestimmungen beiderseits genehmigt:

CHAPITRE PREMIER.

Article 1.

Un représentant diplomatique du Gouvernement polonais en résidence à Dantzig servira d'intermédiaire entre le Gouvernement polonais et le Gouvernement de la Ville libre.

Article 2.

Il appartient au Gouvernement polonais d'assurer la conduite des affaires extérieures de la Ville libre de Dantzig, ainsi que la protection des nationaux de Dantzig dans les pays étrangers. Cette protection sera assurée dans les mêmes conditions que celle des nationaux polonais.

Les passeports délivrés aux nationaux de Dantzig ne pourront leur assurer la protection polonaise à l'étranger que s'ils ont été visés par le Représentant du Gouvernement polonais à Dantzig.

Article 3.

Un ou plusieurs nationaux de la Ville libre de Dantzig, mis par la Ville libre à la disposition du Gouvernement polonais, feront partie du personnel des Consulats polonais établis dans les places étrangères où la Ville libre de Dantzig aura des intérêts économiques importants.

Ces fonctionnaires ressortiront au Gouvernement polonais et seront sous la direction et l'autorité

CHAPTER I.

Article 1.

A diplomatic representative of the Polish Government stationed at Danzig shall act as intermediary between the Polish Government and the Government of the Free City.

Article 2.

Poland shall undertake the conduct of the foreign relations of the Free City of Danzig as well as the protection of its nationals abroad. This protection shall be assured in the same conditions as the protection of Polish nationals.

Passports issued to nationals of Danzig will not assure to them Polish protection unless they have been visaed by the representative of the Polish Government at Danzig.

Article 3.

In foreign towns where the Free City of Danzig has important economic interests, one or more nationals of the Free City of Danzig, placed at the disposal of the Polish Government by the Free City, shall be included in the staff of the Polish Consulates.

These officials shall be responsible to the Polish Government and shall, under the direction and

Kapitel I.

Artikel 1.

Ein diplomatischer Vertreter der polnischen Regierung mit dem Sitz in Danzig soll zwischen der polnischen Regierung und der Regierung der Freien Stadt als Vermittler dienen.

Artikel 2.

Es soll Sache der polnischen Regierung sein, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig, sowie den Schutz der Staatsangehörigen Danzigs in fremden Ländern sicherzustellen. Dieser Schutz soll unter denselben Bedingungen sichergestellt werden, wie derjenige der polnischen Staatsangehörigen.

Die Pässe, welche den Staatsangehörigen Danzigs ausgestellt werden, können ihnen den polnischen Schutz im Auslande nur sichern, wenn sie von dem Vertreter der polnischen Regierung in Danzig visiert worden sind.

Artikel 3.

Ein oder mehrere Staatsangehörige der Freien Stadt Danzig, welche von der Freien Stadt zur Verfügung der polnischen Regierung gestellt werden, sollen dem Personal der polnischen Konsulate zugeteilt werden, die an den fremden Orten eingerichtet werden, wo die Freie Stadt Danzig wichtige wirtschaftliche Interessen hat.

Diese Beamten sollen der polnischen Regierung verantwortlich sein und sollen unter der Leitung und Oberaufsicht des

du Consul polonais chargés des affaires concernant spécialement les intérêts des nationaux de la Ville libre de Dantzig.

Article 4.

L'exequatur sera donné aux agents consulaires étrangers en résidence à Dantzig par le Gouvernement polonais après entente avec les autorités de la Ville libre.

Article 5.

Les frais de représentation diplomatique et consulaire de la Ville libre de Dantzig, ainsi que les frais de protection de ses ressortissants à l'étranger, seront supportés par la Pologne.

Tous les droits et taxes prélevés par le service diplomatique ou consulaire seront acquis au Gouvernement polonais.

Article 6.

Aucun Traité ou Accord international intéressant la Ville libre de Dantzig ne sera conclu par le Gouvernement polonais sans une consultation préalable avec la Ville libre; le résultat de cette consultation sera porté à la connaissance du Haut Commissaire de la Société des Nations.

Dans tous les cas, le Haut Commissaire aura le droit d'opposer son veto à tout Traité ou Accord international dans la mesure où il s'appliquerait à la Ville libre de Dantzig, si le Conseil de la Société des Nations estime qu'il est en contradiction avec les stipulations du présent Traité ou avec le statut de la Ville libre.

superintendence of the Polish Consul, be charged with matters specially affecting the interests of nationals of the Free City of Danzig.

Article 4.

Exequaturs for foreign consular officers residing at Danzig shall be issued by the Polish Government in agreement with the authorities of the Free City.

Article 5.

The costs of the diplomatic and consular representation of the Free City of Danzig and of the protection of its nationals abroad shall be borne by Poland.

All dues and fees levied by the diplomatic and consular services shall belong to the Polish Government.

Article 6.

Poland shall conclude no treaty or international agreement affecting the Free City without previous consultation with the Free City; the High Commissioner of the League of Nations shall be informed of the result of this consultation.

The High Commissioner shall in all cases have the right to veto any treaty or international agreement, in so far as it applies to the Free City of Danzig, which, in the opinion of the Council of the League of Nations, is inconsistent with the provisions of the present Treaty or with the status of the Free City.

polnischen Konsuls mit den Angelegenheiten betraut werden, welche besonders die Interessen der Staatsangehörigen der Freien Stadt Danzig betreffen.

Artikel 4.

Das Exequatur soll den fremden Konsuln mit dem Sitz in Danzig von der polnischen Regierung nach Einvernehmen mit den Behörden der Freien Stadt erteilt werden.

Artikel 5.

Die Kosten der diplomatischen und konsularischen Vertretung der Freien Stadt Danzig sowie die Kosten für den Schutz ihrer Staatsangehörigen im Auslande sollen von Polen getragen werden.

Alle Abgaben und Gebühren, welche im diplomatischen oder konsularischen Dienst erhoben werden, sollen der polnischen Regierung gehören.

Artikel 6.

Internationale Verträge oder Abkommen, an denen die Freie Stadt Danzig interessiert ist, sollen von der polnischen Regierung nicht ohne vorherige Beratung mit der Freien Stadt abgeschlossen werden; das Ergebnis dieser Beratung soll zur Kenntnis des Hohen Kommissars des Völkerbundes gebracht werden.

In allen Fällen hat der Hohe Kommissar das Recht, jedem internationalen Vertrag oder Abkommen, soweit diese die Freie Stadt betreffen, sein Veto entgegenzusetzen, wenn der Rat des Völkerbundes glaubt, daß sie den Bestimmungen dieses Vertrages oder der Rechtsstellung der Freien Stadt widersprechen.

Article 7.

La Ville libre ne pourra contracter des emprunts extérieurs qu'après consultation préalable du Gouvernement polonais qui devra faire connaître sa réponse dans un délai de quinze jours. En cas d'objection de la part du Gouvernement polonais, la question pourra être soumise par la Ville libre à l'appréciation du Haut Commissaire à qui il appartiendra de décider dans les conditions prévues à l'article 39 du présent Traité.

Le Haut Commissaire aura pour devoir de s'assurer que les conditions de l'emprunt ne sont pas en contradiction avec les stipulations du présent Traité, ni avec le statut de la Ville libre.

Article 8.

Le droit de porter le pavillon commercial de Dantzig sera réservé aux navires dont la propriété appartient exclusivement à des nationaux de la Ville libre, y compris des sociétés ou associations qui sont enregistrées dans la Ville libre et dans lesquelles des nationaux de la Ville libre ont des intérêts prédominants.

La Ville libre notifiera au Gouvernement polonais tous enregistrements de navires sous pavillon dantzikois, avec mention des droits de propriété et autres droits réels dont lesdits navires peuvent être l'objet.

Le Gouvernement polonais aura la liberté d'établir à Dantzig auprès des services du Représentant polonais visé à l'article 1er, les servi-

Article 7.

The Free City may not contract foreign loans except after previous consultation with the Polish Government, which shall communicate its reply within fifteen days. In case of any objection being made on the part of the Polish Government, the question may be submitted by the Free City for consideration to the High Commissioner, who shall decide under the conditions laid down in Article 39 of the present Treaty.

It shall be the duty of the High Commissioner to assure himself that the conditions of the loan are not inconsistent with the provisions of the present Treaty or with the status of the Free City.

Article 8.

The right to fly the Danzig merchant flag shall be restricted to ships which are owned exclusively by nationals of the Free City, including companies or associations which are registered in the Free City and in which nationals of the Free City have a predominant interest.

The Free City shall notify to the Polish Government all registrations of ships under the Danzig flag, stating the rights of ownership and other rights *in rem* to which the said ships may be subject.

The Polish Government shall be free to establish at Danzig the necessary Polish administrative organisation which shall be at-

Artikel 7.

Die Freie Stadt darf ausländische Anleihen nur nach vorheriger Befragung der polnischen Regierung aufnehmen, die ihre Antwort in einer Frist von vierzehn Tagen geben muß. Falls die polnische Regierung einen Einspruch erhebt, kann die Frage von der Freien Stadt der Beurteilung des Hohen Kommissars unterbreitet werden, dessen Sache es sein soll, unter den im Artikel 39 des vorliegenden Vertrages vorgesehenen Bedingungen zu entscheiden.

Der Hohe Kommissar hat die Pflicht, sich zu vergewissern, daß die Bedingungen der Anleihe weder mit den Bestimmungen des vorliegenden Vertrages, noch mit der Rechtsstellung der Freien Stadt in Widerspruch stehen.

Artikel 8.

Das Recht, die Danziger Handelsflagge zu führen, wird den Schiffen vorbehalten, deren Eigentum ausschließlich Staatsangehörigen der Freien Stadt zusteht, einschließlich der Gesellschaften oder Vereinigungen, die in der Freien Stadt eingetragen sind und bei welchen Staatsangehörige der Freien Stadt überwiegende Interessen haben.

Die Freie Stadt wird der polnischen Regierung alle Eintragungen von Schiffen, die die Danziger Flagge führen, mitteilen, mit Angabe der Eigentumsrechte und anderer dinglicher Rechte, deren Gegenstand die besagten Schiffe etwa sind.

Der polnischen Regierung soll es frei stehen, in Danzig bei der Dienststelle des polnischen Vertreters, der in Artikel 1 genannt ist, die polnischen Verwaltungszweige einzurichten, die

ces administratifs polonais nécessaires à l'enregistrement et à l'inspection du bon état de navigabilité des navires polonais ainsi qu'à l'engagement des équipages.

Les questions sur lesquelles la Ville libre et la Pologne seraient en désaccord relativement au présent article donneront ouverture à l'exercice du droit de recours au Haut Commissaire de la Société des Nations dans les conditions prévues à l'article 39.

Article 9.

La Ville libre de Dantzig et la Pologne s'engagent à adopter l'une à l'autre, autant qu'il sera possible en tenant compte de leurs intérêts économiques particuliers, leur législation concernant le droit de pavillon.

Article 10.

La Ville libre s'engage à accorder, dans le port de Dantzig, aux navires battant pavillon polonais le même traitement qu'aux navires battant pavillon de la Ville libre.

Article 11.

Les rapports directs entre les autorités locales, administratives et judiciaires de la Ville libre de Dantzig et les territoires limitrophes de la Prusse orientale seront admis dans les mêmes conditions que les rapports directs entre les autorités polonaises et les autorités allemandes, ainsi qu'il sera réglé par une convention à conclure entre la Pologne et l'Allemagne.

Article 12.

Sous réserve des droits appartenant à la Pologne et visés à

tached to the establishment of the Polish representative referred to in Article 1, for the registration and for the inspection of the seaworthiness of Polish ships, and for the engagement of crews.

Questions on which there may be disagreement between the Free City and Poland relative to this Article may be the subject of appeal to the High Commisioner of the League of Nations in the conditions laid down in Article 39.

Article 9.

The Free City of Danzig and Poland undertake to bring into accord so far as may be possible in consideration of their special economic interests their legislation regarding the rigth to fly their respective flags.

Article 10.

The Free City agrees to accord to ships flying the Polish flag the same treatment in the port of Danzig as to ships flying the flag of the Free City.

Article 11.

Direct relations between the local administrative and judicial authorities of the Free City of Danzig and the neighbouring districts of East Prussia shall be permitted under the same conditions as direct relations between the Polish and German authorities and as may be laid down in a convention to be concluded between Poland and Germany.

Article 12.

Subject to the rights belonging to Poland and referred to in Ar-

zur Eintragung und zur Beaufsichtigung der Seetüchtigkeit der polnischen Schiffe sowie zur Anmusterung der Schiffsmannschaften nötig sind.

Die Freie Stadt und Polen haben das Recht, in den Fragen, über die sie sich hinsichtlich dieses Artikels nicht einigen sollten, den Hohen Kommissar des Völkerbundes unter den im Artikel 39 vorgesehenen Bedingungen anzurufen.

Artikel 9.

Die Freie Stadt Danzig und Polen verpflichten sich, ihre Gesetzgebung über das Flaggenrecht unter Berücksichtigung ihrer besonderen wirtschaftlichen Interessen soweit als möglich einander anzupassen.

Artikel 10.

Die Freie Stadt verpflichtet sich, im Hafen von Danzig den Schiffen, welche die polnische Flagge führen, dieselbe Behandlung zu gewähren, wie den Schiffen, welche die Flagge der Freien Stadt führen.

Artikel 11.

Die unmittelbaren Beziehungen zwischen den örtlichen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden der Freien Stadt Danzig und der Nachbargebiete Ostpreußens sollen unter denselben Bedingungen zugelassen werden, wie die unmittelbaren Beziehungen zwischen den polnischen und deutschen Behörden, wie sie durch einen Vertrag zu regeln sind, der zwischen Polen und Deutschland abgeschlossen werden soll.

Artikel 12.

Unter Vorbehalt der Polen zustehenden, in Artikel 2 benannten Rechte soll die Fremdenpolizei auf dem Gebiete der

l'article 2, la police des étrangers sur le territoire de la Ville libre de Dantzig sera exercée par les autorités de la Ville libre.

ticle 2, the control of foreigners in the territory of the Free City of Danzig shall be exercised by the authorities of the Free City.

CHAPITRE II.

Article 13.

La Ville libre de Dantzig est placée en dedans des limites de la frontière douanière de la Pologne; la Pologne et la Ville libre constituent un seul territoire douanier soumis à la législation et au tarif douanier polonais.

Article 14.

Le territoire de la Ville libre de Dantzig constituera, au point de vue douanier, une unité administrative confiée à des fonctionnaires de la Ville libre et fonctionnant sous le contrôle général de l'Administration centrale des douanes de Pologne, le Gouvernement polonais participant par des inspecteurs polonais adjoints au personnel dantzikois, à la surveillance du service des douanes. Ces inspecteurs, qui seront payés directement par le Gouvernement polonais, porteront leurs observations devant l'administration centrale des douanes de Pologne.

Les formulaires de douane dont la partie imprimée sera établie en allemand et en polonais, pourront être remplis indifféremment en allemand ou en polonais.

La Ville libre aura, pour assurer le service, un nombre suffisant de personnes connaissant la langue polonaise.

CHAPTER II.

Article 13.

The Free City of Danzig is included within the Polish customs frontier; Poland and the Free City form one customs area under the Polish customs legislation and tariff.

Article 14.

The territory of the Free City of Danzig shall for customs purposes form one administrative unit under the charge of officials of the Free City and under the general direction of the Polish central customs administration; the Polish Government shall, through Polish inspectors attached to the Danzig personnel, participate in the inspection of the customs service. These inspectors, who shall be paid directly by the Polish Government, shall communicate their observations to the Polish central customs administration.

Customs forms, the printed part of which shall be drawn up in German and in Polish, may be filled in alternatively in German or in Polish.

In order to assure the service, the Free City shall provide a sufficient number of persons acquainted with the Polish language.

Freien Stadt Danzig von den Behörden der Freien Stadt ausgeübt werden.

Kapitel II.

Artikel 13.

Die Freie Stadt Danzig wird in die polnischen Zollgrenzen eingeschlossen; Polen und die Freie Stadt bilden ein einziges Zollgebiet, welches der polnischen Zollgesetzgebung und dem polnischen Zolltarif unterstellt ist.

Artikel 14.

Das Gebiet der Freien Stadt Danzig soll hinsichtlich der Zölle eine Verwaltungseinheit bilden, welche Beamten der Freien Stadt anvertraut ist und unter der allgemeinen Überwachung der Zentralzollverwaltung Polens arbeitet, wobei die polnische Regierung durch polnische Inspektoren, die dem Danziger Personal beigeordnet sind, an der Überwachung des Zolldienstes teilnehmen soll. Diese Inspektoren, welche direkt von der polnischen Regierung bezahlt werden, sollen ihre Beobachtungen der polnischen Zentralzollverwaltung mitteilen.

Die Zollformulare, deren gedruckter Teil deutsch und polnisch abgefaßt sein soll, können sowohl deutsch wie polnisch ausgefüllt werden.

Die Freie Stadt soll zur Sicherstellung des Dienstes eine hinreichende Anzahl von Personen beschäftigen, die die polnische Sprache kennen.

Article 15.

L'administration douanière dantzikoise sera, envers l'administration des douanes polonaises, comptable des recettes douanières et responsable de leur perception ainsi que de l'exécution des lois douanières.

Les dépenses d'administration supportées de ce chef par la Ville libre seront prélevées sur la somme totale des recettes douanières perçues sur le territoire de la Ville libre.

Les droits de douane seront, au gré de la personne appelée à les acquitter, payés soit en monnaie dantzikoise, soit en monnaie polonaise.

Les comptes seront apurés à la fin de chaque trimestre et la Pologne remettra à la Ville libre un pourcentage fixe des recettes nettes, déterminé conformément aux stipulations de l'article 17.

Article 16.

Les dispositions du présent chapitre seront mises en vigueur dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité et, en attendant, l'arrangement provisoire du 22 avril 1920 restera appliqué.

Article 17.

Dans le délai d'un mois à partir de la mise en vigueur du présent Traité, des négociations auront lieu entre la Pologne et la Ville libre, à l'effet:

a) D'examiner les mesures à prendre en vue de l'application à la Ville libre de la législation et

Article 15.

The Danzig customs administration shall be answerable to the Polish customs administration for customs receipts and shall be responsible for levying them, as also for the execution of the customs laws.

The expenses of administration borne by the Free City shall be met out of the total customs receipts levied in the territory of the Free City.

Customs dues shall, at the choice of the person discharging them, be paid alternatively in Danzig or Polish currency.

The accounts shall be audited at the end of every quarter, and Poland shall allow the Free City a fixed percentage of the net receipts; this percentage shall be determined in accordance with the provisions of Article 17.

Article 16.

The provisions of this chapter shall come into force within a period of three months from the coming into force of the present Treaty; until that time the provisional agreement of April 22nd, 1920, shall remain in force.

Article 17.

Within a period of one month from the coming into force of the present Treaty, negotiations shall take place between Poland and the Free City with the object:

(a) Of examining measures to be taken with a view to the application to the Free City of the

Artikel 15.

Die Danziger Zollverwaltung ist der Verwaltung der polnischen Zölle gegenüber für die Zolleinnahmen rechnungspflichtig und für ihre Erhebung sowie die Ausführung der Zollgesetze verantwortlich.

Die Verwaltungsausgaben, welche aus diesem Grunde von der Freien Stadt gemacht werden, sollen von der Gesamtsumme der Zolleinnahmen, die auf dem Gebiete der Freien Stadt erhoben werden, vorweggenommen werden. Die Zollabgaben sollen nach Wahl der Person, die sie zu bezahlen hat, entweder in Danziger oder in polnischem Gelde bezahlt werden.

Die Abrechnungen sollen am Ende jedes Vierteljahres vorgenommen werden, und Polen soll der Freien Stadt einen festen Prozentsatz von den Nettoeinnahmen belassen, der entsprechend den Bestimmungen des Artikels 17 festgesetzt werden soll.

Artikel 16.

Die Bestimmungen dieses Kapitels sollen binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages wirksam werden, und bis dahin soll das vorläufige Abkommen vom 22. April 1920 in Anwendung bleiben.

Artikel 17.

Innerhalb eines Monats vom Inkrafttreten dieses Vertrages sollen Verhandlungen zwischen Polen und der Freien Stadt stattfinden, die zum Ziele haben:

a) die Maßnahmen zu prüfen, die zu treffen sind, um die polnische Zollgesetzgebung und den polnischen Zolltarif

du tarif douanier polonais, et pour adapter, autant que possible, à la législation polonaise la législation dantzikoise concernant les monopoles et, en général, tous droits et impôts indirects. La Ville libre s'engage à prendre et à assurer l'exécution desdites mesures;

b) De fixer des régles concernant le taux du change pour la perception dans le port de Dantzig des droits de douane en monnaie dantzikoise, suivant un tarif équivalent au tarif polonais, aussi longtemps que les deux Etats posséderont des systèmes monétaires distincts;

c) De fixer le pourcentage des recettes nettes devant être attribué à Dantzig conformément à l'article 15. Ce pourcentage sera déterminé en tenant compte de la proportion des droits de douane perçus sur les marchandises respectivement destinées à être consommées en Pologne et sur le territoire de la Ville libre.

Article 18.

La zone franche existant actuellement dans le port de Dantzig sera maintenue.

Cette zone sera placée sous le contrôle et l'administration du Conseil qui est prévu à l'article 19 et qui aura pouvoir pour décider la modification ou l'extension des limites de ladite zone franche ou la modification de son régime intérieur, sous réserve du droit du Gouvernement de la Ville libre et du Gouvernement polonais de formuler, dans les quinze jours, leur opposition s'il y a lieu. En cas de désaccord, cette opposition sera suspensive et il appartiendra aux

Polish customs legislation and tariff and to the adaptation as far as possible of the Danzig legislation to the Polish legislation in so far as concerns monopolies and, in general, all dues and indirect taxation. The Free City undertakes to carry out and to ensure the execution of the said measures;

(b) Of making regulations, for so long as the two States possess separate monetary systems, concerning the rate of exchange for the levying of customs duties in the port of Danzig in Danzig currency according to a tariff equal to the Polish tariff;

(c) Of fixing the percentage of net receipts to be allocated to Danzig in accordance with Article 15. In fixing this percentage, the proportion of the customs duties levied on goods destined for consumption in Poland and in the territory of the Free City respectively shall be taken into account.

Article 18.

The free zone at present existing in the port of Danzig shall be maintained.

This zone shall be placed under the control and administration of the Board referred to in Article 19, which shall have power to determine the modification or extension of the limits of the said free zone or the modification of its internal regime, subject to the right of the Government of the Free City and of the Polish Government to state their objections, if any, within fifteen days. In case of disagreement, such objection shall have suspensive force,

auf die Freie Stadt anzuwenden und, soweit möglich, der polnischen Gesetzgebung die Danziger Gesetzgebung anzupassen, insofern sie sich auf die Monopole und im allgemeinen alle indirekten Abgaben und Steuern bezieht. Die Freie Stadt verpflichtet sich, die Ausführung der besagten Maßnahmen zu übernehmen und sicherzustellen.

b) Richtlinien für den Zeitraum, in dem die beiden Staaten verschiedene Währungen besitzen, bezüglich des Verrechnungskurses für die Erhebung der Zollabgaben in Danziger Geld im Hafen von Danzig gemäß einem dem polnischen entsprechenden Tarif festzusetzen.

c) den Prozentsatz der Nettoeinnahmen festzusetzen, der gemäß Artikel 15 Danzig zugeteilt werden muß. Bei Festsetzung dieses Prozentsatzes soll dem Verhältnisse der Zollgebühren Rechnung getragen werden, die von den Waren erhoben werden, welche dazu bestimmt sind, in Polen bzw. auf dem Gebiete der Freien Stadt verbraucht zu werden.

Artikel 18.

Der gegenwärtig im Danziger Hafen vorhandene Freihafen soll bestehen bleiben. Dieser Freihafen soll unter die Überwachung und Verwaltung des Ausschusses gestellt werden, der in Artikel 19 vorgesehen ist und der die Befugnis haben soll, über die Veränderung oder Ausdehnung der Grenzen des besagten Freihafens oder die Veränderung seiner inneren Verwaltung zu entscheiden, unter Vorbehalt des Rechtes der Regierung der Freien Stadt und der polnischen Regierung, innerhalb fünfzehn Tagen gegebenenfalls ihren Einspruch zum Ausdruck zu bringen.

dits Gouvernements d'exercer le recours au Haut Commissaire de la Société des Nations dans les conditions prévues à l'article 39.

CHAPITRE III.

Article 19.

Il sera créé, sous le nom de *Conseil du Port et des Voies d'Eau de Dantzig*, un Conseil composé, par parties égales, de Commissaires polonais et de Commissaires dantzikois, dont le nombre, de part et d'autre, n'excédera pas cinq, et qui seront choisis respectivement par le Gouvernement polonais et par la Ville libre parmi les représentants des intérêts économiques des deux pays.

Le Président de ce Conseil sera choisi d'accord entre le Gouvernement polonais et le Gouvernement de la Ville libre. A défaut d'accord dans le mois qui suivra la mise en vigueur du présent Traité, le Conseil de la Société des Nations sera sollicité par le Haut Commissaire de la Société à Dantzig, de désigner un président de nationalité suisse. Il sera procédé de même en cas de vacance de la Présidence, dans le mois qui suivra la cessation des fonctions du précédent Président.

Le Président sera nommé pour trois ans; son mandat sera renouvelable.

Le Président dirigera le débat en s'efforçant de provoquer un ac-

and the said Governments shall have the right to exercise the appeal to the High Commissioner of the League of Nations in the conditions laid down in Article 39.

CHAPTER III.

Article 19.

A Board shall be appointed, entitled "The Danzig Port and Waterways Board", composed of an equal number (which shall not exceed five) of Polish and Danzig commissioners to be chosen by the Polish Government and by the Free City respectively from representatives of the economic interests of the two countries.

The President of this Board shall be chosen by agreement between the Polish Government and the Government of the Free City. In the event of no such agreement being reached within one month of the coming into force of the present Treaty, the Council of the League of Nations shall be requested by the High Commissioner of the League at Danzig to appoint a President of Swiss nationality. In case of a vacancy in the office of President, the same procedure shall be adopted in the month after the going out of office of the former President.

The President shall be appointed for three years and shall be eligible for reappointment.

The President shall preside over the discussions and shall en-

Sofern keine Einigung zustande kommt, soll dieser Einspruch aufschiebende Kraft haben, und es soll den besagten Regierungen freistehen, den Hohen Kommissar des Völkerbundes unter den im Artikel 39 vorgesehenen Bedingungen anzurufen.

Kapitel III.

Artikel 19.

Unter dem Namen „Ausschuß für den Hafen und die Wasserwege von Danzig" soll ein Ausschuß geschaffen werden, der zu gleichen Teilen aus polnischen und Danziger Vertretern zusammengesetzt ist; ihre Anzahl darf auf jeder Seite fünf nicht überschreiten; sie werden von der polnischen Regierung bzw. von der Freien Stadt aus den Vertretern der wirtschaftlichen Interessen jedes der beiden Länder gewählt.

Der Präsident dieses Ausschusses soll im Einvernehmen zwischen der polnischen Regierung und der Regierung der Freien Stadt gewählt werden. Kommt innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Vertrages ein Einvernehmen nicht zustande, so soll der Rat des Völkerbundes von dem Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig ersucht werden, einen Präsidenten Schweizer Nationalität zu bestimmen. Falls die Stelle des Präsidenten frei wird, soll innerhalb eines Monats nach Beendigung der Tätigkeit des letzten Präsidenten ebenso verfahren werden.

Der Präsident soll für drei Jahre ernannt werden und soll wiedergewählt werden können.

Der Präsident soll die Verhandlungen leiten und soll sich bemühen, zwischen den Parteien eine Einigung herbeizuführen;

cord entre les parties; il ne prendra part au vote qu'après avoir épuisé tous les moyens pour réaliser cet accord, sa voix emportant la décision en cas de partage.

Les frais et dépenses du Conseil seront couverts par les recettes provenant des services administrés par ledit Conseil.

Article 20.

Le Conseil exercera dans les limites de la Ville libre la direction, l'administration et l'exploitation du port, des voies d'eau et de l'ensemble des voies ferrées qui desservent spécialement le port, ainsi que de tous biens et établissements servant à leur exploitation, mais à l'exclusion des biens et des établissements servant à l'exploitation générale des chemins de fer.

Il appartiendra au Conseil de déterminer celles des voies ferrées qui doivent être considérées comme desservant spécialement le port, sous réserve du droit du Gouvernement de la Ville libre et du Gouvernement polonais de formuler, dans les quinze jours, leur opposition s'il y a lieu. En cas de désaccord, cette opposition sera suspensive et il appartiendra auxdits Gouvernements d'exercer le recours au Haut Commissaire de la Société des Nations dans les conditions prévues à l'article 39.

Le Conseil s'entendra avec le Gouvernement polonais pour mettre autant que possible en harmonie le régime de la partie de la Vistule placée sous son administration et le régime de la Vistule polonaise.

deavour to promote an agreement between the parties; he shall vote only after he has exhausted all possible means of bringing about such an agreement; his vote shall be decisive in case of an equal division.

The costs and expenditure of the Board shall be covered by the receipts of the services administered by the Board.

Article 20.

The Board shall exercise within the limits of the Free City the control, administration and exploitation of the port and waterways, of the whole railway system specially serving the port, and of all property and establishments employed in such exploitation, excluding property and establishments employed in the general exploitation of the railways.

It shall rest with the Board to determine which railways shall be considered as specially serving the port, subject to the right of the Government of the Free City and of the Polish Government to state their objections, if any, within fifteen days. In case of disagreement, such objection shall have suspensive force, and the said Governments shall have the right to exercise the appeal to the High Commissioner of the League of Nations in the conditions laid down in Article 39.

The Board shall come to an understanding with the Polish Government in order to bring into accord as far as possible the regime of the part of the Vistula placed under its administration and the regime of the Vistula in Poland.

er soll an der Abstimmung erst teilnehmen, nachdem er alle Mittel erschöpft hat, dieses Einvernehmen zu erreichen, wobei seine Stimme die Entscheidung herbeiführt, falls Stimmengleichheit vorliegt.

Die Unkosten und Ausgaben des Ausschusses sollen durch die Einnahmen gedeckt werden, die aus den Betrieben herrühren, die von dem genannten Ausschuß verwaltet werden.

Artikel 20.

Der Ausschuß soll innerhalb der Grenzen der Freien Stadt die Leitung, Verwaltung und Ausnutzung des Hafens, der Wasserwege und der gesamten Eisenbahnen ausüben, die besonders den Zwecken des Hafens dienen, sowie aller Güter und Einrichtungen, die ihrer Ausnutzung dienen, aber mit Ausschluß der Güter und Einrichtungen, die dem allgemeinen Eisenbahnbetrieb dienen. Es soll Sache des Ausschusses sein, diejenigen Eisenbahnen zu bestimmen, die als besonders im Dienste des Hafens stehend angesehen werden müssen, unter Vorbehalt des Rechtes der Regierung der Freien Stadt und der polnischen Regierung, gegebenenfalls binnen fünfzehn Tagen ihren Einspruch zum Ausdruck zu bringen. Falls keine Einigung erfolgt, soll dieser Einspruch aufschiebende Wirkung haben und es soll den besagten Regierungen freistehen, den Hohen Kommissar des Völkerbundes unter den im Artikel 39 vorgesehenen Bedingungen anzurufen.

Der Ausschuß soll sich mit der polnischen Regierung verständigen, um soweit als möglich die Verwaltung des ihm unterstellten Teiles der Weichsel mit der Verwaltung der polnischen Weichsel in Einklang zu bringen.

Le Conseil maintiendra autant que possible en fonctions les fonctionnaires, employés et ouvriers, actuellement affectés au service du port, ou des voies d'eau ou voies ferrées qui ressortissent à sa compétence. L'introduction de nouveaux fonctionnaires ou ouvriers dans l'administration dépendant du Conseil ne devra donner lieu à aucune discrimination au détriment des nationaux polonais.

The Board will retain as far as possible the officials, employees and workmen at present engaged in the services of the port, waterways and railways under its administration. In the introduction of new officials or workmen into the said administration, no discrimination shall be exercised against Polish nationals.

Article 21.

Les voies ferrées qui ne sont pas visées à l'article 20, seront, sauf les tramways et autres voies ferrées servant principalement aux besoins de la Ville libre, contrôlées et administrées par la Pologne à son profit et à ses frais.

Article 21.

The railways not referred to in Article 20 shall, with the exception of the tramways and other railways serving primarily the needs of the Free City, be controlled and administered by Poland, which shall receive the profits and defray the expenditure.

Article 22.

Des accords ultérieurs entre la Pologne et la Ville libre, à conclure dans les quatre mois qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, décideront toutes questions auxquelles pourrait donner lieu l'exécution de l'article 21, notamment en ce qui concerne les questions relatives au maintien des fonctionnaires, employés et ouvriers actuellement en service sur les chemins de fer, sur la base du respect des droits acquis, ainsi que les questions relatives aux garanties à assurer réciproquement à l'emploi des langues et des monnaies dantzikoises et polonaises et aux intérêts de la population locale, en tout ce qui touche à l'administration, à l'exploitation et aux services visés à l'article 21.

Article 22.

Subsequent agreements to be concluded between Poland and the Free City within four months after the coming into force of the present Treaty shall settle any questions which may arise from the execution of Article 21, especially questions relating to the retention of officials, employees and workmen at present employed on the railways and to the maintenance of rights acquired by them, and questions relating to the guarantees to be accorded reciprocally for the use of the Danzig and Polish languages and currencies, and for the interests of the local population, in all matters concerning the administration, exploitation and services referred to in Article 21.

Der Ausschuß behält soweit als möglich, die Beamten, Angestellten und Arbeiter im Dienste, die gegenwärtig im Dienste des Hafens oder der dem Ausschuß unterstehenden Wasserwege oder Eisenbahnen beschäftigt sind. Bei Annahme neuer Beamten und Arbeiter in der dem Ausschuß unterstehenden Verwaltung darf keine Unterscheidung zum Schaden polnischer Staatsangehörigen gemacht werden.

Artikel 21.

Die Eisenbahnen, die nicht im Artikel 20 erwähnt sind, sollen, mit Ausnahme der Straßenbahnen und anderen Eisenbahnen, die hauptsächlich den Bedürfnissen der Freien Stadt dienen, von Polen überwacht und verwaltet werden, wobei Polen die Einnahmen erhalten und die Ausgaben tragen soll.

Artikel 22.

Spätere Vereinbarungen zwischen Polen und der Freien Stadt, welche innerhalb vier Monaten nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages abzuschließen sind, sollen alle Fragen regeln, zu denen die Ausführung des Artikels 21 Anlaß geben könnte, namentlich solche Fragen, die sich auf die Beibehaltung der gegenwärtig im Eisenbahndienst befindlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter beziehen, unter Achtung erworbener Rechte, ferner solche Fragen, die sich auf die gegenseitig zu gewährenden Sicherungen für die Anwendung der Danziger und polnischen Sprache und Währung und für die Beachtung der Interessen der örtlichen Bevölkerung in allen Angelegenheiten der Verwaltung, des Betriebes und der Dienstzweige gemäß Artikel 21 beziehen.

A défaut d'accord, la décision sera prise par le Haut Commissaire de la Société des Nations, conformément à l'article 39.

Article 23.

Le Conseil percevra tous droits, taxes et revenus provenant de l'administration du port, des voies d'eau et des voies ferrées visée à l'article 20 et fera face à tous les frais d'entretien, de direction, d'exploitation, d'amélioration et de développement. Les bénéfices et les pertes seront partagés entre la Pologne et la Ville libre de Dantzig, suivant une proportion à fixer dans une convention financière à intervenir entre elles.

Il sera tenu compte à la Ville libre des recettes et des dépenses qu'elle aura effectuées depuis le 10 janvier 1920 pour l'entretien des services visés aux articles 20 et 21, jusqu'à l'entrée en vigueur des articles 20 et 21 et 23 à 26.

Article 24.

Le Conseil prendra toutes les mesures utiles pour assurer, d'accord avec le Gouvernement polonais, le libre trafic d'émigration et d'immigration, en provenance ou à destination de la Pologne.

Aucune compagnie de navigation ni autre organisation, société ou personne privée ne pourra se livrer à une entreprise d'émigration ou d'immigration en provenance ou à destination de la Pologne sans l'autorisation du Gouvernement polonais.

Article 25.

La Ville libre de Dantzig et le Gouvernement polonais s'engagent

Failing such agreement, the decision shall be taken by the High Commissioner of the League of Nations in accordance with Article 39.

Article 23.

The Board shall collect all dues, taxes and receipts arising from the administration of the port, waterways and railways referred to in Article 20, and shall defray all costs of upkeep, control, exploitation, improvement and development. All profits and losses shall be divided between Poland and the Free City of Danzig in a proportion to be fixed in a financial convention to be hereafter concluded between them.

Account shall be taken of expenses incurred by the Free City from January 10, 1920, until the coming into force of Articles 20 and 21 and 23 to 26 in the maintenance of the services referred to in Articles 20 and 21.

Article 24.

The Board shall take all necessary measures to assure, in agreement with the Polish Government, the free passage of emigrants and immigrants from or to Poland.

No shipping company or other organisation, company or private person, may engage in any service of emigration or immigration from or to Poland without the authorisation of the Polish Government.

Article 25.

The Free City of Danzig and the Polish Government undertake

Falls eine Einigung nicht erfolgt, soll die Entscheidung von dem Hohen Kommissar des Völkerbundes entsprechend dem Artikel 39 getroffen werden.

Artikel 23.

Der Ausschuß soll alle Abgaben, Gebühren und Einkünfte erhalten, die sich aus der im Artikel 20 vorgesehenen Verwaltung des Hafens, der Wasserwege und der Eisenbahnen ergeben, und soll alle Kosten ihrer Unterhaltung, Leitung, Ausnutzung, Verbesserung und Entwicklung bestreiten. Die Gewinne und Verluste sollen zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig in einem Verhältnis geteilt werden, das in einem zwischen ihnen abzuschließenden Finanzvertrag festgesetzt werden soll.

Die Einnahmen und Ausgaben, welche die Freie Stadt seit dem 10. Januar 1920 für die Unterhaltung der in den Artikeln 20 und 21 genannten Dienstzweige bis zum Inkrafttreten der Artikel 20 und 21 und 23—26 gehabt hat, sollen in Berücksichtigung gezogen werden.

Artikel 24.

Der Ausschuß soll alle zweckdienlichen Maßnahmen treffen, um in Übereinstimmung mit der polnischen Regierung den freien Auswanderer- und Rückwandererverkehr von oder nach Polen sicherzustellen.

Keine Schiffahrtsgesellschaft und keine andere Organisation, Gesellschaft oder Privatperson darf sich mit einem Auswanderer- oder Rückwandererunternehmen von oder nach Polen ohne die Ermächtigung der polnischen Regierung befassen.

Artikel 25.

Die Freie Stadt Danzig und die polnische Regierung verpflichten sich, dem Ausschuß das Eigentum aller Güter des

à transférer au Conseil la propriété de tous les biens qui, ayant appartenu à l'ancien Empire allemand ou à tout Etat allemand et désignés par les Principales Puissances alliées et associées, font partie du port et se rattachent à l'administration ou à l'exploitation de celui-ci, ainsi qu'à celles des voies d'eau et des voies ferrées visées à l'article 20.

La propriété de tous les biens ayant appartenu à l'ancien Empire allemand ou à tout Etat allemand et se rattachant à l'administration ou à l'exploitation des voies ferrées visées à l'article 21 sera transférée à la Pologne.

Le Conseil aura le droit de prendre à bail ou d'acquérir tous autres biens, meubles ou immeubles, situés sur le territoire de la Ville libre, selon que le Conseil le jugera nécessaire à la direction, à l'administration ou l'exploitation du port, des voies d'eau et des voies ferrées, dont il a la charge, ou à leur développement ou amélioration. La Ville libre de Dantzig s'engage à prendre toutes mesures nécessaires pour donner effet aux décisions du Conseil et, notamment, à procéder aux expropriations qu'il y aurait lieu d'effectuer à cet effet.

La Ville libre s'engage à ne pas refuser à la Pologne l'expropriation, dans des conditions équitables, des terrains et autres propriétés nécessaires à l'exploitation des services visés à l'article 21.

Au cas où le présent article donnerait lieu à quelque contestation entre le Gouvernement de la

to transfer to the Board the ownership of all property which belonged to the former German Empire or to any German State and which forms part of the port or is connected with the administration and exploitation of the port, waterways and railways referred to in Article 20; this property shall be designated by the Principal Allied and Associated Powers.

The ownership of all property formerly belonging to the German Empire or to any German State and connected with the administration or exploitation of the railways referred to in Article 21 shall be transferred to Poland.

The Board shall have the right to lease or to acquire such other property, movable or immovable, situated in the territory of the Free City as it may deem necessary for the control, administration or exploitation of the port, waterways and railways under its charge or for their development and improvement. The Free City of Danzig undertakes to carry out the necessary measures to give effect to the decisions of the Board, and in particular to proceed to any expropriations necessary for this purpose.

The Free City undertakes not to refuse the expropriation in favour of Poland, under equitable conditions, of such land and other property as may be necessary for the exploitation of the services referred to in Article 21.

In the event of this Article giving rise to any dispute between the Government of the Free City

früheren Deutschen Reiches oder irgendeines deutschen Staates zu übertragen, die einen Teil des Hafens bilden oder mit der Verwaltung oder Ausnutzung des Hafens sowie der im Artikel 20 vorgesehenen Wasser- und Schienenwege im Zusammenhange stehen.

Diese Güter sollen durch die alliierten und assoziierten Hauptmächte bezeichnet werden.

Das Eigentum aller Güter des früheren Deutschen Reiches oder irgendeines deutschen Staates, die mit der Verwaltung oder Ausnutzung der im Artikel 21 genannten Eisenbahnen im Zusammenhange stehen, soll Polen übertragen werden.

Der Ausschuß soll das Recht haben, alle anderen beweglichen oder unbeweglichen Güter, die auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig belegen sind, zu pachten oder zu erwerben, soweit der Ausschuß es für Leitung, Verwaltung oder Ausnutzung des Hafens, der Wasser- und Schienenwege, die ihm anvertraut sind, oder für ihre Entwicklung oder Verbesserung für notwendig erachtet. Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um die Entscheidungen des Ausschusses auszuführen und namentlich zu Enteignungen zu schreiten, deren Durchführung zu diesem Zweck erforderlich ist.

Die Freie Stadt verpflichtet sich, Polen die Enteignung des Geländes und anderen Eigentums, das für die Ausnutzung der im Artikel 21 bezeichneten Dienstzweige notwendig ist, unter angemessenen Bedingungen nicht zu versagen.

Falls dieser Artikel zu irgendeinem Streit zwischen der Regierung der Freien Stadt und der polnischen Regierung Anlaß

Ville libre et le Gouvernement polonais, le désaccord serait soumis à la décision du Haut Commissaire dans les conditions prévues à l'article 39.

Article 26.

Le Conseil aura l'obligation d'assurer à la Pologne le libre usage et le service du port et des moyens de communication visés à l'article 20, sans aucune restriction et dans la mesure nécessaire, pour assurer le trafic d'importation ou d'exportation à destination ou en provenance de la Pologne; le Conseil aura l'obligation de prendre toutes les mesures nécessaires pour assurer le développement et l'amélioration du port et des voies de communication afin de faire face à tous les besoins de ce trafic.

Dans le cas où les dispositions ci-dessus viendraient à n'être pas observées, la Ville libre de Dantzig et la Pologne auront le droit d'exercer le recours prévu à l'article 39.

Article 27.

Les dispositions des articles 20, 21 et 23 à 26 entreront en vigueur trois mois après la désignation du Président du Conseil.

Article 28.

En tout temps et en toutes circonstances la Pologne aura le droit d'importer et d'exporter par Dantzig des marchandises de quelque nature qu'elles soient, non prohibées par les lois polonaises.

---

and the Polish Government, the disagreement shall be submitted for decision to the High Commissioner in the conditions laid down in Article 39.

Article 26.

It shall be the duty of the Board to assure to Poland the free use and service without any restriction, and in so far as may be necessary for Polish imports and exports, of the port and the means of communication referred to in Article 20. It shall be the duty of the Board to take all measures necessary to assure the development and improvement of the port and means of communication in order to meet all the requirements of this traffic.

In the event of the non-observance of the above provisions, the Free City of Danzig and Poland may exercise the right of appeal provided for in Article 39.

Article 27.

The provisions of Articles 20 and 21 and 23 to 26 shall come into force three months after the appointment of the President of the Board.

Article 28.

At all times and in all circumstances Poland shall have the right to import and export *via* Danzig goods of any kind whatever not prohibited by Polish law.

---

gibt, soll die Meinungsverschiedenheit unter den im Artikel 39 vorgesehenen Bedingungen der Entscheidung des Hohen Kommissars unterbreitet werden.

Artikel 26.

Der Ausschuß soll verpflichtet sein, Polen die freie Benutzung und den Gebrauch des Hafens und der im Artikel 20 bezeichneten Verbindungsmittel ohne jede Einschränkung und in dem für die Sicherstellung des Ein- und Ausfuhrverkehrs nach und von Polen notwendigen Maße zu gewährleisten; der Ausschuß soll verpflichtet sein, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, die den Ausbau und die Verbesserung des Hafens und der Verbindungswege sicherstellen, um allen Bedürfnissen dieses Verkehrs zu genügen.

Falls die obigen Bestimmungen nicht beachtet werden sollten, haben die Freie Stadt Danzig und Polen das Recht, den im Artikel 39 vorgesehenen Antrag auf Entscheidung zu stellen.

Artikel 27.

Die Bestimmungen der Artikel 20, 21 und 23—26 sollen drei Monate nach der Ernennung des Präsidenten des Ausschusses in Kraft treten.

Artikel 28.

Jederzeit und unter allen Umständen soll Polen das Recht haben, über Danzig Waren, gleichviel welcher Art, einzuführen und auszuführen, soweit dies nicht durch die polnischen Gesetze verboten ist.

CHAPITRE IV.

Article 29.

La Pologne aura le droit d'installer dans le port de Dantzig, un service des postes, télégraphes et téléphones communiquant directement avec la Pologne. Ce service aura dans ses attributions les communications postales et télégraphiques, empruntant le port de Dantzig, entre la Pologne et les pays étrangers, ainsi que les communications entre la Pologne et le port de Dantzig.

Article 30.

La Ville libre de Dantzig s'engage à donner à bail ou à vendre à la Pologne, dans des conditions équitables, les terrains ou les bâtiments nécessaires à l'installation ainsi qu'au fonctionnement des services prévus à l'article 29 ainsi qu'à l'article 21. La Ville libre s'engage à donner au Gouvernement polonais toutes les facilités requises en vue de l'établissement des lignes télégraphiques et téléphoniques nécessaires à l'application dudit article.

Article 31.

Toutes autres communications postales, télégraphiques et téléphoniques sur le territoire de la Ville libre, ainsi que les communications entre la Ville libre et les pays étrangers, seront du ressort de la Ville libre.

Article 32.

La Pologne et la Ville libre de Dantzig s'engagent à conclure dans un délai de six mois, à dater de

CHAPTER IV.

Article 29.

Poland shall have the right to establish in the port of Danzig a post, telegraph and telephone service communicating directly with Poland. Postal and telegraphic communications *via* the port of Danzig between Poland and foreign countries, as also communications between Poland and the port of Danzig, shall be dealt with by this service.

Article 30.

The Free City of Danzig undertakes to lease or to sell to Poland on equitable terms the necessary land or buildings for the establishment and working of the services provided for in Article 29 as well as in Article 21. The Free City undertakes to accord to Poland all the facilities necessary for the installation of the telegraph and telephone lines required for the application of the said Article.

Article 31.

All other postal, telegraphic and telephonic communications within the territory of the Free City, as also communications between the Free City and foreign countries, shall be the concern of the Free City.

Article 32.

Poland and the Free City of Danzig undertake to conclude, within a period of six months

Kapitel IV.

Artikel 29.

Polen soll das Recht haben, im Hafen von Danzig zur unmittelbaren Verbindung mit Polen einen Post-, Telegraphen- und Telephondienst einzurichten. Dieser Dienst erstreckt sich auf die Post- und Telegraphenverbindungen zwischen Polen und dem Auslande über den Hafen von Danzig, sowie auf die Verbindungen zwischen Polen und dem Hafen von Danzig.

Artikel 30.

Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, Polen unter angemessenen Bedingungen das Gelände oder die Gebäude zu verkaufen oder zu verpachten, die für die Einrichtung sowie den Betrieb der im Artikel 29 sowie im Artikel 21 vorgesehenen Dienstzweige notwendig sind. Die Freie Stadt verpflichtet sich, der polnischen Regierung alle erforderlichen Erleichterungen zur Einrichtung der Telegraphen- und Telephonlinien zu gewähren, die zur Ausführung des genannten Artikels notwendig sind.

Artikel 31.

Alle anderen Post-, Telegraphen- und Telephonverbindungen auf dem Gebiete der Freien Stadt sowie die Verbindungen zwischen der Freien Stadt und dem Auslande sollen Sache der Freien Stadt sein.

Artikel 32.

Polen und die Freie Stadt Danzig verpflichten sich, binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine besondere

l'entrée en vigueur du présent Traité, une convention spéciale à l'effet d'établir des tarifs postaux, télégraphiques et téléphoniques uniformes pour leurs communications réciproques; cette convention réglera en même temps les détails d'application du présent chapitre.

CHAPITRE V.

Article 33.

La Ville libre de Dantzig s'engage à appliquer aux minorités de race, de religion ou de langue, des dispositions semblables à celles qui sont appliquées par la Pologne sur le territoire polonais, en exécution du Chapitre I du Traité conclu à Versailles, le 28 juin 1919, entre la Pologne et les Principales Puissances alliées et associées, notamment à pourvoir à ce que, dans la législation et la conduite de l'administration, aucune discrimination ne soit faite au préjudice des nationaux polonais et autres personnes d'origine ou de langue polonaise, conformément à l'article 104, § 5 du Traité de paix de Versailles avec l'Allemagne.

Les stipulations des articles 14 à 19 du Traité conclu à Versailles entre les Principales Puissances alliées et associées et la Pologne le 28 juin 1919 ainsi que les stipulations de l'article 89 du Traité de Versailles avec l'Allemagne, s'appliqueront également à la Ville libre de Dantzig.

Article 34.

Les conditions de naturalisation dans la Ville libre de Dantzig,

from the coming into force of the present Treaty, a special convention for the purpose of establishing uniform postal, telegraphic and telephonic tariffs for communication between the two States; this convention shall at the same time lay down the necessary details for the application of this chapter.

CHAPTER V.

Article 33.

The Free City of Danzig undertakes to apply to racial, religious and linguistic minorities provisions similar to those which are applied by Poland on Polish territory in execution of Chapter I of the Treaty concluded at Versailles on June 28, 1919, between Poland and the Principal Allied and Associated Powers, to provide, in particular, against any discrimination, in legislation or in the conduct of the administration, to the detriment of nationals of Poland and other persons of Polish origin or speech, in accordance with Article 104, paragraph 5, of the Treaty of Versailles.

The provisions of Articles 14 to 19 of the Treaty concluded at Versailles between the Principal Allied and Associated Powers and Poland on June 28, 1919, as also the provisions of Article 89 of the Treaty of Versailles with Germany, shall equally apply to the Free City of Danzig.

Article 34.

The conditions of naturalisation in the Free City of Danzig and

Vereinbarung zu treffen zur Einführung einheitlicher Post-, Telegraphen- und Telephontarife für den Verkehr zwischen den beiden Staaten; diese Vereinbarung soll gleichzeitig die Einzelheiten für die Durchführung der Bestimmungen dieses Kapitels regeln.

Kapitel V.

Artikel 33.

Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, auf die Minderheiten der Rasse, Religion oder Sprache Bestimmungen anzuwenden, die denjenigen ähnlich sind, welche von Polen in Ausführung des Kapitels I des in Versailles am 28. Juni 1919 zwischen Polen und den alliierten und assoziierten Hauptmächten geschlossenen Vertrages auf dem polnischen Gebiete angewendet werden, namentlich dafür Sorge zu tragen, daß in der Gesetzgebung und in der Leitung der Verwaltung kein Unterschied zum Nachteil der polnischen Staatsangehörigen und anderer Personen polnischer Herkunft oder polnischer Sprache gemacht wird, entsprechend dem Artikel 104 § 5 des Vertrages von Versailles mit Deutschland.

Die Bestimmungen der Artikel 14—19 des Vertrages, der in Versailles zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Polen am 28. Juni 1919 abgeschlossen worden ist, sowie die Bestimmungen des Artikels 89 des Vertrages von Versailles mit Deutschland finden auf die Freie Stadt Danzig in gleicher Weise Anwendung.

Artikel 34.

Die Einbürgerungsbedingungen in der Freien Stadt Danzig sowie die Bedingungen, unter welchen ausländische Gesellschaften

ainsi que les conditions auxquelles les sociétés étrangères pourront se constituer en sociétés dantzikoises, seront fixées d'accord entre la Ville libre et la Pologne.

Article 35.

Un arrangement spécial sera conclu, dans le plus bref délai, entre la Pologne et la Ville libre de Dantzig pour régler l'exécution en Pologne et, respectivement l'exécution sur le territoire de la Ville libre, des jugements respectivement rendus par les tribunaux polonais et dantzikois, la poursuite des criminels réfugiés sur le territoire de la Pologne ou de la Ville libre de Dantzig, ainsi que leur extradition et toutes autres questions de l'ordre judiciaire.

Article 36.

La Pologne et la Ville libre de Dantzig s'engagent respectivement à entrer en négociations, dès que les circonstances le permettront, sur la demande de l'une ou de l'autre, en vue d'unifier leurs systèmes monétaires. Un délai d'un an devra être prévu avant que cette unification une fois décidée entre en vigueur.

Article 37.

Le Gouvernement polonais s'engage à entrer en négociations avec la Ville libre en vue de faciliter à celle-ci, de toutes manières, son ravitaillement en denrées alimentaires, en combustibles et en matières premières.

Article 38.

Des arrangements ultérieurs seront conclus entre la Pologne et la Ville libre sur toutes les questions qui ne sont pas traitées dans le présent Traité.

the conditions under which foreign companies may be converted into Danzig companies shall be determined in agreement between the Free City and Poland.

Article 35.

A special arrangement shall be concluded with the least possible delay between Poland and the Free City of Danzig to provide for the execution in Poland and in the territory of the Free City of the judgments of Polish and Danzig tribunals respectively and for the arrest of criminals taking refuge on the territory of Poland or of the Free City of Danzig and for their extradition and for all other judicial questions.

Article 36.

Poland and the Free City of Danzig undertake to enter into negotiations, when circumstances permit, on the request of either of the two parties, with a view to unifying their monetary systems. An interval of one year shall be allowed before such unification, when decided on, comes into effect.

Article 37.

The Polish Government undertakes to enter into negotiations with the Free City in order to facilitate in every way the supply to the Free City of foodstuffs, fuel and raw materials.

Article 38.

Further agreements shall be concluded between Poland and the Free City on all questions not dealt with in the present Treaty.

sich in Danziger Gesellschaften umbilden können, sollen im Einvernehmen zwischen der Freien Stadt und Polen festgesetzt werden.

Artikel 35.

Ein besonderes Abkommen soll in kürzester Frist zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig abgeschlossen werden, um die Vollstreckung der Urteile der polnischen bzw. Danziger Gerichte in Polen bzw. auf dem Gebiete der Freien Stadt zu regeln, ferner die Verfolgung von Verbrechern, die sich auf das Gebiet von Polen oder der Freien Stadt Danzig flüchten, sowie ihre Auslieferung und alle anderen gerichtlichen Fragen.

Artikel 36.

Polen und die Freie Stadt Danzig verpflichten sich, sobald es die Umstände erlauben, auf den Antrag der einen oder der anderen Partei in Verhandlungen einzutreten, um ihre Währungen zu vereinheitlichen. Eine Frist von einem Jahre muß vorgesehen werden, bevor diese Vereinheitlichung, nachdem sie einmal beschlossen ist, in Kraft tritt.

Artikel 37.

Die polnische Regierung verpflichtet sich, mit der Freien Stadt in Verhandlungen einzutreten, um dieser auf jede Weise ihre Versorgung mit Lebensmitteln, Brennmaterial und Rohstoffen zu erleichtern.

Artikel 38.

Spätere Abmachungen werden zwischen Polen und der Freien Stadt über alle Fragen getroffen werden, die in diesem Vertrage nicht behandelt sind.

Article 39.

Tout différend qui viendrait à s'élever entre la Pologne et la Ville libre au sujet du présent Traité ou de tous autres accords, arrangements et conventions ultérieurs ou de toutes questions touchant aux relations de la Pologne et de la Ville libre sera soumis par l'une ou l'autre partie à la décision du Haut Commissaire, qui, s'il l'estime nécessaire, renverra l'affaire au Conseil de la Société des Nations.

Les deux parties conservent la liberté de faire appel au Conseil de la Société des Nations.

Article 40.

Aucune modification ne pourra être apportée à la présente Convention que par accord entre la Pologne et la Ville libre de Dantzig.

La présente Convention, dont les textes français et anglais feront foi, entre en vigueur en même temps qu'est constituée la Ville libre de Dantzig.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires susnommés ont signé la présente Convention.

FAIT à Paris, le neuf novembre mil neuf cent vingt, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement de la République Française et dont les expéditions authentiques seront remises à la Pologne et à la Ville libre de Dantzig.

Article 39.

Any differences arising between Poland and the Free City of Danzig in regard to the present Treaty or to any other subsequent agreements, arrangements or conventions, or to any matter affecting the relations between Poland and the Free City, shall be submitted by one or the other party to the decision of the High Commissioner, who shall, if he deems it necessary, refer the matter to the Council of the League of Nations.

The two parties retain the right of appeal to the Council of the League of Nations.

Article 40.

No modification in the present Treaty shall be made except by agreement between Poland and the Free City of Danzig.

The present Treaty, of which the French and English texts are both authentic, comes into force at the same time as the establishment of the Free City of Danzig.

IN FAITH WHEREOF the abovenamed Plenipotentiaries have signed the present Treaty.

DONE at Paris, the ninth day of November, one thousand nine hundred and twenty, in a single copy which will remain deposited in the archives of the French Republic, and of which authenticated copies will be transmitted to Poland an the Free City of Danzig.

(L.S.) I. J. PADEREWSKI.

(L.S.) HEINRICH SAHM.

(L.S.) W. SCHÜMMER.

Artikel 39.

Jede zwischen Polen und der Freien Stadt aufkommende Meinungsverschiedenheit in bezug auf diesen Vertrag oder alle anderen späteren Abmachungen, Vereinbarungen und Abkommen oder alle die Beziehungen Polens und der Freien Stadt berührenden Fragen soll von der einen oder anderen Partei der Entscheidung des Hohen Kommissars unterbreitet werden, der die Angelegenheit, falls er es für nötig erachtet, an den Rat des Völkerbundes verweisen soll.

Beide Parteien behalten die Freiheit, beim Rat des Völkerbundes Berufung einzulegen.

Artikel 40.

Eine Änderung an diesem Vertrag soll nur im Einvernehmen zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig vorgenommen werden.

Dieser Vertrag, dessen französischer und englischer Wortlaut maßgebend ist, tritt gleichzeitig mit der Errichtung der Freien Stadt Danzig in Kraft.

Urkundlich dessen haben die obengenannten Bevollmächtigten den vorliegenden Vertrag unterzeichnet.

Gegeben zu Paris, den 9. November 1920, in einem einzigen Exemplar, das in den Archiven der Regierung der Französischen Republik niedergelegt bleibt und dessen authentische Ausfertigungen Polen und der Freien Stadt Danzig ausgehändigt werden.

(L. S.) gez. I. J. Paderewski.
(L. S.) gez. Heinrich Sahm.
(L. S.) gez. W. Schümmer.

PROTOCOLE

Dans l'élaboration des stipulations prévues à l'article 108 du Traité de Versailles, la Ville libre de Dantzig aura les facilités nécessaires pour faire valoir ses vues auprès des Puissances contractantes.

FAIT à Paris, le neuf novembre mil neuf cent vingt, en un seul exemplaire, dont les textes français et anglais feront foi et qui restera annexé à la Convention signée en date de ce jour par les Plénipotentiaires soussignés.

PROTOCOL

In the elaboration of the provisions provided for in Article 108 of the Treaty of Versailles, the Free City of Danzig shall have the necessary facilities to represent its views before the Contracting Powers.

DONE at Paris, the ninth day of November, one thousand nine hundred and twenty, in a single copy of which the French and English texts are both authentic and which will remain annexed to the Treaty signed on the same date by the undersigned Plenipotentiaries.

(L.S.) I. J. PADEREWSKI.

(L.S.) HEINRICH SAHM.

(L.S.) W. SCHÜMMER.

Protokoll.

Bei der Ausarbeitung der in Artikel 108 des Vertrages von Versailles vorgesehenen Bestimmungen soll die Freie Stadt Danzig die notwendigen Erleichterungen haben, um ihre Ansichten bei den vertragschließenden Mächten geltend zu machen.

Gegeben zu Paris, den 9. November 1920
in einem einzigen Exemplar, dessen französischer und englischer Wortlaut maßgebend sein soll und welches dem Vertrage beigefügt bleiben soll, der am heutigen Tage von den unterfertigten Bevollmächtigten unterzeichnet worden ist.

(L. S.) gez. I. J. Paderewski.

(L. S.) gez. Heinrich Sahm.

(L. S.) gez. W. Schümmer.

Traité entre les États-Unis d'Amérique, l'Empire Britannique, la France, l'Italie, le Japon et la Pologne,

Signé à Versailles, le 28 Juin 1919

Les ETATS-UNIS D'AMERIQUE, L'EMPIRE BRITANNIQUE, LA FRANCE, L'ITALIE et LE JAPON,

Principales Puissances alliées et associées.

d'une part;

Et LA POLOGNE,

d'autre part;

Considérant que les Puissances alliées et associées ont, par le succès de leurs armes, rendu à la Nation polonaise l'indépendance dont elle avait été injustement privée;

Considérant que par la proclamation du 30 mars 1917, le Gouvernement russe a consenti au rétablissement d'un État polonais indépendant;

Que l'État polonais, exerçant actuellement, en fait, la souveraineté sur les parties de l'ancien Empire russe habitées en majorité par des Polonais, a déjà été reconnu par les Principales Puissances alliées et associées comme État souverain et indépendant;

Considérant qu'en vertu du Traité de paix conclu avec l'Allemagne par les Puissances alliées et associées, Traité dont la Pologne

Treaty between the United States of America, the British Empire, France, Italy, Japan and Poland,

Signed at Versailles, June 28, 1919.

The UNITED STATES OF AMERICA, the BRITISH EMPIRE, FRANCE, ITALY and JAPAN,

The Principal Allied and Associated Powers,

on the one hand;

And POLAND,

on the other hand;

Whereas the Allied and Associated Powers have by the success of their arms restored to the Polish nation the independence of which it had been unjustly deprived; and

Whereas by the proclamation of March 30, 1917, the Government of Russia assented to the re-establishment of an independent Polish State; and

Whereas the Polish State, which now in fact exercises sovereignty over those portions of the former Russian Empire which are inhabited by a majority of Poles, has already been recognised as a sovereign and independent State by the Principal Allied and Associated Powers; and

Whereas under the Treaty of Peace concluded with Germany by the Allied and Associated Powers, a Treaty of which Poland is a

Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reiche, Frankreich, Italien, Japan und Polen, unterzeichnet in Versailles am 28. Juni 1919.

(Minderheitenvertrag.)

Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan, die Alliierten und Assoziierten Hauptmächte, einerseits:

in Anbetracht, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte durch den Erfolg ihrer Waffen der polnischen Nation die Unabhängigkeit gegeben haben, deren sie ungerechterweise beraubt war;

in Anbetracht, daß durch die Proklamation vom 30. März 1917 die russische Regierung der Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates zugestimmt hat;

daß ferner der polnische Staat, der jetzt tatsächlich die Souveränität über die überwiegend von Polen bewohnten Teile des alten russischen Kaiserreichs ausübt, von den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten schon als souveräner und unabhängiger Staat anerkannt worden ist;

in Anbetracht ferner, daß kraft des von den Alliierten und Assoziierten Mächten mit Deutschland geschlossenen Friedensvertrages, den Polen mitunterzeichnet hat, gewisse Gebiete des

est signataire, certains territoires de l'ancien Empire allemand seront incorporés dans le territoire de la Pologne;

Qu'aux termes dudit Traité de Paix, les limites de la Pologne qui n'y sont pas encore fixées, doivent être ultérieurement déterminées par les Principales Puissances alliées et associées;

Les États-Unis d'Amérique, l'Empire britannique, la France, l'Italie et le Japon, d'une part, confirmant leur reconnaissance de l'État polonais, constitué dans lesdites limites, comme membre de la famille des Nations, souverain et indépendant, et soucieux d'assurer l'exécution de l'article 93 dudit Traité de paix avec l'Allemagne;

La Pologne, d'autre part, désirant conformer ses institutions aux principes de liberté et de justice, et en donner une sûre garantie à tous les habitants des territoires sur lesquels elle a assumé la souveraineté;

A cet effet, les HAUTES PARTIES CONTRACTANTES, représentées comme il suit:

LE PRÉSIDENT DES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE, par:

L'Honorable *Woodrow Wilson, Président des États-Unis*, agissant tant en son nom personnel que de sa propre autorité;

L'Honorable *Robert Lansing*, Secrétaire d'État;

L'Honorable *Henry White*, ancien Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire des États-Unis à Rome et à Paris;

signatory, certain portions of the former German Empire will be incorporated in the territory of Poland; and

Whereas under the terms of the said Treaty of Peace, the boundaries of Poland not already laid down are to be subsequently determined by the Principal Allied and Associated Powers;

The United States of America, the British Empire, France, Italy and Japan, on the one hand, confirming their recognition of the Polish State, constituted within the said limits as a sovereign and independent member of the Family of Nations, and being anxious to ensure the execution of the provisions of Article 93 of the said Treaty of Peace with Germany;

Poland, on the other hand, desiring to conform her institutions to the principles of liberty and justice, and to give a sure guarantee to the inhabitants of the territory over which she has assumed sovereignty;

For this purpose the HIGH CONTRACTING PARTIES represented as follows:

THE PRESIDENT OF THE UNITED STATES OF AMERICA, by:

The Honourable Woodrow *Wilson, President of the United States*, acting in his own name and by his own proper authority;

The Honourable Robert *Lansing*, Secretary of State;

The Honourable Henry *White*, formerly Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of the United States at Rome and Paris;

alten deutschen Kaiserreichs in das Gebiet Polens einverleibt werden;

und daß nach dem Wortlaute des genannten Friedensvertrags die Grenzen Polens, die noch nicht festgesetzt sind, später durch die Alliierten und Assoziierten Hauptmächte bestimmt werden sollen;

unter Bestätigung ihrer Anerkennung des polnischen Staates innerhalb der genannten Grenzen als Gliedes der Familie der Nationen, als souverän und unabhängig, und weiter im Bestreben, die Ausführung des Artikels 93 des genannten Friedensvertrags mit Deutschland sicherzustellen;

Polen andererseits,

das seine Einrichtungen den Grundsätzen der Freiheit und Gerechtigkeit anzupassen und davon allen Einwohnern der Gebiete, über die es die Souveränität übernommen hat, eine sichere Gewähr zu bieten wünscht,

haben zu diesem Zweck, und zwar die hohen vertragschließenden Teile vertreten wie folgt:

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika durch

den ehrenwerten Woodrow Wilson, Präsidenten der Vereinigten Staaten, sowohl in seinem eigenen Namen als kraft eigener Machtvollkommenheit handelnd;

den ehrenwerten Robert Lansing, Staatssekretär;

den ehrenwerten Henry White, ehemaligen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Vereinigten Staaten in Rom und Paris;

L'Honorable *Edward M. House;*

Le Général *Tasker H. Bliss*, Représentant militaire des États-Unis au Conseil supérieur de Guerre;

SA MAJESTÉ LE ROI DU ROYAUME-UNI DE GRANDE - BRETAGNE ET D'IRLANDE ET DES TERRITOIRES BRITANNIQUES AU DELA DES MERS, EMPEREUR DES INDES, par:

Le Très Honorable *David Lloyd George*, M. P., Premier Ministre et Premier Lord de la Trésorerie

Le Très Honorable *A. Bonar Law*, M. P., Lord du Sceau Privé;

Le Très Honorable Vicomte *Milner*, G. C. B., G. C. M. G., Secrétaire d'Etat pour les Colonies;

Le Très Honorable *Arthur James Balfour*, O. M., M. P., Secrétaire d'Etat pour les Affaires étrangères;

Le Très Honorable *George Nicoll Barnes*, Ministre sans portefeuille;

Et:

pour le DOMINION du CANADA, par:

L'Honorable *Charles Joseph Doherty*, Ministre de la Justice;

L'Honorable *Arthur Lewis Sifton*, Ministre des douanes;

pour le COMMONWEALTH d'AUSTRALIE, par:

Le Très Honorable *William Morris Hughes*, Attorney général et Premier Ministre;

The Honourable Edward M. *House;*

General Tasker H. *Bliss*, Military Representative of the United States on the Supreme War Council;

HIS MAJESTY THE KING OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND IRELAND AND OF THE BRITISH DOMINIONS BEYOND THE SEAS, EMPEROR OF INDIA, by:

The Right Honourable David *Lloyd George*, M.P., First Lord of His Treasury and Prime Minister;

The Right Honourable Andrew *Bonar Law*, M. P., His Lord Privy Seal.

The Right Honourable Viscount *Milner*, G. C. B., G. C. M. G., His Secretary of State for the Colonies;

The Right Honourable Arthur James *Balfour*, O. M., M. P., His Secretary of State for Foreign Affairs;

The Right Honourable George Nicoll *Barnes, M. P.*, Minister without portfolio;

And

for the DOMINION of CANADA, by:

The Honourable Charles Joseph *Doherty*, Minister of Justice;

The Honourable Arthur Lewis *Sifton*, Minister of Customs;

for the COMMONWEALTH of AUSTRALIA, by:

The Right Honourable William Morris *Hughes*, Attorney General and Prime Minister;

den ehrenwerten Edward M. House;

den General Tasker H. Bliß, militärischen Vertreter der Vereinigten Staaten im obersten Kriegsrate;

S. Majestät der König des vereinigten Königsreichs von Großbritannien und Irland und der britischen Gebiete jenseits des Meeres, Kaiser von Indien durch

den sehr ehrenwerten David Lloyd George, M. P., Ministerpräsidenten und ersten Lord des Schatzamtes;

den sehr ehrenwerten A. Bonar Law, M. P., Großsiegelbewahrer;

den sehr ehrenwerten Viscount Milner, G. C. B., G. C., M. G., Staatssekretär für die Kolonien;

den sehr ehrenwerten Arthur James Balfour, O. M., M. P., Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten;

den sehr ehrenwerten Georg Nicoll Barnes, Minister ohne Portefeuille;

und für das Dominion von Kanada durch

den ehrenwerten Karl Josef Doherty, Justizminister;

den ehrenwerten Arthur Lewin Sifton, Minister der Zölle;

für den australischen Bund durch

den sehr ehrenwerten William Morris Hughes, Justizminister und Ministerpräsidenten;

Le Très Honorable Sir *Joseph Cook*, G. C. M. G., Ministre de la Marine;

pour l'UNION SUD-AFRICAINE, par:

Le Très Honorable Général *Louis Botha*, Ministre des Affaires indigènes et Premier Ministre;

Le Très Honorable Lieut[t]-Général *Jan Christiaan Smuts*, K. C., Ministre de la Défense;

pour le DOMINION de la NOUVELLE-ZÉLANDE, par:

Le Très Honorable *William Ferguson Massey*, Ministre du Travail, Premier Ministre;

pour l'INDE, par:

Le Très Honorable *Edwin Samuel Montagu*, M. P., Secrétaire d'État pour l'Inde;

Le Major-Général Son Altesse Maharaja Sir Ganga Singh Bahadur Maharaja de *Bikaner*, G. C., S. I., G. C. I. E., G. C. V. O., K. C. B., A. D. C.;

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, par:

M. Georges *Clemenceau*, Président du Conseil, Ministre de la Guerre;

M. Stephen *Pichon*, Ministre des Affaires étrangères;

M. Louis-Lucien *Klotz*, Ministre des Finances;

M. André *Tardieu*, Commissaire général aux Affaires de guerre franco-américaines;

M. Jules *Cambon*, Ambassadeur de France;

The Right Honourable Sir Joseph *Cook*, G. C. M. G., Minister for the Navy;

for the UNION OF SOUTH AFRICA, by:

General the Right Honourable Louis *Botha*, Minister of Native Affairs and Prime Minister;

Lieutenant-General the Right Honourable Jan Christiaan *Smuts*, K. C., Minister of Defence;

for the DOMINION OF NEW ZEALAND, by:

The Right Honourable William Ferguson *Massey*, Minister of Labour and Prime Minister;

for INDIA, by:

The Right Honourable Edwin Samuel *Montagu*, M. P., His Secretary of State for India;

Major-General His Highness Maharaja Sir Ganga Singh Bahadur, Maharaja of *Bikaner*, G. C. S. I., G. C. I. E., G.C.V.O., K.C.B., A.D.C.;

THE PRESIDENT OF THE FRENCH REPUBLIC, by:

Mr. Georges *Clemenceau*, President of the Council, Minister of War;

Mr. Stephen *Pichon*, Minister of Foreign Affairs;

Mr. Louis-Lucien *Klotz*, Minister of Finance;

Mr. André *Tardieu*, Commissary General for Franco-American Military Affairs;

Mr. Jules *Cambon*, Ambassador of France;

den sehr ehrenwerten Herrn Josef Cook, G. C. M. G., Marineminister;

für die südafrikanische Union durch

den sehr ehrenwerten General Louis Botha, Minister der eingeborenen Angelegenheiten und Ministerpräsidenten;

den sehr ehrenwerten Generalleutnant Jan Christian Smuts, K. C., Minister der Verteidigung;

für das Dominion von Neuseeland durch

den sehr ehrenwerten William Fergussen Massey, Arbeitsminister und Ministerpräsidenten;

für Indien durch

den sehr ehrenwerten Edwin Samuel Montagu, M. P., Staatssekretär für Indien;

den Generalmajor S. Hoheit den Maharaja Sir Ganga Singh Bahadur, Maharaja v. Bikaner;

Der Präsident der französischen Republik durch

George Clemenceau, Ministerpräsidenten, Kriegsminister;

Stefan Pichon, Minister der auswärtigen Angelegenheiten;

Louis Lucien Klotz, Finanzminister;

André Tardieu, Generalkommissar für die französisch-amerikanischen Kriegsangelegenheiten;

Jules Cambon, französischer Botschafter;

SA MAJESTÉ LE ROI D'ITALIE, par:

Le Baron S. *Sonnino*, Député;

Le Marquis G. *Imperiali*, Sénateur, Ambassadeur de S. M. le Roi d'Italie à Londres;

M. S. *Crespi*, Député;

HIS MAJESTY THE KING OF ITALY, by:

Baron S. *Sonnino*, Deputy;

Marquis G. *Imperiali*, Senator, Ambassador of His Majesty the King of Italy at London;

Mr. S. *Crespi*, Deputy;

SA MAJESTÉ L'EMPEREUR DU JAPON, par:

Le Marquis *Saïonzi*, ancien Président du Conseil des Ministres;

Le Baron *Makino*, ancien Ministre des Affaires étrangères, Membre du Conseil diplomatique;

Le Vicomte *Chinda*, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de S. M. l'Empereur du Japon à Londres;

M. K. *Matsui*, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de S. M. l'Empereur du Japon à Paris;

M. H. *Ijuin*, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de S. M. l'Empereur du Japon à Rome;

HIS MAJESTY THE EMPEROR OF JAPAN, by:

Marquis *Saïonzi*, formerly President of the Council of Ministers;

Baron *Makino*, formerly Minister of Foreign Affairs, Member of the Diplomatic Council;

Viscount *Chinda*, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of H. M. the Emperor of Japan at London;

Mr. K. *Matsui*, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of H. M. the Emperor of Japan at Paris;

Mr. H. *Ijuin*, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of H. M. the Emperor of Japan at Rome;

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE POLONAISE, par:

M. Ignace J. *Paderewski*, Président du Conseil des Ministres, Ministre des Affaires étrangères;

M. Roman *Dmowski*, Président du Comité national polonais;

THE PRESIDENT OF THE POLISH REPUBLIC, by:

Mr. Ignace J. *Paderewski*, President of the Council of Ministers, Minister of Foreign Affairs;

Mr. Roman *Dmowski*, President of the Polish National Committee;

Ont, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, convenu des stipulations suivantes:

After having exchanged their full powers, found in good and due form, have agreed as follows:

S. Majestät der König von Italien durch

den Baron S. Sonnino, Abgeordneten;
den Marquis G. Imperiali, Senator und Botschafter S. M. des Königs von Italien in London;

S. Crespi, Abgeordneten;

S. Majestät der Kaiser von Japan durch

den Marquis Saïronzi, früheren Ministerpräsidenten;

den Baron Makino, früheren Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Mitglied des diplomatischen Rates;

den Vicomte Chinda, außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter S. M. des Kaisers von Japan in London;

K. Matsui, außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter S. M. des Kaisers von Japan in Paris;

H. Ijuin, außerordentl. und bevollmächtigten Botschafter S. M. des Kaisers von Japan in Rom.

Der Präsident der polnischen Republik durch

Ignatz J. Paderewski, Ministerpräsidenten, Minister der auswärtigen Angelegenheiten;

Roman Dmowski, Präsidenten des polnischen Nationalkomitees;

nach Austausch ihrer Vollmachten, die als gut und formrichtig anerkannt wurden, die nachfolgenden Abmachungen vereinbart:

CHAPITRE IER.

Article premier.

La Pologne s'engage à ce que les stipulations contenues dans les articles 2 à 8 du présent Chapitre soient reconnues comme lois fondamentales, à ce qu'aucune loi, aucun règlement ni aucune action officielle ne soient en contradiction ou en opposition avec ces stipulations et à ce qu'aucune loi, aucun règlement ni aucune action officielle ne prévalent contre elles.

Article 2.

Le Gouvernement polonais s'engage à accorder à tous les habitants pleine et entière protection de leur vie et de leur liberté sans distinction de naissance, de nationalité, de langage, de race ou de religion.

Tous les habitants de la Pologne auront droit au libre exercice, tant public que privé, de toute foi, religion ou croyance, dont la pratique ne sera pas incompatible avec l'ordre public et les bonnes moeurs.

Article 3.

La Pologne reconnait comme ressortissants polonais, de plein droit et sans aucune formalité, les ressortissants allemands, autrichiens, hongrois ou russes domiciliés, à la date de la mise en vigueur du présent Traité, sur le territoire qui est ou sera reconnu comme faisant partie de la Pologne, mais sous réserve de toute disposition des Traités de paix avec l'Allemagne ou l'Autriche, respective-

CHAPTER I.

Article 1.

Poland undertakes that the stipulations contained in Articles 2 to 8 of this Chapter shall be recognised as fundamental laws, and that no law, regulation or official action shall conflict or interfere with these stipulations, nor shall any law, regulation or official action prevail over them.

Article 2.

Poland undertakes to assure full and complete protection of life and liberty to all inhabitants of Poland without distinction of birth, nationality, language, race or religion.

All inhabitants of Poland shall be entitled to the free exercise, whether public or private, of any creed, religion or belief, whose practices are not inconsistent with public order or public morals.

Article 3.

Poland admits and declares to be Polish nationals *ipso facto* and without the requirement of any formality German, Austrian, Hungarian or Russian nationals habitually resident at the date of the coming into force of the present Treaty in territory which is or may be recognised as forming part of Poland, but subject to any provisions in the Treaties of Peace with Germany or Austria respect-

Kapitel I.

Artikel 1.

Polen verpflichtet sich, daß die in den Artikeln 2—8 des gegenwärtigen Kapitels enthaltenen Abmachungen als Grundgesetze anerkannt werden, daß kein Gesetz, keine Verordnung, noch irgendeine offizielle Handlung in Widerspruch oder in Gegensatz zu diesen Abmachungen stehen solle, und daß kein Gesetz, keine Verordnung, noch irgendeine offizielle Handlung ihnen gegenüber einen Vorrang haben dürfe.

Artikel 2.

Die polnische Regierung verpflichtet sich, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, der Nationalität, der Sprache, der Rasse oder der Religion, vollen Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu bewilligen.

Alle Einwohner Polens haben das Recht der freien öffentlichen wie privaten Ausübung jedes Glaubens, jeder Religion oder Glaubenslehre, deren Ausübung nicht mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten unvereinbar ist.

Artikel 3.

Polen anerkennt als polnische Staatsangehörige rechtmäßig ohne jede Förmlichkeit die deutschen, österreichischen, ungarischen oder russischen Staatsangehörigen, die im Augenblicke des Inkrafttretens des gegenwärtigen Vertrages in dem Gebiete wohnen, welches als Teil Polens schon anerkannt ist oder noch wird, jedoch unbeschadet aller Bestimmungen der Friedensverträge mit Deutschland oder Österreich hinsichtlich derjenigen Personen, die in diesen Gebieten nach einem bestimmten Datum ihren Wohnsitz nehmen. Gleichwohl haben alle obenbezeichneten Personen, die über 18 Jahre alt sind, das Recht, unter den in den genannten Verträgen

ment, relativement aux personnes domiciliées sur ce territoire postérieurement à une date déterminée.

Toutefois, les personnes ci-dessus visées, âgées de plus de dix-huit ans, auront la faculté, dans les conditions prévues par lesdits Traités, d'opter pour toute autre nationalité qui leur serait ouverte. L'option du mari entraînera celle de la femme et l'option des parents entraînera celle de leurs enfants âgés de moins de dixhuit ans.

Les personnes ayant exercé le droit d'option ci-dessus devront, dans les douze mois qui suivront et à moins de dispositions contraires du Traité de Paix avec l'Allemagne, transporter leur domicile dans l'État en faveur duquel elles auront opté. Elles seront libres de conserver les biens immobiliers qu'elles possèdent sur le territoire polonais. Elles pourront emporter leurs biens meubles de toute nature. Il ne leur sera imposé de ce chef aucun droit de sortie.

Article 4.

La Pologne reconnaît comme ressortissants polonais, de plein droit et sans aucune formalité, les personnes de nationalité allemande, autrichienne, hongroise ou russe qui sont nées sur ledit territoire de parents y étant domiciliés, encore qu'à la date de la mise en vigueur du présent Traité elles n'y soient pas elles-mêmes domiciliées.

Toutefois, dans les deux ans qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, ces personnes pour-

ively relating to persons who became resident in such territory after a specified date.

Nevertheless, the persons referred to above who are over eighteen years of age will be entitled under the conditions contained in the said Treaties to opt for any other nationality which may be open to them. Option by a husband will cover his wife and option by parents will cover their children under eighteen years of age.

Persons who have exercised the above right to opt must, except where it is otherwise provided in the Treaty of Peace with Germany, transfer within the succeeding twelve months their place of residence to the State for which they have opted. They will be entitled to retain their immovable property in Polish territory. They may carry with them their movable property of every description. No export duties may be imposed upon them in connection with the removal of such property.

Article 4.

Poland admits and declares to be Polish nationals *ipso facto* and without the requirement of any formality persons of German, Austrian, Hungarian or Russian nationality who were born in the said territory of parents habitually resident there, even if at the date of the coming into force of the present Treaty they are not themselves habitually resident there.

Nevertheless, within two years after the coming into force of the present Treaty, these persons may

vorgesehenen Bedingungen für jede andere Nationalität, die ihnen offensteht, zu optieren. Die Option des Ehemannes schießt die der Ehefrau ein, die der Eltern diejenigen ihrer Kinder unter 18 Jahren.

Die Personen, die das erwähnte Optionsrecht ausgeübt haben, müssen innerhalb der nächstfolgenden 12 Monate, soweit nicht Bestimmungen des Friedensvertrages mit Deutschland entgegenstehen, ihren Wohnsitz in den Staat verlegen, zu dessen Gunsten sie optiert haben. Sie sind berechtigt, ihren unbeweglichen Besitz im polnischen Gebiet zu behalten. Sie dürfen ihr bewegliches Eigentum jeder Art mit sich nehmen. Dabei darf ihnen keinerlei Ausfuhrzoll auf solches Gut auferlegt werden.

Artikel 4.

Polen anerkennt als polnische Staatsangehörige rechtmäßig und ohne jede Förmlichkeit Personen deutscher, österreichischer, ungarischer oder russischer Nationalität, die in dem genannten Gebiete von daselbst ihren Wohnsitz habenden Eltern geboren wurden, wenngleich sie selbst ihren Wohnsitz z. Z. des Inkrafttretens des gegenwärtigen Vertrages dort nicht haben.

Gleichwohl können solche Personen innerhalb von zwei auf das Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages folgenden Jahren vor den

ront déclarer devant les autorités polonaises compétentes dans le pays de leur résidence, qu'elles renoncent à la nationalité polonaise et elles cesseront alors d'être considérées comme ressortissants polonais. A cet égard, la déclaration du mari sera réputée valoir pour la femme et celle des parents sera réputée valoir pour les enfants âgés de moins de dix-huit ans.

Article 5.

La Pologne s'engage à n'apporter aucune entrave à l'exercice du droit d'option, prévu par les Traités conclus ou à conclure par les Puissances alliées et associées avec l'Allemagne, l'Autriche, la Hongrie ou la Russie et permettant aux intéressés d'acquérir ou non la nationalité polonaise.

Article 6.

La nationalité polonaise sera acquise de plein droit, par le seul fait de la naissance sur le territoire polonais, à toute personne ne pouvant se prévaloir d'une autre nationalité.

Article 7.

Tous les ressortissants polonais seront égaux devant la loi et jouiront des mêmes droits civils et politiques sans distinction de race, de langage ou de religion.

La différence de religion, de croyance ou de confession ne devra nuire à aucun ressortissant polonais en ce qui concerne la jouissance des droits civils et politiques, notamment pour l'admission aux emplois publics, fonctions et honneurs ou l'exercice des différentes professions et industries.

make a declaration before the competent Polish authorities in the country in which they are resident, stating that they abandon Polish nationality, and they will then cease to be considered as Polish nationals. In this connection a declaration by a husband will cover his wife, and a declaration by parents will cover their children under eighteen years of age.

Article 5.

Poland undertakes to put no hindrance in the way of the exercise of the right which the persons concerned have, under the Treaties concluded or to be concluded by the Allied and Associated Powers with Germany, Austria, Hungary or Russia, to choose whether or not they will acquire Polish nationality.

Article 6.

All persons born in Polish territory who are not born nationals of another State shall *ipso facto* become Polish nationals.

Article 7.

All Polish nationals shall be equal before the law and shall enjoy the same civil and political rights without distinction as to race, language or religion.

Differences of religion, creed or confession shall not prejudice any Polish national in matters relating to the enjoyment of civil or political rights, as for instance admission to public employments, functions and honours, or the exercise of professions and industries.

zuständigen polnischen Behörden ihres Aufenthaltslandes erklären, daß sie auf die polnische Staatsangehörigkeit verzichten, und sie werden alsdann nicht mehr als polnische Staatsangehörige angesehen. In dieser Hinsicht gilt die Erklärung des Ehemannes als verbindlich für die Ehefrau, die der Eltern für die Kinder unter 18 Jahren.

Artikel 5.

Polen verpflichtet sich, keinerlei Hindernisse der Ausübung des Optionsrechtes zu bereiten, wie es in den von den Alliierten und Assoziierten Mächten mit Deutschland, Österreich, Ungarn oder Rußland abgeschlossenen oder noch zu schließenden Verträgen vorgesehen ist, und das den Beteiligten gestattet, die polnische Nationalität zu erwerben oder nicht zu erwerben.

Artikel 6.

Die polnische Staatsangehörigkeit wird rechtmäßig schon durch die Tatsache der Geburt auf polnischem Gebiete für jede Person erworben, die keine andere Staatsangehörigkeit für sich geltend machen kann.

Artikel 7.

Alle polnischen Staatsangehörigen ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion sind vor dem Gesetze gleich und genießen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte.

Der Unterschied der Religion, der Glaubenslehre oder des Bekenntnisses darf keinem polnischen Staatsangehörigen schädlich sein hinsichtlich des Genusses der bürgerlichen und politischen Rechte, namentlich bezüglich des Zutrittes zu öffentlichen Ämtern, Stellen und Ehren oder der Ausübung der verschiedenen Gewerbe- und Industriezweige.

Il ne sera édicté aucune restriction contre le libre usage par tout ressortissant polonais d'une langue quelconque soit dans les relations privées ou de commerce, soit en matière de religion, de presse, ou de publications de toute nature, soit dans les réunions publiques.

Nonobstant l'établissement par le Gouvernement polonais d'une langue officielle, des facilités appropriées seront données aux ressortissants polonais de langue autre que le polonais, pour l'usage de leur langue, soit oralement, soit par écrit devant les tribunaux.

Article 8.

Les ressortissants polonais, appartenant à des minorités ethniques, de religion ou de langue, jouiront du même traitement et des mêmes garanties en droit et en fait que les autres ressortissants polonais. Ils auront notamment un droit égal à créer, diriger et contrôler à leurs frais des institutions charitables, religieuses ou sociales, des écoles et autres établissements d'éducation, avec le droit d'y faire librement usage de leur propre langue et d'y exercer librement leur religion.

Article 9.

En matière d'enseignement public, le Gouvernement polonais accordera dans les villes et districts où réside une proportion considérable de ressortissants polonais de langue autre que la langue polonaise, des facilités appropriées pour assurer que dans les écoles primaires, l'instruction sera don-

No restriction shall be imposed on the free use by any Polish national of any language in private intercourse, in commerce, in religion, in the press or in publications of any kind, or at public meetings.

Notwithstanding any establishment by the Polish Government of an official language, adequate facilities shall be given to Polish nationals of non-Polish speech for the use of their language, either orally or in writing, before the courts.

Article 8.

Polish nationals who belong to racial, religious or linguistic minorities shall enjoy the same treatment and security in law and in fact as the other Polish nationals. In particular they shall have an equal right to establish, manage and control at their own expense charitable, religious and social institutions, schools and other educational establishments, with the right to use their own language and to exercise their religion freely therein.

Article 9.

Poland will provide in the public educational system in towns and districts in which a considerable proportion of Polish nationals of other than Polish speech are residents adequate facilities for ensuring that in the primary schools the instruction shall be given to the children of such Po-

Es darf durch keine Verordnung eine Beschränkung des freien Gebrauchs jeder beliebigen Sprache im privaten oder Handelsverkehr für irgendeinen polnischen Staatsangehörigen verfügt werden, sei es auf dem Gebiete der Religion, der Presse oder jeder beliebigen Veröffentlichung oder in den öffentlichen Versammlungen.

Unbeschadet der Festsetzung einer Amtssprache durch die polnische Regierung sollen den polnischen Staatsangehörigen nichtpolnischer Zunge geeignete Erleichterungen für den mündlichen wie schriftlichen Gebrauch ihrer Sprache vor Gericht geboten werden.

Artikel 8.

Die polnischen Staatsangehörigen völkischer, religiöser oder sprachlicher Minderheiten genießen dieselbe Behandlung und die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Sicherungen wie die anderen polnischen Staatsangehörigen. Namentlich haben sie das gleiche Recht, auf eigene Kosten wohltätige, religiöse oder soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu schaffen, leiten und überwachen, mit dem Rechte, in diesen frei ihre eigene Sprache zu gebrauchen und ihre Religion auszuüben.

Artikel 9.

Hinsichtlich des öffentlichen Unterrichtes soll die polnische Regierung in den Städten und ländlichen Bezirken, in denen polnische Staatsangehörige nichtpolnischer Zunge in beträchtlichem Verhältnisse wohnen, geeignete Erleichterungen gewähren, um sicherzustellen, daß in den Volksschulen den Kindern dieser polnischen Staatsangehörigen der Unterricht in ihrer eigenen Sprache gegeben wird. Diese Abmachung soll die polnische Regierung nicht

née, dans leur propre langue, aux enfants de ces ressortissants polonais. Cette stipulation n'empêchera pas le Gouvernement polonais de rendre obligatoire l'enseignement de la langue polonaise dans lesdites écoles.

Dans les villes et districts, où réside une proportion considérable de ressortissants polonais appartenant à des minorités ethniques, de religion ou de langue, ces minorités se verront assurer une part équitable dans le bénéfice et l'affectation des sommes, qui pourraient être attribuées sur les fonds publics par le budget de l'État, les budgets municipaux ou autres, dans un but d'éducation, de religion ou de charité.

Les dispositions du présent article ne seront applicables aux ressortissants polonais de langue allemande que dans les parties de la Pologne qui étaient territoire allemand au 1er août 1914.

Article 10.

Des comités scolaires désignés sur place par les communautés juives de Pologne, assureront, sous le contrôle général de l'État, la répartition de la part proportionnelle des fonds publics assignée aux écoles juives en conformité de l'article 9, ainsi que l'organisation et la direction de ces écoles.

Les dispositions de l'article 9 concernant l'emploi des langues dans les écoles seront applicables auxdites écoles.

Article 11.

Les Juifs ne seront pas astreints à accomplir des actes quelconques

lish nationals through the medium of their own language. This provision shall not prevent the Polish Government from making the teaching of the Polish language obligatory in the said schools.

In town and districts where there is a considerable proportion of Polish nationals belonging to racial, religious or linguistic minorities, these minorities shall be assured an equitable share in the enjoyment and application of the sums which may be provided out of public funds under the State, municipal or other budget, for educational, religious or charitable purposes.

The provisions of this Article shall apply to Polish citizens of German speech only in that part of Poland which was German territory on August 1, 1914.

Article 10.

Educational Committees appointed locally by the Jewish communities of Poland will, subject to the general control of the State, provide for the distribution of the proportional share of public funds allocated to Jewish schools in accordance with Article 9, and for the organisation and management of these schools.

The provisions of Article 9 concerning the use of languages in schools shall apply to these schools.

Article 11.

Jews shall not be compelled to perform any act which constitutes

hindern, in diesen Schulen den Unterricht in der polnischen Sprache pflichtmäßig zu machen.

In den Städten und ländlichen Bezirken, in denen polnische Staatsangehörige völkischer, religiöser oder sprachlicher Minderheiten in beträchtlichem Verhältnisse wohnen, soll diesen Minderheiten ein billiger Anteil an dem Genusse und der Verwendung der Summen sichergestellt werden, die aus den öffentlichen Mitteln in den staatlichen, städtischen oder anderen Haushaltsplänen für Erziehung, Religion oder Wohlfahrt angesetzt werden können.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Artikels dürfen nur auf die polnischen Staatsangehörigen deutscher Zunge in denjenigen Teilen Polens angewendet werden, die am 1. August 1914 zum deutschen Gebiete gehörten.

Artikel 10.

Örtliche Schulausschüsse der jüdischen Gemeinschaften in Polen sollen unter der Oberaufsicht des Staates die Verteilung des aus öffentlichen Mitteln den jüdischen Schulen gemäß Art. 9 zugewiesenen Verhältnisanteils, wie auch die Einrichtung und Leitung dieser Schulen sicherstellen.

Die Bestimmungen des Art. 9 über den Gebrauch der Sprache in den Schulen sind auf diese Schulen anzuwenden.

Artikel 11.

Die Juden dürfen nicht zu irgendwelchen Handlungen gezwungen werden, die ihren Sabbat entheiligen. Auch darf sie kein

constituant une violation de leur Sabbat, et ne devront être frappés d'aucune incapacité s'ils refusent de se rendre devant les tribunaux ou d'accomplir des actes légaux le jour du Sabbat. Toutefois, cette disposition ne dispensera pas les Juifs des obligations imposées à tous les ressortissants polonais en vue des nécessités du service militaire, de la défense nationale ou du maintien de l'ordre public.

La Pologne déclare son intention de s'abstenir de prescrire ou d'autoriser des élections, soit générales, soit locales, qui auraient lieu un samedi; aucune inscription électorale ou autre ne devra obligatoirement se faire un samedi.

Article 12.

La Pologne agrée que, dans la mesure où les stipulations des articles précédents affectent des personnes appartenant à des minorités de race, de religion ou de langue, ces stipulations constituent des obligations d'intérêt international et seront placées sous la garantie de la Société des Nations. Elles ne pourront être modifiées sans l'assentiment de la majorité du Conseil de la Société des Nations. Les États-Unis d'Amérique, l'Empire britannique, la France, l'Italie et le Japon s'engagent à ne pas refuser leur assentiment à toute modification desdits articles, qui serait consentie en due forme par une majorité du Conseil de la Société des Nations.

La Pologne agrée que tout Membre du Conseil de la Société des Nations aura le droit de signaler à l'attention du Conseil toute in-

a violation of their Sabbath, nor shall they be placed under any disability by reason of their refusal to attend courts of law or to perform any legal business on their Sabbath. This provision however shall not exempt Jews from such obligations as shall be imposed upon all other Polish citizens for the necessary purposes of military service, national defence or the preservation of public order.

Poland declares her intention to refrain from ordering or permitting elections whether general or local, to be held on a Saturday, nor will registration for electoral or other purposes be compelled to be performed on a Saturday.

Article 12.

Poland agrees that the stipulations in the foregoing Articles, so far as they affect persons belonging to racial, religious or linguistic minorities, constitute obligations of international concern and shall be placed under the guarantee of the League of Nations. They shall not be modified without the assent of a majority of the Council of the League of Nations. The United States, the British Empire, France, Italy and Japan hereby agree not to withhold their assent from any modification in these Articles which is in due from assented to by a majority of the Council of the League of Nations.

Poland agrees that any Member of the Council of the League of Nations shall have the right to bring to the attention of the

Rechtsnachteil treffen, wenn sie sich weigern, am Sabbate vor dem Gerichte zu erscheinen oder gesetzliche Handlungen zu vollziehen. Diese Verfügung soll jedoch die Juden nicht von den allen polnischen Staatsangehörigen obliegenden Verpflichtungen hinsichtlich der Notwendigkeiten des Militärdienstes, der nationalen Verteidigung oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung befreien.

Polen erklärt als seine Absicht, davon abzusehen, allgemeine oder örtliche Wahlen an einem Sabbate auszuschreiben oder zu genehmigen; keinerlei Einschreibung für Wahl- oder andere Zwecke darf an Sabbaten von Obrigkeits wegen stattfinden.

Artikel 12.

Polen willigt ein, daß die Abmachungen der vorhergehenden Artikel in dem Maße, wie sie Personen von Minderheiten der Rasse, Religion oder Sprache betreffen, Verpflichtungen von internationaler Bedeutung darstellen und unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden. Sie können nicht ohne Zustimmung der Mehrheit des Rates des Völkerbundes geändert werden. Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan verpflichten sich, ihre Zustimmung keiner Änderung der genannten Artikel zu versagen, die in gehöriger Form von der Mehrheit des Rates des Völkerbundes genehmigt wurde.

Polen willigt ein, daß jedes Mitglied des Rates des Völkerbundes das Recht hat, die Aufmerksamkeit des Rates auf jede Übertretung oder jede Gefahr einer Übertretung irgendeiner dieser Ver-

fraction ou danger d'infraction à l'une quelconque de ces obligations, et que le Conseil pourra procéder de telle façon et donner telles instructions qui paraîtront appropriées et efficaces dans la circonstance.

La Pologne agrée en outre qu'en cas de divergence d'opinion, sur des questions de droit ou de fait concernant ces articles, entre le Gouvernement polonais et l'une quelconque des Principales Puissances alliées et associées ou toute autre Puissance, Membre du Conseil de la Société des Nations, cette divergence sera considérée comme un différend ayant un caractère international selon les termes de l'article 14 du Pacte de la Société des Nations. Le Gouvernement polonais agrée que tout différend de ce genre sera, si l'autre partie le demande, déféré à la Cour permanente de Justice. La décision de la Cour permanente sera sans appel et aura la même force et valeur qu'une décision rendue en vertu de l'article 13 du Pacte.

CHAPITRE II.

Article 13.

Chacune des Principales Puissances alliées et associées d'une part et la Pologne d'autre part pourront nommer des Représentants diplomatiques dans leurs capitales respectives ainsi que des Consuls généraux, Consuls, Vice-Consuls et Agents consulaires dans les villes et ports de leurs territoires respectifs.

Les Consuls généraux, Consuls, Vice-Consuls et Agents consulaires

Council any infraction, or any danger of infraction, of any of these obligations, and that the Council may thereupon take such action and give such direction as it may deem proper and effective in the circumstances.

Poland further agrees that any difference of opinion as to questions of law or fact arising out of these Articles between the Polish Government and any one of the Principal Allied and Associated Powers or any other Power, a Member of the Council of the League of Nations, shall be held to be a dispute of an international character under Article 14 of the Covenant of the League of Nations. The Polish Government hereby consents that any such dispute shall, if the other party thereto demands, be referred to the Permanent Court of International Justice. The decision of the Permanent Court shall be final and shall have the same force and effect as an award under Article 13 of the Covenant.

CHAPTER II.

Article 13.

Each of the Principal Allied and Associated Powers on the one part and Poland on the other shall be at liberty to appoint diplomatic representatives to reside in their respective capitals, as well as Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls, and Consular agents to reside in the towns and ports of their respective territories.

Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular agents,

pflichtungen zu lenken, und daß der Rat in der Weise vorgehen und solche Anweisungen erteilen könne, wie sie den Umständen entsprechend und wirksam erscheinen.

Polen willigt weiter ein, daß im Falle von Meinungsverschiedenheit in Rechts- und Tatfragen hinsichtlich dieser Artikel zwischen der polnischen Regierung und irgendeiner der Alliierten und Assoziierten Hauptmächte oder jeder anderen dem Rate des Völkerbundes angehörenden Macht diese Meinungsverschiedenheit als eine Streitfrage von internationalem Charakter nach Art. 14 des Völkerbundvertrages angesehen wird. Die polnische Regierung willigt ein, daß jede derartige Streitfrage auf Verlangen des anderen Teiles vor den ständigen Gerichtshof gebracht wird. Die Entscheidung des ständigen Gerichtshofes unterliegt keiner Berufung und hat dieselbe Kraft und Geltung, wie eine Entscheidung gemäß Art. 13 des Völkerbundvertrages.

Kapitel II.

Artikel 13.

Jede der Alliierten und Assoziierten Hauptmächte einer- und Polen andererseits kann in ihren entsprechenden Hauptstädten diplomatische Vertreter, sowie in den Städten und Häfen ihrer Gebiete Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten ernennen. Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten können jedoch erst in Tätigkeit treten, nachdem sie in der

ne pourront toutefois entrer en fonctions, qu'après avoir été admis dans la forme habituelle par le Gouvernement, sur le territoire duquel ils sont envoyés.

Les Consuls généraux, Consuls, Vice-Consuls et Agents consulaires jouiront de tous avantages, exemptions et immunités de toute sorte, qui sont ou seront assurés aux agents consulaires de la nation la plus favorisée.

however, shall not enter upon their duties until they have been admitted in the usual manner by the Government in the territory of which they are stationed.

Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular agents shall enjoy all the facilities, privileges, exemptions and immunities of every kind which are or shall granted to consular officers of the most favoured nation.

Article 14.

En attendant que le Gouvernement polonais ait adopté un tarif douanier, les marchandises originaires des États alliés et associés ne seront pas soumises à l'importation en Pologne à des droits plus élevés que les droits les plus favorables qui étaient applicables à l'importation des mêmes marchandises en vertu soit du tarif douanier allemand, soit du tarif douanier austro-hongrois, soit du tarif russe en vigueur à la date du 1er juillet 1914.

Article 14.

Pending the establishment of an import tariff by the Polish Government, goods originating in the Allied and Associated States shall not be subject to any higher duties on importation into Poland than the most favourable rates of duty applicable to goods of the same kind under either the German, Austro-Hungarian or Russian Customs Tariffs on July 1, 1914.

Article 15.

La Pologne s'engage à ne conclure aucun Traité, Convention ou accord, et à ne prendre aucune mesure qui l'empêcherait de participer à toute Convention générale qui pourrait être conclue sous les auspices de la Société des Nations en vue du traitement équitable du commerce des autres États au cours d'une période de cinq années à partir de la mise en vigueur du présent Traité.

La Pologne s'engage également à étendre à tous les États alliés ou associés toute faveur ou privilège qu'elle pourrait, au cours de la

Article 15.

Poland undertakes to make no treaty, convention or arrangement and to take no other action which will prevent her from joining in any general agreement for the equitable treatment of the commerce of other States that may be concluded under the auspices of the League of Nations within five years from the coming into force of the present Treaty.

Poland also undertakes to extend to all the Allied and Associated States any favours or privileges in customs matters which

üblichen Form von der Regierung des Landes, in dessen Gebiet sie entsandt wurden, zugelassen sind.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten werden jede Art von Vorteilen, Ausnahmestellung und Unverletzlichkeit genießen, die den Konsularagenten der meistbegünstigten Nation zugesichert werden.

Artikel 14.

Bis die polnische Regierung einen Zolltarif angenommen hat, werden die Waren, die aus den Alliierten und Assoziierten Staaten stammen, bei der Einführung in Polen keinen höheren Abgaben unterworfen werden, als den vorteilhaftesten, die bei der Einführung gleicher Waren, sei es nach dem deutschen, sei es nach dem österreichisch-ungarischen Zolltarif oder dem am 1. Juli 1914 in Kraft stehenden russischen Tarif anwendbar waren.

Artikel 15.

Polen verpflichtet sich, keinen Vertrag, kein Abkommen oder keine Übereinkunft zu schließen und keine Maßregel zu ergreifen, die es hindern könnte, an irgendeiner unter der Leitung des Völkerbundes zu schließenden allgemeinen Konvention hinsichtlich der billigen Behandlung des Handels der anderen Staaten innerhalb fünf Jahren vom Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an teilzunehmen.

Polen verpflichtet sich gleichermaßen, innerhalb derselben fünf Jahre auf alle Alliierten oder Assoziierten Staaten jede Begünstigung oder jedes Privileg in Zollsachen auszudehnen, die es irgend-

même période de cinq ans, accorder, en matière douanière, à l'un quelconque des États avec lesquels, depuis le mois d'août 1914, les États alliés ou associés ont été en guerre, ou à tout autre Etat qui aurait conclu avec l'Autriche des arrangements douaniers spéciaux, prévus par le Traité de Paix à conclure avec l'Autriche.

she may grant during the same period of five years to any State with which since August, 1914, the Allies have been at war, or to any State which may have concluded with Austria special customs arrangements as provided for in the Treaty of Peace to be concluded with Austria.

Article 16.

Jusqu'à la conclusion de la Convention générale ci-dessus visée, la Pologne s'engage à accorder le même traitement qu'aux navires nationaux ou aux navires de la Nation la plus favorisée, aux navires de tous les États alliés et associés qui accordent un traitement analogue aux navires polonais.

Par exception à cette disposition, le droit est expressément reconnu à la Pologne et à tout autre État allié ou associé de réserver son trafic de cabotage aux navires nationaux.

Article 16.

Pending the conclusion of the general agreement referred to above, Poland undertakes to treat on the same footing as national vessels or vessels of the most favoured nation the vessels of all the Allied and Associated States which accord similar treatment to Polish vessels.

By way of exception from this provision, the right of Poland or of any other Allied or Associated State to confine her maritime coasting trade to national vessels is expressly reserved.

Article 17.

En attendant la conclusion, sous les auspices de la Société des Nations, d'une convention générale destinée à assurer et à maintenir la liberté des communications et du transit, la Pologne s'engage à accorder, sur le territoire polonais, y compris les eaux territoriales, la liberté de transit aux personnes, marchandises, navires, voitures, wagons et courriers postaux transitant en provenance ou à destination de l'un quelconque des États alliés ou

Article 17.

Pending the conclusion under the auspices of the League of Nations of a general Convention to secure and maintain freedom of communications and of transit, Poland undertakes to accord freedom of transit to persons, goods, vessels, carriages, wagons and mails in transit to or from any Allied or Associated State over Polish territory including territorial waters, and to treat them at least as favourably as the per-

einem der Staaten bewilligen könnte, mit denen die Alliierten und Assoziierten Staaten sich seit August 1914 im Kriegszustande befanden, oder jedem anderen Staate, der mit Österreich besondere Zollabkommen schlösse, wie sie in dem mit Österreich abzuschließenden Friedensvertrage vorgesehen sind.

Artikel 16.

Bis zum Abschlusse der obengenannten allgemeinen Konvention verpflichtet sich Polen, dieselbe Behandlung wie den eigenen Schiffen oder den Schiffen der meistbegünstigten Nation den Schiffen aller Alliierten und Assoziierten Staaten zu bewilligen, die eine entsprechende Behandlung den polnischen Schiffen zusagen.

Von dieser Bestimmung ist das Polen und jedem anderen Alliierten und Assoziierten Staate ausdrücklich zuerkannte Recht, seinen Küstenschiffahrthandel den eigenen Schiffen vorzubehalten, ausgenommen.

Artikel 17.

Bis zu dem unter Leitung des Völkerbundes zu bewirkenden Abschlusse einer allgemeinen Konvention, die bestimmt ist, die Freiheit der Verbindungen und des Transitverkehrs sicherzustellen und aufrechtzuerhalten, verpflichtet sich Polen, die Freiheit des Transitverkehrs in dem polnischen Gebiete einschließlich der Binnengewässer für Personen, Waren, Schiffe, Wagen, Waggons und Postsendungen von und nach jedem der Alliierten und Assoziierten Staaten zu bewilligen und ihnen hinsichtlich der Erleichterungen, Belastungen, Beschränkungen oder jedes anderen Gegenstandes eine Behandlung zuzugestehen, die zum mindesten ebenso günstig ist, wie für Personen, Waren, Schiffe, Wagen, Waggons und Post-

associés, et à leur accorder, en ce qui concerne les facilités, charges, restrictions ou toutes autres matières, un traitement au moins aussi favorable qu'aux personnes, marchandises, navires, voitures, wagons et courriers postaux de la Pologne ou de toute autre nationalité, origine, importation ou propriété qui jouirait d'un régime plus favorable.

sons, goods, vessels, carriages, wagons and mails respectively of Polish or of any other more favoured nationality, origin, importation or ownership, as regards facilities, charges, restrictions, and all other matters.

Toutes les charges imposées en Pologne sur ce trafic en transit devront être raisonnables en égard aux conditions de ce trafic. Les marchandises en transit seront exemptes de tous droits de douane ou autres. Des tarifs communs pour le trafic en transit à travers la Pologne, et des tarifs communs entre la Pologne et un État allié ou associé quelconque comportant des billets ou lettres de voiture directs, seront établis si cette Puissance alliée ou associée en fait la demande.

All charges imposed in Poland on such traffic in transit shall be reasonable having regard to the conditions of the traffic. Goods in transit shall be exempt from all customs or other duties. Tariffs for transit traffic across Poland and tariffs between Poland and any Allied or Associated Power involving through tickets or waybills shall be established at the request of that Allied or Associated Power.

La liberté de transit s'étendra aux services postaux, télégraphiques et téléphoniques.

Freedom of transit will extend to postal, telegraphic and telephonic services.

Il est entendu qu'aucun État allié ou associé n'aura le droit de réclamer le bénéfice de ces dispositions pour une partie quelconque de son territoire dans laquelle un traitement réciproque ne serait pas accordé en ce qui concerne le même objet.

It is agreed that no Allied or Associated Power can claim the benefit of these provisions on behalf of any part of its territory in which reciprocal treatment is not accorded in respect of the same subject matter.

Si, au cours d'une période de cinq ans, à partir de la mise en vigueur du présent Traité, la Convention générale ci-dessus prévue n'a pas été conclue sous les auspices de la Société des Nations, la Pologne aura, à quelque moment que ce soit, le droit de mettre fin aux

If within a period of five years from the coming into force of the present Treaty no general Convention as aforesaid shall have been concluded under the auspices of the League of Nations, Poland shall be at liberty at any time thereafter to give twelve months

sendungen Polens oder jeder anderen mehrbegünstigten Nationalität, Herkunft, Einfuhr oder Eigentum.

Alle Belastungen dieses Transithandels in Polen müssen vernünftige Rücksicht auf die Bedingungen dieses Handels nehmen. Die Transitwaren sind von allen Zoll- und sonstigen Abgaben frei. Gemeinsame Tarife für den Transithandel durch Polen und gemeinsame Tarife zwischen Polen und jedem Alliierten oder Assoziierten Staate, die Karten oder Scheine für durchgehende Wagen zulassen, sollen festgesetzt werden, wenn eine solche Alliierte oder Assoziierte Macht es verlangt.

Die Freiheit des Transits erstreckt sich auch auf den Post-, Telegraphen- und Telephondienst.

Es versteht sich, daß kein Alliierter oder Assoziierter Staat das Recht hat, die Wohltat dieser Bestimmungen für irgendeinen Teil seiner Gebietes in Anspruch zu nehmen, in dem nicht hinsichtlich des gleichen Gegenstandes eine entsprechende Behandlung zugestanden würde.

Sollte binnen fünf Jahren vom Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an die obenerwähnte allgemeine Konvention unter Leitung des Völkerbundes nicht geschlossen sein, so hat Polen in jedem Augenblicke das Recht, die Bestimmungen dieses Artikels aufzu-

dispositions du présent article, à condition de donner un préavis de douze mois au Secrétaire Général de la Société des Nations.

Article 18.

En attendant la conclusion d'une Convention générale pour le régime international des voies d'eau, la Pologne s'engage à appliquer au réseau fluvial de la Vistula (y compris le Bug et la Narew) le régime précisé par les articles 332 à 337 du Traité de Paix avec l'Allemagne pour les voies d'eau internationales.

Article 19.

La Pologne s'engage à adhérer dans un délai de douze mois à dater de la conclusion du présent Traité aux Conventions internationales énumérées à l'Annexe I.

La Pologne s'engage à adhérer à toutes nouvelles conventions conclues avec l'approbation du Conseil de la Société des Nations dans les cinq années à dater de la mise en vigueur du présent Traité et destinées à remplacer l'une des conventions énumérées dans l'Annexe I.

Le Gouvernement polonais s'engage à notifier, dans un délai de douze mois, au Secrétariat Général de la Société des Nations si la Pologne désire ou non adhérer soit à l'une soit aux deux Conventions énumérées à l'Annexe II.

Jusqu'à son adhésion aux deux dernières Conventions énumérées à l'Annexe I, la Pologne s'engage sous la condition de la réciprocité à assurer par des mesures effectives la garantie de la propriété industrielle, littéraire et artistique

notice to the Secretary General of the League of Nations to terminate the obligations of this Article.

Article 18.

Pending the conclusion of a general Convention on the International Régime of waterways, Poland undertakes to apply to the river system of the Vistula (including the Bug and the Narev) the régime applicable to International Waterways set out in Articles 332 to 337 of the Treaty of Peace with Germany.

Article 19.

Poland undertakes to adhere within twelve months of the coming into force of the present Treaty to the international Conventions specified in Annex I.

Poland undertakes to adhere to any new convention, concluded with the approval of the Council of the League of Nations within five years of the coming into force of the present Treaty, to replace any of the International instruments specified in Annex I.

The Polish Government undertakes within twelve months to notify the Secretary General of the League of Nations whether or not Poland desires to adhere to either or both of the International Conventions specified in Annex II.

Until Poland has adhered to the two Conventions last specified in Annex I, she agrees, on condition of reciprocity, to protect by effective measures the industrial, literary and artistic property of nationals of the Allied and Asso-

heben unter der Bedingung, daß es zwölf Monate vorher den Generalsekretär des Völkerbundes davon in Kenntnis gesetzt hat.

Artikel 18.

Bis zum Abschlusse einer allgemeinen Konvention für die internationale Verwaltung der Wasserwege verpflichtet sich Polen, beim Flußnetze der Weichsel (einschl. Bug und Narew), die durch die Art. 322—327 des Friedens mit Deutschland für die internationalen Wasserwege festgesetzte Verwaltung anzuwenden.

Artikel 19.

Polen verpflichtet sich, im Verlauf von zwölf Monaten vom Abschlusse des gegenwärtigen Vertrages an, sich den im Anhang I aufgezählten internationalen Abmachungen anzuschließen.

Polen verpflichtet sich, allen neuen Abmachungen zuzustimmen, die mit Billigung des Rates des Völkerbundes binnen fünf Jahren vom Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an geschlossen werden und bestimmt sind, eine der im Anhang I aufgezählten Abmachungen zu ersetzen.

Die polnische Regierung verpflichtet sich, binnen zwölf Monaten dem General-Sekretariat des Völkerbundes bekanntzugeben, ob Polen der einen oder beiden Abmachungen, die im Anhang II aufgezählt sind, sich anschließen will oder nicht.

Bis zu seinem Anschlusse an die beiden letzten Abmachungen, die im Anhang I aufgezählt sind, verpflichtet sich Polen unter der Bedingung der Gegenseitigkeit, durch wirksame Maßregeln die Sicherheit des industriellen, literarischen und künstlerischen Eigentums der alliierten oder assoziierten Staatsangehörigen zu gewährleisten. Im Falle, daß einer der Alliierten und Assoziierten Staaten

des ressortissants alliés ou associés. Dans le cas où l'un des État alliés et associés n'adhérerait pas auxdites Conventions, la Pologne agrée de continuer d'assurer dans les mêmes conditions cette protection effective jusqu'à la conclusion d'un traité ou accord bilatéral spécial à ces fins avec ledit État allié ou associé.

En attendant son adhésion aux autres Conventions mentionnées à l'Annexe I, la Pologne assurera aux ressortissants des Puissances alliées et associées les avantages qui leur seraient reconnus d'aprés lesdites Conventions.

La Pologne convient en outre, sous la condition de la réciprocité, de reconnaître et protéger tous les droits touchant la propriété industrielle, littéraire et artistique et appartenant à des ressortissants des Puissances alliées et associées et qui étaient reconnus ou auraient été reconnus à leur profit sans l'ouverture des hostilités sur tout territoire devenant polonais. Dans ce but, la Pologne leur accordera le bénéfice des délais agréés par les articles 307 et 308 du traité avec l'Allemagne.

ciated States. In the case of any Allied or Associated State not adhering to the said Conventions Poland agrees to continue to afford such effective protection on the same conditions until the conclusion of a special bi-lateral treaty or agreement for that purpose with such Allied or Associated State.

Pending her adhesion to the other Conventions specified in Annex I, Poland will secure to the nationals of the Allied and Associated Powers the advantages to which they would be entitled under the said Conventions.

Poland further agrees, on condition of reciprocity, to recognise and protect all rights in any industrial, literary or artistic property belonging to the nationals of the Allied and Associated States in force, or which but for the war would have been in force, in any part of her territories before transfer to Poland. For such purpose she will accord the extensions of time agreed to in Articles 307 and 308 of the Treaty with Germany.

sich den genannten Abmachungen nicht anschließen sollte, genehmigt Polen die Sicherstellung dieses wirksamen Schutzes bis zum Abschlusse eines beiderseitigen Sondervertrages oder Übereinkommens mit dem genannten Alliierten oder Assoziierten Staate über diese Aufgaben.

Bis zu seinem Anschlusse an die anderen, im Anhang I erwähnten Abmachungen, sichert Polen den Staatsangehörigen der Alliierten und Assoziierten Mächte die Vorteile zu, die ihnen nach den genannten Abmachungen zuerkannt wären.

Polen gesteht außerdem unter der Bedingung der Gegenseitigkeit zu, alle Rechte anzuerkennen, die das industrielle, literarische und künstlerische Eigentum berühren und Staatsangehörigen der Alliierten und Assoziierten Mächte gehören, und die ohne den Ausbruch der Feindseligkeiten auf dem ganzen polnisch werdenden Gebiete anerkannt worden wären. Zu dem Zwecke bewilligt ihnen Polen die Wohltat der durch die Art. 307 und 308 des Vertrages mit Deutschland genehmigten Frist.

ANNEXE I.

Conventions Télégraphiques et Radio-Télégraphiques.

Convention télégraphique internationale signée à Saint-Pétersbourg, le 10/22 juillet 1875.

Règlement de service international et tarifs arrêtés par la Conférence télégraphique internationale de Lisbonne le 11 juin 1908.

Convention radio-télégraphique du 5 juillet 1912.

Conventions concernant les chemins de fer.

Conventions et accords signés à Berne le 14 octobre 1890, le 20 septembre 1893, le 16 juillet 1895, le 16 juin 1898 et le 19 septembre 1906 et les dispositions courantes supplémentaires prises d'après les dites conventions.

Accord du 15 mai 1886, relatif au mode de fermeture des wagons devant passer en douane et le protocole du 18 mai 1907.

Accord du 15 mai 1886 relatif à l'unité technique des voies et du matériel des chemins de fer, modifié le 18 mai 1907.

Convention sanitaire.

Convention du 3 décembre 1903.

Autres conventions.

Convention du 26 septembre 1906 sur l'interdiction du travail de nuit des femmes employées dans l'industrie.

ANNEX I.

Telegraphic and Radio-Telegraphic Conventions.

International Telegraphic Convention signed at St. Petersburg, July 10/22, 1875.

Regulations and Tariffs drawn up by the International Telegraph Conference, signed at Lisbon, June 11, 1908.

International Radio-Telegraphic Convention, July 5, 1912.

Railway Conventions.

Conventions and arrangements signed at Berne on October 14, 1890, September 20, 1893, July 16, 1895, June 16, 1898, and September 19, 1906, and the current supplementary provisions made under those Conventions.

Agreement of May 15, 1886, regarding the sealing of railway trucks subject to customs inspection, and Protocol of May 18, 1907.

Agreement of May 15, 1886, regarding the technical standardisation of railways, as modified on May 18, 1907.

Sanitary Convention.

Convention of December 3, 1903.

Other Conventions.

Convention of September 26, 1906, for the suppression of night work for women.

Anhang I.

Abkommen über Telegraphie und Funkentelegraphie.

Internationales Telegraphenabkommen, in St. Petersburg am 10./22. Juli 1875 unterzeichnet.

Verordnung über internationalen Dienst und Tarife, festgesetzt durch die internationale Telegraphenkonferenz in Lissabon am 11. Juni 1908.

Funkentelegraphisches Abkommen vom 5. Juli 1912.

Eisenbahnabkommen.

Abkommen und Übereinkommen, unterzeichnet in Bern am 14. Oktober 1890, am 20. September 1893, am 16. Juli 1895, am 16. Juni 1898 und am 19. September 1906 und die laufenden Ergänzungsbestimmungen zu den genannten Abkommen.

Übereinkommen vom 15. Mai 1886 über den Verschluß der Waggons vor der Zollabfertigung, und das Protokoll vom 18. Mai 1907.

Übereinkommen vom 15. Mai 1886 bezüglich der technischen Einheit der Schienen und des Eisenbahnmaterials, abgeändert am 18. Mai 1907.

Sanitätsabkommen.

Abkommen vom 3. Dezember 1903.

Andere Abkommen.

Abkommen vom 26. September 1906 über das Verbot der Nachtarbeit für Frauen in der Industrie.

Conventions du 26 septembre 1906 pour la suppression de l'emploi du phosphore blanc dans la fabrication des allumettes.

Conventions du 18 mai 1904 et du 4 mai 1910 relatives à la répression de la traite des blanches.

Convention du 4 mai 1910 concernant la suppression des publications obscènes.

Convention internationale de Paris du 20 mai 1883, revisée à Washington en 1911, pour la protection de la propriété industrielle.

Convention internationale de Berne du 9 septembre 1886 revisée à Berlin le 15 novembre 1908 et complétée par le Protocole additionnel signé à Berne le 20 mars 1914 pour la protection des oeuvres littéraires et artistiques.

Convention of September 26, 1906, for the suppression of the use of white phosphorus in the manufacture of matches.

Convention of May 18, 1904 and May 4, 1910, regarding the suppression of the Withe Slave Traffic.

Convention of May 4, 1910, regarding the suppression of obscene publications.

International Convention of Paris of March 20, 1883, as revised at Washington in 1911, for the protection of industrial property.

International Convention of Berne of September 9, 1886, revised at Berlin on November 13, 1908, and completed by the Additional Protocol signed at Berne on March 20, 1914, for the Protection of Literary and Artistic Works.

ANNEXE II.

Accord de Madrid du 14 avril 1891 pour la suppression des fausses indications d'origine sur les marchandises, revisé à Washington en 1911.

Accord de Madrid du 14 avril 1891 pour l'enregistrement international des marques de fabrique, revisé à Washington en 1911.

Article 20.

Tous les droits et privilèges accordés aux États alliés et associés seront également acquis à tous les États Membres de la Société des Nations.

ANNEX II.

Agreement of Madrid of April 14, 1891, for the Prevention of False Indications of origin on goods, revised at Washington in 1911, and

Agreement of Madrid of 14 April, 1891, for the international registration of trade marks, revised at Washington in 1911.

Article 20.

All rights and privileges accorded by the foregoing Articles to the Allied and Associated States shall be accorded equally to all States members of the League of Nations.

Abkommen vom 26. September 1906 über das Verbot der Verwendung des weißen Phosphors bei der Herstellung der Streichhölzer.

Abkommen vom 18. Mai 1904 und vom 4. Mai 1910 über das Verbot des Mädchenhandels.

Abkommen vom 4. Mai 1910 betr. das Verbot unzüchtiger Veröffentlichungen.

Internationales Abkommen von Paris vom 20. Mai 1883, revidiert in Washington 1911, über den Schutz des industriellen Eigentums.

Internationales Abkommen von Bern vom 9. September 1886, revidiert in Berlin am 15. November 1908 und vervollständigt durch das Zusatzprotokoll, unterzeichnet in Bern am 20. März 1914 über den Schutz der literarischen und künstlerischen Werke.

Anhang II.

Übereinkommen von Madrid vom 14. April 1891 über das Verbot der falschen Ursprungszeugnisse für Waren, revidiert in Washington 1911.

Übereinkommen von Madrid vom 14. April 1891 über die internationale Eintragung der Fabrikmarken, revidiert in Washington 1911.

Artikel 20.

Alle den Alliierten und Assoziierten Staaten bewilligten Rechte und Privilegien werden in gleicher Weise von allen Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, erworben.

Article 21.

La Pologne assumera la responsabilité d'une part de la dette publique russe et de tous autres engagements financiers de l'État russe, telle qu'elle sera déterminée par une convention particulière entre les Principales Puissances alliées et associées, d'une part, et la Pologne, d'autre part. Cette convention sera préparée par une Commission désignée par lesdites Puissances. Au cas où la Commission n'arriverait pas à un accord les questions en litige seraient soumises immédiatement à l'arbitrage de la Société des Nations.

Le présent Traité, dont les textes français et anglais feront foi, sera ratifié. Il entrera en vigueur en même temps que le Traité de paix avec l'Allemagne.

Le dépôt de ratification sera effectué à Paris.

Les Puissances dont le Gouvernement a son siège hors d'Europe auront la faculté de se borner à faire connaître au Gouvernement de la République française, par leur représentant diplomatique à Paris, que leur ratification a été donnée et, dans ce cas, elles devront en transmettre l'instrument aussitôt que faire se pourra.

Un procès-verbal de dépôt de ratification sera dressé.

Le Gouvernement français remettra à toutes les Puissances signataires une copie conforme du procès-verbal de dépôt de ratification.

Article 21.

Poland agrees to assume responsibility for such proportion of the Russian public debt and other Russian public liabilities of any kind as may be assigned to her under a special convention between the Principal Allied and Associated Powers on the one hand and Poland on the other, to be prepared by a Commission appointed by the above States. In the event of the Commission not arriving at an agreement the point at issue shall be referred for immediate arbitration to the League of Nations.

The Present Treaty, of which the French and English texts are both authentic, shall be ratified. It shall come into force at the same time as the Treaty of Peace with Germany.

The deposit of ratifications shall be made at Paris.

Powers of which the seat of the Government is outside Europe will be entitled merely to inform the Government of the French Republic through their diplomatic representative at Paris that their ratification has been given; in that case they must transmit the instrument of ratification as soon as possible.

A procès-verbal of the deposit of ratifications will be drawn up.

The French Government will transmit to all the signatory Powers a certified copy of the procès-verbal of the deposit of ratifications.

Artikel 21.

Polen übernimmt die Verantwortlichkeit für einen Teil der russischen öffentlichen Schuld und aller anderen russischen Finanzverpflichtungen des russischen Staates, wie sie durch ein besonderes Abkommen zwischen den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten einer- und Polen andererseits festgesetzt wird. Dieses Abkommen soll durch eine von den genannten Mächten zu bestimmende Kommission vorbereitet werden. Sollte die Kommission nicht zu einem Übereinkommen gelangen, so würden die Streitfragen unmittelbar dem Urteil des Völkerbundes unterworfen werden.

Der gegenwärtige Vertrag, dessen französischer und englischer Text maßgebend sind, soll ratifiziert werden. Er tritt zur gleichen Zeit wie der Friedensvertrag mit Deutschland in Kraft.

Die Niederlegung der Ratifikation erfolgt in Paris.

Die Mächte, deren Regierung ihren Sitz außerhalb Europas hat, haben das Recht, sich auf eine Erklärung durch ihren diplomatischen Vertreter in Paris gegenüber der Regierung der französischen Republik zu beschränken, daß ihre Ratifikation erteilt ist. In diesem Falle müssen sie die Ausfertigung davon sobald als möglich übermitteln.

Ein Protokoll über die Niederlegung der Ratifikation wird aufgenommen. Die französische Regierung übermittelt allen unterzeichneten Mächten eine wörtliche Abschrift des Protokolls über die Niederlegung der Ratifikation.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires susnommés ont signé le présent Traité.

Fait à Versailles, le vingt-huit juin mil neuf cent dix-neuf, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement de la République française et dont les expéditions authentiques seront remises à chacune des Puissances signataires du Traité.

IN FAITH WHEREOF the above-named Plenipotentiaries have signed the present Treaty.

Done at Versailles, the twenty-eighth day of June, one thousand nine hundred and nineteen, in a single copy which will remain deposited in the archives of the French Republic, and of which authenticated copies will be transmitted to each of the Signatory Powers.

(L. S.) *Woodrow Wilson.*
(L. S.) *Robert Lansing.*
(L. S.) *Henry White.*
(L. S.) *E. M. House.*
(L. S.) *Tasker H. Bliss.*
(L. S.) *D. Lloyd George.*
(L. S.) *A. Bonar Law.*
(L. S.) *Milner.*
(L. S.) *Arthur James Balfour.*
(L. S.) *George N. Barnes.*
(L. S.) *Chas. J. Doherty.*
(L. S.) *Arthur L. Sifton.*
(L. S.) *W. M. Hughes.*
(L. S.) *Joseph Cook.*
(L. S.) *Louis Botha.*
(L. S.) *J. C. Smuts.*
(L. S.)
(L. S.) *Ed. S. Montagu.*
(L. S.) *Ganga Singh, Maharaja de Bikaner.*
(L. S.) *G. Clemenceau.*
(L. S.) *S. Pichon.*
(L. S.) *L.-L. Klotz.*
(L. S.) *André Tardieu.*
(L. S.) *Jules Cambon.*
(L. S.) *Sidney Sonnino.*
(L. S.) *Imperiali.*
(L. S.) *Silvio Crespi.*
(L. S.) *Saïonzi.*
(L. S.) *N. Makino.*
(L. S.) *H. Chinda.*
(L. S.) *K. Matsui.*
(L. S.) *H. Ijuin.*
(L. S.) *I. J. Paderewski.*
(L. S.) *Roman Dmowski.*

Des zur Urkunde haben die obengenannten Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet.

Gegeben in Versailles, den 28. Juni 1919, in einer einzigen Ausfertigung, die in den Regierungs-Archiven der französischen Republik niedergelegt wird, und von der beglaubigte Abschriften jeder der diesen Vertrag unterzeichnenden Mächte übermittelt werden.

(L. S.) *Woodrow Wilson.*
(L. S.) *Henry White.*
(L. S.) *Tasker H. Bliß.*
(L. S.) *A. Bonar Law.*
(L. S.) *Arthur James Balfour.*
(L. S.) *Cas. J. Doherty.*
(L. S.) *W. M. Hughes.*
(L. S.) *Louis Botha.*
(L. S.) *Ed. S. Montagu.*
(L. S.) *G. Clemenceau.*
(L. S.) *S. Pichon.*
(L. S.) *André Tardieu.*
(L. S.) *Sidney Sonnino.*
(L. S.) *Silvio Crespi.*
(L. S.) *N. Makino.*
(L. S.) *K. Matsui.*
(L. S.) *J. J. Paderewski.*
(L. S.) *Robert Lansing.*
(L. S.) *E. M. House.*
(L. S.) *D. Lloyd George.*
(L. S.) *Milner.*
(L. S.) *George N. Barnes.*
(L. S.) *Arthur L. Sifton.*
(L. S.) *Joseph Cook.*
(L. S.) *J. C. Smuts.*
(L. S.) *Ganga Singh, Maharaja de Bikaner.*
(L. S.) *L. L. Klotz.*
(L. S.) *Jules Cambon.*
(L. S.) *Imperiali.*
(L. S.) *Saïonzi.*
(L. S.) *H. Chinda.*
(L. S.) *H. Ijuin.*
(L. S.) *Roman Dmowski.*

13

25.3902 Druck von A.W. Kafemann G. m. b. H., Danzig